



Tätigkeitsbericht der Landrätin

Die Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 2019

Inhalt

Landrätin	5
Büro der Landrätin	5
Kreistagsbüro	5
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	5
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal	12
Aufgabenbereich zentrale Steuerung und Organisation	12
Aufgabenbereich Personal	15
Rechnungsprüfungsamt	21
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	22
Büro für Chancengleichheit und Integration	24
Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte	24
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	30
Flüchtlingskoordinator	33
Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung	33
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	42
Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung	42
IT Sicherheitsbeauftragter	43
Rettungsdienst	44
Dezernat I	45
Hauptamt	45
Sachgebiet Zentrale Dienste	45
Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	47
Sachgebiet Infrastrukturmanagement	51
Kämmerei	54
Vorbemerkung	54
Bereich Geschäftsbuchhaltung	55
Sachgebiet Kasse/Vollstreckung	56
Amt für Bildung und Kultur	58
Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur	58
Sachgebiet Haushalt und Finanzen	64
Sachgebiet IT-Service	76
Dezernat II	78
Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II	78
Sozialamt	80
Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung ambulanter sozialer Dienste	80
Änderung der Trägerschaft beim Frauenhaus	80
Bildung und Teilhabe	81
Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-Jährige und für dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen	81
Bereich Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde	81

Ausbildungsförderung	83
Wohngeld.....	84
Asylsuchende und Geflüchtete	85
Jugendamt.....	87
Sachgebiet Jugend- und Familienförderung	87
Sozialpädagogischer Dienst	90
Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen	92
Sachgebiet Unterhalt.....	92
Gesundheitsamt.....	94
Koordination der kommunalen Gesundheitsförderung.....	94
Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	101
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst.....	102
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)	104
Dezernat III.....	105
Fluglärmenschutz, Flughafenbelange und Schallschutzberatung.....	105
Aufgaben des Fluglärmenschutzbeauftragten	105
Flughafenbelange.....	105
Schallschutzberatung	106
Rechtsamt	107
Versicherungsangelegenheiten	107
Rechtsangelegenheiten.....	108
Beteiligungsmanagement	111
Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter	112
Ordnungsamt.....	114
Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung.....	114
Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen.....	117
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz.....	120
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz	124
Sachgebiet Veterinärwesen.....	124
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung	127
Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde.....	134
Untere Bauaufsichtsbehörde.....	140
Sachgebiet Technische Bauaufsicht.....	140
Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht	144
Umweltamt.....	146
Amtsleiterbereich.....	146
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall	146
Sachgebiet untere Naturschutzbehörde (UNB).....	149
Klimaschutz-Koordinierungsstelle.....	153
Dezernat IV	161

Straßenverkehrsamt	161
Allgemein	161
Amtsleiterbereich.....	161
Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung.....	161
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen	162
Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten.....	163
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung.....	165
Kataster- und Vermessungsamt.....	173
Gutachterausschuss.....	174
Ausbildung	174
Antragsstatistik	175
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung	176
Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität	176
Sachgebiet Kreisentwicklung.....	182
Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik	186
Landwirtschaftsamt	189
Sachgebiet Agrarförderung	189
Sachgebiet Agrarstruktur.....	191
Landwirtschaftsschule	194
Statistik	195
Abbildungsverzeichnis.....	197
Tabellenverzeichnis.....	198

LANDRÄTIN

Büro der Landrätin

Das Büro koordiniert die Aktivitäten und Aufgaben der Hauptverwaltungsbeamtin sowie die der zugehörigen Arbeitsbereiche (Sekretariat, Kreistagsbüro, Öffentlichkeitsarbeit, Büro für Chancengleichheit). Dabei ist eine Vielzahl dezernats- und amtsübergreifender Querschnittsaufgaben zu leisten, u. a. Assistenz bei Führungsaufgaben, Sitzungsdienst, Protokoll und vieles mehr.

Vor- und nachbereitet werden außerdem die Dienstberatungen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie dem Amtsdirektor. 2019 fanden sieben dieser Beratungen statt.

Kreistagsbüro

2019 waren folgende Gremiensitzungen inhaltlich und organisatorisch zu betreuen:

- 8 Kreistagssitzungen
- 5 Kreisausschusssitzungen
- 53 Sitzungen der Fachausschüsse

Der neue Kreistag konstituierte sich am 24. Juni 2019. Damit einher ging die Neuorganisation der Gremien.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit untersteht der Landrätin als Leiterin der Kreisverwaltung und rechtlicher Vertreterin und Repräsentantin des Landkreises. Er ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger*innen, Behörden und Firmen. Die Aufgaben umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Web-Entwicklung/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen/Protokoll/Ehrungen
- partnerschaftliche Beziehungen

Medienarbeit

2019 erreichten die Kreisverwaltung rund 500 zu beantwortende Anfragen und Interviewwünsche unterschiedlichster Medien. Großes Medieninteresse riefen die Waldbrände und der Großbrand bei Jüterbog hervor. Rund 240 Presse-Informationen wurden bearbeitet und den Medien zur Verfügung gestellt. Die Informationen sind als aktuelle Nachrichten sowie in einem eigenen Presseservice und per Newsfeed auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

Für die Verwaltungsleitung werden täglich mehrere regionale und überregionale Medien ausgewertet. Die Schlagzeilen des Tages (kein Pressespiegel) werden im Intranet veröffentlicht und allen Beschäftigten zugänglich gemacht.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern, dem Kreistagsbüro und nachgeordneten Einrichtungen wie z. B. Musikschule, Volkshochschule oder Museum des Teltow bot der Bereich 41 anlassbezogene Pressetermine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen an. Sie wurden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Mitarbeit im Katastrophenschutzstab

Die Mitarbeiter*innen des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit sind im Ernstfall Mitglieder des Katastrophenschutzstabes. Die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wie die Erfassung und Beantwortung der Medienanfragen sowie die Information der betroffenen Bevölkerung während der Waldbrände vom 3. bis 12. Juni 2019 und der Großschadenslage konnten aber nur unter Hinzuziehung weiterer Beschäftigter aus dem Büro der Landrätin gesichert werden.

Anzeigen/Ausschreibungen

Es wurden mehr als 20 Print-Anzeigen (u. a. zur Fachkräftegewinnung und zur Information über Ausschreibungen VOL/VOB, Wahlen sowie Nachrufe) in Auftrag gegeben, die oft gleichzeitig in diversen Tageszeitungen und Fachzeitschriften (MAZ, Lausitzer Rundschau, Tagesspiegel, Wochenspiegel, Amtsblätter der Gemeinden, Blickpunkt u. a.) veröffentlicht wurden. Außerdem wurden im Internetauftritt des Landkreises über zahlreiche Stellenausschreibungen informiert sowie Informationen über Ausschreibungen (VOL/VOB, Interessenbekundungsverfahren) und Zuschlagserteilungen publiziert.

Reden, Grußworte, weitere Schreiben und Dokumente

Im Berichtszeitraum wurden rund 200 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch-, Kondolenz- und andere Schreiben für die unterschiedlichsten Zwecke vorbereitet, redigiert und verfasst. Einen großen Raum nahm das Redigieren von Texten oder Druckerzeugnissen für einzelne Ämter der Kreisverwaltung ein.

Es wurden 13 Mitarbeiter-Informationen mit der Landrätin verfasst und im Intranet publiziert. Seit August 2019 veröffentlicht die Landrätin monatlich eine Kolumne bei Hitradio SKW unter dem Titel „Mein Landkreis“. Hier informiert sie zu aktuellen Anlässen und nutzt das Format, um Werbung für den Landkreis und die Mitarbeit in der Verwaltung zu machen. Der Podcast ist auf der Internetseite des Landkreises nachzuhören: <http://www.teltow-flaeming.de/de/landkreis/kreisverwaltung/landrat/podcast-der-landraetin.php>.

Dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit obliegt die Endredaktion des Tätigkeitsberichts der Landrätin.

Druckerzeugnisse

Der Bereich gab 38 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming heraus. Im Bereich wird zudem die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht. Bei Bedarf werden Agenturen, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen, die entsprechenden Vorgaben zur Verfügung gestellt und erläutert.

Rund 85 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut, neu gestaltet oder aktualisiert. Darunter sind Faltblätter, Broschüren, Kataloge, Ausstellungstafeln, Kalender und vieles mehr.

Jubiläums-Logo

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Landkreises Teltow-Fläming wurde ein Jubiläums-Logo auf der Grundlage des Corporate Designs des Landkreises entworfen. Es fand nicht nur in der E-Mail-Signatur aller Beschäftigten Verwendung, sondern auch auf Publikationen, der Internetseite, Merchandisingartikeln und mehr.

Internetauftritt

Um die Internet-Auftritte der Kreisverwaltung kümmert sich das Web-Team, das Stellenanteile aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Online-Redaktion) und aus dem Bereich IT-Service umfasst.

Von der Online-Redaktion inhaltlich und vom Web-Team technisch betreute Internet-Präsenzen:

- www.teltow-flaeming.de
- www.kreis-tf.de (Lageseite für den Katastrophenschutzfall)

Websites, für die das Web-Team den technischen Support (im IT-Service) und zum Teil die Betreuung der Redakteure bietet:

- www.flaeming-skate.de – inhaltlich verantwortlich: SG Tourismus
- vhs.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Volkshochschule TF
- medienzentrum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismedienzentrum
- musikschule.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismusikschule
- museum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Museum des Teltow
- kinderschutz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kinderschutz-Koordinatorin
- schullandheim.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Schullandheim
- ftz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: SG Brand- und Katastrophenschutz
- intranet.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: die einzelnen Ämter
- www.boden-geo-pfad.de – inhaltlich verantwortlich: Umweltamt

Zudem werden weitere Sites und Web-Applikationen, auf die von www.teltow-flaeming.de verlinkt wird, von den Entwicklern im IT-Service betreut (Bauportal, Wunschkennzeichen, Geoportal u. a.).

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redaktionen in den Ämtern der Kreisverwaltung und unterstützt sie bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises. Sie berät zudem Dritte, wenn in Kooperation mit dem Landkreis Internetangebote entstehen sollen.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis. Angeboten werden Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und ein Formularservice. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (Mitteilungen der Verwaltung und wichtige Informationen über den Landkreis). Für die Homepage des Landkreises wurden im Jahr insgesamt 413 Meldungen recherchiert und publiziert.

Weitere Inhalte (z. B. Dienstleistungen Sozialticket und Wohngeld) wurden 2019 in einfacher Sprache präsentiert. Sie wurden nach den Regeln der Leichten Sprache erstellt (www.leichte-sprache.org). Diese Informationen richten sich vor allem an Menschen mit Lernbehinderungen, Sinneseinschränkungen oder geringen Kenntnissen der deutschen Sprache.

Von großer Bedeutung für den dienstleistungsorientierten Webauftritt ist die Bereitstellung von Formularen für die Beantragung von Leistungen. Zurzeit umfasst das Online-Angebot der Ämter in diesem Bereich mehr als 150 Formulare. Sie wurden im Haus entwickelt, ein Großteil wurde von der Online-Redaktion bearbeitet, um sie barrierefrei anzubieten und das Ausfüllen am PC zu ermöglichen. Das Angebot wird ständig erweitert, die bereits vorhandenen Formulare regelmäßig an veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen angepasst. Dazu gehört auch die mehrsprachige Gestaltung von Anträgen und Merkblättern, wenn es erforderlich ist.

Neben Formularen sind auch Merkblätter, Informationsbroschüren, Satzungen und andere Dokumente auf www.teltow-flaeming.de zu finden.

Barrierefreiheit/Verständlichkeit

Die Angebote im Internet sollen möglichst barrierefrei dargestellt werden. Das geschieht nicht nur durch entsprechende Programmierung. Auch eine verständliche Sprache, strukturierte Texte und nicht zuletzt barrierefreie PDF-Dokumente gehören dazu. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert regelmäßig die Fachämter dafür. Eine wöchentliche Kolumne im Intranet weist auf sprachliche Fallstricke hin.

Veranstaltungen und Ehrungen

Der Landkreis Teltow-Fläming beging im Jahr 2019 sein 25-jähriges Bestehen. Ab dem 6. Dezember 2018 (Jahrestag der Kreisgebietsreform 1993) wurde das Jubiläumsjahr gefeiert. Auftaktveranstaltung stellte die Kreistagssitzung am 10. Dezember 2018 dar. In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt, den jeweiligen Fachämtern und teilweise mit den Städten und Gemeinden wurden 2019 folgende Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt:

- Neujahrsempfang zum Thema „25 Jahre TF“ mit begleitender Ausstellung (Präsentation der Kommunen im Landkreis) im Kreistags-Saal sowie Verleihung der Teltow-Fläming-Preise, Ehrenurkunden und Verteilung der Chronik-Broschüren am 18. Januar 2019
- Tag der offenen Tür (Zusammenlegung mit 19. Behinderten- und Skaterfest) am 7. September 2019)
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“ am 5. Dezember mit 52 Ehrungen im Kreishaus
- Unterstützung weiterer Veranstaltungen:
- Auftaktveranstaltung im Rahmen der Brandenburgischen Seniorenwoche im Kreishaus
- Behinderten- und Skaterfest am 7. September
- Ausstellungen im Foyer des Kreishauses
- Fotowettbewerb zum 25-jährigen Bestehen des Landkreises

Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen:

- Kreisreise der Staatssekretärin Leonie Gebers (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) am 1. März 2019
- Themen: Begutachtung des sozialen Arbeitsmarktes in Teltow-Fläming und von Strukturwandel anhand des Beispiels Ludwigfelde
- Informationsbesuch des Staatssekretärs Dr. Thomas Drescher (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg) am 7. März 2019
- Themen: Zustand von Bildungs- und Kultureinrichtungen in Luckenwalde und Jüterbog
- Informationsbesuch der Delegation des Kreis Mures (Rumänien) 6. bis 8. März 2019, Informations- und Erfahrungsaustausch
- Themen: Tourismus, lokales Produktmarketing sowie Organisation der Unterstützung von Kleinproduzenten
- „Kabinett vor Ort“: Gemeinsame Sitzung der Landesregierung Brandenburg mit dem Landkreis TF im Kreishaus am 16. April 2019 mit Ministerpräsident Dietmar Woidke, Ministern bzw. Staatssekretären sowie der Landrätin und mit der Verwaltungsleitung
- Themen: Kita-Versorgung im Land Brandenburg, die Sicherung der Zukunft des Krankenhauses Luckenwalde und des Künstlerhauses Schloss Wiepersdorf, der Breitbandausbau und der Erhalt des Biotechnologieparks Luckenwalde als Forschungs- und Wirtschaftsstandort sowie der Ausbau der Bahnverbindung Dresdner Bahn und die Änderung der Linienführung der Regionalbahn RB 33

Die Medien wurden vorab über die Veranstaltung sowie im Anschluss über deren Ergebnisse informiert. Von dem Besuch wurden Fotodokumentationen erstellt.

Partnerschaftliche Beziehungen (Kreis Gniezno/Polen, Kreis Paderborn, Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin)

Partnerschaften leben! Das war die Devise 2019 und wurde auch mit verschiedensten Begegnungen und Aktionen umgesetzt:

- Neujahrsempfang der Landrätin und des Vorsitzenden des Kreistages am 18. Januar 2019 mit Teilnahme einer polnischen Delegation
- Neujahrsempfang des Partnerkreises Gniezno in Polen am 31. Januar 2019. Der Landkreis TF war vertreten durch Siegmund Trebschuh (amtierender Dezernatsleiter D IV), Holger Lademann (ehemaliger Dezernent D III), begleitet von Ferdinand Flottmeier (Verein ehemaliger Abgeordneter zu Paderborn)
- Unter dem Motto „So haben Sie Luckenwalde noch nie gesehen“ luden Landrätin Kornelia Wehlan, die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler, und Bürgermeisterin der Stadt Luckenwalde, Elisabeth Herzog-von der Heide, am 27. April 2019 zu einem Kiezspaziergang in die Kreisstadt ein. Über 230 Personen folgten der Einladung.
- Präsentation des Landkreises TF beim 2. Nachbarschaftsfest im Berliner Partner-Stadtbezirk Berlin Tempelhof-Schöneberg. Besucher informierten sich am 25. Mai über touristische Angebote in TF, den Tag der offenen Tür und über das Projekt Stadtradeln des Umweltamtes
- Besuch des Freundeskreises Teltow-Fläming in Salzkotten (Landkreis Paderborn) vom 21. bis 23. Juni 2019 mit Besichtigung der Carix-Anlage Salzkotten, der Hederquellen und des Schützenfestes in Obertundorf
- Deutsch-Polnische Jugendbegegnung mit dem Partnerkreis Gniezno vom 24. bis 30. Juni 2019: Zehn polnische Jugendliche und deren Betreuer besuchten den Landkreis Teltow-Fläming. Unter anderem wurden Ausflüge ins Museumsdorf Glashütte, der Fernsehturm in Berlin, die Gedenkstätte zu den Opfern des Holocaust, die Teilnahme an einem Sportfest des Kreissportbundes, der Besuch im Elsthal Luckenwalde, sowie eine Dampferfahrt auf der Spree organisiert.
- Besuch der Partner aus Gniezno zum 17. Kreiserntefest des Landkreises Teltow-Fläming am 24. August 2019 in Paplitz
- Besuch beim Kreiserntefest in Polen Gniezno im September 2019
- 18. bis 22. September 2019: Internationales Kinder- und Jugendfilmfestival – REC Medienfestival auf dem Gelände der UFA Filmfabrik: Teilnehmer waren die Kinder des Filmprojektes „Der Fluch von Hennickendorf“, der Regisseur James Griffin, Elke Schmidt vom Jugendbüro der Gemeinde Nuthetal sowie Vertreter/-innen des Landkreises Teltow-Fläming
- Jubiläumsveranstaltung, initiiert vom Freundeskreis TF e. V., im Museumsdorf Glashütte mit Gästen aus Gniezno und Paderborn am Vortag der Großveranstaltung „Tag der offenen Tür und 19. Behinderten- und Skaterfest“

Besuch der Partner des Kreises Gniezno Polen zur Wirtschaftswoche und Flämingbaumesse vom 8. bis 10. November 2019 in Luckenwalde

Weitere Aufgaben

36 Hinweise aus dem Maerker-System wurden zur Bearbeitung weitergeleitet.

Das Landkreis-Wappen wurde gemäß der „Verordnung über kommunale Hoheitszeichen des Landes Brandenburg“ zweimal vergeben; die unberechtigte Nutzung einmal geahndet.

Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal

Aufgabenbereich zentrale Steuerung und Organisation

Das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal ist interner Dienstleister für alle Organisationseinheiten der Kreisverwaltung. Der Bereich zentrale Steuerung und Organisation unterstützt die Fachämter bei der optimalen Ausrichtung ihrer Organisationseinheiten und Prozesse. Ziel ist es, in den verschiedenen Bereichen den Aufgaben und der Prozessoptimierung entsprechend eine angemessene Personalausstattung zu gewährleisten.

Neben der Organisationsentwicklung unterstützt der Bereich die Fachämter bei der Erstellung von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen und bewertet Stellen als Basis für die Eingruppierung der Beschäftigten bzw. die Besoldung der Beamten.

Des Weiteren initiiert und koordiniert der Bereich inhaltlich und organisatorisch die Schaffung innerdienstlicher Regelungen.

Auch die Digitalisierung der Verwaltung war im Jahr 2019 ein Tätigkeitsfeld, das zukünftig noch mehr Raum einnehmen wird.

Verwaltungsstruktur (Aufbauorganisation)

Im Jahre 2019 erfolgten folgende strukturelle Änderungen in der Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung:

- Zuordnung des Sachgebietes „Untere Denkmalschutzbehörde“ zum „Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt“ und Ausweisung als drittes (39.3) Sachgebiet
- Strukturänderung des Sozialamtes: Aufgrund der Neuausrichtung der Eingliederungshilfen nach dem Bundesteilhabegesetz (Herauslösen aus den Sozialhilfeleistungen) sowie von Fallzahlenänderungen im Asylbereich war eine Neustrukturierung des Sozialbereichs notwendig. Das Sozialamt verfügt somit über folgende Sachgebietsstruktur:
 - 50.1 Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde
 - 50.2 Sozialhilfe (Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Bildung und Teilhabe, Hilfe zur Pflege)
 - 50.3 sonstige soziale Hilfen (Leistungen für Asylbewerber, Wohngeld, Ausbildungsförderung) gebildet.

Die jeweils aktuelle Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung ist im Organigramm ersichtlich und wird im Intranet und Internet veröffentlicht.

Innerdienstliche Regelungen (Ablauforganisation)

In zahlreichen Regelungen werden Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der Beschäftigten und damit stets der Ablauf der Arbeitsprozesse beschrieben. In diesem Zusammenhang hat der Bereich auf die Einhaltung der Gesetze – wie beispielsweise das Arbeitsschutzgesetz – und effiziente und klare Verwaltungs- und Organisationsabläufe zu achten. Die fachlich zuständigen Stellen wurden bei der Erarbeitung von Regelungen unterstützt, so z. B. beim Erlass von amtsinternen Dienstanweisungen im Jugend- und Umweltamt sowie im Amt für Bildung und Kultur.

In der Kreisverwaltung gelten 16 mit dem Personalrat abgeschlossene Dienstvereinbarungen, 29 durch die/den Hauptverwaltungsbeamte/-n erlassene Dienstanweisungen sowie sieben sonstige innerdienstliche Regelungen (Handlungsempfehlungen, Leitlinien usw.).

Sämtliche innerdienstliche Regelungen unterliegen einem ständigen Anpassungsbedarf. So wurde dem Fortschritt der Technik und den geänderten Datenschutzbestimmungen Rechnung getragen. Die als Dachregelung erforderliche Dienstanweisung „Leitlinie zur IT-Sicherheit“ wurde erarbeitet und unterzeichnet.

Die wesentlich umfangreichere Regelung zur Beschaffung, dem Einsatz und der Nutzung von Informationstechnik bedarf ebenfalls einer grundsätzlichen Überarbeitung. Im Vorgriff darauf wurde aufgrund der Dringlichkeit eine „temporäre Verfahrensweise bei Änderung, Ergänzung, Erweiterung oder Einführung von IT-Systemen“ in Kraft gesetzt.

Aus der im Jahr 2014 entwickelten Handlungsempfehlung „Überlastung anzeigen“ konnte die Dienstvereinbarung zum Umgang mit Überlastungsanzeigen erarbeitet und unterzeichnet werden. Ihr Ziel ist es, die aus dem Arbeits- und Gesundheitsschutz bzw. aus dem besonderen Dienst- und Treueverhältnis abgeleitete Hinweispflicht umzusetzen und ein Verfahren zu etablieren, wie bei auftretenden Überlastungssituationen abgeholfen werden kann.

Als weitere Arbeitgeberleistung und zur Steigerung der Attraktivität wurde im Jahr 2019 die Dienstvereinbarung über die Telearbeit sowie die Dienstanweisung zur Gewährleistung des Datenschutzes bei Telearbeit und bei mobilem Arbeiten erarbeitet. Gegenwärtig liegt der Entwurf der Dienstvereinbarung der Unfallkasse Brandenburg zur Prüfung vor. Mit Hochdruck wird daran gearbeitet, die Telearbeit für die Beschäftigten des Landkreises zeitnah zu ermöglichen.

Öffnungszeiten

Auf Grund des Anstiegs der unbesetzten Stellen und zur Gewährleistung der Aufgabensicherung wurden die Sprechzeiten temporär ab dem 1. Dezember 2019 wie folgt geändert:

- dienstags von 9 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr und
- donnerstags von 9 bis 12 Uhr und 13 bis 17.30 Uhr.

Die Potenziale und Wirkungen der neuen Sprechzeiten werden im ersten Halbjahr 2020 evaluiert.

NetAlarm Pro

Im Jahr 2017 wurde der „Leitfaden für Beschäftigte der Kreisverwaltung Teltow-Fläming – Umgang mit Konflikten und Gewalt am Arbeitsplatz“ erarbeitet. In Ausweitung der Gewaltprävention wurde 2019 das Alarmierungssystem „NetAlarmPro“ eingeführt. Es handelt sich hierbei um ein mehrstufiges Alarmierungssystem, welches zur Verstärkung des Sicherheitsgefühls der Beschäftigten des Landkreises am Arbeitsplatz beitragen soll.

„NetAlarmPro“ kann an nachfolgenden Standorten des Landkreises genutzt werden:

- Am Nuthefließ 2, Luckenwalde (Kreishaus)
- Zinnaer Straße 34, 35, Luckenwalde (A 80)
- Puschkinstraße 11, Luckenwalde (A 40)
- Beelitzer Tor 7–9, Luckenwalde (A 36)
- Stubenrauchstraße 26 c, Zossen (A 36)
- Straße der Jugend 63, Ludwigsfelde (Ärztelhaus – A 53)
- Allende-Straße 20, Ludwigsfelde (A 51, A 53).

Stellenplan

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 wurde vom Kreistag am 25. Februar 2019 mit einem Stellenvolumen von insgesamt 881,06 Vollzeiteinheiten (VZE) beschlossen.

Darüber hinaus hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 16. September 2019 die Erweiterung des Stellenplanes 2019 um zwei zusätzliche Stellen beschlossen:

- Assistenz des Kreisbrandmeisters/Sachgebietsleiters Brand- und Katastrophenschutz
- Sachbearbeitung vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz.

Im Ergebnis weist der Stellenplan 2019 somit insgesamt 883,06 Vollzeiteinheiten aus.

Im Rahmen der Stellenplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie auf der Grundlage von Stellenbemessungsverfahren bzw. Organisationsuntersuchungen meldeten die Ämter Stellenmehrbedarfe an. Der Bereich zentrale Steuerung und Organisation überprüfte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ämtern die Bedarfsanmeldungen. Es wurde hierzu die Informationsvorlage Nr. 6-3946/19-LR1 – zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2020 – für den Kreistag am 16. September 2019 erarbeitet. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 wurde vom Kreistag am 16. Dezember 2019 beschlossen.

Überprüfung von Stellenbesetzungen

Zum Tagesgeschäft gehört die Überprüfung von Stellenbesetzungen. Dabei werden die Aktualität der beschriebenen Aufgaben, die Fallzahlen, die Schnittstellen sowie die Bewertung der Stelle überprüft. Daraus ergeben sich häufig Veränderungen. Im Abgleich mit und in Fortschreibung der Stellenbedarfsplanung 2014 bis 2024 wird grundsätzlich kritisch hinterfragt, ob die Stelle wieder besetzt werden muss. Diese Überprüfung findet daher vor jeder Stellenausschreibung statt. Zur Steuerung der Prozessabläufe und Unterstützung der Führungskräfte wurde weiter daran gearbeitet, fortschreibungsfähige Stellenbemessungsverfahren zu entwickeln bzw. zu aktualisieren (beispielsweise für die Sozialarbeiter*innen im Sozialpsychiatrischen Dienst). Hierzu werden der Aufgabenkatalog konkretisiert, die Prozessabläufe dargestellt, geprüft und im analytischen Verfahren (Laufzettel, Arbeitsplatzinterview, Selbstaufschreiben, Momentaufnahme) die mittlere Bearbeitungszeit pro Fall ermittelt. Ergänzt um die aufgezeigten Vollzugsdefizite liegt im Ergebnis ein Verfahren zur Berechnung des Stellenbedarfes vor. Dieses kann jährlich anhand der aktuellen Fallzahlen fortgeschrieben und damit der notwendige Stellenbedarf für die Erfüllung der Aufgabe evaluiert werden. So können auch Störungen in der Ablauforganisation ermittelt und den Fachämtern Handlungsempfehlungen zu Änderungsbedarfen gegeben werden.

Stellenbeschreibung und Stellenbewertung

Zu einer der umfangreichsten Serviceaufgaben des Bereiches gehörte auch 2019 die Unterstützung der Fachämter bei der Erstellung von Stellenbeschreibungen für neu geschaffene Stellen oder bei der Aktualisierung von Stellenbeschreibungen.

Die Stellenbewertungskommission bewertet die Stelle nach der Vorbewertung des Sachgebietes zentrale Steuerung und Organisation. Die Kommission setzt sich paritätisch aus jeweils drei Beschäftigten der Arbeitgebervertretung und der Arbeitnehmervertretung zusammen.

Im Berichtszeitraum wurde die Bewertung von 157 Stellen überprüft. Gegenüber den Jahren 2017 mit 52 Stellenbewertungen und 2018 mit 114 Stellenbewertungen stellt dies eine Ausweitung dieser Serviceaufgabe dar. Gründe dafür waren notwendige Aktualisierungen der Stelleninhalte, Überprüfung der Stellenbeschreibung im Rahmen von Ausschreibungsverfahren oder Anträge auf Überprüfung der Eingruppierung bzw. erstmalige Bewertung bei neu geschaffenen Stellen.

Aufgabenbereich Personal

Der Bereich Personal ist für die Personalgewinnung, Personalverwaltung, Personalentwicklung inkl. Aus- und Fortbildung sowie die Personalkostenplanung/-Controlling und Gehalts- und Besoldungsabrechnung zuständig. Der Bereich ist Ansprechpartner für Führungskräfte, Beschäftigte und deren Vertreter sowie für alle Bewerber*innen.

Um den Herausforderungen im Rahmen des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Führungs- und Fachkräftemangels zu begegnen initiiert und koordiniert der Bereich inhaltliche und organisatorische Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität sowie zur Personalgewinnung und -bindung.

Entwicklung des Personalbestands

Eine zentrale Aufgabe ist die Rekrutierung von Personal, um den Personalbedarf zu decken und offene Stellen zu besetzen.

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestands

Status	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Beamte	81	78	76
Beschäftigte	781	797*	815
Auszubildende (AZUBI)	24	22	20
duale Studenten	4	14	20
Bundesfreiwilligendienst	0	1	1
<i>gesamt</i>	<i>890</i>	<i>912¹</i>	<i>932</i>

Zum Gesamtpersonalbestand gehören 23 Beschäftigte, die den Standorten des Jobcenters Teltow-Fläming in Zossen und Luckenwalde zugewiesen sind. Davon sind vier Beschäftigte verbeamtet und 19 tariflich beschäftigt.

Einstellungen

Es wurden im Jahr 2019 insgesamt 71 Beschäftigte eingestellt.

¹ Korrektur des Tätigkeitsberichts 2018

Tabelle 2: Einstellungen 2019

Art der Einstellung	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
befristete Einstellungen	25	20	17
unbefristete Einstellungen	22	68	48
- davon Entfristungen	1	16	3
übernommene Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung	4	7	6
<i>gesamt</i>	<i>51</i>	<i>95</i>	<i>71</i>

Beendigung von Arbeits- und Dienstverhältnissen

Es schieden insgesamt 63 Beschäftigte aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnisverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus. Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 3: Ausscheiden von Beschäftigten

Gründe für das Ausscheiden	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Ende der befristeten Tätigkeit	12	6	2
Kündigung durch Arbeitgeber	2	1	2
Kündigung durch den Arbeitnehmer	6	13	30
Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze	16	24	25
Übergang in eine unbefristete Erwerbsunfähigkeitsrente	2	3	1
Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze)	9	3	2
Ableben des Arbeitnehmers	2	1	1
<i>gesamt</i>	<i>47</i>	<i>51</i>	<i>63</i>

Schwerbehinderte Beschäftigte

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 64 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,17 Prozent. Die Pflichtquote beträgt fünf Prozent. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 125 Euro für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

Stellenausschreibungsverfahren

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 151 offene Stellen zur Besetzung ausgeschrieben. Davon wurden 18 Stellen intern und 124 Stellen intern und extern ausgeschrieben. Neun Stellen konnten ohne Ausschreibungsverfahren besetzt werden. Auf die Ausschreibungen gingen insgesamt 2.049 Bewerbungen ein, davon 114 interne und 1.935 externe. Die Zahl der Ausschreibungsverfahren ist im Vergleich zum Vorjahr von 159 Ausschreibungen annähernd gleich hoch geblieben und wird aller Voraussicht nach im Jahr 2020 weiter ansteigen. Zur Erleichterung des Bewerberauswahlverfahrens wurde ein Online-Kontaktformular eingerichtet. Den Bewerber*innen wird hiermit die Möglichkeit gegeben, ihre Bewerbung online und verschlüsselt einzureichen.

Am 7. August 2019 hat sich die Kreisverwaltung zum Tag der offenen Tür, welcher gemeinsam mit dem 19. Behinderten- und Skaterfest stattfand, als attraktiver Arbeitgeber vorgestellt und aktiv um neue Bewerber*innen geworben.

Die Personalakquise wird zunehmend schwieriger. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren 57,68 Stellen in Vollzeiteneinheit unbesetzt. Dies ergibt eine Stellenbesetzungsquote von 93 Prozent. Wie im Vorjahr zeigt das Stellenbesetzungsverfahren, dass es gerade in den technischen Berufen, im IT-Service, bei Fachärzten und in sozialpädagogischen Berufen äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Der Landkreis Teltow-Fläming steht hier in Konkurrenz zu Wirtschaftsunternehmen, aber auch zu anderen Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und um die Personalengpässe zu kompensieren, wurden im Jahr 2019 fünf Kompensationsstellen eingerichtet und besetzt.

Das Aufgabengebiet des Personalbereichs ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gewachsen und mit dem vergangener Jahr nicht mehr zu vergleichen. Die Sichtung und rechtssichere Prüfung der Bewerbungsunterlagen ist sehr zeitaufwändig. Hinzu kommt, dass regelmäßig Ausschreibungsverfahren wiederholt werden müssen, da entweder keine Bewerbung den entsprechenden Voraussetzungen entspricht und die Anforderungsprofile erweitert werden müssen oder vorgeschlagene Bewerber*innen am Ende die Stelle doch nicht besetzen wollen.

Personalgewinnung und Steigerung der Attraktivität

Das notwendige Fach- und Führungspersonal ist heute deutlich schwerer zu finden. Aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen verstärkten Ausscheidens von Fachkräften müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, dass das für die Aufgabenerledigung notwendige Personal rechtzeitig, ausreichend und mit der benötigten Qualifikation zur Verfügung steht. Weiter geht mit dem Ausscheiden der älteren Beschäftigten nicht nur die reine Arbeitskraft, sondern gleichzeitig auch ein Verlust an Wissen (Know-how) einher.

Daher wurden im Jahr 2019 folgende Maßnahmen ergriffen:

- überlappende Stellenwiederbesetzungen
- Flexibilisierung der Stellenbewirtschaftung – Einrichtung und Besetzung von fünf Kompensationsstellen
- Vereinbarung einer Dienstvereinbarung zur Fach- und Führungskräfteversicherung durch materielle Anreize

Teilzeitbeschäftigte

Auch in unserer Verwaltung besteht der Wunsch der Beschäftigten auf Teilzeitarbeit, um flexibel auf persönliche Lebenslagen reagieren zu können. Zum 31. Dezember 2019 befanden sich insgesamt 292 Beschäftigte in einer Teilzeitbeschäftigung (272 Beschäftigte und 20 Beamte).

Altersteilzeit

Auf Grundlage des Tarifvertrages zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27. Februar 2010 in der Fassung des Änderungsstarifvertrages Nr. 5 vom 29. April 2016 können die Beschäftigten einen Antrag auf Altersteilzeitbeschäftigung stellen. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 befanden sich 14 Beschäftigte in Altersteilzeit. Drei Beschäftigte haben sich für die Durchführung der „unverblockten“ Altersteilzeit, elf für das Blockmodell entschieden. Dies entspricht einer Quote von 0,6 Prozent.

Elternzeit

Insgesamt 32 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch. In dieser Zahl sind alle Beschäftigten berücksichtigt, deren Elternzeit bis in das Jahr 2019 hineinreichte oder deren Elternzeit im Jahr 2019 begann.

Personalkosten und Controlling

Zur Planung, Steuerung und unterjährigen Kontrolle des Finanzverbrauchs im Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal wurde ab dem Jahr 2018 ein regelmäßiges Berichtswesen installiert. Damit soll transparent und frühzeitig über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch informiert werden, um gegebenenfalls zeitnah gegensteuern zu können. Dieser Prozess wurde im Jahr 2019 fortgeführt. Viele Sachverhalte haben Auswirkungen auf die Personalkosten. Die Stellenplanbewirtschaftung, die in einem engen Zusammenhang mit den Personalkosten zu sehen ist, stellt u. a. die Grundlagen für Einstellungen und unterjährige Kompensationen dar. Im Jahr 2019 wurde eine Stelle zur Sachbearbeitung Personalkosten und Controlling eingerichtet und besetzt.

Ausbildung

Am 1. August 2019 begannen vier Auszubildende ihre Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten (VFA). Ein Auszubildender erlernt seitdem den Beruf des Vermessungstechnikers. Die Ausbildung zum Hygienekontrolleur hat ein Auszubildender am 01.12.2019 begonnen. Das duale Studium „Öffentliche Verwaltung Brandenburg, Bachelor of Laws (LL.B.)“ (ÖVBB) nahmen am 1. September fünf Studierende auf. Zum 1. September 2019 nahm erstmals eine Person das duale Studium „Verwaltungsinformatik Brandenburg (B. Sc)“ an der TH Wildau auf.

Die Kreisverwaltung bildet als erster Landkreis im Land Brandenburg seit dem 1. Dezember 2019 eine Person zur Veterinärhygienekontrolleurin aus.

Den drei Auszubildenden, die 2019 erfolgreich ihren Abschluss als Verwaltungsfachangestellte absolvierten, wurde – dem Personalentwicklungskonzept folgend – eine unbefristete Anstellung angeboten. Alle nahmen das Angebot an.

Am jährlich stattfindenden Zukunftstag bot die Kreisverwaltung interessierten Schüler*innen praktische Einblicke in die Berufsbilder des/der Verwaltungsfachangestellten und des Vermessers/der Vermesserin. Zur Ausbildungsmesse am 21. September 2019 im Biotechnologiepark waren die Auskünfte der Auszubildenden und Studierenden der Kreisverwaltung wie immer sehr gefragt.

Eine Beschäftigte absolvierte die Ausbildereignungsprüfung und unterstützt somit die ständige Qualitätssteigerung der Ausbildung. Damit erhöhte sich die Zahl der Ausbilder*innen auf 43. Das im Personalentwicklungskonzept festgeschriebene Ziel von zwei Ausbilder*innen pro Amt wird damit zielstrebig verfolgt.

Zur Betreuung der Studierenden in den vorgeschriebenen Praktika stehen 21 zertifizierte Beschäftigte zur Verfügung.

Praktikum

Das Engagement der Amtsleitungen und Beschäftigten in der Kreisverwaltung ermöglichte es vielen jungen Menschen, ein Praktikum in der Verwaltung zu absolvieren.

Tabelle 4: Praktika in der Kreisverwaltung

Kalenderjahr	Schüler/-innen	Studierende	berufsbegleitende Maßnahmen	im Zuge der Ausbildung
2017	29	17	9	13
2018	32	13	7	11
2019	30	15	9	8

Krankenstand

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 9,54 Prozent aller Beschäftigten. Berechnet wurde der durchschnittliche Krankenstand auf Basis einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 23,9 Krankentagen pro Beschäftigtem. 65 Beschäftigte (6,9 Prozent aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als sechs Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

Unfallanzeigen

Im Jahr 2019 gingen insgesamt 29 Arbeitsunfallanzeigen ein, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren zwölf Wegeunfälle. Von den 29 Arbeitsunfällen führten 19 zu einer Arbeitsausfallzeit von insgesamt 151 Arbeitstagen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Seit dem 1. Januar 2011 setzt die Kreisverwaltung die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Beschäftigten des Landkreises, die innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. auftrat oder einzelne Fehlzeiten addiert diese Grenze überschritten bzw. überschreiten. Im Jahr 2019 wurden 60 Beschäftigte ermittelt, denen ein BEM-Verfahren angeboten wurde. Von den angeschriebenen Beschäftigten nahmen 27 die Möglichkeit zum freiwilligen Gespräch an. 18 Beschäftigte sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 15 Beschäftigten steht noch eine Antwort aus.

Bildschirmarbeitsplatzbrillen

Im Berichtszeitraum stellten 29 Beschäftigte der Kreisverwaltung Anträge auf Bezuschussung der Anschaffung von Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

Rechnungsprüfungsamt

Zur Durchsetzung der allgemeinen und konkreten Haushaltsgrundsätze nimmt das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen

- des Landkreises,
- der kreisangehörigen Städte und Gemeinden,
- des Amtes Dahme/Mark und
- der Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises.

Besonderes Augenmerk wird dabei gelegt auf die

- Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze Haushaltssicherung sowie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit finanziellen und materiellen Ressourcen,
- Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung,
- Umsetzung der Grundsätze Haushaltswahrheit und -klarheit sowie
- Einhaltung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit unter Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen. Als Bewertungs- und Entscheidungshilfen für die Durchführung der Haushaltswirtschaft und das allgemeine und konkrete Verwaltungshandeln dienen objektive und fundierte Prüfungsergebnisse. Die Prüfungen umfassten den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf die

- Prüfung von einer Eröffnungsbilanz 2016, 24 Jahresabschlüssen, davon 5 Abschlussprüfungen noch nicht abgeschlossen, der Haushaltsjahre 2011 bis 2018 im Landkreis, in den Kommunen sowie in den Wasser- und Abwasserzweckverbänden als Voraussetzung für die durch die Kommunalverwaltungen zu fassenden Beschlüsse,
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege in Vorbereitung auf die Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und den Kommunen,
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Mitteln des Bundes, Landes und Landkreises für vier Fördermaßnahmen im Landkreis,
- Prüfung der Arbeit der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen der Kreisverwaltung wurden 12 Fachämter und der Eigenbetrieb Rettungsdienst der Kreisverwaltung einbezogen.

Im Bereich des Vergaberechts wurden in der Kreisverwaltung 11 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistung in Höhe von 1.965.034 Euro, 16 Vergaben für Bauleistungen mit einem Gesamtwert von 5.590.135 Euro und 4 Honorarverträge in einer Gesamthöhe von 1.580.411 Euro entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch Wert darauf gelegt, auf Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes hinzuweisen und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Die Kommunalaufsicht hat im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Kommunalaufsicht ist Rechtsaufsicht. Die Kommunalaufsicht über die Städte, Gemeinden und Zweckverbände führt die Landrätin als allgemeine untere Landesbehörde.

Ihr Hauptbetätigungsfeld sieht die Kommunalaufsicht im Bereich der präventiven Aufsicht. Ziel ist es, bereits im Vorfeld Probleme zu besprechen und Lösungsmöglichkeiten zu finden, bevor bereits Tatsachen geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund hat die Beratungstätigkeit einen hohen Stellenwert und wird auch von den zu beaufsichtigenden Körperschaften genutzt.

Um gezielt beraten zu können, wurde eine interne Spezialisierung bezüglich der allgemeinen sowie finanziellen und personellen Kommunalaufsicht vorgenommen.

Im Jahr 2019 fanden Kommunalwahlen statt. Daraufhin setzten sich die Gemeindevertretungen bzw. Stadtverordnetenversammlungen neu zusammen. Weiterhin war in vier Kommunen ein neuer Hauptverwaltungsbeamter/eine neue Hauptverwaltungsbeamtin zu wählen. Die Kommunalaufsicht beriet die Städte und Gemeinden auch in diesem Zusammenhang.

Die allgemeine Kommunalaufsicht war im Jahr 2019 vermehrt mit Fragen der Vorbereitung der neuen Kommunalwahlperiode, insbesondere der Prüfung von Satzungen und Satzungsentwürfen sowie der Beratung zu Fragen der inneren Gemeindeverfassung (Besetzung von Gremien, Durchführung der konstituierenden Sitzungen, Vorbereitung von Beschlussvorlagen) befasst.

Ein wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich der allgemeinen Kommunalaufsicht war auch die Bearbeitung von Anfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, denen ein öffentliches Interesse zu Grunde lag. Diese kamen sowohl von Gemeindevertretungen als auch von Bürger*innen. Eine besondere Rolle spielten dabei innergemeindliche Probleme, die nach den letzten Kommunalwahlen bedauerlicherweise an Bedeutung zugenommen haben.

Zudem prüfte die Kommunalaufsicht mögliche Dienstvergehen von Hauptverwaltungsbeamten*innen und bereitete disziplinarrechtlich relevante Sachverhalte auf.

Bei beabsichtigten Grundstücksveräußerungen wurde die Veräußerung zum vollen Wert geprüft.

Des Weiteren ist die Kommunalaufsicht auch unterstützend für die Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung im Umgang mit rechtlichen und wirtschaftlichen Problemen tätig.

Nach wie vor verfügte eine kreisangehörige Gemeinde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2019 noch nicht über eine geprüfte und beschlossene Eröffnungsbilanz. Gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsamt und der Gemeinde wurde nach Wegen gesucht, um zumindest im Jahr 2020 Rechtssicherheit herzustellen.

Rückstände bestehen auch weiterhin bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse. Die Kommunalaufsichtsbehörde ist hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse beratend tätig.

Im Haushaltsjahr 2019 befanden sich von 16 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sechs in der Haushaltssicherung. Die Genehmigung der Kommunalaufsicht für das durch die

zuständige Vertretung beschlossene Haushaltssicherungskonzept wurde in allen Fällen erteilt.

Darüber hinaus wurden Kredite sowie Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der vorgelegten Haushaltssatzungen genehmigt, Stellungnahmen für die Förderung gemeindlicher Vorhaben abgegeben sowie beratende Gespräche zu Entwürfen von Haushalts- bzw. Wirtschaftsplänen sowie haushaltsrelevanten Fragen geführt.

Sowohl im Bereich der allgemeinen als auch in der personellen und finanziellen Kommunalaufsicht hat die Beratungstätigkeit im Jahr 2019 weiter zugenommen und deutlich an Priorität gewonnen.

Büro für Chancengleichheit und Integration

Im Büro für Chancengleichheit und Integration arbeiten die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, die Behinderten- und Seniorenbeauftragte, die Sachbearbeiterin LAP/MBS-Gewinnausschüttung und die Schwerbehindertenvertretung eng zusammen. Die Stelle Flüchtlingskoordination ist seit dem 28. Februar 019 nicht mehr besetzt. Sie wurde mittlerweile vom Kreistag in eine Stelle Beauftragte/-r für Bürgerbeteiligung umgewandelt.

Alle Beschäftigten im Büro für Chancengleichheit wirken bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen des Landkreises mit (Behinderten- und Skaterfest, Festveranstaltung aus Anlass der Brandenburgischen Seniorenwoche usw.).

Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Gleichstellung

Die Gleichstellungsbeauftragte arbeitet entsprechend den gesetzlichen Grundlagen (z. B. AGG, BGlG) als Interessenvertreterin und Ansprechpartnerin für Frauen und Männer gleichermaßen, die auf Grund ihres Alters, Geschlechts, sexueller Identität, Rasse, Weltanschauung oder Religion Benachteiligung und Diskriminierungen erfahren oder befürchten müssen. Dabei gilt es, die Förderung und Herstellung von Chancengleichheit für jeden Menschen im Landkreis zu erreichen. Gleichstellungspolitik ist eine dauerhafte gesellschaftspolitische Aufgabe. Besonderes Augenmerk wird auf das Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in diesem Sinne gerichtet. Des Weiteren unterstützt und berät die Beauftragte in besonderen Lebenssituationen, vermittelt Fachberatung, arbeitet in kreis- und landesweiten Netzwerken mit und räumt Chancen zur Teilhabe ein.

Im Wahljahr 2019 ist festzustellen, dass Frauen als Verliererinnen der Kreistagswahl betrachtet werden müssen. In der Tat sind von 56 Abgeordneten nur noch 13 Frauen. Das ist weit entfernt vom Prinzip Hälfte/Hälfte. Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind noch immer nicht ausreichend umgesetzt. Das Ergebnis zeigt, dass das neue Paritätsgesetz noch nicht greift. Die Politik sollte Regelungen finden, die eine Weiterentwicklung in Bezug auf die Chancengleichheit und Teilhabe von Frauen an kommunaler und Kreispolitik möglich machen. Besonders wichtig sind Maßnahmen, um Frauen in der Kommunalpolitik zu stärken. Nach den Kommunalwahlen im Mai und September 2019 liegt auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Teltow-Fläming lediglich in drei Kommunen das Amt in weiblichen Händen.

In der Kreisverwaltung beträgt das Verhältnis Frauen zu Männern auf der Dezernatsebene 3:2. Es gibt vier Amtsleiterinnen, aber 11 Amtsleiter. Die Sachgebietsleitungen sind mit 21 Frauen und 16 Männern besetzt. Die Gleichstellung auf der Amtsleitungsebene sollte solange aktiv betrieben werden, bis die Chancengleichheit für Männer und Frauen hergestellt ist.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht immer mehr im Vordergrund. Der durch den demografischen Wandel entstandene hohe Bedarf an Fachkräften hat auch vor dem Landkreis Teltow-Fläming keinen Halt gemacht. Die Kreisverwaltung, aber auch die kommunalen Verwaltungen stehen vor der Herausforderung, freie Stellen mit geeignetem Personal zu besetzen. Um ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, müssen sich die Verwaltungen immer mehr Gedanken darüber zu machen, wie durch Digitalisierung, Homeoffice und Arbeitsorganisationen mehr Personal gefunden und gebunden werden kann.

Frauenwoche im Landkreis

Die 29. Brandenburgische Frauenwoche stand unter dem landesweiten Motto „Hälfte/Hälfte – ganz einfach“.

„Hälfte/Hälfte“ – das bedeutet, Ressourcen, Einfluss und Verantwortung zu gleichen Teilen zwischen Frauen und Männern aufzuteilen.

Die Frauenwoche 2019 war von zwei historischen Ereignissen geprägt. Das war zum einen das erste deutsche Parlament, in dem nach Einführung des Frauenwahlrechts auch weibliche Abgeordnete saßen (1919), andererseits wurde 100 Jahre später in Brandenburg das erste Paritätsgesetz in Deutschland verabschiedet. Beide Ereignisse lieferten in zahlreichen Veranstaltungen Anlass, in die vergangenen 100 Jahre zu blicken und Bilanz zu ziehen: Wie weit sind Frauen in ihrer Forderung nach „Hälfte/Hälfte“ gekommen?

Das Ergebnis sieht durchwachsen aus: Trotz einiger, teils historischer Errungenschaften gibt es im Jahr 2019 noch zu viele Bereiche, in denen Frauen noch nicht die Hälfte der Ressourcen erreicht haben bzw. bis heute Benachteiligung erfahren. So übernehmen Frauen in Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege der Angehörigen viele unbezahlte Arbeitsstunden mehr als Männer. Auch der Gender-Pay-Gap ist bis heute nicht geschlossen: Frauen haben noch immer etwa 21 Prozent weniger Einkommen und sind dadurch später deutlich häufiger von Altersarmut betroffen. Was Frauen also brauchen, ist eine Umverteilung, nämlich eine Umverteilung von Geld, Zeit und Macht.

Zahlreiche Veranstaltungen im Landkreis drehten sich um das Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts. Ein besonderer Höhepunkt dabei waren die Ausstellung und der Workshop von und mit Brigitte Potter-Mael „Plants for Rosa – Pflanzen für Rosa. 1919 in memory – im Gedenken – 2019“ in der GEDOK Rangsdorf.

Doch nicht nur Historisches, auch ganz Aktuelles fand seinen Weg in die Frauenwoche: Veranstaltungen für Gründerinnen, Selbstverteidigung, Comic-Workshops, Kinofilme, der Blick auf Frauen in Kunst und Medien und sogar ein Frauen*Streik zeigten auf, wie vielfältig die Forderung nach der Hälfte der Macht und der Hälfte der Ressourcen aussehen kann. Mit den Veranstaltungen konnten über 300 Teilnehmer*innen erreicht werden.

Schwerpunkt: Bekämpfung häuslicher Gewalt

Die Umsetzung des Landesaktionsplanes „Keine Gewalt an Frauen und ihren Kindern“ und der europäischen Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt wird im Landkreis vorangetrieben. In Teltow-Fläming befinden sich zwei Frauenhäuser, die bis zum Ende des Jahres in Trägerschaft des Frauenstamm-tisch Ludwigsfelde e. V. waren. Aufgrund unterschiedlicher Umstände war der Frauenstamm-tisch Ludwigsfelde e. V. nach 28-jähriger Arbeit und Verantwortung nicht in der Lage, die Trägerschaft fortzuführen. Dank der rechtzeitigen Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten und des Fachamtes konnte ein Interessenbekundungsverfahren vorbereitet und durchgeführt werden. Daraus ist eine neue Trägerschaft hervorgegangen. Damit konnte eine Schließung verhindert werden.

Die Schaffung von barrierefreien Zugängen für die Frauenhäuser muss weiterhin im Blick behalten werden.

Integration

In Fortführung der begonnenen Arbeit der vergangenen Jahre wurden die Netzwerke im Landkreis weiter gestärkt. Die Beauftragte gab zu den unterschiedlichsten Lebenslagen Unterstützung und Hilfestellungen, so z. B. im Netzwerk Schule-Wirtschaft, im Netzwerk Integration/Migration, Arbeitsbereich Integration in Arbeit u. v. m.

Die Beauftragte arbeitet in der landesweiten Arbeitsgemeinschaft kommunaler Integrationsbeauftragter mit und arbeitet im Landesintegrationsbeirat mit.

Dem Landkreis wurden 2019 wieder sehr viel weniger Geflüchtete als in den vorangegangenen Jahren zugewiesen. Mit Landesmitteln für Migrationssozialarbeit wurde ein Netzwerk von Hilfen aufgebaut. Die Mittel sind entsprechend des Kreistagsbeschlusses anteilig an die Kommunen auf Antrag ausgereicht worden. Leider stehen den Kommunen diese Mittel nur für die Arbeit mit Geflüchteten zur Verfügung. Derzeit wandern jedoch vermehrt Menschen aus der EU und anderen Drittstaaten zu. Die Zahl der Ausländer*innen im Landkreis hat sich seit 2015 insgesamt verdoppelt. Gegenwärtig leben fast 10.000 Menschen aus insgesamt 120 Nationen in Teltow-Fläming.

Die vorhandenen Beratungsstrukturen für Zugewanderte reichen nicht aus und sind ihnen oftmals nicht bekannt.

Hervorzuheben sind die Bemühungen von Menschen mit Migrationshintergrund sich zu organisieren. So entstanden in Luckenwalde zwei Migrantenvereine neu. Sie erhalten für ihre Arbeit Unterstützung zur Gemeinwesenentwicklung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Der Landkreis TF nimmt seit 2015 am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teil.

Im Berichtszeitraum 2019 wurde die Partnerschaft für Demokratie Teltow-Fläming/Landesaktionsplan (LAP) im Sinne des Leitbildes des Landkreises fortgeführt und erweitert.

Die federführende Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, unterstützt von der Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“ und der Sachbearbeiterin für die Zuwendungsmittelbewirtschaftung verantwortete 2019:

- die rechtsverbindliche Antragstellung für die „Partnerschaft für Demokratie“ auf Zuwendung von Bundesmitteln aus dem Programm;
- die rechtliche und inhaltliche Verantwortung der Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“, einschließlich der Organisation, Berufung bzw. Bereitstellung einer Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses;
- für die ordnungsgemäße Mittelverwendung;
- für die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte (u. a. Auszahlung der Mittel für die Fonds und der daraus finanzierten Einzelmaßnahmen), einschließlich der rechtsverbindlichen Mittelanforderung bei der Regiestelle und der Bereitstellung von Informationen
- über die jeweiligen Einzelmaßnahmen (Formblatt-Vorgabe der Regiestelle)
- für die administrativ-technische Beratung von Trägern von Projekten und Einzelmaßnahmen;
- die Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Regiestelle (Verwendungsnachweis) und die damit zusammenhängende Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der

Bundesmittel – entsprechend den Regelungen nach Nr. 7.2 der Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk).

Die Aufgaben der Fach- und Koordinierungsstelle waren:

- Erstansprechpartner bei Problemlagen entsprechend des Förderbereichs
- Steuerung der Erstellung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“, in Zusammenarbeit mit dem Federführenden Amt, dem Begleitausschuss, Jugendforum und weiteren Akteurinnen und Akteuren
- Koordinierung sowie inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und Begleitung von 2019 15 Einzelmaßnahmen, auch in Hinblick auf eine stärkere Einbindung in die lokale Gesamtstrategie, einschließlich der Begleitung der Akteurinnen und Akteure und ihrer Aktivitäten im Jugendforum sowie der Wahrnehmung von Aufgaben bzgl. der Mittelverwendung und -abrechnung im Aktions- und Initiativfonds sowie im Jugendfonds
- Koordination der Arbeit des Begleitausschusses
- Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms und der „Partnerschaft für Demokratie“ vor Ort
- Unterstützung der Vernetzung, Bekanntmachung und Inanspruchnahme von Angeboten auf Landesebene (insb. Demokratiezentren)
- Förderung der Vernetzungen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere Anregung und Unterstützung des Know-How-Transfers zum Umgang mit Problemlagen entsprechend des Förderbereichs in Verwaltungsstrukturen
- Beratung und Unterstützung von Bürger*innen, die sich für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens, für die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie für Teilhabe und kulturelle Vielfalt engagieren
- Förderung fachlicher Qualifizierung von Akteurinnen und Akteuren in der „Partnerschaft für Demokratie“ und Vermittlung entsprechender Angebote
- Weiterentwicklung der Arbeit in der Kommune im Themengebiet
- Gewährleistung der Zusammenarbeit mit der Programmevaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms
- Sicherstellung der Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse
- Teilnahme an inhaltlichen und qualifizierenden Maßnahmen des Bundesprogramms
- Beantragung der weiteren Teilnahme am Bundesprogramm

Die Fach- und Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben“ informierte das beschließende Gremium, den Begleitausschuss, über Entwicklungen in den Tätigkeitsbereichen der Partnerschaft.

Der Begleitausschuss arbeitet erfolgreich. Ein Lagebild und Maßnahmen wurden gemeinsam auf zwei Klausurtagungen in Jüterbog und in Glienick erarbeitet. Die Ausgestaltung der Website der Partnerschaft für Demokratie war der Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, deren Hintergründen sowie beispielhaften Gegenmaßnahmen im Landkreis und darüber hinaus gewidmet.

Die Zusammenarbeit zwischen federführendem Amt, Sachbearbeiterin und Fach- und Koordinierungsstelle entwickelte sich weiterhin konstruktiv und positiv. Begleitausschuss, Jugendforum, Öffentlichkeitsarbeit und Projektträgern konnten zunehmend Beachtung gewinnen. Das Jugendforum gewann mit Alina Kologriwaja als Koordinatorin eine Expertin für gendersensible Jugendarbeit.

Der Newsletter der Partnerschaft für Demokratie TF mit mittlerweile über 600 Abonnent*innen wird seit 2017 monatlich versendet und erreicht Menschen über die Grenzen Teltow-Flämings hinaus. Zusätzlich wird der Newsletter auf der Internetseite der Partnerschaft für Demokratie Teltow-Fläming veröffentlicht. (www.lap-teltow-flaeming.de)

Wesentliches Element der Gesamtzielsetzung war die Vertiefung partizipativer Möglichkeiten in deren gesamten Breite. 2019 wurden die vier Sozialräume des Landkreises mit ihren jeweiligen, sehr unterschiedlichen Problemlagen verstärkt in den Fokus genommen. Eine erste sozialraumspezifische Demokratiekonferenz fand in Dahme statt. Vorbereitende Maßnahmen wurden in Zossen/Wünsdorf und Jüterbog begonnen. Die programmatische Zielsetzung auch Gebiete im Landkreis zu erreichen, die zivilgesellschaftlich schwächer aufgestellt sind, wurde partiell umgesetzt.

Der Tag der Toleranz fand am 31. August 2019 in Kooperation mit dem Quartiersfest Luckenwalde statt. Auf dem Quartiersfest beteiligten sich über 50 Vereine und zivilgesellschaftliche Institutionen der Region, wodurch auch die Partnerschaft für Demokratie TF neue Zielgruppen erreichte.

Die 11. Herbstkonferenz am 6. November mit dem Titel „Diskurs statt Diktat“ widmete sich dem Thema Jugendbeteiligung und Beteiligungskultur vor Ort. Expert*innen und Podiumsgäste berieten gemeinsam mit Gästen über die Herausforderung, Weltoffenheit und fairen Zugang zu ermöglichen, die Mobilisierung von Beteiligung, Brücken zu schlagen zwischen Tradition und Neuland sowie die Einbindung von Jugendverbänden.

2019 widmete sich die Partnerschaft für Demokratie/LAP TF verstärkt Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Selbstevaluation. Neben der vom Bundesprogramm vorgegebenen Befragung durch das ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main, geschah dies durch eine Bürgerumfrage von Change Centre, an der mehr als 1300 Personen teilgenommen haben. Die öffentliche Auswertung erfolgte im März 2019. Die Ergebnisse sind hier nachzulesen: <http://www.teltow-flaeming.de/de/aktuelles/2019/03/ergebnis-buergerumfrage-teltow-flaeming.php>. Der Transfer der Umfrageergebnisse gelang, indem ein Bürgerbus geplant wurde. Diese Planung wurde bereits partiell umgesetzt.

Des Weiteren wurde der Landkreis für das Pilotprojekt „Selbstcheck Weltoffene Kommune“ der Bertelsmann Stiftung ausgewählt. Sieben Handlungsfelder wurden untersucht; Defizite vor allem in den Bereichen „Fairer Zugang und Teilhabe“, „Interkulturelle Öffnung“, „Kommunikation und Konfliktmanagement“ ausgemacht. Die Ergebnisse des Selbstchecks wurden in die Handlungsstrategien der Partnerschaft integriert. Mittlerweile ist das Projekt bundesweit etabliert. Nähere Informationen dazu auf: <https://www.aufbruch-magazin.de/integration/ein-landkreis-wird-weltoffen/>

Die Mittlerziele bei der Umsetzung des Bundesprogramms 2019 waren:

- qualitativ bessere Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtspopulismus
- Verstärkung der Gewaltprävention
- Weiterentwicklung von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten
- Verbesserung der Integration und des demokratischen Zusammenlebens

Die Ausgestaltung einer vielfältigen Kultur des Zusammenlebens wurde fortgeführt und mit Vertretern der Zielgruppen erarbeitet. Dies wurde sowohl durch die 15 Projekte des Aktions- und Initiativfonds, als auch die Arbeit des Jugendforums erreicht. Insbesondere die Entwicklung von Ziel-Indikatoren wurde in Zusammenarbeit mit Partnern vorangetrieben.

Selbstorganisierte Migrantenvereine wurden weiterhin durch die Partnerschaften für Demokratie unterstützt.

Die 2018 und 2019 gegründeten selbstorganisierten Migrantenvereine gewannen zunehmend an Bedeutung bei der Gestaltung eines demokratischen Miteinanders auf Augenhöhe im Landkreis.

Neben den bereits erwähnten Einzelprojekten fand ein intensiver Austausch zu gelingender Integration, Willkommens- und Beteiligungskultur durch den Austausch mit Praktikern aus anderen Partnerschaften bundesweit sowie mit brandenburgischen Akteuren der Vernetzungstreffen von Tolerantes Brandenburg statt.

Insbesondere in Brandenburg werden zukünftig weitere Kooperationen und Synergien mit Bürger*innen, Vereinen, Politiker*innen vor allem im Bereich Zossen und Jüterbog angestrebt.

Jugendforum Teltow-Fläming

Das Jugendforum befindet sich in einer Umbruchsphase. Neben neuen politischen Entwicklungen im Landkreis bringen auch personelle Veränderungen große Herausforderungen mit sich.

Das Jahr 2019 wurde von den aktiven Jugendlichen unter dem Eindruck einer neuen Umweltbewegung und den stattgefundenen Landtagswahlen gestaltet. Im März nahmen sie an der ersten Fridays-for-Future-Demonstration im Landkreis teil, um sich anschließend in einem Workshop kritisch mit dem Thema Ökologie auseinanderzusetzen.

Nach langer Vorbereitung fand auch im Sommer dieses Jahres in Zossen ein Planspiel zur Arbeit des Brandenburger Landtags statt. Ziel war es, vor den Wahlen gerade Erstwähler*innen zu informieren, wie politische Entscheidungen im Parlament zustande kommen und so die Wichtigkeit dieser Institution für ihre Lebenswirklichkeit zu demonstrieren. Damit verbunden war eine Motivation, sich zu entscheiden, zur Wahl zu gehen und seine Stimme abzugeben.

Nachdem der bisherige Koordinator Christopher Senf nach erfolgreichen drei Jahren das Jugendforum im Sommer verlassen hat, standen für das neue Team zahlreiche Qualifizierungstermine an, um sich zusammen mit dem Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung in der Thematik des §18a Brandenburgisches Kommunalverfassungsgesetz fortzubilden. Dank des landesweiten Charakters der Qualifizierung hat das Jugendforum viele überregionale Kontakte knüpfen können. Mitgenommen wurde vor allem der inhaltliche Impuls, Kinder- und Jugendbeteiligung nicht als formalen Akt zu verstehen, der abgehakt werden kann, sondern den §18a als Baustein einer allgemeinen praktischen Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche zu verstehen. Verstärkt soll dieser Impuls in die Städte, Gemeinden und den Landkreis insgesamt getragen werden.

So geschehen dann auch bei der Herbstkonferenz der Partnerschaft für Demokratie im November dieses Jahres, die unter dem Titel „Diskurs statt Diktat“ das gemeinsame zivile Engagement für mehr Beteiligung behandelte. Die inhaltlichen Schwerpunkte wurden in einem Inputreferat, während der Podiumsdiskussion und in einem eigenen Workshop zur Bedeutung der Jugendverbände in der Beteiligungskultur deutlich gemacht.

Diese Ergebnisse wurden in das Jahr 2020 mitgenommen. Für einen vielfältigeren und bunteren Landkreis sollen Jugendliche mit ihren aktuellen Bedürfnissen angesprochen und berücksichtigt werden.

Verwendung der Mittel

Insgesamt wurden 2019 aus den Mitteln des Bundesprogramms 103.154,28 Euro ausge-
reicht. Davon für:

Tabelle 5: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

Finanzposition lt. Antrag	Beantragt für 2019	Bewilligung an Letztempfänger
1.1 (externe) Koordinierungs- und Fachstelle	45.000,00 €	45.000,00 €
1.2 Aktions-/Initiativfonds	48.000,00 €	51.154,28 €
1.3 Jugendfonds	7.000,00 €	7.000,00 €
1.4 Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	10.000,00 €	
<i>Gesamtkosten</i>	<i>110.000,00 €</i>	<i>103.154,28 €</i>
2.5 Drittmittel (MBS)	10.000,00 €	
2.7 Bundesmittel	100.000,00 €	
<i>Gesamteinnahmen</i>	<i>110.000,00 €</i>	

Aus dem Aktions- und Initiativfonds konnten insgesamt zehn Projekte finanziell für ihre Arbeit unterstützt werden.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Daten und Fakten

Im Landkreis Teltow-Fläming ist fast jeder fünfte Einwohner älter als 65 Jahre, Tendenz steigend. Davon ist besonders der ländliche Bereich betroffen. Dahme/Mark und Jüterbog sind im Moment die „ältesten“ Kommunen.

Die Anzahl der Personen im berufsfähigen Alter wird in Teltow-Fläming bis 2020 um etwa neun Prozent zurückgehen und bis 2030 um insgesamt ein Viertel sinken. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren über 65 Jahre wird bis 2030 mit 57 Prozent um mehr als die Hälfte zunehmen. Momentan leben in unserem Landkreis ca. 6.700 Menschen, die pflegebedürftig sind. Zwei Drittel davon werden zuhause gepflegt.

Im Landkreis leben ca. 37.000 Menschen, die 65 Jahre alt oder älter sind. Der Anteil der Senior*innen an der Bevölkerung liegt damit bei 23 Prozent. 2005 lag der Anteil der Bevölkerung noch bei 19 Prozent. Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es mehr als 22.000 behinderte und schwerbehinderte Menschen, das entspricht fast 14 Prozent der Bevölkerung.

Gesetzliche Grundlage

Vor dem Hintergrund des oben genannten demografischen Wandels haben das Land Brandenburg in seiner Kommunalverfassung (§ 19 BbgKVerf) und der Landkreis Teltow-Fläming in seiner Hauptsatzung (§ 13) festgelegt, u. a. die Bevölkerungsgruppe der Senior*innen stärker in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Dazu benennt der Kreistag einen Beauftragten zur Integration behinderter Menschen und zur Vertretung der Interessen der Senior*innen.

Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen und Senior*innen

Als allgemeine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen werden hier individuelle Bedarfe ermittelt und entsprechende Unterstützungs- und Hilfeangebote zusammengestellt. Wie bereits im Vorjahr gab es die häufigsten Anfragen zu folgenden Leistungen und Themen:

- Umbau- und Fördermöglichkeiten zum barrierefreien Wohnraum
- DIN-Vorschriften zum barrierefreien Ausbau/Umbau
- Schülerspezialverkehr
- Personenbeförderung in Ortsteilen und im ländlichen Raum
- Individualverkehr zu Fachärzten, Selbsthilfegruppen, Behördengängen
- Thema Behindertenfahrdienste und Taxen zur Gestaltung der Freizeit
- Ermittlung und Feststellung des Grades der Schwerbehinderung einschließlich Widerspruchsverfahren
- Unterstützung für pflegende Angehörige
- Suche nach angemessenem barrierefreien Wohnraum und Kostenübernahme durch den Sozialhilfeträger

Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen nach § 50 Brandenburgische Bauordnung

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte wird von den zuständigen Fachämtern Kreisentwicklung und technische Bauaufsicht in die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume, der baulichen Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude und Wohnungen einbezogen und um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Insgesamt wurden 94 Stellungnahmen zu genehmigungspflichtigen Verfahren zugearbeitet. 2018 waren es noch 31 Stellungnahmen weniger. Bauherren, Planer und Kommunen nutzen auch außerhalb eines genehmigungspflichtigen Verfahrens den fachlichen Austausch. Schwerpunktthemen sind Wege- und Leitsysteme für Blinde- und Sehbehinderte (z. B. an Bushaltestellen und Straßenquerungen) sowie eine rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen. Dazu nahm die Beauftragte regelmäßig Termine vor Ort wahr, um die Gegebenheiten gemeinsam mit den Beteiligten besprechen zu können.

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen

26. Brandenburgische Seniorenwoche

Die 26. Brandenburgische Seniorenwoche fand 2019 unter dem Motto „Für ein lebenswertes Brandenburg – solidarisch, aktiv, mitbestimmend“ statt. Dazu wurden zahlreiche Veranstaltungen von und für Senior*innen. Zur zentralen Eröffnungsfeier im Landkreis Teltow-Fläming trafen sich am 17. Juni in Luckenwalde 120 Gäste. Landrätin Kornelia Wehlan und der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates Horst Leder ehrten Senior*innen, die sich auf besondere Weise für das Allgemeinwohl einsetzen.

Die Brandenburgische Seniorenwoche wird traditionell vom Kreissenorenbeirat in Zusammenarbeit mit der Behinderten- und Seniorenbeauftragten organisiert.

19. Behinderten- und Skaterfest

Am 7. September 2019 fand das 19. traditionelle Behinderten- und Skaterfest des Landkreises Teltow-Fläming statt. Veranstalter des Festes ist der Landkreis Teltow-Fläming in Zusammenarbeit mit den regionalen Behindertenverbänden und Beiräten, den Kreisverbänden

von DRK, Arbeiterwohlfahrt und der Volkssolidarität sowie Selbsthilfegruppen aus dem Landkreis. 2019 wurde den Gästen durch die Zusammenlegung mit dem Tag der offenen Tür der Kreisverwaltung Teltow-Fläming eine Veranstaltung mit Volksfestcharakter geboten. Ein Familienfest, das Menschen mit und ohne Behinderung annahm, um gemeinsam schöne, informative und unterhaltsame Stunden zu erleben. Die Veranstaltung war barrierefrei erlebbar. Das THW stellte eine Rampe für die Bühne, ein Gebärdendolmetscher war im Einsatz

11. Dialogforum zu den Seniorenpolitischen Leitlinien

Am 14. Juli 2008 verabschiedete der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming erstmals Seniorenpolitische Leitlinien. Aktualisierungen der Leitlinien wurden vom Kreistag 2010 und 2015 verabschiedet. Mit ihnen soll auf die demographische Entwicklung im Landkreis reagiert werden. Der Landkreis selbst, der Kreissenorenbeirat, die Städte und Gemeinden sowie alle auf sozialem Gebiet tätigen Träger sind bei der Gestaltung einer einheitlichen Qualität der Seniorenpolitik gefragt und gefordert. Die Leitlinien sind speziell auf den Landkreis Teltow-Fläming abgestimmt und im breiten Dialog entstanden.

Zum Themenschwerpunkt 2019 – „Aktiv älter werden“ – standen die Themen Digital mobil im Alter, (Um-) Bauen für Barrierefreiheit, Engagement und Ehrenamt und Pflege im Alter im Mittelpunkt der Veranstaltung. Dazu gab es jeweils verschiedene Diskussionsrunden. Trotz der speziellen Themenschwerpunkte gab es viele Gemeinsamkeiten. So wurden unabhängig voneinander folgende Themen angesprochen und dazu teilweise Wünsche formuliert:

- Schaffung/Erhalt von Treffpunkten in der Gemeinde/Kommune
- Stärkung des Ehrenamtes durch Schaffung von festen Ansprechpartnern
- Stärkung und Ausbau von Projekten zum Mehrgenerationswohnen
- Wichtigkeit der barrierefreien Erreichbarkeit von Angeboten > räumlich, digital, verständlich (z. B. verständliches Infomaterial, barrierefreie Nutzung von digitaler Medien; barrierefreie Erreichbarkeit von Räumlichkeiten)

Die Ergebnisse fließen in die Überarbeitung der Seniorenpolitischen Leitlinien ein und erhalten somit deren Aktualität. Ziel ist es, positive Lebensbedingungen für Seniorinnen und Senioren im Landkreis zu erhalten bzw. zu schaffen.

Neben diesen Veranstaltungen wurden Ausstellungen und Informationsveranstaltungen zum Thema Demenz, altersgerechtes Wohnen, barrierefreies (Um-)Bauen organisiert und durchgeführt.

Weitere Tätigkeiten

In folgenden Netzwerken, Arbeitskreisen und Beiräten arbeitet die Behinderten- und Seniorenbeauftragte mit und steht hier als Ansprechpartnerin zum Thema Menschen mit Behinderungen und Senioren zur Verfügung:

- Kreissenorenbeirat Teltow-Fläming
- Nahverkehrsbeirat
- Netzwerk Demenz TF
- AG Migration
- „Netzwerk Gesundheitsdienstleister - barrierefreies Bauen“ der Kreishandwerkerschaft TF

Flüchtlingskoordinator

Mit dem Fortgang des Stelleninhabers am 28.02.2019 wurde die Stelle nicht neu besetzt. Die fachbezogenen Aufgaben wurden in die Fachämter gegeben. Der MBS-Förderbereich Integration wurde in die verbliebenen Förderbereiche eingegliedert.

Im Oktober 2019 wurde vom Kreistag beschlossen (6-3892/19-LR), die Stelle Flüchtlingskoordination in eine Stelle Beauftragte/-r für Bürgerbeteiligung umzuwandeln wird. Die Besetzung der Stelle ist für 2020 geplant.

Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung

Teilbereich LAP

Im Jahr 2019 wurden 17 neue Projekte vom Begleitausschuss beschlossen. Die Prüfung der Anträge, die Erstellung des Zuwendungsbescheides und die Ausreichung der Mittel sind dabei erfolgt.

Zudem wurde im ersten Quartal 2019 der Gesamtverwendungsnachweis für das Förderjahr 2017 erstellt und eingereicht. Dies beinhaltete die Prüfung der Verwendungsnachweise aller Einzelmaßnahmen aus der 2017er Förderung und der Erstellung eines Gesamtverwendungsnachweises.

Des Weiteren konnte das im Oktober 2018 begonnene Anhörungsverfahren für die Verwendungsnachweisprüfung 2016 für den Landkreis Teltow-Fläming positiv beendet werden. Der Feststellungsbescheid des Bundesamts für zivilgesellschaftliche Aufgaben ging im Juni 2019 ein.

Teilbereich MBS-Gewinnausschüttung

Insgesamt wurden drei Kreisausschussbeschlüsse (5-3862/19-LR, 6-3940/19-LR und 6-4055/19-LR) mit einem Fördervolumen von insgesamt 713.685,43 Euro herbeigeführt.

Im Februar 2019 wurde der Kreistagsbeschluss (5-3732/18-LR/1) für die Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke und im Juni 2019 der Kreistagsbeschluss der 1. Änderung dieser Richtlinie (6-3895/19-LR) erwirkt.

Tabelle 6: MBS-Ausschüttungsmittel

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
SV Siethen e. V.	Integrationsturnier 2019 in Siethen	Sport	800,00 €
dPV Regionalgruppe Ludwigsfelde	Mobilität einzelner Mitglieder zu den Gruppentreffen in Ludwigsfelde	Soziales und Senioren	1.800,00 €
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Mitarbeiter für das generationsübergreifende Projekt Tafel Jüterbog und Luckenwalde	Soziales und Senioren	20.885,00 €
Panda Dojang e. V.	Panda Pokal 2019	Sport	500,00 €
SG Harmonie Gottow e. V.	Reparatur eines Billardtischs	Sport	1.300,00 €
SG Blau-Weiß Altes Lager e. V.	Erneuerung Sportgeräte der Sektion Kraftsport	Sport	1.300,00 €
SHG Luckenwalde	Ausflug der MS-Gruppe Beelitz-Heilstätten	Soziales und Senioren	890,00 €
RFV "Dahmer Land" e. V.	23. Reitertag in Wildau-Wentdorf	Sport	400,00 €
Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai	Hüllensanierung St. Nikolai, 2. BA	Denkmalpflege	10.000,00 €
Senioren- und Behindertenbeirat	Integration durch Begegnung und kulturellem Austausch	Soziales und Senioren	2.200,00 €
VorOrtung e. V.	Geschlechterrollen und Purzelbaum (AT) – ein interaktives Märchentheaterstück für Kita-Kinder	Kultur	4.500,00 €
Bildung in Glienicke e. V.	Klein, aber OHO! Forschen mit Wasser.	Bildung	750,00 €
Heimatverein Jüterbogger Land e. V.	9. Jüterbogger Fürstentag 2019	Kultur	6.000,00 €
Theaterförderkreis Alzey-Dautenheim e. V.	Das Große Welttheater / Große Tour durch die Bundesrepublik: Schloß Wiepersdorf/Am Mellensee	Kultur	6.171,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Stiftung Genshagen	Sanierung des Souterrains und der Terrassen- und Treppenanlagen des Schlosses	Denkmalpflege	15.000,00 €
Museumsverein Glashütte e. V.	Sonderausstellung "Reinhold Burger und Kollegen. Glasinstrumentenmacher als Pioniere des Fortschritts"	Kultur	4.500,00 €
Förderverein Dorfkirche Mellnsdorf e. V.	Sommerkonzert 2019 (Benefizkonzert) Zweck: Sanierung der Dorfkirche	Kultur	500,00 €
TSV Empor Dahme e. V.	Schwimmlager 2019	Sport	500,00 €
TSV Empor Dahme e. V.	Modernisierung der Volleyball-Anlage in Dahme/Mark	Sport	500,00 €
SV Lokomotive Rangsdorf e. V.	22. Internationale Handballwoche 2019 in Rangsdorf	Sport	2.000,00 €
Evang. Kirchengemeinde Dahme/Mark	Ausstellung: "Am Horizont abgekommen..."	Kultur	560,00 €
Tennisclub Jüterbog e. V.	Sommerncamp und Weihnachtsbowling für Kinder und Jugendliche	Sport	600,00 €
SV Rot-Weiß Thyrow e. V.	Thyrower Aktiv-Rondell	Sport	8.750,00 €
Tierschutzverein Luckenwalde-Jüterbog e. V.	Jubiläum 25 Jahre Tierheim "Am Bürgerhof" Luckenwalde	Tierschutz	800,00 €
Förderverein Schullandheim Dobbrikow e. V. Kinder in der Natur	Erneuerung der maroden Steganlagen – Schullandheim Dobbrikow	Bildung	5.450,00 €
Kulturverein Fröhden-Markendorf e. V.	Errichtung eines Platzes für Generationen	Sport	7.900,00 €
Großbeerener Hockey Club e. V.	Hockey-Camp	Sport	1.000,00 €
Freundeskreis Teltow-Fläming e. V.	Treffen der Partner des Landkreises anlässlich des Jubiläums 25 Jahre Landkreis Teltow-Fläming	Kultur	2.500,00 €
Kreisverwaltung TF, Öffentlichkeitsarbeit	Tag der offenen Tür; Thema "Teltow-Fläming – ein Landkreis für alle"	Kultur	3.105,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Förderverein der Kastanienschule 1994 e. V.	"Fußballfieber" zur EM 2020	Bildung	4.180,00 €
Förderverein der Kastanienschule 1994 e. V.	Schülerwerkstatt: Wir erkunden neue Berufsfelder	Jugend und Familie	2.210,00 €
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf	Trainingscamp American Football	Jugend und Familie	4.710,00 €
Feuerwehrverein Wahlsdorf e. V.	Mini-Einsatzwagen für die Kinderfeuerwehr	Jugend und Familie	6.900,00 €
IsiSPO e. V.	Fahrradwerkstatt	Soziales und Senioren	4.520,00 €
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf	Erlebnisferiencamp Stark werden	Jugend und Familie	4.380,00 €
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf	Kleiderbörse/ Kleiderkorb - Hilfsangebot für sozial schwache Bürger*innen in Teltow-Fläming	Soziales und Senioren	8.500,00 €
Achor e. V.	Sicherungsmaßnahmen Scheune Baujahr 1925	Denkmalpflege	20.000,00 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	AG Kleine Handwerker	Jugend und Familie	4.825,00 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	Netzwerk Gesundheitsdienstleister – Aufbau einer Beratungsstelle	Soziales und Senioren	3.014,00 €
Evang. Kirchengemeinde Kloster Zinna	Wiederherstellung Friedhofsmauer nach Sturmschaden Kloster Zinna	Denkmalpflege	10.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Öffentlichkeitsarbeit	Fotoausstellung und Vortrag/Multivisionsshow anlässlich des Jubiläums 30 Jahre Mauerfall	Kultur	5.200,00 €
Kreisverwaltung TF, Gesundheitsamt	JugendFilmTage 2019	Bildung	2.700,00 €
KommMit e. V.	Traumatisierte Flüchtlingskinder im Übergangwohnheim Ludwigsfelde 2019	Jugend und Familie	20.024,80 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Kreisverwaltung TF, Dez. IV	GRW-Kooperationsnetzwerk "FlämingSchmiede" – gemeinsam zur Kreativdestination Fläming	Bürgerschaftliches Engagement	33.332,50 €
Kreisverwaltung TF, Dezernat I	Erweiterung Bestandsaufbau neuer physischer und digitaler Medien. Projekt Music-Streaming. Kinderfilmfestival	Bildung	20.000,00 €
GEDOK Brandenburg e. V.	ÜMBRÜCHE Kaleidoskop von Menschen und Künsten - Interdisziplinäres Kunst- und Beteiligungsprojekt	Kultur	5.000,00 €
Evang. Kirchengemeinde Jänickendorf	Folgeantrag Hüllensanierung Kirche Jänickendorf (Fassade und Dach)	Denkmalpflege	15.000,00 €
Gymnastik und Aerobic Verein Mahlow e. V.	Wettkampf- und Vereinskleidung	Sport	4.900,00 €
SSC Ludwigsfelde e. V.	Anschaffung von Wettkampf- und Präsentationskleidung, Ergänzung Sportmaterialien	Sport	1.150,00 €
Luckenwalder Tennisclub e. V.	Ausstattung der Umkleidekabinen im Neubau	Sport	2.600,00 €
Haus der Kulturen der Welten Fläming e. V.	3. Luckenwalder Fahrradfilmfestival	Kultur	8.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Dezernat I	Bildungskonferenz 2019 des Landkreises Teltow-Fläming	Bildung	700,00 €
Kunst- und Kulturverein Alte Schule Baruth e. V.	Tag und Nacht – Landschaften	Kultur	4.000,00 €
Gesang-Verein e. V. "Lyra" Luckenwalde "1878"	Liedgut bewahren und erweitern - von der Probe bis zum Auftritt	Kultur	950,40 €
SV Grün-Weiß Großbeeren e. V.	Teilnahme WM Cheerleading Team Wild Lynx in Japan	Sport	3.500,00 €
pro familia Landesverband Brandenburg	Kompetenz- und Beratungszentrum für Frauengesundheit und Verhütung	Soziales und Senioren	31.800,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Schützengilde Ludwigsfelde e. V.	Weiterführung Sicherheitsbeauftragte Herrichtung des Schießstandes in Ludwigsfelde	Sport	11.900,00 €
Luckenwalder Sportfuchse e. V.	Beförderung zum Behindertensport in die Fläminghalle in Luckenwalde	Sport	3.400,00 €
MTV Wünsdorf 1910 e. V.	Erneuerung zweier Tischtennis-Platten	Sport	700,00 €
Verband der Feuerwehren des Landkreises Teltow-Fläming e. V.	2. Feuerwehr-Krümel-Lager	Jugend und Familie	3.000,00 €
FSV 63 Luckenwalde e. V.	Fußball-Kindergarten 2020	Sport	6.400,00 €
Gesang-Verein e. V. "Lyra" Luckenwalde "1878"	Liedgut bewahren und erweitern - von der Probe bis zum Auftritt	Kultur	1.900,80 €
Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e. V.	Spurensuche - Wir entdecken die heimische Natur	Bildung	1.122,35 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	Handwerkliche Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund	Jugend und Familie	9.580,00 €
SG 1910 Woltersdorf e. V.	Erneuerung Kabinenausstattung & mobile Trainingstore	Sport	3.660,00 €
Behindertenverband Dahme e. V.	Anschaffung eines Fahrzeugs für den Behindertentransport	Soziales und Senioren	18.000,00 €
Feuerwehrverein Woltersdorf e. V.	Sitzraufen Kreativzentrum Woltersdorf	Soziales und Senioren	13.000,00 €
Förderverein Horstmühle-Baruth e. V.	Aufstellung einer überdachten Sitzgruppe	Jugend und Familie	992,46 €
Kinder- und Jugendförderverein Am Mellensee e. V.	Kleiderkammer in Klausdorf	Soziales und Senioren	9.550,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Ortsverein Hennickendorf e. V.	Ausstattung für die freiwillige Jugendfeuerwehr Hennickendorf	Jugend und Familie	3.835,00 €
Evang. Kirchengemeinde Dahme/Mark	Dorfkirche Görzdorf - Sanierung und Wiederaufbau des Turmes	Denkmalpflege	30.000,00 €
Tennisclub Jüterbog e. V.	Vereinskleidung für den TC Jüterbog e. V.	Sport	800,00 €
KommMit e. V.	Angebot für traumatisierte Flüchtlingskinder im Übergangwohnheim Ludwigsfelde 2020	Jugend und Familie	41.881,12 €
Kultur pflanzen e. V.	Kulturbüchereifestival 2020 in und um Wahlsdorf	Kultur	5.000,00 €
Kultur pflanzen e. V.	Eine Frage der Zeit (AT) - Stückentwicklung um die Takungen des Lebens	Kultur	3.000,00 €
Blankenfelder Bogenschützen 08 e. V.	1. Bundesliga Bogen Nord	Sport	3.750,00 €
Blankenfelder Bogenschützen 08 e. V.	17. Brandenburgischer Schulvergleich	Sport	2.400,00 €
Pferdesportverein Rangsdorf e. V.	Instandsetzung des Vereinsgeländes	Sport	6.300,00 €
SV Lokomotive Rangsdorf e. V.	33. Fritz-Firmont-Turnier	Sport	450,00 €
SV Flaeming-Skate e. V.	9. Flaeming-Skate-Junior-Cup	Sport	2.500,00 €
SPAS e. V.	Selbsthilfewerkstatt für Fahrradreparatur	Soziales und Senioren	2.000,00 €
SSC Ludwigsfelde e. V.	Ersatzbeschaffung Trainingsequipment	Sport	1.050,00 €
Evang. Kirchengemeinde Dahme/Mark	Ausstellung: "Die Landschaft der Marianne Lange - Bilder aus dem Süden Australiens"	Kultur	560,00 €
Gemischter Chor Ludwigsfelde	Sing 4 Fun	Kultur	300,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Evang. Kirchengemeinde Niedergörsdorf	Restaurierung des Gemäldes "Anbetung" von Michael Adolph Siebenhaar, Öl auf Nadelholz, 1730, 83,5 cm x 58,0 cm	Denkmalpflege	3.500,00 €
Evang. Kirchengemeinde St. Nikolai	Erstellung von Messbildern und Bauhistorische Untersuchung	Denkmalpflege	20.000,00 €
SV Flaeming-Skate e. V.	Saisonöffnung - Frühlingserwachen Flaeming-Skate 2020	Sport	1.850,00 €
IsiSPO e. V.	Phantasiewelt/Garten der Begegnung	Soziales und Senioren	5.460,00 €
GAG Klausdorf	Fahrradwerkstatt/Selbsthilfewerkstatt	Soziales und Senioren	4.040,00 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	Koordinierungsstelle "Barrierefrei"	Soziales und Senioren	17.906,00 €
Museumsverein Glashütte e. V.	Glas und Treuhand. Deindustrialisierung einer Branche? Ausstellung und Katalog	Kultur	4.500,00 €
Förderverein der Kastanienschule 1994 e. V.	Schülerwerkstatt: Wir erkunden neue Berufsfelder	Jugend und Familie	1.785,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Schritt für Schritt zur Sprachprüfung - Deutschkurse für Frauen mit Kinderbetreuung	Bildung	28.800,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Grundbildungsarbeit im Landkreis Teltow-Fläming - Alpha-Bündnis Teltow-Fläming	Bildung	16.600,00 €
Kreisverwaltung TF, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung	Ausbildungsführer Teltow-Fläming 2020/2021	Jugend und Familie	15.000,00 €
Kreismedienzentrum	Bestandserweiterung für Elementar-, Grundschulen, Bereich Fachbuchbestand und Werbung Fahrbibliothek	Bildung	20.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Museum des Teltow	Von der Kanonenbahn zur Draisine - Die Geschichte der Königlich Preußischen Militäreisenbahn	Kultur	10.000,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
SJD - Die Falken Landesverband Brandenburg	Mädchen-Bildet-Banden - Projektarbeit mit geflüchteten und nicht-geflüchteten Mädchen	Jugend und Familie	4.000,00 €
GEDOK Brandenburg e. V.	ÜBER-LEBEN Interdisziplinäres Kunst- und Beteiligungsprojekt der GEDOK Brandenburg 2020	Kultur	10.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Büro f. Chancengleichheit und Integration	Bürgerbus – Anschaffung, Ausstattung und Betrieb	Bildung	20.000,00 €
		<i>Gesamt</i>	<i>713.730,43 €</i>

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Die Anzahl der Anfragen und Vorgänge aus den Fachämtern ist im Jahr nach dem Wirksamwerden der DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) stark angestiegen. Wie bei vielen neuen gesetzlichen Regelungen sind die Anwendung und die Auslegung uneinheitlich. Das führt zu erhöhtem Beratungsbedarf beispielsweise auch bei den Meldepflichten von Datenschutzvorfällen.

Ebenfalls gestiegen ist der Kontakt mit Bürger*innen. Diese haben wiederum häufiger als in den Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich in Angelegenheiten des Datenschutzes beraten zu lassen oder Nachfragen zu stellen.

In den Dienstberatungen der Landrätin mit den Amtsleitern und Beauftragten hat der Datenschutzbeauftragte regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Datenschutzrecht und schwerpunktmäßig zu speziellen Themen referiert:

- Arbeitsmittel zur Durchführung einer Datenschutzfolgenabschätzung nach Art. 35 DS-GVO
- Transport von Schriftgut innerhalb der Kreisverwaltung
- Behandlung von Löschanträgen
- Erarbeitung von Löschkonzepten
- Personaldatenschutz

Der Datenschutzbeauftragte wurde in verschiedene Arbeits- und Projektgruppen eingebunden. Hervorzuheben sind hier die Einführung der E-Rechnung und der E-Akte.

Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung

Der Antikorruptionsbeauftragte ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten, die Bevölkerung sowie für die Strafverfolgungsbehörden. Auf der Webseite des Landkreises werden seine Aufgaben der Öffentlichkeit unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ vorgestellt. Es sind dort auch Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen einschließlich der Dienstordnung zur Korruptionsprävention vom 16. Oktober 2018 zu finden.

Das seit zwei Jahren geschaltete kostenfreie Antikorruptionstelefon als Teil des Hinweisgebersystems der Kreisverwaltung wurde im zurückliegenden Jahr 1-mal genutzt.

Im Dezember 2019 fand ein Inhouseseminar mit einem externen Referenten zur Sensibilisierung für die Korruptionsprävention für die Beschäftigten statt.

Im Jahr 2019 fielen beim Antikorruptionsbeauftragten 48 Vorgänge an. Es handelte sich überwiegend um Fälle verwaltungsinterner Anzeigen von angebotenen Zuwendungen bzw. Anfragen zur Zulässigkeit der Annahme von Vorteilen. Über drei Sachverhalte wurde die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin informiert, die Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorteilsgewährung einleitete.

IT Sicherheitsbeauftragter

Der IT-Sicherheitsbeauftragte koordiniert die Einhaltung und Durchführung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung. Schwerpunkte im Jahr waren weiterhin die Erstellung einer Anweisung für den Umgang mit Informationstechnik in der Kreisverwaltung und einer Anweisung für den Umgang mit Sicherheitsvorfällen und eine IT-Sicherheitsleitlinie. Es wurden Sicherheitskonzepte für das Personal-, Ordnungsamt, den Brand- und Katastrophenschutz, die Kämmerei und den IT-Service erstellt oder vorbereitet. Des Weiteren wurde das Haussicherheitskonzept weiterentwickelt.

Der IT-Sicherheitsbeauftragte hat als Projektleiter für die Umsetzung eines neuen Internetauftrittes des Landkreises Teltow-Fläming die Verantwortung. Darüber hinaus hat er auch die Projektleitung für das Sicherheitskonzept (Brandschutz, Arbeitsschutz, Datenschutz) der Kreisverwaltung inne.

Der IT-Sicherheitsbeauftragte ist Mitglied bei den Projekten zur Umsetzung der E-Akte und der E-Rechnung. Er ist Mitglied im Ausschuss für Arbeitssicherheit.

Rettungsdienst

Im Jahr 2019 wurde der Rettungsdienst des Landkreises zu 17.944 hilfsfristrelevanten Notfällen gerufen (Vorjahr 18.530), davon 6.536 Notfälle mit Notarzteinsatz (Vorjahr 6.715). Bei 1.395 Einsatzfällen (Vorjahr 1.197) konnte die gesetzliche Mindestforderung zur Hilfsfrist nicht eingehalten werden. Demnach waren 24.480 hilfsfristrelevante Einsatzfahrten von Rettungswagen und Notarzteinsatzfahrzeugen (Vorjahr 25.245) mit einem Erreichungsgrad bei der Hilfsfrist von 92,23 Prozent zu verzeichnen (Vorjahr 93,54 Prozent). Die Gesamtzahl aller Notfall- und Krankentransporteinsatzfahrten betrug 27.366 (Vorjahr 28.575).

Das gebührenrelevante Einsatzaufkommen lag bei 18.130 Einsatzfällen (Vorjahr 19.083), davon 825 Einsatzpauschalen für den qualifizierten Krankentransport (Vorjahr 1.063), 5.210 Einsatzpauschalen für den Einsatz des Notarztes mit Notarzteinsatzfahrzeug (Vorjahr 5.392) sowie 16.450 Einsatzpauschalen für den Einsatz eines Rettungswagens (Vorjahr 17.165). Die abrechnungsrelevante Kilometerleistung des Rettungsdienstes betrug 897.211 Kilometer (Vorjahr 939.047 Kilometer).

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Jahr 2019 Ersatzinvestitionen für drei Rettungswagen, Medizintechnik, Einsatz- und Schutzkleidung für das Rettungsdienstpersonal sowie Ausbildungsmaterial mit einem Gesamtumfang von rund 2 Millionen Euro.

Eine neue Rettungswache konnte in Ludwigsfelde in Betrieb genommen werden. Weitere Bauvorhaben für neue Rettungswachen wurden bautechnisch und teilweise planerisch vorangetrieben. Details dazu sind im Abschnitt Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement veröffentlicht.

Die größte Herausforderung bleibt der Ausbau und die Erweiterung der technischen und personellen Infrastruktur des Rettungsdienstes im Landkreis. Geänderte Vorgaben bei der Hilfsfristermittlung erfordern auch in den nächsten Jahren erhebliche Maßnahmen zur Optimierung des Rettungsdienstes.

DEZERNAT I

Hauptamt

Sachgebiet Zentrale Dienste

Das Sachgebiet Zentrale Dienste ist für die Sicherstellung des inneren Dienstbetriebs verantwortlich und somit für unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig. Dazu zählen insbesondere die Beschaffung von Dienstleistungen, Verbrauchsmaterialien, Büroausstattungen sowie Arbeitsmitteln unterschiedlichster Art. Des Weiteren gehören die Bürgerinformation, die Poststelle, die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude und Schulen, die Organisation und Verwaltung des Fuhrparks, das Archiv, die Druckerei sowie die kompletten Hausmeisterarbeiten für das Kreishaus in diesen Verantwortungsbereich.

Arbeitssicherheit/Arbeitsschutz ist ein zentrales Thema. Um gezielt Arbeitsbelastungen zu verringern und Arbeitsbedingungen gesundheitsförderlich zu gestalten, muss das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal eng mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit und dem Hauptamt zusammenarbeiten. Im Jahr 2019 erhielten weitere Arbeitsplätze höhenverstellbare Schreibtischen. Obwohl die Anforderungen an ein modernes und den gesetzlichen Vorgaben entsprechendes Arbeitsumfeld mit hohen Kosten verbunden sind, wird der Landkreis nach und nach jeden Arbeitsplatz entsprechend ausstatten.

Beschaffung/Vergaben

Im Jahr 2019 hat das Sachgebiet 14 Ausschreibungsverfahren und die entsprechenden Vergaben, einschließlich Interimsverfahren, durchgeführt. Dazu gehörten u. a. die Ausschreibungen von Fahrzeugen mit Elektroantrieb und Ausschreibungen von Reinigungsleistungen in mehreren Objekten. Ein europaweites Vergabeverfahren für die Reinigungsleistungen in den Schulen wurde im Jahr 2019 vorbereitet und wird mit der Auftragsvergabe im Jahr 2020 abgeschlossen sein.

Des Weiteren hat das Sachgebiet Zentrale Dienste 608 Auftragsvergaben mit einem Auftragsvolumen in Höhe von ca. 300.000 Euro umgesetzt. Dazu gehörte u. a. Verbrauchsmaterialien wie Büro- und Reinigungsmaterial, Ersatz- und Erweiterungsausstattung für das Kreishaus und Außenstellen und Arbeitsschutzbekleidung usw. Die Beschaffung der Schulbücher für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises sowie deren Ausstattung mit Verbrauchs- und Investitionsgütern ist ebenfalls eine der zentralen Aufgaben und erfolgte problemlos.

Haustechnik und Fuhrpark

Im Interesse einer weiteren kontinuierlichen Energie- und Kohlendioxid-Einsparung wurden weitere Teilbereiche des Kreishauses auf LED-Beleuchtung umgerüstet. Die Unterhaltungskosten verringerten sich insgesamt nachhaltig. Der Jahresenergieverbrauch sank von 5304 KWh auf 796 KWh bei einer Leuchtdauer von durchschnittlich 5 Stunden/Tag an 260 Tagen.

Auf der Grundlage der im Jahr 2019 überarbeiteten Brandschutzordnung für das Kreishaus begannen die Haustechniker, den daraus resultierenden Maßnahmenkatalog umzusetzen. Dazu gehören die Nachrüstung von Rauchmeldern, die Beschriftung der Türen gemäß Flucht- und Rettungswegen, die Beschriftung der Etagen in den Fluchttreppenhäusern von B2 bis B6, das Anbringen von Flucht- und Rettungsplänen in den Beratungsräumen sowie die Ertüchtigung des Rettungsweges im 2. OG von C0/C1. Fortgeführt wird die Umsetzung der Maßnahmen im Jahr 2020.

Der Fuhrpark der Kreisverwaltung wurde aufgrund abgelaufener Leasingverträge mit 22 Neufahrzeugen ausgestattet. Diese Fahrzeuge hat das Sachgebiet Zentrale Dienste über den Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg (ZDPol) als zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für den Polizeidienst und viele Bereiche der Landesverwaltung Brandenburgs beschafft. Weiterhin wurde für den Fuhrpark der Kreisverwaltung ein Transporter für die Förderschule Ludwigsfelde (Amt für Bildung und Kultur) angeschafft.

Archiv

Das Kreisarchiv ist das Gedächtnis des Landkreises und dokumentiert das amtliche und gesellschaftliche Leben. Dazu gehört nicht nur die Übernahme von Schriftgut aus den Verwaltungsbereichen, sondern auch die Beratung der Fachämter in allen Fragen der Archivierung und Bestandserhaltung. Zur Unterstützung unterhält das Kreisarchiv ein Zwischenarchiv, in dem das Schriftgut aufbewahrt wird, das in den Ämtern keine große Verwendung mehr findet, aber die endgültige Archivreife noch nicht erreicht hat. Eine weitere bedeutende Aufgabe ist die Bereitstellung und Pflege der Archivalien, die für die Bürger*innen aufbereitet werden. Die Benutzung ist daher ein erheblicher Teil der archivischen Arbeit. Alle Anfragen werden sorgfältig in den Beständen recherchiert, um die Bürger*innen optimal beraten zu können. Dazu gehören auch Verweise zu anderen Archiven und Einrichtungen, in denen die Bürger*innen Informationen zu ihrem Anliegen erhalten können.

Im Jahr 2019 ist kein signifikanter Zuwachs an Archivalien zu verzeichnen. Das besondere Augenmerk lag auf der Erschließung, Bewertung und Erfassung des vorhandenen Archivguts. Ende des Jahres wurde ein Aufsichtsscanner als Voraussetzung für die Digitalisierung, insbesondere für wertvolles altes Schriftgut, beschafft. Mit diesem Scanner wird die Arbeit des Archivs noch effektiver und bürgerfreundlicher. Um Kapazitätsprobleme im Kreisarchiv kurzfristig zu beheben, begann der Einbau neuer Regalanlagen. Nach der geplanten Umlagerung der im Kreishaus befindlichen Gesundheitsakten in das Archiv des Gesundheitsamtes in der Luckenwalder Grabenstraße wird der Einbau weiterer Regalanlagen den bestehenden Platzmangel vorerst beseitigen und die Arbeitsbedingungen entscheidend verbessern.

Wahlen

Das „Superwahljahr“ 2019 war für die unmittelbar betroffenen Mitarbeiter*innen des Kreiswahlbüros, das dem Sachgebiet Zentrale Dienste zugeordnet ist, eine enorme Herausforderung. Speziell die verbundenen Wahlen im Mai mit der Europa- und Kommunalwahl erforderten die Einsatzbereitschaft über das normale Maß hinaus. Neben der Kreiswahlleitung organisierten und planten insbesondere zwei Sachbearbeiter*innen die Wahlen. Aufgrund des Arbeitsplatzwechsels eines Mitarbeiters unmittelbar nach den Wahlen im Mai konnte die bevorstehende Landtagswahl im September nur noch von einer Sachbearbeiterin geplant werden. Die frühzeitige Bildung einer Arbeitsgruppe im Haus zur Vorbereitung und Durchführung des Superwahljahres 2019 unter Einbindung von Mitarbeiter*innen aus weiteren Fachbereichen unterstützte die verantwortungsvolle Arbeit der Kreiswahlleiterin und ihres Stellvertreters. Somit konnte auch die Landtagswahl erfolgreich absolviert werden.

Die 175 Beschäftigten, die als Wahlhelfer*innen und im Kreiswahlbüro insbesondere die Kommunalwahl unterstützten, waren über alle Maßen gefordert und zeigten große Einsatzbereitschaft.

Hausmeister

Die Hausmeister des Kreishauses Luckenwalde betreuen eine Gesamtfläche von 11.407,27 m² im Innenbereich des Kreishauses. Davon entfallen auf Büroflächen 9.045 m², das entspricht ca. 473 Büros und sonstigen Räumen. Die Hausmeister erledigen kleinere anfallende Reparaturen im Kreishaus. Gleichzeitig sind sie federführend bei sämtlichen Umzügen innerhalb des Kreishauses tätig. Hier werden Möbel demontiert, transportiert und wieder montiert. Im Jahr finden ca. 100 kleinere und größere Umzüge statt. Darüber hinaus laufen sämtliche Büroausstattungsangelegenheiten über das Hausmeisterpersonal. Insbesondere sind hier der Aufbau und Abbau von Mobiliar und die Entsorgung zu nennen. Hinzu kommt die malermäßige Instandsetzung der Büros.

Neben den genannten Tätigkeiten im Kreishaus sind die Hausmeister auch für das Außengelände der Kreisverwaltung verantwortlich. Hier wird auf einer Fläche von ca. 17.100 m² für Ordnung und Sicherheit gesorgt. Die Außenstellen der Kreisverwaltung in Luckenwalde werden ebenfalls in besonderen Angelegenheiten betreut.

Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die Schwerpunkttätigkeiten ergeben sich unter anderem aus den Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger und Träger des Rettungsdienstes oder leiten sich aus Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung ab. Insbesondere ist das Sachgebiet für die Aufgaben des technischen Gebäudemanagements zuständig. Dazu zählen die Instandhaltung beziehungsweise Wiedernutzbarmachung sowie die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestands einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften. Zum Gebäudebestand zählen insgesamt ca. 176 Einzelgebäude an 57 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen und Wohnen. Das Sachgebiet ist auch zuständig für die Erstellung baufachlicher Stellungnahmen für das Jobcenter Teltow-Fläming. Weitere Aufgaben resultieren aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes für die kreisangehörigen Gemeinden.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Der Landkreis hat auf der Grundlage des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KIn-vFG) im Dezember 2015 die einmalige Chance einer Pauschalförderung in Höhe von 6.574.300 Euro erhalten. Diese zweckgebundene 90-prozentige Zuwendung bedeutet ein Investitionsvolumen einschließlich nicht förderfähiger Begleitmaßnahmen in Höhe von 8.021.149 Euro. Der Durchführungszeitraum endet im Jahr 2020. Die Bauausführungen im Marie-Curie-Gymnasium sowie im Fontane-Gymnasium begannen planmäßig im Jahr 2019. Bis zum Ende des Förderzeitraumes im Jahr 2020 werden diese Projekte fertiggestellt sein.

Der Kreistag hat im Oktober 2018 die Errichtung einer Zweifeld-Sporthalle für das Oberstufenzentrum Ludwigsfelde beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg über die Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – GRW (GRW-I) Fördermittel zu beantragen. Der Fördermittelantrag wurde zügig eingereicht und nach Inaus-sichtstellung der Förderung die Planungsphase eingeleitet. Die Zuwendung wird von der ILB nur auf Grundlage der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) beschieden. Dem entsprechend hat das Sachgebiet die notwendigen Planungsleistungen im Jahr 2019 europaweit ausgeschrieben und beauftragt.

In der Dessauer Straße in Luckenwalde hat die Volkshochschule ihren Sitz. Mit dem Umbau wurden zwölf Büroarbeitsplätze geschaffen und die Volkshochschule zentralisiert. Die Arbeitsbedingungen gestalten sich nunmehr optimal. Gleichzeitig führt diese Maßnahme zu einer Entspannung der Raumsituation im Kreishaus.

Der Neubau der Rettungswache in Ludwigsfelde wurde fertiggestellt und am 25.10.2019 feierlich eingeweiht.



Abbildung 1: Foto Neubau Rettungswache Ludwigsfelde

Der Neubau der Rettungswache in Dahlewitz befindet sich in der Bauausführung. Die Fertigstellung ist für 2020 geplant.

Für drei weitere Rettungswachen wurde mit der europaweiten Ausschreibung der Planungsleistungen begonnen:

- Rettungswache Niebendorf-Heinsdorf
- Rettungswache Dahme/Mark
- Rettungswache Klausdorf

Im Jahr 2019 sind vier weitere Schulen mit flächendeckendem W-LAN ausgestattet worden:

- Oberstufenzentrum Teltow-Fläming, An der Stiege
- Allgemeine Förderschule Mahlow
- Allgemeine Förderschule Ludwigsfelde
- Friedrich-Gymnasium Luckenwalde

Insgesamt hat das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement im Rahmen der Bauunterhaltung und Modernisierung sowie der überjährigen Investitionsvorhaben 1.138 Auftragsvergaben mit einem Finanzvolumen in Höhe von insgesamt 11 Millionen Euro durchgeführt. Davon bewältigten die zwei Mitarbeiter*innen der VOB-Vergabestelle des Sachgebietes 121 Ausschreibungsverfahren gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A).

Die zuständige Mitarbeiterin Planung hat für 38 Planungsleistungen und weitere freiberufliche Leistungen Ausschreibungsverfahren vorbereitet und begleitet sowie die entsprechenden Aufträge vergeben. Dabei wurden fünf Leistungen europaweit ausgeschrieben. Eine davon musste jedoch mangels Angeboten aufgehoben werden.

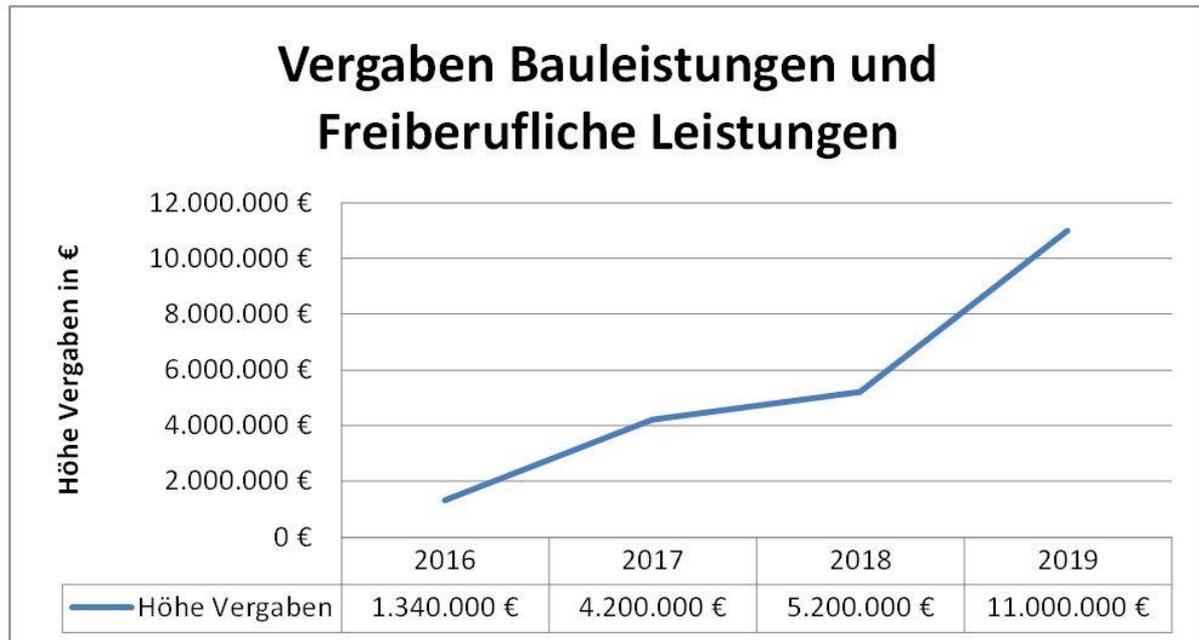


Abbildung 2: Vergabe Bauleistungen und freiberufliche Leistungen

Besondere Herausforderung im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung

Wie schon in den Vorjahren waren der Fachkräftemangel und die Auslastung der mittelständischen Handwerksbetriebe als Resultat der positiven konjunkturellen Entwicklung spürbar. Dieses Problem verschärfte sich im Jahr 2019 weiter und hat zur Folge, dass die Angebotspreise weiter überproportional steigen und den Baubetrieben die Kapazitäten fehlen. So wurden bei den 121 von der Vergabestelle durchgeführten Vergaben 14 aufgehoben, weil der angebotene Preis erheblich über der Kostenschätzung lag oder weil keine Angebote eingegangen sind. Bei 19 Vergabeverfahren wurde nur jeweils ein Angebot, bei weiteren 23 Vergabeverfahren wurden nur zwei Angebote abgegeben. Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch die weiter steigenden technischen und baurechtlichen Anforderungen sowie weitere Standarderhöhungen Ursache für Kostensteigerungen.

Weitere Arbeitsschwerpunkte

Im Jahr 2019 wurden weiterhin konsequent Brandschutzkonzepte für die Bestandsgebäude des Landkreises erstellt. Die Umsetzung dieser Brandschutzkonzepte wird einer der Hauptarbeitsschwerpunkte in den Folgejahren sein.

Die Aufstellung eines Liegenschaftskonzeptes für den gesamten Landkreis ist unabdingbar. Die Erstellung hat mit der Bestandsaufnahme sowie mit den Interviews der Fachämter im Jahr 2019 begonnen. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2020 geplant.

Für das Jobcenter Teltow-Fläming haben die zuständige Mitarbeiterin insgesamt fünf bau fachliche Stellungnahmen erarbeitet.

Die deutlich gestiegenen Tätigkeiten im investiven Bereich und die fehlenden personellen Kapazitäten im Jahr 2019 führten dazu, dass nicht alle geplanten Maßnahmen durchgeführt werden konnten.

Wartungsverträge

Für alle kreiseigenen Liegenschaften sowie für Objekte des Eigenbetriebs Rettungsdienst werden im Sachgebiet 265 Wartungsverträge mit einem Vertragsvolumen in Höhe von rund 200.000 Euro verwaltet und betreut. Gegenüber 2018 wurden insgesamt neun neue Verträge abgeschlossen. Die Verträge werden für alle Betreiber-Pflichtaufgaben, welche nicht vom eigenen Personal ausgeführt werden können oder dürfen, abgeschlossen. Durchgeführt werden Wartungen, Inspektionen und Sachverständigenprüfungen für wartungspflichtige Anlagen und Bauteile. Dazu gehören zum Beispiel Aufzüge, Gefahrenmeldeanlagen, Heizungen, Sanitäranlagen, elektrische Anlagen, Blitzschutzanlagen, Ölabscheider, Türen und Tore, labortechnische Anlagen, Spielplätze, Sportplätze, Dächer, Fassaden, Bäume usw.

Liegenschaften

Das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement verwaltet insgesamt 2.492 Flurstücke des Landkreises mit einer Fläche von etwa 1.100 Hektar und bearbeitet 150 laufende Miet- und Pachtverträge.

Darüber hinaus hat der Liegenschaftsbereich im vergangenen Jahr insgesamt elf Kaufverträge im Rahmen des rückständigen Grunderwerbs von Kreisstraßen und der Flaeming-Skate abgeschlossen.

Die Beschäftigten nahmen die Interessen des Landkreises bei derzeit sechs laufenden Bodenordnungsverfahren und 18 Grenzverhandlungen des vergangenen Jahres wahr.

Insgesamt 63 Miet- und Pachtverträge wurden bearbeitet bzw. neu abgeschlossen. Dazu gehören auch Verträge, die im Auftrag anderer Ämter geschlossen werden (z. B. Schulverwaltungsamt mit Lehrgängen an der Volkshochschule, Sporthallennutzung, Vermietung von Unterrichtsräumen).

Ebenso wurden in den Außenstellen der angemieteten Objekte arbeits- und brandschutzrechtliche Begehungen durchgeführt. Vorgefundene Mängel wurden mit dem Eigentümer/der Eigentümerin bzw. dem Vermieter/der Vermieterin ausgewertet.

Teltower Kreiswerke Berlin

Gegenwärtig werden elf Grundstücke und Immobilien mit 90 Miet- und Pachtparteien verwaltet und bewirtschaftet.

Die Eigentümergemeinschaft hat Verkaufsverhandlungen über weitere Ufergrundstücke am Stölpchensee (Wannsee) geführt. Ein Grundstücksstreifen wurde 2019 veräußert.

Die anteilige Ausschüttung aus der Vermietung und Verpachtung der Berliner Grundstücke betrug 375.250 Euro. Weitere Ausführungen zu den Teltower Kreiswerken sind der Berichterstattung des Rechtsamts/Beteiligungsmanagements zu entnehmen.

Sachgebiet Infrastrukturmanagement

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Dazu gehören deren Neu- und Ausbau, Unterhaltung und Verwaltung. Mit Stand vom 31. Dezember 2019 umfasst das Straßen- und Wegenetz 187 Kilometer Kreisstraßen und 56 Kilometer straßenbegleitende Radwege. Außerdem gehören die Flaeming-Skate-Abschnitte dazu, die sich in Baulast des Landkreises befinden. Das sind 205 von rund 230 Kilometern.

Zu den Aufgaben des Sachgebiets gehören:

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes
- die Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie der Flaeming-Skate
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) sowie die Verwaltung der Flaeming-Skate
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege sowie der Flaeming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), dazu gehörten unter anderem
- Erlaubnis von 13 Sondernutzungen mit einer Einnahme in Höhe von 8.575 Euro
- 154 Zustimmungen zu Anträgen für verkehrsrechtliche Erlaubnisse
- 20 Zustimmungen für Anträge Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Gashausanschlüsse sowie
- 16 Anträge für Zufahrten/Anbindungen bei Ortsdurchfahrten in Städten und Gemeinden
- Erstellung von 13 Bescheiden für die Herstellung von Telekommunikationslinien
- Abschluss von 33 Vereinbarungen/Verträgen für die Verlegung von Leitungen der öffentlichen Versorgung
- Erarbeitung von 260 Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
- Genehmigungen von 150 Schwerlasttransporten auf Kreisstraßen sowie die Erstellung von 47 Gebührenbescheiden
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Gemeinden als Straßenaufsichtsbehörde
- Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen

Reinigung und Unterhaltung von Straßen und Radwegen

Die Kreisstraßenmeisterei übernimmt die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate, ihre Reinigung und die der Radwege.

Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate werden überwiegend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Diesbezüglich wurden im Jahr 2019 Aufträge mit einem Wertumfang in Höhe von ca. 703.000 Euro erteilt.

Der Winterdienst auf den Kreisstraßen erfolgt durch Beauftragung von Fachfirmen nach durchgeführten Ausschreibungsverfahren. Die Unternehmen führen den Winterdienst eigenverantwortlich durch. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrollen der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Im Rahmen von Instandsetzungen, Erneuerungen und Neubau von Straßen, Brücken und Radwegen wurden unter Leitung des Sachgebiets folgende Bauvorhaben durchgeführt bzw. begonnen:

- Instandsetzung der Fahrbahn der K 7241 vom Knotenpunkt Gewerbegebiet bis Autobahnanschlussstelle
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7220, Ortsdurchfahrt Ruhlsdorf
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7207, Ortsdurchfahrt Bärwalde
- grundhafte Erneuerung der Kreisstraße K 7210, Ortsdurchfahrt Jüterbog
- partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Modernisierung der Flaeming-Skate (Asphaltarbeiten) auf ca. 40 km Streckenlänge:
Im Jahr 2017 stellte der Landkreis einen Förderantrag zur Modernisierung der Flaeming-Skate. Grundlage war ein durch den Bund und das Land Brandenburg im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsinfrastruktur – GRW-Infrastruktur“ (GRW-I) aufgestelltes Förderprogramm. Der Zuwendungsbescheid beinhaltet eine 90-prozentige Förderung in Höhe von ca. 4,6 Millionen. Euro. Das bedeutet ein Gesamtbauvolumen in Höhe von ca. 5,7 Millionen Euro einschließlich nichtförderfähiger Kosten. Nach Planung, Ausschreibung und Vergabe war im Februar 2019 Baubeginn an der Fahrbahn der Flaeming-Skate. Der Durchführungszeitraum endet im Jahr 2021, wobei schon ca. 50 Prozent der Bauarbeiten im Jahr 2019 absolviert wurden.

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleeaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
- Reinigung der Niederschlagsentwässerungsanlagen und Durchlässe im Zuge von Kreisstraßen
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate gemäß Prüfplan
- Erstellung eines Baumkatasters

Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, den begleitenden Radwegen sowie der Flaeming-Skate und auf den Liegenschaften des Landkreises hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- kontinuierliche Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- kontinuierliche maschinelle Reinigung der Flaeming-Skate und der begleitenden Radwege an den Kreisstraßen
- Durchführung von Verkehrsschauen auf den Kreisstraßen, Radwegen und der Flaeming-Skate mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei
- Durchführung von Baumschauen an den Kreisstraßen und der Flaeming-Skate
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Wartung und Erneuerung von Leitpfosten entlang des gesamten Kreisstraßennetzes
- maschinelle Reinigung der Leitpfosten und der gesamten Beschilderung an den Kreisstraßen
- Bankettpflege, d. h. Beseitigung von Unfall- und Wildschäden, Auffüllung von Bankettmaterial bei verkehrs- und witterungsbedingten Beschädigungen
- Aufnahme sowie Beseitigung von Unfallschäden
- Grünstreifenmähd an der Flaeming-Skate
- Wildwuchs und Buschwerkbeseitigung an den Kreisstraßen sowie an den begleitenden Radwegen
- Beseitigung von Wurzelhals- und Stammaustrieben an Straßenbäumen
- Bruchholzbeseitigung im Randbereich der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- Baumfällungen (Notfällungen) von Straßenbäumen
- Wildwuchs und Buschwerkbeseitigung an der Flaeming-Skate
- maschineller Heckenschnitt an Kreisstraßen, Radwegen und verstärkt an der Flaeming-Skate
- maschinelle Säuberung der Randbereiche an Kreisstraßen und Radwegen (Einsatz der Wildkrautbürste)
- Wartungsarbeiten an Radwegen, Flaeming-Skate und Kreisstraßenbrücken (Pflegeanstriche)
- Instandsetzung und Wartungsarbeiten an Straßendurchlässen
- Unterhaltung von Rastplätzen und Schutzhütten an der Flaeming-Skate
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen, die der Schulwegsicherung dienen
- Winterdienst auf der Flaeming-Skate im Bereich der Schulwegsicherung
- Unterhaltung von kreiseigenen Liegenschaften
- Wartung und Pflege des gesamten Technikbestandes der Kreisstraßenmeisterei
- Unterhaltung und Pflege des Betriebshofes der Kreisstraßenmeisterei
- Ausbauarbeiten in der Werkstatt des Betriebshofes

Die Unterhaltungsarbeiten an der Flaeming-Skate gewannen im Jahr wieder zunehmend an Bedeutung. Dazu gehören nicht nur die regelmäßig notwendigen Streckenkontrollen, sondern insbesondere der aufgrund der Verkehrssicherungspflicht erforderliche Heckenschnitt und die Jungbaumpflege.

Kämmerei

Vorbemerkung

Wie in jedem Jahr war die Haushaltsplanung für das kommende Jahr ein Schwerpunkt der Arbeit der Kämmerei. Es gab umfangreiche Neuerungen im Haushaltsaufstellungsverfahren. Am bedeutendsten war die Abkehr von einem Bottom-up-Ansatz in der Planung, bei der die Fachämter ihre Aufwands- und Ertragsvorstellungen schon in das Planmodul einspeisten und anschließend von Seiten der Kämmerei Einsparpotentiale entwickelt werden mussten. Diesmal gab es einen Top-down-Ansatz, bei dem die Kämmerei den Ist-Stand der Aufwands- und Ertragskonten 2018 per Stand 13. Mai 2019 (ggf. bereinigt um die Zahlenprognose gem. § 29 KomHKV-Berichterstattung für 2018) verwendete und dann mit einer Preisbereinigung von 5 Prozent (2 Jahre je 2,5 Prozent) den Fachämtern einen Vorschlag machte. Überzeugend vorgebrachte Mittelanforderungen (neue Aufgaben per Gesetz, Beschlüsse des Kreistages) konnten diesen Planansatz noch ändern. Ziel war es, eine „Schwarze Null“ unter dem Einsatz von Rücklagen zu erreichen, eine Orientierung am tatsächlichen Ist und die Entscheidung eine Kreisumlagesenkung auf 42 Prozent zu vollziehen. Ein weiterer qualitativer Sprung konnte auch im Zuge der Abwägung der Leistungsfähigkeit der Kommunen zwecks Festsetzung der Kreisumlage erreicht werden. Mit der Aufforderung zum Dateninput bei den Kommunen konnte der Abwägungsprozess Kreisumlage frühzeitig gestartet und zeitgerecht zur Haushaltsdiskussion abgeschlossen werden. Bewährt hat sich hierbei die Arbeit einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe.

Mit der Aufstellung des Haushalts durch den Kämmerer am 23. September 2019 und der Übergabe an die Landrätin am 3. Oktober 2019 wurde ebenfalls ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Einbringung der Haushaltsdokumente in den Kreistag erfolgte am 21. Oktober 2019, die Beschlussfassung der Haushaltsdokumente durch den Kreistag am 16. Dezember 2019.

Der Fach- und Führungskräftemangel wirkt, wie an so vielen Stellen in der Kreisverwaltung, auch auf die Besetzung vakanter Stellen in der Kämmerei. Die Geschäftsbuchhaltung war im Jahr 2019 durch offene Stellen besonders belastet. Zur Unterstützung der Arbeit der Kämmerei bei der Aufstellung des Haushaltes und der Jahresabschlüsse 2015 bis 2017 wurden externe Leistungen vergeben und wirksam. So konnte die Terminschiene zur Einbringung des Haushaltes 2020 eingehalten werden.

Am 20. September 2018 verabschiedete der Landtag des Landes Brandenburg das Gesetz zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene.

Neu aufgenommen wurde der Artikel 18, in dem ein Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse normiert wurde. Die Entscheidung, ob verkürzte Jahresabschlüsse aufgestellt werden, ist durch die Mitglieder des Kreistages zu fällen. Mit der Vorlage Nr. 5-3850/19-I folgten die Mitglieder des Kreistages dem Vorschlag der Verwaltung und beschlossen am 29. April 2019 die Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015 wurde 2019 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 befand sich Ende Dezember 2019 in der Endphase und wurde im Januar 2020 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung überreicht.

Bereich Geschäftsbuchhaltung

Der Haushalt 2019 wurde am 10. Dezember 2018 in den Kreistag eingebracht und am 25. Februar 2019 mit einem Hebesatz zur Kreisumlage in Höhe von 44,0 Prozent beschlossen. Die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Die Genehmigung des Ministeriums des Innern und für Kommunales war nicht notwendig.

Der Gesamtergebnisplan im Jahr 2019 belief sich bei den Erträgen auf 298,4 Mio. Euro und bei den Aufwendungen auf 298,6 Mio. Euro. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 300,7 Mio. Euro und die Auszahlungen mit 304,8 Mio. Euro festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen in Höhe von 7,7 Mio. Euro und Auszahlungen in Höhe von 10,9 Mio. Euro geplant. Für das Haushaltsjahr 2019 betragen die investiven Schlüsselzuweisungen 1,1 Mio. Euro.

Grundlage für die Verteilung der investiven Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung 2019 bildete die vom Kreistag beschlossene Prioritätenliste mit Schwerpunkt in den Bereichen Bildung und Schule. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden außer für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen für den Erwerb von Grundstücken, Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen sowie für den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern eingeplant.

Neben dem Tagesgeschäft und der Aufstellung der Haushalte mit einem steigenden Grad an hochwertiger Vorbereitung bildet weiterhin die Erstellung der ausstehenden Jahresabschlüsse 2015 bis 2017 einen Schwerpunkt der Arbeit.

Gemäß § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse kann bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die auf die Umstellung der Haushaltswirtschaft nach § 63 Absatz 3 der BbgKVerf folgenden Haushaltsjahren bis einschließlich für das Haushaltsjahr 2016 auf die Erstellung der folgenden Bestandteile verzichtet werden:

- die Teilrechnungen nach § 82 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg,
- den Rechenschaftsbericht nach § 82 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und
- die Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht nach § 82 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 bis 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Sachgebiet Kasse/Vollstreckung

Bereich Kasse

Mit dem kassenmäßigen Abschluss 2018 wurde von den Verwahrkonten ein Bestand von rd. 2,5 Mio. Euro nicht sachgerechter Ertragsbuchungen übernommen, der bis zum Ende des Jahres 2019 durch entsprechende Umbuchungen auf 345.310,48 Euro abgebaut wurde.

Im Jahr 2019 verschärfte sich die Situation. Zum Ende des Jahres betrug der Kassenverwahrbestand 3,3 Mio. Euro für die nicht zuzuordnenden Einzahlungen und 4,8 Mio. Euro für Abbuchungen ohne Buchungsbeleg (Auszahlungen).

Bei den Auszahlungen sind 4,3 Mio. Euro allein für Sozialhilfe enthalten, welche zeitnah umgebucht wird. Das zeitnahe Verbuchen der Lastschriften und die Sicherung der entsprechenden Zuarbeit durch die Fachbereiche ist aktuell und zukünftig ein Schwerpunkt, um umfassend und zeitnah Mahnungen und Vollstreckungen zu veranlassen..

Insgesamt wurden 8.752 Mahnungen, 370 Zahlungserinnerungen und 2.897 Vollstreckungen durchgeführt.

Der kassenmäßige Abschluss 2018 wurde am 4. Januar 2019 erfolgreich und zeitnah durchgeführt. Die Kontoauszüge ab 2. Januar 2019 wurden bis zum 10. Januar 2019 abgearbeitet. Die Kasse konnte anschließend wieder tagfertig buchen.

Der Beschluss zum Höchstbetrag des Kassenkredites von 24,0 Mio. Euro vom 27. Februar 2017 galt auch im Jahr 2019. Durch die sehr gute Kassenlage wurde der Kassenkredit im Jahr 2019 nicht in Anspruch genommen.

Im Jahr 2017 wurden durch die MBS Potsdam Verwarentgelte eingeführt. Ein Bestand von mehr als 9 Mio. Euro auf allen Geschäftskonten des Landkreises führte zu Verwarentgelten in Höhe von 0,4 Prozent p. a. Um die Verwarentgelte zu vermeiden, wurden ab dem III. Quartal 2018 Kündigungsgeldkonten verwendet. Zum 4. November wurden die Kündigungsgeldkonten durch die Mittelbrandenburgische Sparkasse aufgelöst, dem Geschäftskonto die bis dahin zins- und entgeltfrei abgelegten 33 Mio. Euro gutgeschrieben und die Verwarentgelte an den neuen Leitzins auf 0,5 % p.a. angepasst. Dadurch entstanden allein für das IV. Quartal 2019 Verwarentgelte in Höhe von 24.367,24 Euro.

Für das Jahr 2019 wurden insgesamt 33.905,26 Euro Verwarentgelte in Rechnung gestellt. Das Haushaltsjahr 2019 wurde mit einem positiven Kassenbestand von 28.514.289,41 Euro abgeschlossen.

Bereich Vollstreckung

Die seit 1. Juli 2019 geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag liegt bei 1.179,99 Euro. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, sodass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Auch werden immer öfter sogenannte Pfändungsschutzkonten (P-Konten) eingerichtet.

Ein Großteil der Schuldner nahm die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Die Anzahl der Androhung des Ventilwächters war rückläufig, da die Mehrheit der Schuldner keine Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen haben. Angelegt wurde er nicht, da die Forderungen gezahlt wurden oder weiterhin in kleinen Raten abbezahlt werden.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 24 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten 2 Zustimmungen und 11 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 25 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre und es ist mit Zahlungen zwischen einem und zehn Prozent zu rechnen.

Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten in 3 Fällen.

Seit dem Jahr 2015 sind Amtshilfeersuchen des Zentraldienstes der Polizei im Land Brandenburg (ZDPol) ein bedeutender Bestandteil der Arbeit des Bereichs Vollstreckung geworden. Die Amtshilfeersuchen der ZDPol betreffen Bürger, welche nicht im Landkreis Teltow-Fläming wohnen, sondern außerhalb von Brandenburg.

Hier ergeben sich inzwischen Fallzahlen von durchschnittlich ca. 700 bis 750 Fällen pro Monat.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Tabelle 7: Vollstreckung, privatrechtliche Forderungen

Forderungen	2019 (Stand 31.12.2019)		2018	
	Anzahl	Betrag/Euro	Anzahl	Betrag/Euro
Neuzugänge	24	18.825,91	5	7.034,60
beigetriebene Forderungen	4	1.326,33	0	0
Niederschlagungen	2	6.629,00	0	0

Tabelle 8: Vollstreckung, öffentlich-rechtliche Forderungen

Vorgang	2019 (Stand 31.12.2019)		2018		2017	
	Anzahl	Betrag/Euro	Anzahl	Betrag/Euro	Anzahl	Betrag/Euro
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	2.456	717.701,49	2.655	815.221,22	1.074	242.209,08
Beigetriebene Forderungen	1.342	306.427,64	1.378	265.095,72	1.233	266.422,18
Niederschlagungen	455	208.980,40	283	144.438,82	450	264.141,22
Amtshilfeersuchen	8.559		9.796		9.283	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner/-innen im Jahr	2.707		2.174		2.544	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner/-innen	4.253		3.565		4.231	

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur

Schulverwaltung

Schülerbeförderung

2019 wurde die Beförderung von 7.662 Schülerinnen und Schülern des Landkreises organisiert und finanziert. Die Kosten für diese Beförderung betrugen 4.708.930 Euro. Es wurden 54 Widersprüche zur Schülerbeförderung bearbeitet, Klagen gegen die getroffenen Entscheidungen wurden nicht erhoben.

Zudem wurden Landeszuschüsse in Höhe von 23.839,37 Euro an Berufsschülerinnen und -schüler gewährt, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden mussten.

Das Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung der Machbarkeitsstudie zur Schülerbeförderung wurde erstellt und für die Durchführung des Vergabeverfahrens an das Hauptamt übergeben.

Verwaltung

Die 14 Sporthallen in Trägerschaft des Landkreises wurden außerhalb des Schulbetriebes zu Trainings- und Wettkampfszwecken an ca. 40 Vereine und Sportgruppen vergeben. Es wurden hiermit Erträge von ca. 23.700 Euro erzielt.

Drei große Baumaßnahmen – der Erweiterungsbau am Gymnasium Rangsdorf, der Ausbau des Dachgeschosses am Gymnasium Ludwigsfelde, die Sanierung des Sportplatzes am Gymnasium Jüterbog – sowie zahlreiche kleinere bauliche Maßnahmen in den kreislichen Schulen wurden fachlich begleitet und die Anforderungen des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes umgesetzt.

Die Begleitung der Projektgruppe zur Errichtung einer Gesamtschule in Ludwigsfelde führte zur 1. Teiländerung der integrierten Schulentwicklungsplanung des Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum 2017 bis 2022 für das Mittelzentrum Ludwigsfelde im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen.

Die Schule „J. H. Pestalozzi“ mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, Schulstraße 1–2 in Jüterbog wurde nach § 105 Brandenburgisches Schulgesetz rechtmäßig aufgelöst.

MBS-Ausschüttungsmittel

Im Förderbereich Bildung wurden neun Projekte mit insgesamt etwa 91.400 Euro aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam gefördert. Davon entfielen gut zwei Drittel auf Maßnahmen der Volkshochschule TF und des Kreismedienzentrums.

Daneben wurden ein Theaterprojekt zur Prävention von (Cyber-)Mobbing an Schulen sowie das Bildungsangebot „#meindeinuserleben“ für Schulen intensiv unterstützt. Auch Projekte von Fördervereinen erhielten Zuwendungen, beispielsweise für die Erneuerung der Steganlagen des Schullandheimes in Dobbrikow oder das Projekt „Fußballfieber“ an der Kastanien-schule in Jüterbog.

Kultur

Die Ausstellungstätigkeit in der NEUEN GALERIE in Wünsdorf und in der Galerie im Kreishaus wurde erfolgreich fortgesetzt. Auf diese Weise förderte der Landkreis aktiv die bildenden Künstler. Im Jahr 2019 sahen an den 140 Öffnungstagen der NEUEN GALERIE rund 1.500 Besucher die Ausstellungen. In diesem Themenzusammenhang steht die langjährige Bildungspartnerschaft mit dem Hort Wünsdorf der Erich-Kästner-Grundschule, deren Kinder sich in den Werkstätten gemeinsam mit den ausstellenden Künstlern einer kulturellen Betätigung erfreuen.

Ausstellungsübersicht – Galerie im Kreishaus

Vier Ausstellungen:

- Architektur des Neuen Bauens. 100 Jahre Bauhaus 2019. Streifzüge entlang der „Grand Tour der Moderne“ im Landkreis Teltow-Fläming. Fotografien von Andreas Stirl. Die Ausstellung wurde zum Neujahrsempfang von Landrätin Kornelia Wehlan eröffnet. In Kooperation mit Dr. Marcus Cante vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege entstand die Konzeption.
- Peter Panzner (Niedergörsdorf, Landkreis Teltow-Fläming), LANGSTRECKE, Druckgrafik (Hoch- und Tiefdruck) – Werkschau zum 75. Geburtstag
- Michael Bock (Schwielochsee, Landkreis Dahme-Spreewald), Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut (Perikles), Malerei und Grafik
- 13. Internationale Barnack-Biennale (Fotowettbewerb der Gesellschaft für Fotografie mit Arbeiten von 32 Autorinnen und Autoren) aus Anlass des 140. Geburtstages von Oskar Barnack

Ausstellungsübersicht – NEUE GALERIE

Fünf Ausstellungen und eine Lesung:

- Michael M. Heyers (Kleinmachnow, Landkreis Potsdam-Mittelmark), In diesen Kreisen [Konkrete Kunst]: sechs Wochen mit 259 Besuchern
- Hannelore Teutsch (Panketal, Landkreis Barnim), Augenblicke – Unspektakuläre Bilder und Reinhard Jacob (Panketal, Landkreis Barnim), Arbeiten zur Architektur – Plastische Miniaturen: sechs Wochen mit 273 Besuchern (Künstlergespräch zum „Tag des Offenen Ateliers“)
- Matthias Steier (Eisenhüttenstadt, Landkreis Oder-Spree), Miradores, Malerei und Zeichnungen: acht Wochen mit 284 Besuchern
- Uta Kilian Moes (Niedergörsdorf, Landkreis Teltow-Fläming), Malerei, Fotografie, Objekte: acht Wochen mit 276 Besuchern
- Akzente 16, die vorweihnachtliche Verkaufsausstellung mit Arbeiten von 36 Künstlerinnen und Künstlern aus Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Berlin, Cottbus, Dresden, Halle (Saale), Leipzig, Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam und Radebeul: sieben Wochen mit 458 Besuchern
- Musikalische Lesung „Meine Kinderjahre“, Joséphine Oeding, Lesung und Dagmar Flemming, Harfe – Gemeinschaftsveranstaltung im Theodor-Fontane-Jahr mit dem Förderverein Freunde der Bücherstadt Wünsdorf: 12 Besucher

Am ersten Maiwochenende besuchten zahlreiche Gäste die bereits zum 20. Mal stattfindende Aktion „Tag des Offenen Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg, an dem sich aus dem Landkreis Teltow-Fläming 30 Akteure beteiligten. Dieses Projekt ist von überregionaler Bedeutung. Es trägt seit Jahren zur Stärkung des Kulturtourismus bei.

Der Kalender „Kulturveranstaltungen im Landkreis Teltow-Fläming“ vermittelt einen Überblick über die aktuellen Angebote und wird monatlich in der Rubrik Freizeit/Kulturregion im Internetauftritt des Landkreises veröffentlicht sowie per E-Mail an zahlreiche Abonnenten versendet.

Als Beitrag zur Kampagne im Theodor-Fontane-Jahr und vor allem zur öffentlichen Vernetzung der Fontane-Stätten wurde das Theodor-Fontane-Kabinett (Dauerausstellung unter der Schirmherrschaft der Theodor-Fontane-Gesellschaft, Sektion Berlin-Brandenburg) – als Schau- und Leseraum in der NEUEN GALERIE der Bücherstadt Wünsdorf – auf der Homepage des Landkreises (Rubrik: Freizeit/Kulturregion) veröffentlicht.

MBS-Ausschüttungsmittel

Die Kulturförderung aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam unterstützte mit rund 81.000 Euro verschiedene Projekte wie:

- Neue Dauerausstellung Museum Kloster Zinna, Freundeskreis Mönchenkloster Jüterbog
- Picknick der Kulturen, Kulturforum Ludwigsfelde
- Theaterstück „GEISTER - was machen die Toten?“, Verein Kultur pflanzen
- 25 Jahre GEDOK Künstlerinnennetzwerk in Brandenburg, GEDOK Brandenburg
- 1989 – Spuren der Veränderung in Ludwigsfelde, Verein VorOrtung
- 9. Jüterboger Fürstentag, Heimatverein Jüterboger Land
- Ausstellung Reinhold Burger – Glasinstrumente als Pioniere des Fortschritts, Museumsverein Glashütte
- Kunstausstellung „Tag und Nacht – Landschaften“, Kunst + Kultur Verein Alte Schule Baruth
- 3. Luckenwalder Filmfestival des Fahrrads, Haus der Kultur der Welten Fläming
- Das Große Welttheater, Theaterförderkreis Alzey-Dautenheim
- Die beiden Auftritte im Landkreis, am 31. Juli auf Schloss Wiepersdorf und am 1. August in Klausdorf (Festwiese), wurden durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit (Einladungsmanagement, Medienkontakte, Plakatierung) unterstützt.

Theater- und Orchesterförderung – Spielstättenförderung

Am 31. Januar wurde die „Verordnung zur Verteilung und Verwendung der Mittel für die Theater- und Orchesterförderung gemäß § 5 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes“ verkündet. Im § 2 wird die sog. Spielstättenförderung geregelt und der Landkreis Teltow-Fläming einem Förderkorridor zugeordnet. Die zur Verfügung stehenden Mittel aus der Zuweisungssumme von 25.000 EUR dienen zur Erhaltung und Sicherung eines lokalen und regionalen Musik- und Theaterlebens und wurden den Städten Luckenwalde (Jahresprogramm Theater) und Baruth/Mark (Auftritt Neue Bühne, Senftenberg) sowie der Gemeinde Niedergörsdorf (u. a. Auftritt Neues Globe Theater, Potsdam) bewilligt.

Sport

In seinem Leitbild setzt sich der Landkreis das Ziel, die Freizeitmöglichkeiten sowie die Gelegenheiten zur sportlichen und gemeinschaftlichen Betätigung auszubauen. Der Landkreis fördert den Breitensport in den Sportvereinen und gestaltet so die Heimat seiner Einwohner*innen attraktiv und lebenswert.

Vor diesem Hintergrund orientiert sich die Sportförderung an drei Säulen:

Im Mittelpunkt der Förderung steht die kontinuierliche Arbeit des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V.

Als zweite Säule tragen die besonderen Schwerpunkte dazu bei, folgende Themen weiterzuentwickeln und die Angebote zu festigen:

- den Sport für Mädchen und Frauen
- den Seniorensport
- den Gesundheitssport
- den Sport für benachteiligte Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien
- den Integrationssport für Menschen mit Handicap und für Menschen verschiedener Herkunft.

Die dritte Säule der Sportförderung ist die Unterstützung von Veranstaltungen der Sportvereine mit überregionaler oder besonderer regionaler Bedeutung der Sportvereine.

Die Sportfördermittel stammen einerseits aus dem Kreishaushalt und andererseits aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam.

MBS-Ausschüttungsmittel (Sport)

Diese Fördermöglichkeit nutzten im Jahr 2019 28 Mitgliedsvereine des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. Für ihre Vorhaben wurden rund 87.500 Euro ausgereicht.

Besonders begehrt sind nach wie vor Zuschüsse für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Stark nachgefragt wurden auch wieder Zuschüsse für die Anschaffung oder Erneuerung von Sportgeräten sowie Ausstattungsgegenständen für den Trainings- und Wettkampfbetrieb.

Diese gleichbleibend hohe Nachfrage weist indirekt auf den großen Investitionsstau im Sport hin.

In die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Sports flossen 2019 somit fast zwei Drittel des kreislichen Sportbudgets.

Bedeutende Vorhaben waren dabei u. a.

- die Modernisierung bzw. Neuerrichtung von Volleyballanlagen in Dahme/Mark und Luckenwalde
- die Reparatur eines Billardtisches
- die Errichtung eines Round-Pen für die Kinder-Reitausbildung in Seehausen
- die Errichtung von Dugouts² in Blankenfelde
- die Errichtung eines Bewegungsparcours in Thyrow

² überdachte Spieler-Sitzbänke für den Baseball-Sport

- die Errichtung eines Platzes für Generationen für die Begegnung und Bewegung in Fröhden

Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung erhielten ebenfalls Zuschüsse in Höhe von rund 14.300 Euro.

Das waren u. a.

- die 1. Bundesliga im Bogenschießen in Blankenfelde
- die Internationale Handballwoche in Rangsdorf
- das Internationale Vielseitigkeitsturnier CIC2* in Liepe
- der Flaeming-Skate-Junior-Cup in Jüterbog
- der Albert-Wuthe-Gedenklauf in Lüdersdorf
- der Floorball-Cup in Rangsdorf

Aber auch viele kleinere Veranstaltungen im Kinder- und Jugendbereich, Senioren- und Behindertensport oder im Integrationssport wurden in Höhe von 11.300 Euro unterstützt.

Darüber hinaus konnten Mittel kurzfristig bereitgestellt werden, um die Teilnahme des SV Grün-Weiß Großbeeren an der Weltmeisterschaft im Cheerleading Team Wild Lynx in Japan zu ermöglichen.

Besonders erfreulich ist es, dass die Großbeerener Cheerleader dort Vize-Weltmeister in der Kategorie Urban Street Cheer Double (Altersgruppe bis 12 Jahre) wurden.

Sportentwicklung³

Seit mittlerweile zehn Jahren besteht die integrierte Sportentwicklungsplanung. Darin enthalten sind nicht nur kommunale, sondern auch kreiseigene Empfehlungen für die Sportentwicklung. Einige Empfehlungen wurden davon bereits abgearbeitet.

Andere dagegen wurden zum wiederholten Male nicht umgesetzt, so beispielsweise die jährliche Veröffentlichung des Sportentwicklungsberichts und die jährliche Durchführung des Sportgesprächs mit den Kommunen oder die Erarbeitung eines Sportstättenkatasters. Die Gründe dafür liegen im bestehenden Personalmangel bei der ständigen Begleitung der Schulentwicklung. Aufgrund dieser Situation war das Amt für Bildung und Kultur gezwungen, den Sport personell zu Gunsten schulplanerischer Aufgaben zurückzustellen.

Um dennoch den kommunalen Kontakt zu halten und unterstützend tätig zu sein, wurden durch die Sportkoordination infolgedessen Vereinsbesuche durchgeführt und an kommunalen Sportstammtischen teilgenommen. Die Sportkoordination nahm darüber hinaus auch an den Expertenrunden des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport für die landesweite Sportstättenstatistik teil.

Für das Jahr 2020 ist beabsichtigt, diese Form der sportlichen Zusammenarbeit weiter auszubauen, um die Sportentwicklung weiter voranzutreiben.

Das Zukunftspapier des Landessportbundes Brandenburg e. V. „Sportland 2030 – Die Strategie für starke Vereine“ wurde im November 2019 beschlossen. In verschiedenen Arbeitsgruppen haben Landkreis, Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. und Landessportbund Brandenburg e. V. im letzten Jahr konstruktiv und erfolgreich zusammengearbeitet. Viele der im Zukunftspapier enthaltenen Themen sind auch Grundlage für die Sportentwicklung des Landkreises.

³ Umfangreichere Aussagen können dem Sportentwicklungsbericht entnommen werden.

Im Kontext bestehender Sportentwicklungsplanung und Zukunftspapier haben Sportkoordination und Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. eigene Handlungsansätze abgeleitet und eine kreisliche Strategie „Gemeinsam für den Sport in TF“ entworfen. Diese Zielsetzung soll im kommenden Jahr verabschiedet werden und den bisher erfolgreichen Weg fortführen.

Sachgebiet Haushalt und Finanzen

Das Sachgebiet ist für die Abwicklung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Amtes zuständig. Im Jahr 2019 betrug das Budget für die zu bewirtschaftenden Produkte rund 21,2 Millionen Euro.

Schulfinanzen

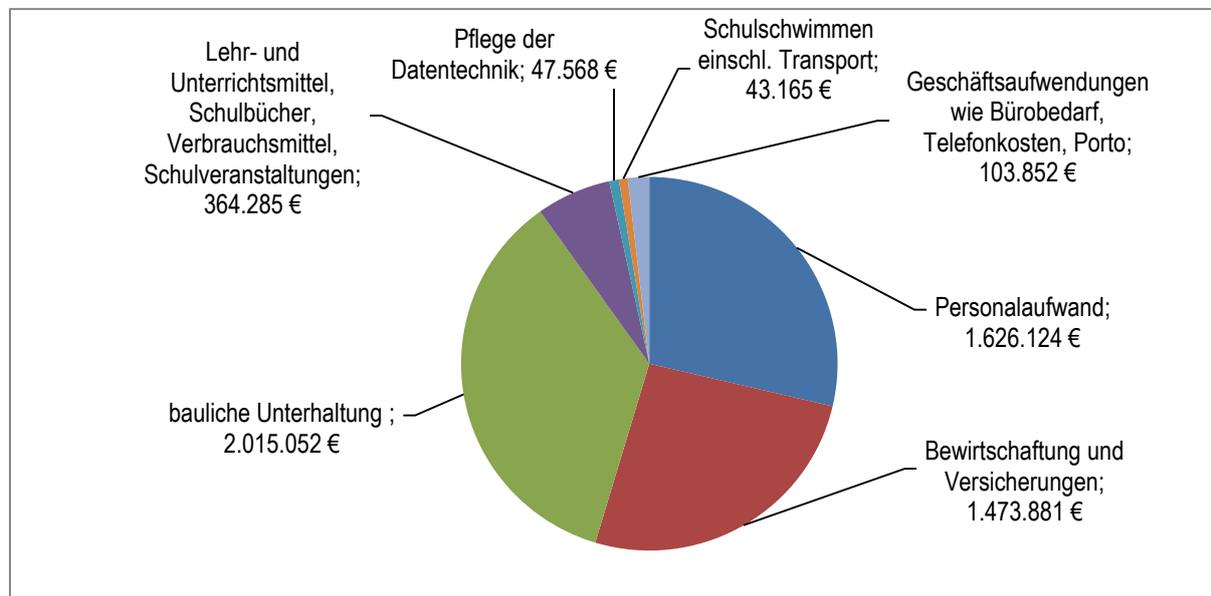


Abbildung 3: Schulfinanzen

In Trägerschaft des Landkreises befinden sich vier Gymnasien, drei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde. Im Jahr 2019 besuchten 4.724 Kinder und Jugendliche diese Schulen. Die Zahl der Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ wurde mit dem 1. August 2019 von vier auf drei reduziert, weil der Schulstandort in Jüterbog wegen der rückläufigen Schülerzahlen aufgelöst werden musste. Dem Elternwunsch folgend wurden die Schüler in die Wiesenoberschule der Stadt Jüterbog oder die Förderschule des Landkreises in Luckenwalde umgeschult.

Der bewirtschaftete Gesamtetat für das laufende Geschäft in den kreisangehörigen Schulen betrug ohne Abschreibungen rund 5,7 Millionen Euro. Das sind 1,2 Millionen Euro mehr als im Jahr 2018, die nicht zuletzt durch dringende Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in und an den Schulgebäuden entstanden sind.

Investitionen

Die dem Amt für Bildung und Kultur zur Verfügung stehenden Investitionsmittel kamen, wie in den vergangenen Jahren, hauptsächlich den kreisangehörigen Schulen zugute. Die insgesamt 3.090.385 Euro verteilten sich wie folgt:

Tabelle 9: Amts für Bildung und Kultur , Investitionen

Investition	Summe (Euro)
Baumaßnahmen	2.695.370
Beschaffung Datentechnik	155.027
sonstige Ausstattungen	239.988
<i>gesamt</i>	<i>3.090.385</i>

Bei den finanzierten Baumaßnahmen handelt es sich um die Fortführung der geförderten Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Dazu gehören der Ergänzungsbau am Gymnasiums Rangsdorf und der Ausbau des Dachgeschosses zur Aula und Cafeteria am Gymnasium Ludwigsfelde. Deren Inbetriebnahme ist für 2020 vorgesehen.

Mit den Mitteln der Datentechnik wurden wegen der notwendigen Umstellung des Betriebssystems von Windows 7 auf Windows 10 die Verwaltungsrechner aller Schulen ersetzt. Darüber hinaus sind am Oberstufenzentrum Luckenwalde, dem Gymnasium Luckenwalde und den Förderschulen in Mahlow und Ludwigsfelde WLAN-Netze bauseits errichtet worden.

Der Landkreis konnte, wie im Jahr 2018, finanzielle Mittel aus dem Förderprogramm zur Unterstützung des Modellvorhabens „medienfit_sek 1“ akquirieren. Es wurde für die Förderschule „Lernen“ Ludwigsfelde ein entsprechender Förderantrag beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gestellt. Das Land gewährte hierbei 19.132 Euro. Das entspricht einer anteiligen Finanzierung von 90 Prozent. Der Landkreis unterstützte das Projekt mit seinem Eigenanteil von 2.125 Euro. Im Rahmen des Programmes wurde Hardwareausstattung (Tablets, interaktive Tafeln, WLAN-Accesspoints und mehr) beschafft.

Bei den sonstigen Ausstattungen in den kreisangehörigen Schulen sind die finanziellen Mittel überwiegend für den Ersatz von Außenpflegegeräten, Schulmobiliar, Sportgeräten und hochwertige Unterrichtsmitteln verwendet worden. Die Förderschulen Mahlow und Ludwigsfelde erhielten zudem jeweils für den Außenbereich ein Gerätehaus.

Schulkostenbeiträge

Das Brandenburgische Schulgesetz regelt den Finanzausgleich für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Wohnung oder Ausbildungsstätte außerhalb des Landkreises. Für 265 dieser Personen wurden Schulkosten in Höhe von rund 192.200 Euro anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in Rechnung gestellt. Umgekehrt hat der Landkreis Schulkostenrechnungen in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte für 1.913 Kinder und Jugendliche, die nicht im Landkreis Teltow-Fläming beschult werden, erstatten müssen. Darüber hinaus zahlt der Landkreis jährlich die Schulkosten für die Kinder und Jugendlichen der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Oberschulen, Gymnasium Blankenfelde, Gesamtschule Zossen/Dabendorf) an die Schulträger im Landkreis. Diese Zahlungen betragen im Jahr 2019 rund 2,4 Millionen Euro für 3.661 Personen.

Schulsozialfonds

Seit dem Jahr 2008 stellt das Land Brandenburg den Schulsozialfonds bereit, der über die Schulträger an die Schulen ausgereicht wird. Diese Mittel werden für Kinder und Jugendliche verwendet, deren Eltern sich in einer finanziellen Notlage befinden. Gefördert werden insbesondere Leistungen, die nicht der Pflicht des Schulträgers zum Tragen der Kosten unterfallen. Hier wurden im Jahr 2019 Aufwendungen in Höhe von rund 1.430 Euro für 61 Personen geleistet. Sie erhielten Dinge, die von der Lernmittelfreiheit ausgenommen sind. Dazu gehörten u. a. Fahrradhelme, Sportkleidung, Taschenrechner, Elektronik-Baukästen, Arbeitshefte, Bekleidung für den Schwimmunterricht sowie sonstiger Schulbedarf, wie Füller, Stifte, Blöcke, Scheren, Klebestifte u. ä. Es wurden ferner Unterstützungen für Bildungsfahrten gewährt, die nicht über Bildung und Teilhabe finanziert werden konnten.

Landesmittel Weiterbildung

Im Jahr 2019 erfolgte die Vergabe von 256.352 Euro Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an vier anerkannte Träger der Erwachsenenbildung des Landkreises entsprechend dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz. Mit den vom Land deutlich erhöhten Landesmitteln gegenüber den Vorjahren konnten 8.880 Unterrichtsstunden, und zwar 971 Unterrichtsstunden mehr als 2018, gefördert werden.

Volkshochschule Teltow-Fläming

Vielfalt in der Weiterbildung

Der Landkreis als kommunaler Träger der VHS garantierte auch im Jahr 2018 ein verlässliches und erreichbares Weiterbildungsangebot für alle Bürger*innen. Mit ca. 6.500 Belegungen konnten 781 Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gesundheitlichen, kulturellen, sprachlichen und beruflichen Weiterbildung erfolgreich durchgeführt werden. Einen großen Anteil an den durchgeführten Veranstaltungen haben die vielen neben- und freiberuflichen Lehrkräfte. Diese leisten eine hervorragende Arbeit.

Mit dem Zweiten Bildungsweg ermöglichte die VHS jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2017/2018 erreichten 33 Absolventinnen und Absolventen der 10. Klasse gute und sehr gute Ergebnisse und wurden feierlich verabschiedet. Für das Schuljahr 2018/2019 meldeten sich 77 junge Menschen für die 9. und 10. Klasse an.

VHS und ihr Grundbildungszentrum

Die VHS beantragte im April 2017 erfolgreich eine Projektzuwendung aus dem Förderprogramm „Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Förderzeitraum von 2015 bis 2020 für das Grundbildungszentrum. Die VHS verstetigte in 2018 das nachhaltige Netzwerk „Alphabündnis Teltow-Fläming“ im Landkreis und konnte drei weitere Netzwerkpartner gewinnen. Das Grundbildungszentrum produzierte einen Filmspot zum funktionalen Analphabetismus mit Lernenden. Der Spot wurde im Luckenwalder Kino zu verschiedenen Veranstaltungen im Vorprogramm gezeigt. Im Jahr 2018 suchten insgesamt 498 Teilnehmer*innen das Lernstudio auf.

VHS als Prüfungszentrum

Folgende Prüfungsleistungen erbrachte die VHS im Jahr 2018:

- 28 telc-Prüfungen (allgemeine Sprachentests, Test-Leben in Deutschland, Deutschtest für Zugewanderte) für 188 Teilnehmende
- 10 TestAS – Studierfähigkeitstest und TestDAF – Sprachprüfung für 90 Studierende (Testzentrum der g.a.s.t.)
- 5 Einbürgerungstests mit 54 Teilnehmenden
- 2 Xpert-Prüfungen (für Weiterbildungen in der Betriebswirtschaft)

VHS und Weiterbildung 4.0

Mit dem Konzept „Digitale Weiterbildung für alle“ führte die VHS den digitalen Wandel im Bildungsbereich fort. So konnte die VHS aus Mittel des Ministeriums für Jugend, Bildung und Sport des Landes Brandenburg zwei Seminarräume mit jeweils einem modernen Paneel ausstatten. Damit ist die digitale Infrastruktur am Standort in Luckenwalde, Dessauer Str. 25, umgesetzt.

Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung

In einer engen Kooperation der VHS mit der Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurden mehrere talentCAMPus-Projekte aus der Förderung „Kultur macht stark“ für Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 16 Jahren als Ferien-Bildungsprojekt durchgeführt. Es wurde das Drehbuch weiterentwickelt und der zweite Film „Der Fluch von Hennickendorf 2“ gedreht.

Ein weiteres Projekt beschäftigte sich mit dem Kunstthema Graffiti. Die Teilnehmenden gestalteten unter professioneller Anleitung die Bahnunterführung in Woltersdorf.

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus **Kreisergänzungsbibliothek, Fahrbibliothek** und **Kreisbildstelle**.

Der gesamte Medienpool physischer und elektronischer Medien wird genutzt, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten und die Schulen, öffentlichen Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen mit physischen und elektronischen Medien durch die drei Einrichtungen zu versorgen. Insgesamt wurden 81.870 Entleihungen erzielt. Das Kreismedienzentrum besuchten 2019 18.345 Interessierte.

Der multimediale Bestand des Kreismedienzentrums umfasst Medien. Mehrsprachige beziehungsweise fremdsprachige Medien und Themenboxen, Klassensätze, neue Medien mit Hörstiften zum Spielen, Lernen und Wissen erlangen, wurden durch die Förderung von MBS-Mitteln auch 2019 ergänzt und fanden bei den jüngeren Nutzer*innen, aber auch bei den Lehrer*innen großen Anklang.

Das Kreismedienzentrum kann im Jahr auf 74 durchgeführte Veranstaltungen sowie gemeinsame, lesefördernde und literarische Aktionen mit insgesamt 4.700 Kindern und Erwachsenen zurückblicken. Zu den wichtigsten zählten unter anderem:

- Kreisentscheid zum 60. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam durchgeführt mit der Kreismusikschule
- Veranstaltungsreihe mit den öffentlichen Bibliotheken des Landkreises „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow-Fläming“ zum 13. Mal in Zusammenarbeit mit Andersens Koffertheater in der Grundschule in Dahme
- Kinderfilmfest mit pädagogisch wertvollen Filmvorführungen und An- und Abmoderationen für die Klassen 1 bis 10 mit insgesamt 2.577 Besuchern.

Kreisergänzungsbibliothek

Die Kreisergänzungsbibliothek lud die Leitungen der öffentlichen Bibliotheken im Landkreis einmal pro Quartal zur Kreisarbeitsgemeinschaft ein. Ziel dieser Zusammenkünfte war neben dem fachlichen Erfahrungsaustausch unter anderem auch die Planung von Autorenlesereisen und des Projektes „Lange Nacht der Bibliotheken“. Das Verbundprojekt „Digitale Ausleihe über Ciando“ mit einigen öffentlichen Bibliotheken des Landkreises wurde auch 2019 als Zusatzangebot mit 16.353 E-Medien sehr gut angenommen. Hier wurde eine Steigerung im Verbund mit insgesamt 10.353 Entleihungen erzielt. Das Kreismedienzentrum hat für alle Beschäftigten der öffentlichen Bibliotheken eine Fortbildung zum Thema: „Mit Sicherheit die besten pädagogisch wertvollen Spiele für Bibliotheken“ organisiert. So war auch eine weitere organisierte Fortbildung zum Thema „Inklusion in Bibliotheken“ eine sehr anspruchsvolle und nachhaltige Veranstaltung für die Beschäftigten.

Fahrbibliothek

Die Fahrbibliothek wird seit 27 Jahren vom Landkreis betrieben, um den Bürger*innen im stark ländlichen Raum Bibliotheksangebote zur Verfügung zu stellen.

2019 fuhr sie im Vier-Wochen-Rhythmus 158 Haltepunkte im Landkreis an. Im Jahr 2019 konnten während der Ausleihen insgesamt 13.148 Besucher*innen verzeichnet werden. Darunter waren viele Interessenten aus Kindertagesstätten, Schulen, Horten und Seniorenheimen.

1.072 Personen sind als Nutzer*innen (hier werden Familienleser*innen nur als ein*e Nutzer*in angezeigt) registriert. Davon sind Kinder die stärkste Gruppe – 654 verfügen über einen Bibliotheksausweis. Unter den Nutzern sind zudem 183 Menschen ab 60 Jahren.

Es wurden unter anderen Einführungen in die Fahrbibliothek, Autorenlesungen für Kinder in Kindertagesstätten, Schulen und Horten durchgeführt, um das Interesse am Lesen zu wecken und zu fördern. Zwei Schulen gestalteten ihren Unterricht direkt in der Fahrbibliothek. Inzwischen bestehen Kooperationsverträge mit drei Schulen. Außerdem bekunden drei weitere Schulen ihr Interesse, mit der Fahrbibliothek ebenfalls Kooperationsverträge abzuschließen und so die Zusammenarbeit vertraglich zu vertiefen, die schon seit vielen Jahren besteht. Beim Projekt „Lesewoche“ in einer Grundschule war die Fahrbibliothek mit einem Autor vor Ort.

Aber auch die vorhandenen Medienpakete zu bestimmten Themen (so genannte Themenboxen), die in diesem Jahr dank der MBS-Förderung ergänzt wurden, fanden bei den Lehrkräften großen Zuspruch. Filme und Lesungen wurden und werden gern genutzt, um den Unterricht zu unterstützen und zu ergänzen. So können für die Klassen 1 bis 6 Klassensätze mit Unterrichtsmitteln zur Ausleihe angeboten werden.

Bei Höhepunkten wie dem „Tag der offenen Tür“ in der Kreisverwaltung waren die Fahrbibliothek und die Kreisbildstelle vertreten.

Kreisbildstelle

Die Kreisbildstelle verzeichnete 2019 folgende Entleihungen:

- 7.619 Medien physisch
- 4.012 Medien online
- 147 Geräte

An nachfolgenden Einrichtungen wurden Filmprojekte begleitet und unterstützt:

- Volkshochschule Teltow-Fläming – zweiter Bildungsweg
- Gebrüder-Grimm-Grundschule Ludwigsfelde
- Jugendklub Treffpunkt 29
- Jugendklub Go7
- Katastrophenschutz – Filmaufnahmen bei der Ausbildung oder Übungen
- Grundschule „Am Pekenberg“ Zülichendorf
- OSZ Teltow-Fläming Trickfilmherstellung
- Vorlesewettbewerb
- Kreisverwaltung (Klimaprojekt)
- Kreisverwaltung Landwirtschaft
- VHS (100-Jahr-Feier)

Zum neunten Mal fand das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg im Kreishaus statt. Das Angebot richtete sich an Schüler*innen der ersten bis zehnten Klassen aus dem Landkreis Teltow-Fläming. Das Filmfest erfreut sich zunehmender Beliebtheit. 2.577 Kinder und Erwachsene sahen im Jahr 2019 die Filme.

Kreismusikschule Teltow-Fläming

Statistische Angaben

Im Dezember 2019 wurden insgesamt 1.105 Personen unterrichtet. 159 von ihnen belegten zusätzlich in 366 Unterrichtseinheiten ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach. Auf der Warteliste stehen 73 Personen. Derzeit unterrichten 18 fest angestellte und 27 freie Lehrkräfte.

In 150 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles vor mehr als 22.000 Gästen im gesamten Kreisgebiet. Zum Auftritt luden Firmen, Vereine, Städte und Gemeinden sowie Kirchen und Krankenhäuser ein. Die Ensembles traten beispielsweise zur Übergabe der Gesellenbriefe, zur Zeugnisübergabe in Schulen, bei Neujahrsempfängen, Feiern für ältere Menschen, bei Jubiläen oder Einweihungen auf.

Die Kreismusikschule ist im Projekt „Klasse! Musik für Brandenburg“ mit der Geschwister-Scholl-Grundschule Jüterbog aktiv und mit zwei Schülern in den Spitzenensembles des Landes, „Junge Philharmonie Brandenburg“ und „LaJJazzO“, vertreten.

Höhepunkte des Jahres

Ein besonderer Höhepunkt war die Veranstaltung „Musik unterm Turm“ auf dem Luckenwalder Marktplatz im Oktober 2019. In gemeinsamer Organisation mit der Wohnungsgesellschaft „Die Luckenwalder“ wurde auf drei Bühnen von 12 bis 22 Uhr durchgängig Musik geboten. 18 Ensembles spielten im 30-minütigen Wechsel abwechslungsreiche Konzerte.

Herausragend waren auch die Auftritte des Renaissance-Orchesters „Süssato“. Im April wurde im Berliner Max-Planck-Institut das Festjahr zu Ehren Leonardo da Vincis eröffnet. Anwesend waren u.a. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller sowie der italienische Botschafter Luigi Mattiolo, welche dem Ensemble großes Lob zollten.

Im September gab dieses Ensemble ein „Debüt-Konzert“ im Schloss Stülpe und wurde prompt für das Folgejahr verpflichtet. Eingeladen hatte der Freundeskreis „Schlösser und Gärten der Mark“. Die Veranstaltungsreihe steht unter der Schirmherrschaft von Ministerin Dr. Martina Münch.

Eine weitere Veranstaltung mit „Süssato“ fand im Dezember statt. Gemeinsam mit dem JohannisChor Luckenwalde wurde anlässlich des 125. Jubiläums zum Bestehen der Kirchengemeinde in der Luckenwalder Jakobikirche ein Festkonzert gestaltet.

Auch beim Luckenwalder Turmfest war die Kreismusikschule wieder mit vier Ensembles beteiligt: Keyboardorchester, TrommelFieber, TaktgeFühl und TastenFeuer.

„Der Kobold im Schrank“, eine Gemeinschaftsproduktion mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ (Volkssolidarität), sorgte im Mai zweimal für ein ausverkauftes Luckenwalder Stadttheater, ebenso das traditionelle Adventskonzert, welches diesmal die Weihnachtsgeschichte von Charles Dickens als Rahmenhandlung hatte.

Probenlager

Gleich drei Probenlager und Workshops wurden 2019 durchgeführt. Die Ensembles TonFall, projekTFolk sowie das Keyboardorchester übten intensiv für jeweils drei Tage in Kloster Zinna, Blankensee und Trassenheide. In anschließenden Konzerten wurde das Gelernte präsentiert.

Weiterbildungen

An insgesamt 83 Weiterbildungstagen wurden 31 Lehrkräfte und eine Verwaltungsmitarbeiterin in ihren pädagogischen Kenntnissen und in verwaltungstechnischem Wissen intern und extern weitergebildet.

Einige weitere ausgewählte Veranstaltungen im Kreisgebiet

5. Januar	Mitwirkung beim Neujahrskonzert der Jungen Philharmonie Brandenburg (Dirigent Yoel Gamzou)
18. Januar	Neujahrsempfang zum Thema „25 Jahre Landkreis Teltow-Fläming“ (Bigband)
16. März	„Musik und Lyrik“ – Konzert im Kulturquartier Jüterbog
24. März	Abschlusskonzert zum Probenlager des Saxofonensembles „TonFall“ in der „Grafschaft“, Kloster Zinna
11. Mai	Schuljahresabschlusskonzert im Kulturquartier Jüterbog, gemeinsam mit Schülern des Projektes „Klasse Musik“ der Scholl-Grundschule, Jüterbog
10. August	musikalische Umrahmung der Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Volkshochschule Luckenwalde“ (TrommelFieber)
24. August	Mitwirkung beim Kreiserntefest in Paplitz (Bigband)
6. bis 9. September	Mitwirkung am Stadtfest in Weill am Rhein (TastenFeuer)
7. September	Mitwirkung beim Tag der offenen Tür der Kreisverwaltung (Bigband)
9. November	musikalische Umrahmung der Festveranstaltung zum Tag des Mauerfalls in Blankenfelde-Mahlow (TonFive)
17. November	musikalische Umrahmung der Veranstaltung zum Volkstrauertag in Altes Lager/Niedergörsdorf (Trompetenensemble)

Bildungsbüro (BMBF-Projekt: „Bildung integriert“)

Im Oktober 2018 wurde das Bildungsbüro des Landkreises eröffnet. Das Bildungsbüro ist Teil des Projektes „Bildung integriert“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird. Ziel des Projektes ist es, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement zu errichten (Kreistagsbeschluss: 5-3263/17-I).

Hierzu wurde 2019 viel unternommen, um Managementstrukturen für ein ganzheitliches Bildungswesen zu schaffen. In Einzelgesprächen mit Bildungsakteur*innen des Landkreises ist ein Netzwerk aus Fachkräften entstanden. Zwei Fokusgruppen zu den Themen „Sozial- und Bildungsplanung“ sowie „Erwachsenenbildung und Bildung in der Nacherwerbsphase“ wurden gegründet, um die Bildungsakteur*innen in den Kommunen zu vernetzen und verteilte Zuständigkeiten zu bündeln. Im Sommersemester 2019 ist das Bildungsbüro eine Kooperation mit Studierenden der Hochschule der Medien in Stuttgart unter der Leitung von Prof. Dr. Richard Stang eingegangen, um Potentiale für die Erwachsenenbildung im ländlichen Raum zu analysieren.

Im Oktober 2019 hat die 1. Bildungskonferenz in Teltow-Fläming stattgefunden, die durch MBS-Ausschüttungsmittel in Höhe von 700 Euro gefördert wurde. Die Bildungskonferenz stand unter dem Thema „Visionen einer kommunalen Bildungslandschaft“. Die 63 Teilnehmenden haben in Workshops Visionen für unterschiedliche Bildungsbereiche entwickelt. Die Dokumentation der Bildungskonferenz wurde Ende Dezember 2019 an alle Teilnehmenden versendet.

Museum des Teltow

Das Museum des Teltow kann für das Jahr 2019 nachfolgende Ereignisse und Besonderheiten vorweisen:

- Vortrag im Bürgerhaus Dahlewitz im Februar 2019,
- Organisation und Durchführung einer Weiterbildungsveranstaltung für Leitende und Beschäftigte von Museen und Heimatstuben des Landkreises Teltow-Fläming im April 2019,
- Unterstützung des Museumsverbandes des Landes Brandenburg e. V. bei der Vorbereitung der Regionalkonferenz Teltow-Fläming in Jüterbog im Mai 2019,
- Unterstützung eines Ausstellungsprojektes zum Thema „Muslime in Brandenburg“ an der Freien Universität Berlin im Juni 2019,
- Vortrag vor Senioren in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal im Oktober 2019,
- Festrede vor dem Kreistag zum Thema „Der Herbst 1989 – 30 Jahre friedliche Revolution im Osten Deutschlands“ im Oktober 2019,
- als besonderer Höhepunkt der Ausstellungstätigkeit: Sonderausstellung „Was weiter wird, steht in Gottes Hand“. 1914-1922: Alltag der Menschen im Spiegel regionaler Quellen“ mit anschließender Weitergabe der Ausstellung,
- Vorbereitung einer Feierstunde anlässlich „25 Jahre Museum des Teltow in Wünsdorf“ im November 2019
- Mitarbeit in der Projektgruppe „Museum in der Natur - Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“,
- Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden,
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte im Landkreis,
- Fortführung der Kooperationsvereinbarung mit dem Kulturverein Blankenfelde e. V.

Darüber hinaus wurden ursprünglich vom Museum des Teltow erarbeitete Ausstellungen auch anderenorts gezeigt. Das Museum hat sowohl seine Sammlungsbestände vielfältig zur Verfügung gestellt, als auch beratend mitgewirkt. Auf diese Weise konnten Schulen, Vereine und andere Einrichtungen unterstützt werden. Der Museumsleiter organisierte zudem mehrere gut besuchte Vorträge außerhalb des Museums, unter anderem auch im Auftrag der Volkshochschule des Landkreises.

Das Heimatjahrbuch berichtete erneut über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis, befasste sich inhaltlich mit Brauchtum und Heimatpflege und trug so zur Stärkung der regionalen Identität bei.

Die klassische museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen und vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

Sachgebiet IT-Service

Schwerpunkt Umstellung auf Windows 10

Microsoft kündigte zum Januar 2020 den Support von Windows 7 auf. Um den Sicherheitsaspekten Rechnung tragen zu können war die Umstellung in der Verwaltung sowie den kreiseigenen Schulen und Einrichtungen erforderlich.

In der Verwaltung wurden von 664 PC 431 erneuert und 107 erhielten entsprechende Updates. Von 165 Laptops wurden 130 erneuert und 35 konnten auf Windows 10 umgestellt werden.

In den zehn Schulen (ca. 1000 Systeme) wurden die PC der Schulleitungen und Verwaltung ausgetauscht. Für die in Informatikkabinetten bzw. im Lehrbetrieb eingesetzten Rechner erfolgt der Austausch unter Berücksichtigung der Sicherheitsrelevanz sukzessive.

IT-Sicherheitskonzepte / Umsetzung DSGVO

Die fortlaufende Erarbeitung von IT-Sicherheitskonzepten für zentrale Infrastrukturkomponenten beanspruchte große Zeitressourcen des IT-Service. Daneben wurden auch die Fachämter bei der Erarbeitung von Sicherheitskonzepten und Verarbeitungsverzeichnissen ihrer Fachanwendungen unterstützt. Das Rollout einer neueren Office-Version in der Kernverwaltung wurde konzeptionell unter anderem mit der Erstellung von Sicherheitskonzepten und eines Verarbeitungsverzeichnisses vorbereitet.

Beschaffung und Installation eines neuen Speichersystem

Für das in der Kreisverwaltung eingesetzte Speichersystem lief am 31.12.2019 die Garantie aus. Somit bestand keinerlei Anspruch auf Reparatur bzw. Service im Fehlerfall. Um die Arbeitsfähigkeit der Kreisverwaltung abzusichern und das Updatelevel des Systems aktuell zu halten, war ein Systemwechsel erforderlich. Durch den ständigen Aufwuchs der Datenmengen erreicht das Altsystem zusätzliche seine Kapazitätsgrenzen.

Zur Beschaffung eines neuen Speichersystems wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Auftragssumme belief sich auf 275.496 Euro. Dies beinhaltet den Kauf des Speichersystems, der Software sowie die laufenden Kosten für Pflege und Wartung für fünf Jahre.

Das System wurde installiert und die Datenübernahme erfolgreich durchgeführt.

Digitalpakt Schule

Die fortschreitende Einbindung von Informationstechnik in den Schulbetrieb fordert eine permanente Fortschreibung der Medienentwicklungskonzepte in den Schulen. Mit dem Förderprogramm „Digitalpakt Schule“ sind diese zugleich zwingende Voraussetzung für die Antragstellung.

Schwerpunkt der Förderung ist die Schaffung von Infrastrukturen (LAN und WLAN) für das digitale Lernen sowie die Beschaffung von modernen Endgeräten (interaktive Tafeln, mobile Endgeräte u. ä.)

Die erforderlichen Arbeitsgruppen mit Vertretern der Schulen und des Schulträgers wurden installiert, um qualifizierte Förderanträge bis 30.09.2020 einreichen zu können.

Zur dauerhaften Sicherung der Arbeitsfähigkeit in den Schulen wurden mit dem Stellenplan zum Haushalt 2020 zwei zusätzliche Stellen für die Systemadministration und technische Betreuung eingerichtet.

E-Governmentprojekte

Der IT-Service ist fest eingebunden in die Arbeit der Projektgruppen verschiedenster Fachämter im Rahmen der weiteren Digitalisierung der Verwaltung.

So werden die Projekte e-Rechnung, Einführung der elektronischen Aktenführung in der Ausländerbehörde oder die Bereitstellung von Kontaktformularen intensiv mitgestaltet

DEZERNAT II

Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Der Landkreis verfügt mit der Stabsstelle über ein bewährtes Steuerungsinstrument für die Trägeraufgaben im Jobcenter und die Kommunikation mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Stabsstelle begleitet die Dezernatsleitung als Führungsunterstützung in strategischen Belangen.

Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit

Die Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung war 2019 von erhöhten Integrationsbemühungen für Langzeitarbeitslose und deren Familien geprägt. Die Zahl erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser ist weiter spürbar gesunken. Als zentrale Schnittstelle des Landkreises zum Jobcenter wurde die kommunale Mittelverwendung im Jobcenter weiter optimiert. Die Stabsstelle stellt zeitnah den kommunalen Finanzierungsanteil sowie den Aufwand für die Kosten der Unterkunft dar und entscheidet in Einzelfällen über die Verwendung der kommunalen Mittel (z. B. Darlehen, Erstaussstattung) per Weisung. Der Mitarbeiter in der Stabsstelle bereitet die Trägerversammlung vor und nimmt daran teil.

Weitere Schwerpunkte bilden die neuen Digitalisierungsanforderungen der nächsten Jahre im Jobcenter sowie das Finanzcontrolling für das gesamte Jobcenter.

Für die Dienstleistungsangebote der Bundesagentur für Arbeit erfolgte eine genauere Kostenbetrachtung. Insbesondere das Thema „Telefonie“ stand unter dem kritischen Blick der Stabsstelle.

Die Stabsstelle vermittelte weiterhin lösungsorientiert bei Beschwerden sowie Problemfällen zwischen den Bürger*innen und dem Jobcenter. Sie unterstützte Hilfebedürftige bei der Wohnungssuche im Landkreis. In vielen Fällen steht nicht die Weiterleitung von Beschwerden im Vordergrund, sondern eine Beratung oder Erklärung von Sachverhalten.

Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung

Die Stabsstelle ist Anlaufpunkt für Anfragen des Kreistages und der kommunalen Gremien beim Bund und des Landes, hier insbesondere im Bereich Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe sowie der Entwicklung eines sozialen Landkreises. Durch Teilnahme an regionalen und überregionalen Arbeitskreisen und in Kooperation mit freien Trägern sowie des deutschen Landkreistages werden Erfahrungen ausgetauscht und versucht, die Ergebnisse für die Arbeit nutzbar zu machen.

Ebenso müssen ständig Rechtsveränderungen und Vorgaben des Bundes aus kommunaler Sicht aufgearbeitet und ggf. dem Jobcenter als Empfehlung oder Weisung zugänglich gemacht werden. Um die Handlungsfelder zu koordinieren und die Verwaltungsleitung zu beraten, ist die Stabsstelle zwischen der Dezernatsleitung und dem Jobcenter installiert.

Im Berichtszeitraum führte die Stabsstelle zwei Anwenderschulungen zur neuen „Handlungsempfehlung zu den Kosten der Unterkunft“ für die Beschäftigten des Leistungs- und Eingangszonenbereiches im Jobcenter durch.

Die Stabsstelle ist ständiger Vertreter im Deutschen Landkreistag und beratender Vertreter in der Bund-Länder-Kommission „Verwaltungskosten“. Die Stabsstelle führt die Arbeitsgruppe Migration im Landkreis.

Wohnraumversorgung

Die Wohnraumknappheit in den Kommunen des Landkreises steht in der öffentlichen Diskussion weiter ganz vorne. Es ist dabei unumstritten, dass die steigenden Mieten und Mietnebenkosten immer größeren Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Wohnungsmarkt erheblich erschweren. Vor allem mittlere und untere Einkommensklassen haben zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Die in der Stabsstelle integrierte Wohnraumberatung ermöglicht die Ermittlung der ortsüblichen Angebotsmieten für frei finanzierte Wohnungen. Die ermittelten Daten dienen der Markttransparenz für Mieter*innen und Vermieter. Weiterhin sind sie Datengrundlage für die Beratung Wohnungssuchender. Es wird jedoch zunehmend problematischer, reale, aktuelle Mietdaten zu erfragen und zu erheben.

In der Wohn- und Sozialberatung gab es insgesamt 612 Anfragen von Bürger*innen. Im gesamten Landkreis wurden leider auch 71 Anträge auf Zwangsräumung gestellt. Hier versuchten die Beschäftigten der Stabsstelle, die Räumung durch Beratung und Zuweisung auf die Hilfsangebote der Sozialpartner zu verhindern.

Die Angebotsmieten für das untere Wohnungssegment, die der Landkreis selbst aufbereitet und dokumentiert, stehen in Datensätzen zur Verfügung. Trotzdem mussten vermehrt Einzelfalllösungen bei der Versorgung mit Wohnraum mit dem Jobcenter abgesprochen und dokumentiert werden, um den Wohnungsmarkt für die Hilfebedürftigen weiter zu öffnen.

Im Jahr 2019 funktionierte die Zusammenarbeit der beiden Träger, des Jobcenters sowie der Akteure am Arbeitsmarkt mit der Stabsstelle reibungslos. Eine gute Kommunikation und eine breite regionale Vernetzung bildeten hier die Grundlage.

Sozialamt

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung ambulanter sozialer Dienste

Der Landkreis ist örtlicher Träger der Sozialhilfe. In diesem Zusammenhang obliegen ihm die Aufgaben der ambulanten und sonstigen ergänzenden Angebote der sozialen Hilfen sowie der teilstationären und vollstationären Hilfen. Die zur Erfüllung der Aufgaben nach Sozialgesetzbuch XII erforderlichen Dienste und Einrichtungen sollen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Ziel ist es, eine leistungsfähige, wirtschaftliche und zahlenmäßig ausreichende ambulante, teilstationäre und vollstationäre Versorgungsstruktur sicherzustellen. Das Versorgungssystem ist unter Beachtung der Grundsätze der Qualitätssicherung, des Verbraucherschutzes und des Vorrangs der ambulanten vor der stationären Versorgung weiterzuentwickeln.

Um diesem gesetzlichen Auftrag zu entsprechen, wurde vor einigen Jahren die „Richtlinie zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Teltow-Fläming“ in Kraft gesetzt, die die verschiedensten Leistungsbereiche berücksichtigt und bestehende Bedarfe widerspiegelt.

Die Verwaltung des Landkreises arbeitet mit den Trägern der freien Wohlfahrtsverbände eng zusammen. Die Wohlfahrtsverbände unterbreiten auf den verschiedensten Gebieten ihre individuellen Angebote. Diese Angebote bewirken einerseits eine willkommene Ergänzung bzw. Erweiterung der bestehenden kommunalen Infrastruktur, andererseits nehmen die Wohlfahrtsverbände auch pflichtige Aufgaben für den Landkreis wahr.

Im Jahr 2019 wurde die bereits erwähnte Richtlinie bedarfsentsprechend angepasst. Der Förderbereich „Pflegef flankierende Leistungen“ wurde in den Förderbereich „allgemeine soziale Beratung“ umgewandelt, weil es immer häufiger Menschen nicht gelingt, sich in dem vielfältigen Angebotsspektrum von Hilfen und gesetzlichen Ansprüchen zu orientieren. Es sind vermehrt Menschen festzustellen, die mit der Komplexität des Alltags überfordert sind und die zur Regelung ihrer oft durch mehrere Ursachen bedingten Problemlagen unterschiedliche Fachdienste in Anspruch nehmen müssten.

Diese allgemeine soziale Beratung entspringt der Intention, den rat- und hilfesuchenden Menschen ein sehr einfach zugängliches Angebot an wegweisender Beratung, Hilfe und Unterstützung zu unterbreiten. Diese ist erste Ansprech- und zugleich Clearingstelle und hält ein eigenes Spektrum unterschiedlicher Hilfearten und -formen im Rahmen eines ganzheitlichen Beratungsansatzes bereit.

In den vier Planungsregionen des Landkreises sind die Angebote der allgemeinen sozialen Beratung gut angelaufen.

Änderung der Trägerschaft beim Frauenhaus

Zum 31. Dezember 2019 hatte der „Ludwigsfelder Frauenstammtisch e. V.“ fristgemäß die Trägerschaft des Hilfeangebotes für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder gekündigt.

Dieses Hilfeangebot gehört im Rahmen der Daseinsvorsorge zu den kommunalen Aufgaben. Mit Hilfe von Zuwendungen des Landes Brandenburg, umliegender Kommunen und des Landkreises kann die Sicherstellung qualifizierter Hilfeangebote für die beiden Standorte in Luckenwalde und Ludwigsfelde im Rahmen einer Vorhaltestruktur erfolgen.

Nach einem Interessenbekundungsverfahren wird der Träger „Strausberger Bildungs- und Sozialwerk e. V. (SBSW)“ für die beiden genannten Standorte zum 1. Januar 2020 die Verantwortung übernehmen und dieses Hilfeangebot weiterführen.

Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen seit 2011 besonderen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit geringen Einkommen Rechnung tragen und ihnen den Zugang zu Lernmöglichkeiten und zu sozialen und kulturellen Aktivitäten erleichtern.

Das Starke-Familien-Gesetz trat zum 1. August 2019 in Kraft und bringt deutliche Verbesserungen für Familien. So wurde etwa der Betrag für die Ausstattung mit Schulbedarf von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr erhöht. Die bisher zu leistenden Eigenanteile beim Schulesen und der Schülerbeförderung entfallen. Gleichzeitig gab es Vereinfachungen, z. B. bei der Antragstellung und der Abrechnung von Leistungen. Der Bund investiert im Zeitraum von 2019 bis 2021 eine Milliarde Euro in den Kinderzuschlag und 220 Millionen Euro jährlich in den Ausbau des Bildungs- und Teilhabepakets.

Die Verbesserungen für Familien zeigten sich 2019 durch die insgesamt 900 zur Bearbeitung vorliegenden Anträge im Bereich der Bildung und Teilhabe, das ist eine Steigerung um 110 Anträge gegenüber dem Vorjahr.

Gegen die in diesem Bereich erlassenen Verwaltungsakte wurden insgesamt zwei Widersprüche erhoben.

Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-Jährige und für dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen

In dem Bereich der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31. Dezember 2019 insgesamt 1.321 Bedarfsgemeinschaften. Davon sind 924 Bedarfsgemeinschaften dauerhaft erwerbsunfähiger Menschen und 397 Bedarfsgemeinschaften von Altersrentner*innen. 2019 wurden 356 Neuanträge gestellt. 60 davon wurden abgelehnt. Gegen 83 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben.

In der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31. Dezember 2019 insgesamt 164 Bedarfsgemeinschaften. In 28 Fällen, in denen ein Leistungsbezug vorlag, waren die Kinder in anderen Familien untergebracht. 2019 wurden 175 Neuanträge gestellt. 78 davon wurden abgelehnt, 46 bewilligt und 51 in andere Fachbereiche abgegeben oder wegen fehlenden Rücklaufs von Jobcenter oder Rentenversicherung eingestellt. Gegen 34 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben.

Bereich Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde

Es werden folgende Leistungen bearbeitet:

- Hilfe zum Lebensunterhalt in vollstationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in vollstationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe,
- Hilfen zur Gesundheit,
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie
- Hilfe in anderen Lebenslagen.

Die besondere Herausforderung ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die in vier Stufen bis zum 1. Januar 2023 in das SGB IX vollständig übergeht. Der Gesetzgeber bezweckt damit die konkrete Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und eine bessere Unterstützung und Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Oberste Priorität ist die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft entsprechend dem Wunsch- und Wahlrecht des behinderten Menschen und nicht nach den Vorstellungen von Angehörigen, rechtlichen Betreuern und Leistungsanbietern.

Das Sozialamt ist Träger der Eingliederungshilfe und somit verantwortlich für die umfassende Gesamt- und Teilhabeplanung unter Hinzuziehung aller Rehabilitationsträger (Jugendämter, Krankenkassen, Rentenkassen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter etc.). Im Land Brandenburg gilt der sogenannte Integrierte Teilhabeplan als Instrument der Teilhabeplanung ab 1. Januar 2019 für ambulante Hilfen und Menschen mit Behinderungen im Erwachsenenalter. Hierfür ist es erforderlich, die Fachkräfte bei der Anwendung des Integrierten Teilhabeplans Brandenburg fortzubilden und ausreichend Fachkräfte zur Erfüllung der Pflichtaufgaben vorzuhalten.

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen umfasst sehr unterschiedliche und individuelle Leistungen. Diese sind beispielsweise:

- stationäre Eingliederungshilfen in Landeskliniken, Krankenhäusern zur medizinischen Rehabilitation, Wohnstätten mit interner/externer Tagesstruktur und Pflegeabteilung für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene, Wohnheime/Internate, Langzeittherapie- und Überbrückungseinrichtungen für suchtkranke Menschen für 443 Leistungsberechtigte,
- teilstationäre Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen, Tagesstätten und Integrationskindertagesstätten für 732 Leistungsberechtigte und
- ambulante Leistungen als ambulant betreutes Wohnen in der eigenen Häuslichkeit, heilpädagogische Frühförderung, Schulbegleitungen, Teilhabe am Arbeitsleben, Familienpflege/Gastfamilien für 658 Leistungsberechtigte.

Am 1. Januar 2020 tritt die 3. Stufe des Bundesteilhabegesetzes in Kraft. Danach gehen alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit (drohenden) Behinderungen vom Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) in das SGB IX über. Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden von den Hilfen zum Lebensunterhalt getrennt. Das bedeutet, dass die Leistungsberechtigten mehrere Hilfen nach unterschiedlichen Gesetzen erhalten können: die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX, die Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII oder Grundsicherung nach dem SGB II. Bei der Zuordnung der Kosten der Unterkunft in besonderen Wohnformen (alt: vollstationäre Einrichtungen) wird eine Aufteilung erfolgen in angemessenen Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach dem SGB XII für den selbst genutzten Wohnraum sowie in Kosten der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für die Nutzung von Gemeinschaftsräumen der Tagesstruktur.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege nehmen zahlreiche Aufgaben wahr und halten entsprechende Angebote für behinderte und pflegebedürftige Menschen vor. Der Träger der Eingliederungshilfe arbeitet mit den Verbänden unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der betroffenen Menschen zusammen. Die Angebote fördern die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von behinderten und pflegebedürftigen Menschen mit und ohne Demenz und entlasten daneben die Angehörigen. Zu den Angeboten gehören beispielsweise:

- Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft,
- heilpädagogische Frühförderung für Kinder im nicht schulpflichtigen Alter,
- Hilfen zur Bildung in Schulen, Hochschulen und andern Bildungsstätten,
- Assistenzleistungen als aufsuchende Hilfen in der Häuslichkeit,
- Hilfen in betreuten Wohngemeinschaften und Wohnstätten,
- allgemeine Beratungsangebote,
- die Schuldnerberatung,
- die Betreuung in Frauenhäusern,
- familienentlastende Dienste,
- Heil- und Hilfsmittel sowie
- alltagsunterstützende Angebote.

Das Sachgebiet 50.1 besteht seit 1. März 2019 aus zwei Funktionsbereichen: **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** und **Betreuungsbehörde**. Jeder Funktionsbereich erfüllt Aufgaben für Menschen, die ohne Hilfen nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Funktionsbereiche arbeiten eng zusammen, auch mit dem Sachgebiet 50.2: Funktionsbereich Hilfe zur Pflege, im Wege des Lebenslagenmodells.

Sofern eine gesetzliche Betreuung beim Amtsgericht angeregt wird, erstellen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde einen ausführlichen Sozialbericht und geben eine Empfehlung zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung an das Amtsgericht ab. Dazu gehören auch Eilbetreuungen, die innerhalb kürzester Zeit zu entscheiden sind. Die Beschäftigten der Betreuungsbehörde haben hierfür nur einen maximalen zeitlichen Rahmen von drei bis fünf Werktagen. In bestimmten Fällen werden die Beschäftigten auch als Verfahrensbetreuer vom Amtsgericht eingesetzt.

Oberstes Ziel ist die Vermeidung rechtlicher Betreuungen durch Ausschöpfung optionaler Möglichkeiten, wie zum Beispiel ehrenamtliche Betreuungen oder Vorsorgevollmachten.

Zweimal jährlich führt die Betreuungsbehörde den Arbeitskreis Betreuungsrecht durch. Zu diesem Arbeitskreis werden die Berufsbetreuer*innen sowie Vertreter*innen der Betreuungsvereine und der Amtsgerichte Luckenwalde und Zossen eingeladen. Dieser Arbeitskreis ist ein wichtiger Bestandteil in der Zusammenarbeit. Die Themenvorschläge der Betreuer*innen werden entsprechend vorbereitet, vorgetragen, im Anschluss diskutiert und ausgewertet. Im Jahr 2019 wurden die Themen „Sicherheit am Arbeitsplatz“, „Eignung und bedingte Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen“ und „Unterbringung und ärztliche Zwangsmaßnahmen“ behandelt.

Ausbildungsförderung

Im Jahr 2019 entwickelte sich die Zahl der Anträge und der laufenden Zahlfälle auf Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und Bundesausbildungsförderungsgesetz leicht rückläufig, während die Zahl der Beantragungen und Zahlfälle für Leistungen nach dem Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetz leicht stieg.

Tabelle 10 Fallzahlen Ausbildungsförderung

Gesetzl. Grundlage	Aktenzahl	Neuanträge
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	465	137
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1090	383
Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)	413	155

Insgesamt ergeben sich im Bereich der Ausbildungsförderung 1.968 laufende Zahlfälle.

Trotz einer grundsätzlich jahresweisen Bewilligung werden die Fälle im Laufe des Bewilligungszeitraumes teilweise mehrfach gesichtet und bearbeitet. Hier seien exemplarisch die Prüfung des Antrages, das Vorliegen von Änderungsanträgen bei Einstellung und Rückforderung von Leistungen sowie die Geltendmachung der Rückforderung im Rahmen des Forderungsmanagements genannt. Dieses Forderungsmanagement ist zur Geltendmachung und Einleitung der Durchsetzung der Ansprüche des Leistungserbringers in Bezug auf Rückforderungen gegenüber Antragsteller*innen im Rahmen von Stundungen, Mahnung, Vollstreckung, Mitwirkung in Insolvenzverfahren usw. unablässig.

Es wurden 675 Neuanträge auf Erst- und Weiterbewilligung positiv beschieden. Hinzuzurechnen sind Ablehnungen und Änderungsanträge. Diese bezogen sich hauptsächlich auf allgemeine Änderungen bezüglich der Anspruchsvoraussetzungen der Antragsteller*innen, wie auch Verkürzungen der Anspruchsdauer. Zudem werden die Antragsteller*innen und deren Eltern ausgiebig beraten.

Im Jahr 2019 trat das 26. BAföG-Änderungsgesetz in Kraft. Dies wirkt sich nicht nur auf die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) aus, sondern auch auf die Leistungen nach dem Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Die Gesetzesänderung wurde erst sehr spät im Gesetzblatt verkündet. Zudem nahm die systemseitige Umsetzung einschließlich vorherigen Testlaufs einige Zeit in Anspruch. Es musste sichergestellt werden, dass die Ausbildungen nicht gefährdet wurden, indem die Leistungsempfänger*innen auch ab August 2019 weiter gefördert wurden. Daher war es in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen erforderlich, vorerst nach der alten Rechtslage zu bescheiden und dann entsprechende Änderungsbescheide zu fertigen.

Wohngeld

Im Bereich der Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) wurden insgesamt 1.848 Anträge auf Miet- und Lastenzuschuss bearbeitet, davon 1.560 Anträge auf Mietzuschuss und 288 Anträge auf Lastenzuschuss. Daraus ergibt sich ein leichter Rückgang um 54 Anträge im Vergleich zum Jahr 2018. Insgesamt konnten 1.024 bewilligt werden.

Die größte Gruppe von Antragsteller*innen entfällt mit 963 Personen auf Ein-Person-Haushalte, bei denen 507 Anträge bewilligt wurden. Die zweitgrößte ist mit 729 Personen die Gruppe der Rentner*innen. Bei den Anträgen wurden 439 Wohngeldanträge bewilligt.

Zusätzlich zu den insgesamt 1.848 gestellten Wohngeldanträgen war die Prüfung aufgrund der Ergebnisse des automatisierten Datenabgleichs nach § 33 WoGG mit der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung vorzunehmen.

Im Ergebnis dessen wurden 729 Wohngeldfälle zur Überprüfung gemeldet. Diese ergab eine Rückforderungssumme bis zum III. Quartal 2019 in Höhe von 29.506 Euro.

Das durchschnittlich bewilligte monatliche Wohngeld betrug im Jahr 2019 jeweils 146,06 Euro. Daraus ergibt sich zum Vorjahr 2018 eine leichte Steigerung von 1,43 Euro je Bewilligung. Die Gesamtausgaben an Wohngeldzahlungen belaufen sich im Jahr 2019 auf 1.034.527,19 Euro.

Gegen die Ausgangsentscheidungen in Bezug auf Wohngeld wurden 2019 insgesamt 66 Widersprüche erhoben.

Asylsuchende und Geflüchtete

Dem Landkreis wurden im Jahr 2019 vor allem Asylsuchende und Geflüchtete aus der Russischen Föderation (Tschetschenien), Afghanistan, Iran, Irak, Syrien und aus verschiedenen afrikanischen Ländern zugewiesen. Insgesamt gab es 189 Zuweisungen durch die zentrale Ausländerbehörde Brandenburg. Zudem kamen 26 Spätaussiedler*innen und Kontingentflüchtlinge in den Landkreis.

Tabelle 11: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Fallzahlen im Übergangwohnheimen

Jahr	Zuweisungen	Fallzahl AsylbLG	Fallzahl SGB II
2015	1.848	1.964	15
2016	438	1.050	597
2017	287	948	408
2018	207	974	204
2019	189	996	133

Unterbringung

Tabelle 12: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten

Jahr	Anzahl Einrichtungen	Anzahl Unterbringungsplätze (Heime und private Wohnsitzenahmen)
2015	15	1.964
2016	17	2.326
2017	12	1.581
2018	10	1.213
2019	11	1.350

Die Unterbringungskapazitäten wurden durch die Eröffnung von Übergangswohnungen in der Trebbiner Bahnhofstraße 51 um 25 Plätze erweitert. Mit der Eröffnung konnten die Kapazitäten an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

Gemäß dem seit Juli 2019 neu errechneten Aufnahmesoll des Jahres 2016 muss der Landkreis einen rechnerischen Rückstand von 271 Personen abbauen. Die Zentrale Ausländerbehörde weist zusätzlich kontinuierlich Asylsuchende zu.

Auszugsmanagement

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt im Sachgebiet 50.3 des Sozialamtes war das sogenannte Auszugsmanagement für die SGB-II-Berechtigten in den Übergangseinrichtungen. Hierbei handelte es sich um anerkannte Asylsuchende, die nunmehr leistungsberechtigt nach dem SGB II sind, dadurch ihre Wohnsitznahme selbst bestimmen können und berechtigt sind zu arbeiten. Die Bereitstellung von sozialrechtlich angemessenem bzw. geeignetem Wohnraum ist eine große Herausforderung. Mit Beratung und Unterstützung sowie konkreten Forderungen wurde darauf hingewirkt, dass sich insbesondere Familien zum Zwecke der besseren Integration verstärkt um Wohnraum bemühen. Bei über 200 Personen gelang im Laufe des vergangenen Jahres der Wechsel in die eigene Wohnung. Die zunächst positive Entwicklung stagniert jedoch, da sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im nördlichen Bereich des Landkreises, weiter verschärft hat.

Migrationssozialarbeit

Das Land Brandenburg weitete im Juli 2018 die gemeindenahe Migrationssozialarbeit rückwirkend zum 1. Januar 2018 so aus, dass nun auch anerkannte Asylberechtigte davon profitieren konnten. Im Sozialamt ist mit der Koordinierung und Durchführung dieser neuen Leistung ein Sozialarbeiter betraut. Er hat mit der Implementierung von geeigneten Beratungs- und Betreuungsleistungen begonnen. Die geplanten und bereits bewilligten Projekte werden 2020 umgesetzt.

Jugendamt

Sachgebiet Jugend- und Familienförderung

Kindertagesbetreuung

Eine große Aufgabe für den Bereich der Kindertagesbetreuung war im Jahr 2019 die Umsetzung von Gesetzesänderungen und neuen Regelungen. Diese resultierten maßgeblich aus der Einführung des „Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute-Kita-Gesetz)“ und den sich daraus ergebenden landesrechtlichen Änderungen sowie der Einführung der Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV).

Die Einführung der KitaBBV hatte für das Jugendamt und die Träger der Kindertageseinrichtungen einen massiven Anstieg von administrativer Tätigkeit zur Folge. Das Jugendamt ist hier verpflichtet, den Trägern die fehlenden Elternbeiträge pauschal auszugleichen. Dies erfolgte dank guter Vorbereitung des Bereiches termingerecht. Auch die Erstattung der Kosten durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) erfolgte problemlos. Insgesamt wurden zum Stichtag 1. September 2019 1.251 Kinder im Landkreis Teltow-Fläming nach Maßgabe der KitaBBV beitragsfrei gestellt.

Somit waren zum Stichtag 1. September 2019 – inklusive des beitragsfreien Kita-Jahres – 3.055 Kinder beitragsfrei. Bei 12.111 betreuten Kindern im Landkreis ergibt sich daraus eine Beitragsfreiheitsquote in Höhe von 25,25 Prozent.

Ferner wurde die „Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von verlängerten Betreuungsumfängen im vorschulischen Bereich in Krippe und Kindergarten“ (RL Kita-Betreuung) eingeführt und umgesetzt. Mit dieser Richtlinie soll der Fachkraft-Kind-Schlüssel bei einer Betreuungszeit von über acht Stunden täglich verbessert werden. Die Umsetzung erfolgt als Festbetragsfinanzierung. Pro Kind, für das eine Betreuungszeit von mehr als durchschnittlich acht Stunden pro Tag vertraglich vereinbart wurde, wird eine Pauschale von 600 Euro pro Haushaltsjahr gewährt. Zum Stichtag 1. Juni 2019 meldeten die Einrichtungsträger 2.480 Kinder.

Praxisberatung Kindertagesbetreuung

Gemäß § 10 Abs. 4 KitaG Brandenburg unterstützt die Praxisberatung Tageseinrichtungen für Kinder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele gemäß § 22 SGB VIII und § 3 KitaG Brandenburg. Auf dieser gesetzlichen Grundlage trägt die Kita-Praxisberatung dazu bei, dass die Kindertageseinrichtungen den gesetzlichen Bildungs-, Erziehungs-, Betreuungs- und Versorgungsauftrag nicht nur umsetzen, sondern auch dessen Qualität stetig hinterfragen und verbessern. Aufgrund von Elternzeit mussten die Aufgaben im Sachgebiet umverteilt werden.

Insgesamt nahmen 49 Kindertageseinrichtungen die Beratung vor Ort in den Einrichtungen in Anspruch. Die Leitungskräfte nahmen Beratungen zu den Themen „Aufsichtspflicht“ sowie „Umgang und Förderung von Kindern mit Förderbedarfen in Regeleinrichtungen“ wahr.

Die Beratung der Eltern bezog sich vorwiegend auf die Kitaplatzfindung, seltener auf die Unzufriedenheit über die momentane Betreuung in einer Kindertageseinrichtung im Landkreis.

Die Träger der Einrichtungen wandten sich selten an die Kita-Praxisberatung. Im Rahmen der Sitzungen der AG Kindertagesbetreuung nach § 78 SGB VIII konnten viele Themen besprochen und gemeinsam geklärt werden. Der Kitaälternbeirat des Landkreises wurde im Jahr 2019 gewählt. Die Praxisberatung unterstützte dessen Arbeit, beriet zu spezifischen Themen und nahm an Sitzungen teil.

Familienförderung und Frühe Hilfen

Der Landkreis beteiligte sich im achten Jahr in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe, dem Netzwerk Gesunde Kinder sowie dem Netzwerk Kinderschutz an der Bundesstiftung (ehemals Bundesinitiative) Frühe Hilfen. Es wurden folgende Ecksteine umgesetzt:

- Erstellung einer Informationsseite Frühen Hilfen auf der Internetseite des Landkreises,
- Weiterführung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Kinderschutz und dem Netzwerk Gesunde Kinder,
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel durch Teilnahme am Familien- und Kinderfest in Glashütte, Vorstellung der Frühen Hilfen am Tag der offenen Tür im Kreishaus und Veröffentlichung dazu in regionalen Zeitungs- und Wurfblättern sowie auf der Internetseite des Landkreises,
- Gründung eines Kernteams, dessen Mitglieder aus den Akteuren der Frühen Hilfen besteht,
- Weiterführung und Aktualisierung des Familienbegleitbuches „Informationen für werdende und junge Eltern“,
- Entwicklung eines eigenen Flyers für die Frühen Hilfen im Landkreis,
- Erweiterung des Arbeitskreises Frühe Hilfen durch neugewonnen Teilnehmer*innen,
- Entwurf einer Arbeitsgrundlage in Form einer Konzeption für die Frühen Hilfen in TF,
- Sicherung des regelmäßigen Einsatzes des Baby-Begrüßungsdienst in beiden Kliniken des Landkreises sowie
- Einsatz von Familienhebammen und der Familien-Gesundheits-Kinderkrankenpflege im gesamten Landkreis.

Der Arbeitskreis der interdisziplinären Frühförderung wurde wiederbelebt und wird weitergeführt, da auch der Bereich der Frühförderung einen wichtigen Part der Frühen Hilfen beinhaltet.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt sechs Familienzentren im Landkreis gefördert. Neu hinzugekommen ist das Familienzentrum „Domizil Leuchtturm“ in Luckenwalde.

Jugendförderung

Im Fachbereich Jugendförderung war 2019 die Stärkung der Beteiligungsrechte junger Menschen inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit. Ziel war es, Partizipationsmöglichkeiten für die Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Hierzu gab es zahlreiche Veranstaltungen für Träger und Fachkräfte wie Workshops, Fortbildungen und Fachtage. Auch in relevante Gremien wurde das Thema getragen.

Die Jugendfilmtage, ein gemeinsames Präventionsprojekt mit dem Arbeitskreis Suchtprävention, dem Gesundheitsamt und dem Kreismedienzentrum Teltow-Fläming, fanden für 250 Jugendliche statt. Ziel war es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, verantwortlich mit Online-Gaming umgehen zu können.

Im Bereich der internationalen Begegnung gab es Einsteigerworkshops, einen Jugendaustausch mit polnischen Kindern und Jugendlichen in Luckenwalde. Die Träger führten zahlreiche Jugendbegegnungen im Ausland durch. Eine Fachberatung mit zehn Wochenstunden konnte installiert werden.

Das Jugendamt stellte den nahtlosen Betriebsübergang/Trägerwechsel der Produktionsschule Teltow-Fläming sicher. Somit steht dieses Angebot für den Landkreis weiterhin zur Verfügung.

Jugendberufsagentur

Die Jugendberufsagentur (JBA) Teltow-Fläming ist an den Standorten Luckenwalde und Zossen etabliert. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, das Staatliche Schulamt Brandenburg und der Landkreis TF unterstützten gemeinsam junge Menschen im Alter von 15 bis 27 Jahren beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder den Beruf.

Die Lebenswegberatung der Jugendhilfe wurde im Jahr 2019 ca. 520 Mal in Anspruch genommen. Die nachfolgende Auswertung gibt einen kurzen Einblick über die Themen, die die jungen Menschen beschäftigen und bei welchen sie Beratung und Unterstützung benötigen (Mehrfachnennung durch multiple Problemlagen möglich).

Tabelle 13 Auswertung Beratungsthemen

Thema	Prozentsatz
Berufsorientierung	48,18
Familie	29,37
Finanzen	26,10
Wohnen	22,26
Gesundheit	16,31

Im Jahr 2019 nahmen die JBA-Mitarbeiterinnen des Jugendamtes an verschiedenen Veranstaltungen (Netzwerktreffen, Fachtage, Ausbildungsmessen, Arbeitskreisen usw.) und erhöhten dabei den Bekanntheitsgrad für das Beratungsangebot bei jungen Menschen, deren Eltern und Angehörigen.

Elterngeld

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz für alle Eltern, die sich vorrangig selbst der Betreuung des Kindes widmen wollen und deshalb nicht voll erwerbstätig sind. Im Jahr 2019 wurden 2.093 Anträge auf Elterngeld gestellt (Vorjahr: 2.189).

Das ElterngeldPlus wurde 2019 in 383 Fällen beantragt (im Vorjahr 350). In 61 Fällen wurde auch die Teilzeitregelung in Anspruch genommen. Das zeigt, dass ElterngeldPlus häufig als verlängerte Auszahlungsvariante genutzt wird. Der Partnerschaftsbonus wurde in 31 Fällen (Vorjahr: 40) genutzt.

Mit der Einführung der Neuregelungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes ist der Beratungsaufwand enorm gestiegen. Dieser ergibt sich insbesondere daraus, dass das Elterngeld verschiedenartig genutzt und auf den familiären Bedarf individuell angepasst werden kann.

In 32 Prozent der Fälle waren Väter die Antragssteller. Diese haben im Durchschnitt drei Lebensmonate Elterngeld bezogen. Die Zahl der selbstständig Erwerbstätigen ist mit 88 Fällen gestiegen (Vorjahr: 72 Fälle).

Die Anträge mit EU-Bezug (wenn zum Beispiel Elternteile in unterschiedlichen Ländern arbeiten oder leben) haben sich im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 43 Anträge verdoppelt. Hier ist der Arbeitsaufwand durch die Prüfung der Antragsunterlagen, die Abstimmung und Koordinierung mit der Familienkasse und den ausländischen Behörden besonders hoch. Zur Verwaltungsvereinfachung wurde hierfür das EESSI- Verfahren (Electronic Exchange of Social Security Information – ein Datenaustauschverfahren) eingeführt. Diese Anwendung kann zurzeit noch nicht vollumfänglich genutzt werden, da noch nicht alle EU-Länder angebunden sind.

Die Elterngeldstelle hat auch 2019 Beratungen in verschiedenen Formaten angeboten. Unter anderem nahm sie am Arbeitskreis der Frühen Hilfen teil und war in den Familienzentren im Landkreis aktiv. Im Rahmen des Schwangerenfrühstücks des Netzwerkes Gesunde Kinder und des Deutschen Roten Kreuzes erfolgen ebenfalls Beratungsangebote.

Sozialpädagogischer Dienst

Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten

Das Jugendamt hat eine gesetzlich normierte Mitwirkungspflicht bei oder in Verfahren vor dem Familiengericht. Im Jahr 2019 wurden vom Sachgebiet 796 familiengerichtliche Verfahren begleitet, von denen 499 im Jahr 2019 neu eröffnet wurden.

Erzieherische Hilfen

Der sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes gewährleistete neben den Angeboten zur Förderung der Erziehung in der Familie gem. §§ 16 ff SGB VIII vollumfänglich die Aufgaben der Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII. Die Hilfen unterstützen oder ersetzen die Erziehung in der Familie. Dafür wurde das gesamte Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen sowie Hilfen für junge Volljährige genutzt. Art und Umfang der Hilfen richten sich nach den individuellen erzieherischen Bedürfnissen in der Familie.

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Im Jahr 2019 wurden 301 Mitteilungen zum Verdacht auf Kindeswohlgefährdung aufgenommen, von denen 337 Kinder betroffen waren. Inobhutnahmen wurden für 155 Kinder und Jugendliche notwendig.

Das staatliche Wächteramt nach Art. 6 Grundgesetz wird durch den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung entsprechend § 8a SGB VIII ausgeübt und unterliegt einem festgeschriebenen Verfahren, welches im Berichtszeitraum im Rahmen des Qualitätsmanagements überarbeitet und den aktuellen Anforderungen angepasst wurde.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII.

Im Jahr 2019 wurden diesbezüglich 107 Anträge im Jugendamt gestellt.

80 Prozent der Kinder- und Jugendlichen, denen Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII zusteht, erhalten diese wegen schulischer Probleme und davon wiederum erhalten 35 Prozent diese Hilfe in Form von Schulbegleitung.

Fachdienst Migration

Auch im Jahr 2019 blieb es bei einem Rückgang der Zugangszahlen unbegleiteter minderjähriger Ausländer*innen. Insgesamt war der Landkreises Teltow-Fläming seit November 2017 für 224 unbegleitete minderjährige Ausländer*innen zuständig. Von insgesamt noch 65 bestehenden Hilfen wurden im Jahr 2019 15 Hilfen beendet. Zwei Betroffene entzogen sich durch Abgängigkeit.

Darüber hinaus wurden 56 Hilfen zur Erziehung in Migrationsfamilien vom Fachdienst Migration initiiert und begleitet.

Jugendgerichtshilfe

Die Fachkräfte der Jugendgerichtshilfe haben sich 2019 auf die beabsichtigten Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen durch die EU im Jahr 2020 (Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren) vorbereitet.

In der Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe wurde neben bereits bestehenden auch mit neuen Gruppenangeboten auf besondere Bedarfe delinquenten Jugendlicher und Heranwachsender reagiert. Neu in der Angebotspalette sind ein Anti-Gewalt- und Kompetenztraining, ein Spezialkurs zum verantwortungsvollen Umgang mit Nikotin und Alkohol in einer Suchtberatungsstelle und ein themenspezifischer interkultureller Kurzzeitkurses mit der Ausrichtung „Anti-Gewalt/Soziales Lernen“.

Insgesamt gab es im Jahr 2019 413 Diversions- und Gerichtsverfahren. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Auflagen begleitete die Jugendgerichtshilfe insgesamt 324 Jugendliche und junge Heranwachsende.

Pflegekinderdienst

Anfang 2019 traten die Richtlinien Vollzeitpflege und Nebenleistungen in überarbeiteter Form in Kraft. Hierbei wurden Pflegegeld und finanzielle Leistungen zum Unterhalt, einmalige Beihilfen sowie Zuschüsse in Anlehnung an die Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge e. V. angepasst. Auch von Pflegeeltern formulierte Belange fanden hierbei Berücksichtigung. Gleichzeitig wurde das Verfahren zur Feststellung eines erweiterten Förderbedarfes optimiert. Vorbereitet für die Vorlage im Jugendhilfeausschuss 2020 wurden die Veränderung der Pflegeverträge gemäß den Empfehlungen des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF) und die Fortentwicklung der Qualitätsstandards des Pflegekinderdienstes im Landkreis.

Insgesamt lebten im Jahr 2019 182 Kinder und Jugendliche in 128 Pflegefamilien. 25 Einzelpersonen bzw. Bewerberpaare interessierten sich für ein Engagement als Pflegestelle im Landkreis. Davon konnten nach Prüfung neun Pflegestellen akquiriert werden (zwei davon als Verwandtenpflegestellen).

Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen

Jugendhilfeplanung

Im Februar 2019 beschloss der Kreistag die Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2018 bis 2020.

Mit allen Kommunen und Trägern von Einrichtungen gab es im Vorfeld Gespräche zu infrastrukturellen Entwicklungen, zu planungsrelevanten Daten, zu Entwicklungen von Kapazitäten und Angeboten in der Kindertagesbetreuung. Unter Berücksichtigung der jeweils festgesetzten Versorgungsquoten und der vorhandenen Platzzahlen wurde die Bedarfssituation in den einzelnen Kommunen eingeschätzt.

In den Planungsgesprächen mit den Kommunen wurden Maßnahmen festgelegt, die dazu führen sollen, Fehlbedarfe oder den prognostizierten Bedarf in der Kindertagesbetreuung decken zu können. Die Festschreibung konkreter Maßnahmen bzw. Vorhaben ist somit ein wichtiger Bestandteil der Kita-Bedarfsplanung.

Die einzelnen Planungsergebnisse der Kommunen sind der o. g. Fortschreibung zu entnehmen.

Sachgebiet Unterhalt

Beistandschaft, Unterstützung und Beratung, Feststellung der Vaterschaft und Sicherung des Unterhaltes

Können Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft bzw. die Unterhaltszahlungen nicht selbstständig klären, kann der Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind bzw. die Kinder befinden, Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jugendamt in Anspruch nehmen. Werden darüber hinaus die gerichtliche Schritte notwendig, kann eine Beistandschaft beantragt werden. Das Jugendamt berät und unterstützt zudem den Elternteil, der das Kind betreut, bei der Erlangung des Unterhalts.

Im Laufe des Jahres wurde diesbezüglich in insgesamt 960 Fällen beraten und unterstützt. Es wurden 1.371 Beistandschaften geführt.

Nach dem Leitbild „So viel Beratung und Unterstützung wie möglich, so viel Beistandschaft wie nötig“ wird das gesetzgeberische Ziel verfolgt, die Eltern – soweit es geht – in ihre Verantwortung zu nehmen, sich in den Fragen Vaterschaft und Unterhalt untereinander zu verständigen. Die Eltern sollen vorwiegend selbst dafür sorgen, dass sie die Ansprüche ihrer Kinder möglichst ohne gerichtliche Auseinandersetzungen untereinander klären. Dies kann dem Familienfrieden dienen und soll das Wohl des Kindes nicht gefährden. In vielen Fällen ist dafür schon eine fachliche Beratung ausreichend. So wurden im Jahr 2019 in 1.307 Fällen in Fragen der Vaterschaft und des Unterhalts beraten.

Auf Grund der Erhöhung des Mindestunterhalts für 2020 wurden im Dezember 2019 in 1.187 Beistandschaften Unterhaltserhöhungen bearbeitet.

Beurkundungen

Im Jugendamt werden Beurkundungen im Kindschaftsrecht angeboten. Beurkundet werden unter anderem Vaterschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen. Darüber hinaus werden Abschriften von Urkunden und weitere vollstreckbare Ausfertigungen von Unterhaltsurkunden für Eltern und öffentliche Träger erstellt. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 1.412 Urkunden ausgestellt.

Unterhaltsvorschussleistungen

Für Kinder, die keinen oder nicht ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, zahlt das Jugendamt Unterhaltsvorschussleistungen. Diese werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Im Jahr 2019 wurden 661 Anträge auf Unterhaltsvorschussleistungen registriert. Unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge erhielten ca. 2.120 Kinder und Jugendliche Unterhaltsvorschussleistungen.

Die Unterhaltsschuldner*innen sind zur Rückzahlung verpflichtet, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner*innen stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Er ist im Allgemeinen mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Durch die Gesetzesreform im Jahr 2017 war im Folgejahr ein Anstieg der Fallzahlen um 97 Prozent zu verzeichnen. Daher sind die Ausgaben gegenüber den Einnahmen schneller gestiegen. Der damit in Verzug geratene Rückgriff war auch im Jahr 2019 aufzuarbeiten. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Steigerung der Rückgriffquote um 4,2 Prozent erreicht werden.

Auf Grund der Erhöhung des Mindestunterhalts für 2020 wurden im Dezember 2.045 Unterhaltsvorschusszahlungen umgestellt und 2.206 Forderungen im Rückgriff angepasst.

Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

Kinder und Jugendliche brauchen einen Vormund als gesetzliche Vertretung, wenn Mütter und/oder Väter ihre elterliche Sorge nicht wahrnehmen können oder ihnen die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen wurde. Wenn dem Kind nahestehende Personen oder geeignete ehrenamtliche Vormünd*innen bzw. Berufs- oder Vereinsvormünd*innen nicht zur Verfügung stehen, überträgt das Familiengericht dem Jugendamt die elterliche Sorge.

Die elterliche Sorge nehmen dann beauftragte Beschäftigte des Jugendamtes als Amtsvormünd*in oder Amtspfleger*in wahr. Bei der Amtsvormundschaft werden alle Bereiche der elterlichen Sorge auf das Jugendamt übertragen und bei der Amtspflegschaft handelt es sich nur um Teile der elterlichen Sorge.

Am Stichtag 31. Dezember 2019 wurden insgesamt 170 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften geführt. Darunter waren 31 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer. Ein Großteil der Betreuten wird Anfang des Jahres 2020 volljährig. Damit endet die Amtsvormundschaft bzw. Amtspflegschaft. Die Volljährigkeit bestimmt sich nach dem Herkunftsland und kann in Einzelfällen auch erst mit dem 21. Lebensjahr eintreten. Im Laufe des Jahres endeten insgesamt 25 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen. Demgegenüber wurden für diesen Personenkreis über das Jahr neun neue Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften übernommen.

Gesundheitsamt

Koordination der kommunalen Gesundheitsförderung

Gesundheitsförderung und Prävention sind originäre Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitswesens. Sie sind im Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) vom 23. März 2008 verankert.

Von besonderer Bedeutung sind Aufklärung und Beratung der Bürger*innen zu gesundheitsfördernden Lebensweisen, die Unterstützung bei der Schaffung gesunder Lebenswelten sowie die Stärkung der Eigenverantwortung hinsichtlich der Vermeidung von Gesundheitsrisiken.

Gesundheitsförderung und Präventionsarbeit in Teltow-Fläming erfolgen ganzheitlich. Das heißt, Menschen werden in ihrer Umgebung zu ihrer gesundheitlichen Vorsorge angesprochen, aufgeklärt und zu gesundheitsförderlichen Verhaltensweisen motiviert. Parallel sollen lebensumfeldverbessernde Maßnahmen helfen, Gesundheitsrisiken zu verringern oder weitestgehend zu vermeiden.

Prävention erfolgt zielgruppenorientiert, im Sozialraum und zeitlich primär und orientiert sich an den nationalen Gesundheitszielen „Gesund aufwachsen“ und „Gesund älter werden“.

Der Klimawandel stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen hinsichtlich der Anpassung an die sich verändernden Konsequenzen des Ozonabbaus, UV-Exposition und Hitze. Daher lag 2019 u. a. ein Fokus auf der Aufklärung über UV-Strahlungen und zum UV-Schutz. Wiederholte intensive Sonnenbestrahlung führt zu krankhaften Veränderungen der Haut und der Augen und sollte daher weitestgehend vermieden und ein entsprechendes Schutzverhalten entwickelt werden.

Das Gesundheitsamt informierte in den regionalen Medien und auf der Homepage des Landkreises, wie sich Menschen verhalten sollten, wenn die UV-Strahlungen in den Sommermonaten besonders hoch sind. Da Kinder ganz besonders betroffen sind, wurden allen Kinderreinrichtungen und Tagespflegeeinrichtungen Informationsmaterialien des Universitätskrebszentrums übergeben, die die Erzieher*innen über die Faktenlage informieren, Empfehlungen zum Umgang mit der UV-Strahlung geben sowie Kinder und Eltern aufklären. Hintergrund sind die steigenden Neuerkrankungszahlen an Hautkrebs⁴. Die weitere Steigerung der Neuerkrankungszahlen ist nur durch Prävention zu verhindern. Das heißt, ein Bewusstsein zu schaffen für gesundheitliche Risiken, zielgruppenspezifische Wissensvermittlung, Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen sowie für eine Verhaltensänderung zu einem bewussten Umgang mit natürlichen und künstlichen UV-Strahlungen.

⁴ Die Anzahl an Hautkrebsneuerkrankungen (Inzidenz) in Deutschland stieg in den letzten Jahrzehnten um ein Vielfaches. Hochrechnungen auf Basis der Daten des Krebsregisters 2018 zeigen, dass 2015 in Deutschland 293.285 Menschen neu an Hautkrebs erkrankten, davon 257.790 an Hautkrebs vom „hellen“ Typ (158.840 an einem Basalzellkarzinom, 98.950 an einem Plattenepithelkarzinom) und 35.495 am „schwarzen“ Hautkrebs, dem Melanom. Damit lag die Anzahl an Neuerkrankungen in Deutschland 2015 um 10 % höher als in 2013. Insgesamt hat sich seit dem Jahr 2000 die Hautkrebsneuerkrankungszahl in Deutschland mehr als verdoppelt; Bundesgesundheitsblatt Gesundheitsforschung/Gesundheitsschutz, Gesundheitliche Herausforderungen des Klimawandels, Band 62, Heft 5, Mai 2019, S.639ff

Parallel werden in Kooperation mit der Unfallkasse Brandenburg und Berlin, der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft Berlin, dem Oberstufenzentrum Teltow-Fläming Maßnahmen im Rahmen eines Modellprojektes „UV-Schutz von Anfang an“ entwickelt, in denen es zum einen in der Ausbildung von Erzieher*innen um die Implementierung von Wissen über UV-Schutz geht. Eine kleine Anzahl Kitas prüft die Praxistauglichkeit, bevor die entwickelten Instrumente und Maßnahmen allen Kitas angeboten werden. So erlernen Kinder schon in jungen Jahren nachhaltig den richtigen Umgang mit der Sonnenstrahlung.

Zum anderen wird die sonnenschutzgerechte Umgestaltung einer Modell-Kita in Teltow-Fläming geplant. Dazu konnte als Unterstützung die Fachhochschule Potsdam mit dem Studiengang Architektur und Städtebau gewonnen werden. Im Dezember 2019 entwickelte Ideen werden der Kitaleitung und dem Träger der Einrichtung im Frühjahr 2020 vorgestellt.



Seit mehreren Jahren engagiert sich Teltow-Fläming dafür, das Bewusstsein zum Sonnenschutz zu fördern und unterstützt als Multiplikator die Programme „CLEVER IN SONNE UND SCHATTEN FÜR KITAS“ vom Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen Dresden und „IMMER AUF DER HUT“ vom Land Brandenburg.

Mit beiden wissenschaftlich evaluierten Programmen können bereits die Jüngsten für das Thema Sonnenschutz sensibilisiert und der UV-Schutz in Kitas nachhaltig verankert werden. Gemeinsam mit den Projektpartnern möchte Teltow-Fläming auch in den kommenden Jahren einen wirksamen Beitrag zum gesunden Umgang mit den Sonnenstrahlen leisten.

Abbildung 4: Roll-Up Banner "UV-Schutz von Anfang an"

Der Landkreis Teltow-Fläming wurde am 7. September 2019 als zweiter Landkreis bundesweit vom Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen Dresden und die Deutsche Krebshilfe als Partner im UV-Schutz ausgezeichnet.



Abbildung 5: Logo: Wir sind Partner im UV-Schutz

Gesundheitsberichterstattung

Das Gesundheitsamt veröffentlicht jährlich einen Bericht, welcher die Gesundheit der Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beschreibt. Ziel der Gesundheitsberichterstattung ist es, wirksame, machbare und konsensfähige Handlungsmöglichkeiten insbesondere dort aufzuzeigen, wo besondere Anstrengungen und Maßnahmen notwendig sind. Diese Berichte beinhalten insbesondere Analysen und Bewertungen der gesundheitlichen und sozialen Verhältnisse. Für die Analyse werden die folgenden Datenbestände genutzt, welche stichtagsbezogen im Gesundheitsamt erhoben und verarbeitet werden:

- Reihenuntersuchungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes einschließlich Impfdaten,
- Reihenuntersuchungen und gruppenprophylaktische Maßnahmen des Zahnärztlichen Dienstes,
- Meldepflichtige Infektionskrankheiten einschließlich Geschlechtskrankheiten,
- Daten der Trinkwasserüberwachung sowie
- Daten der Badegewässerüberwachung.

Darüber hinaus fließen umwelthygienische und umweltmedizinische sowie ausgewählte Daten der Hygieneüberwachung von Einrichtungen gemäß § 19 BbgGDG und aus den einzelnen Sachgebieten (Medizinalaufsicht, Analyse der Todesbescheinigungen Impfungen u. a.) ein.

Der aktuelle Bericht basiert auf Daten aus dem Jahr 2017. Er befasst sich mit gesetzlichen Änderungen, der Struktur der Bevölkerung und deren soziale Lage. Es werden die Gesundheitsrisiken aus der natürlichen und technischen Umwelt wie auch Präventionsmaßnahmen und Gesundheitsförderungsprogramme beschrieben sowie auf die gesundheitliche Versorgung im Landkreis eingegangen. Auch die Aufgaben, welche dem Gesundheitsamt zugeordnet sind, werden in einem Kapitel erläutert. Neu aufgenommen ist der Abschnitt „Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen“, welcher sich mit dem Konsum von Alkohol, Tabak und Substanzmitteln bei Jugendlichen sowie dem Krankheitsbild Adipositas widmet.

Der Bericht wurde im Januar 2020 auf der Homepage der Kreisverwaltung Teltow-Fläming veröffentlicht.

Medizinalaufsicht

Überwachung der Berufe im Gesundheitswesen

Zu den Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter) gehört die Überwachung von nichtärztlichen Berufen des Gesundheitswesens.

Zu den Akteuren der ambulanten Gesundheitsversorgung gehören auch Hebammen, Heilpraktiker*innen sowie sogenannte Heilmittelerbringer. Zu Letzteren zählen beispielsweise Fachkräfte für Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie. Sie erbringen bestimmte Dienstleistungen wie physikalische oder Sprachtherapien und erhalten eine Kassenzulassung, wenn sie über die erforderliche Ausbildung und Praxisausstattung verfügen sowie die gemäß SGB V geltenden Vereinbarungen zur Patientenversorgung anerkennen.

Das Gesundheitsamt überwacht die Berechtigung zur Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen und die Führung der Berufsbezeichnung.

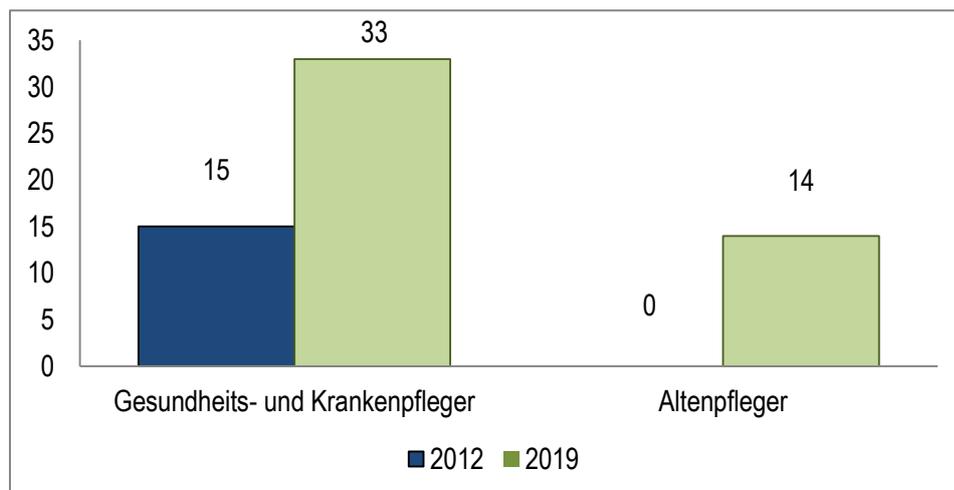
Tabelle 14: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG

Berufsbezeichnung	Anmeldungen		
	2018	2019	gesamt
Physiotherapeut/-in, Masseur/Masseurin, Krankengymnast/-in	5	2	99
Häusliche/-r Kranken- oder Altenpfleger/-in	2	1	55
Hebamme (kreisintern)	0	1	26
Logopäde/Logopädin	1	1	18
Ergotherapeut/in	1	1	18
Podologe/Podologin	1	0	10
Desinfektor/-in	0	0	3
freiberufliche Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen	3	0	33
freiberufliche Altenpfleger/-innen	2	2	14

Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie Altenpfleger*innen benötigen für die freiberufliche Berufsausübung eine Erlaubnis des Gesundheitsamtes.

Im Vergleich zu 2012 ist aufgrund der wachsenden Alterung der Bevölkerung ein Anstieg der freiberuflichen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie Altenpfleger*innen zu verzeichnen.

Abbildung 3: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und Altenpfleger*innen im Landkreis TF im Jahresvergleich 2012 und 2019



Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin

Badesaison 2019: Qualität der Badegewässer im Landkreis Teltow-Fläming

Im Jahr 2019 überprüfte das Gesundheitsamt wie bereits in den Vorjahren 15 Badegewässer mit insgesamt 19 amtlich ausgewiesenen Badestellen.

Die Badesaison beginnt am 15. Mai und endet am 15. September jeden Jahres. Das Gesundheitsamt entnimmt in dieser Zeit an den jeweiligen Badestellen mindestens eine Wasserprobe pro Monat und sendet diese in ein Labor zur mikrobiologischen Untersuchung.

Ende August 2019 wurde in einer Badegewässerprobe aus dem Klietower See eine Überschreitung des Grenzwertes für den Parameter „intestinale Enterokokken“ nachgewiesen. Bei einer Kontrolluntersuchung bestätigte sich dieser Befund jedoch nicht, so dass für den Klietower See kein Badeverbot ausgesprochen werden musste. Zu weiteren mikrobiologischen Beanstandungen kam es während der Badesaison 2019 nicht.

Das Gesundheitsamt maß vor Ort den pH-Wert, die Wassertemperatur und die Sichttiefe des Badewassers. Die höchste Wassertemperatur (28,0°C) wurde Anfang Juni 2019 im Rangsdorfer See gemessen.

Die Sichttiefen der Badegewässer lagen zwischen 2,0 und 0,2 Metern, wobei die höchsten Sichttiefen (zwei Meter oder mehr) der Große Zeschsee und der Motzener See aufzeigten. Die geringsten Sichttiefen (0,2 Meter) wurden im Rangsdorfer See sowie im Klietower See festgestellt. Geringe Sichttiefen können Rettungsmaßnahmen bei Badeunfällen erschweren.

Aufgrund des Wachstums von Blaualgen, welches zu einer Verringerung der Sichttiefe führte, wurden Anfang August 2019 für den Rangsdorfer See, Seebad Rangsdorf, sowie für den Kiessee Rangsdorf entsprechende Warnhinweise veröffentlicht.

Während der Badesaison unterrichtet das Gesundheitsamt die Bevölkerung an den überwachten Badegewässern mittels Informationstafeln. Darüber hinaus konnten sich interessierte Personen im Foyer der Kreisverwaltung in Luckenwalde im Rahmen einer Ausstellung ausführlich über die aufgeführten Badestellen informieren. Auch mit Pressemitteilungen und im Internet wurde über die Qualität der Badegewässer berichtet.

Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

Tuberkulose-Beratung

Im Jahr 2019 wurden dem Gesundheitsamt 13 Tuberkulosen nach § 6 (Meldepflichtige Krankheiten) Infektionsschutzgesetz gemeldet. 85 Prozent der an Tuberkulose Erkrankten waren Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Bei 92 Prozent der Tuberkuloseerkrankten handelt es sich um die Manifestation einer Lungentuberkulose. Bei acht Prozent (eine Meldung) handelt es sich um eine Pleura-Tuberkulose.

Tabelle 15: Anzahl der gemeldeten Tuberkulosen im Landkreis TF (2015 bis 2019)

Jahr	Anzahl gemeldeter Tuberkuloseerkrankungen
2015	8
2016	8
2017	11
2018	18
2019	13

Es ist Aufgabe der Gesundheitsämter, die Übertragung bzw. Weiterverbreitung der Tuberkulose in der Bevölkerung zu verhindern. Hierzu werden Beratungen und Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen bei den engen Kontaktpersonen in Familie, Beruf, Freizeit und anderen Lebensbereichen durchgeführt.

246 Bürger*innen wurden als enge Kontaktpersonen im Rahmen der Tuberkulose-Überwachung ermittelt oder aus anderen Landkreisen der Bundesrepublik dem Gesundheitsamt gemeldet. Im Rahmen der Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen wurden 2019 keine weiteren Tuberkulose-Erkrankungen diagnostiziert.

Begutachtungswesen

2019 wurden im Amtsärztlichen und Sozialmedizinischen Dienst des Gesundheitsamtes 271 Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt.

Ein Großteil der Untersuchungen sind Begutachtungen für das Sozialamt sowie zur Prüfung der Dienstfähigkeit und zur Einstellung von Beamten.

Mortalität

Im Jahr 2019 wurden 1.608 Totenscheine vom Gesundheitsamt registriert, geprüft, ausgewertet und archiviert.

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden anonymisierte Daten zu Todesursachen und Todesart monatlich an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und nicht anonymisierte Daten zu Todesursachen quartalsweise an das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen gemeldet.

Impfaktion

2019 überprüfte das Gesundheitsamt in vier Wohnstätten für behinderte Menschen den Impfstatus der Bewohner*innen. Ziel der Stichprobe war es, den Impfschutz bei gesundheitlich beeinträchtigten Menschen zu prüfen und gegebenenfalls die Bewohner zu erforderlichen Schutzimpfungen zu beraten, so dass Impfücken geschlossen werden können.

Dabei wurden in drei Wohnstätten des DRK die Impfausweise der Bewohner*innen auf Vollständigkeit geprüft und anonymisiert dokumentiert. In einer Wohnstätte lagen die Impfdokumente nicht vor, da diese in der Praxis des betreuenden Hausarztes aufbewahrt werden. Zur Verbesserung des Impfschutzes bei unvollständigem Impfstatus wurde den Bewohner*innen bzw. bestellten Betreuer*innen eine schriftliche Impfmitteilung gegeben, damit die Hausärzt*innen fehlende Schutzimpfungen vervollständigen.

Insgesamt konnte der Impfstatus bei 99 Bewohner*innen erhoben werden. Der Impfschutz gegen Tetanus, Diphtherie und Pertussis lag bei 83 Prozent der Personen vollständig vor, wobei in einer Wohnstätte der Tetanus-, Diphtherie- und Pertussis-Impfschutz bei allen Bewohner*innen vollständig war. Die Vollständigkeit des Impfschutzes gegen Kinderlähmung (Poliomyelitis) war bei der Mehrzahl wegen des fehlenden Impfnachweises über die Grundimmunisierung während der ersten Lebensjahre nicht möglich. Oftmals sind nur eine oder zwei Impfungen gegen Kinderlähmung dokumentiert. In zwei Wohnstätten waren 64 Prozent der Bewohner*innen, in einer Wohnstätte 100 Prozent vollständig gegen Hepatitis A und B geimpft.

Von insgesamt 99 Bewohner*innen aller drei Wohnstätten sind 36 (also ungefähr ein Drittel) nach 1970 geboren. Diese Altersgruppe hat bis auf eine Person einen vollständigen Masernimpfschutz.

In der letzten Grippesaison 2018/2019 wurden in zwei Wohnstätten 47 Prozent der Bewohner*innen gegen Grippe geimpft. In einem Heim lag die Grippe-Impfquote bei 97 Prozent.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass in allen drei Wohnstätten, in denen die Impfausweise zur Auswertung zur Verfügung standen, die Bewohner*innen über einen guten bis sehr guten Impfschutz verfügen.

Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte sind örtliche Anlaufstellen für Versicherte der Pflegeversicherung und ihre Angehörigen. Mit dem Paragraphen 92c des Elften Sozialgesetzbuches (SGB XI) wurden durch die Pflege- und Krankenkassen, Landkreise und kreisfreien Städte Pflegestützpunkte errichtet.

Im Landkreis Teltow-Fläming existiert seit 2010 ein Pflegestützpunkt, der mit einer Pflege- und einer Sozialberaterin besetzt ist. Dienstag und Donnerstag und nach Vereinbarung können Hilfesuchende zur Beratung ins Gesundheitsamt kommen. Nach Wunsch findet die Beratung auch in der Häuslichkeit des Betroffenen statt.

Die Themenschwerpunkte liegen in der Beantwortung von Fragen:

- zur Pflege,
- zur Schwerbehinderung,
- zur Arbeitsfindung bzw. zur Rehabilitation.

Vermeehrt konnte der Pflegestützpunkt die Anliegen der Hilfesuchenden in nur einem beschränkten Maß erfüllen. Ursächlich sind fehlende Kapazitäten in der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege und bei Tagespflegen sowie das Fehlen von alltagsunterstützenden Angeboten. Aufgrund des Fachkräftemangels in der ambulanten Pflege sind unterstützende Angebote vor allem in den ländlichen Regionen selten zu finden bzw. durch die langen Fahrtwege nicht lukrativ.

Die Beratungszahlen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (2018: 1.852 Kontakte). Insgesamt fielen 343 Kontakte in die Sozialberatung und 1.261 in die Pflegeberatung. Die geringere Anzahl der Kontakte ist durch Krankheit begründet. Weiter ist die Anzahl der Pflegeberatungen vorläufig. Ein abschließendes Ergebnis wird am Ende des ersten Quartals durch den Pflegestützpunkt bekanntgegeben. Keine langen Wartezeiten gibt es für die aufsuchende Beratung.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde kontinuierlich fortgesetzt. So wurde der Pflegestützpunkt in zahlreichen Selbsthilfegruppen/Selbsthilfekontaktstellen, Vereine, Seniorengruppen, Netzwerke vorgestellt.

Zur Stärkung der Pflege vor Ort sollten im Landkreis weiter niedrigschwellige Beratungsangebote und angepasste stationäre Angebote ausgebaut werden. Ambulante Pflegedienste sollten personell gestärkt und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen vermehrt eingebunden werden.

Ziel wird weiterhin sein, die häusliche Pflegesituation durch alltagsunterstützende Maßnahmen zu stabilisieren und damit die stationäre Pflege zu vermeiden.

Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Tabelle 16: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes

Art der kinderärztlichen Untersuchung	2018/2019	2017/2018
Kita-Untersuchungen gesamt	781	821
davon Untersuchungen 30. bis 42. Lebensmonat	638	652
Schuleingangsuntersuchungen	1.716	1.457
Schüler 6. Klasse	8	120
Schulabgangsuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz)	783	571
erste Nachuntersuchung (§ 33 Jugendarbeitsschutzgesetz)	22	20
Gutachten gesamt, gemäß gesetzlicher Grundlage	225	200
- SGB VIII	5	2
- SGB XII	128	107
- sonstige Gutachten	92	89
- schulärztliches Gutachten	0	2
zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen (Anzahl der bearbeiteten Meldungen)	1.219	1.015
Schutzimpfungen	289	273

In den vergangenen Jahren hat die Anzahl der Einschulungsuntersuchungen und Schulausgangsuntersuchungen zugenommen. Dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) steht somit weniger Zeit für die Untersuchungen in den Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Datenmaterial zu den einzelnen medizinischen Befunden der Kita-, Schuleingangs- und Schulabgangsuntersuchungen lag bei Erstellung des Tätigkeitsberichts dem KJGD noch nicht vor.

Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen hat der Zahnärztliche Dienst im Schuljahr 2018/19 im Landkreis 15.027 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren untersucht. Gruppenprophylaktisch hat das Team im Berichtszeitraum 13.640 Kinder und Jugendliche in Kindergärten, Schulen und Heimen mit einem ersten Prophylaxe-Impuls betreut. Einen zweiten Prophylaxe-Impuls erhielten 4.254 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko.

Diese aufsuchende Betreuung umfasst neben der zahnärztlichen Untersuchung Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30- bis 60-prozentigen Kariesreduktion führen kann), Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch, die Durchführung von Multiplikatorenschulungen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Elternabende.

Folgende Einrichtungen wurden vom Zahnärztlichen Dienst betreut:

- 89 Kindertagesstätten,
- 78 Kindertagespflegestellen,
- 31 Grundschulen,
- drei Gymnasien mit Klassenstufe 5 und 6,
- vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt „Lernen“,
- zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“,
- zwei Wohnstätten für geistig Behinderte,
- 12 Oberschulen und
- sechs Gymnasien mit den Klassenstufen 7 bis 10.

Fünfjährige Kinder

Besondere Aufmerksamkeit benötigt weiterhin die Gruppe der Kindergartenkinder, denn die frühkindliche Karies ist ein gesundheitliches Problem der Jüngsten. Kaum eine andere Erkrankung ist mit einfachen Maßnahmen so einfach zu mindern oder verhindern wie die Karies. Maßnahmen zur Förderung der Mundgesundheit im Kleinkindalter haben daher einen hohen Stellenwert und sollten Bestandteil ganzheitlicher Konzepte der Gesundheitsförderung sein.

Für diese Altersgruppe werden intersektorale Strategien in der jeweiligen Region entwickelt. Eltern, Erzieher*innen, Kita-Träger sowie regionale Netzwerke werden als Multiplikatoren gewonnen. Wissenschaftlich nachgewiesen ist die eindeutige Beziehung zwischen Sozialstatus und Kindergesundheit und damit auch der Zahngesundheit. Zur Milderung der sozialen Unterschiede können nur aufsuchende Betreuung der Kinder (Untersuchung und Gruppenprophylaxe und Motivation zum Zahnarztbesuch) und die Gesundheitsvorsorge in den Kinderinstitutionen beitragen.

Bewährt hat sich in dieser Altersgruppe das Präventionsprogramm „Kita mit Biss“. Daran nahmen im Landkreis Teltow-Fläming im Schuljahr 2017/2018 36 Kitas und 51 Kindertagespflegestellen teil. Eine der wichtigsten Grundlagen dafür ist die tägliche Zahnpflege in den Einrichtungen. Leider stellen immer mehr Kitas das gemeinsame Zähneputzen ein. Im Landkreis wurden im Schuljahr 2016/2017 nur noch in 48 von 89 der Kitas die Zähne geputzt.

Mundgesundheit ist als Teil der Kindergesundheit Fürsorgepflicht der Eltern, aber auch Bildungsauftrag in den Kindertageseinrichtungen. Aus fachlicher Sicht ist es dringend notwendig, dass das tägliche Zähneputzen zum Wohl der Kinder in den Kitas etabliert bleibt bzw. wieder eingeführt wird.

Bei den fünfjährigen Kita-Kindern liegt das Ziel bei 80 Prozent Kariesfreiheit von Milchzähnen. Hier erreichten wir im Landkreis eine weitere leichte Verbesserung auf 71,7 Prozent. Von 1.393 in Einrichtungen des Landkreises gemeldeten Fünfjährigen wurden 1.052 zahnärztlich untersucht (75,5 Prozent). Davon waren von 755 Kindern die Gebisse gesund (71,7 Prozent). Mit 18,2 Prozent (191 Kinder) gab es in dieser Altersgruppe noch zu viele behandlungsbedürftige Gebisse, auch wenn die Zahl im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist. Nur 106 Kinder (10,1 Prozent) wurden bereits aufgrund von Karies vollständig saniert. Der Gang in die Zahnarztpraxis ist trotz aller Anstrengungen immer noch keine Selbstverständlichkeit.

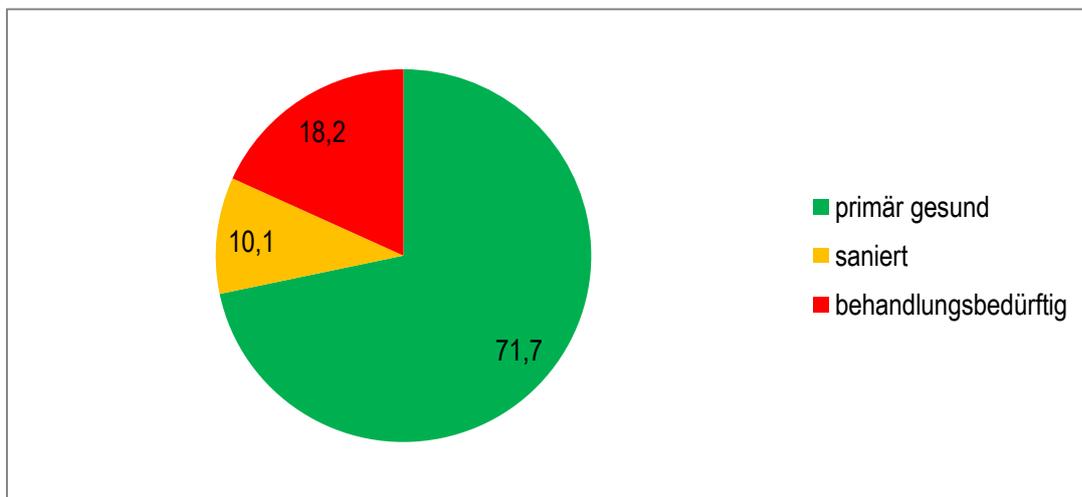


Abbildung 6: Gebisszustand der 5-Jährigen im Landkreis Teltow-Fläming im Schuljahr 2018/19 in Prozent

Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)

Die gerontopsychiatrische Betreuung beinhaltet die Betreuung und Beratung von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Alter ab 55 Jahre. Das sind beispielsweise Demenzen, Depressionen, Schizophrenien oder chronisch mehrfachbeeinträchtigte Abhängigkeitskranke.

Im Jahr 2019 umfasste diese Klientengruppe etwa 33 Prozent des gesamten Aufkommens im SpDi aus. Rund 40 Prozent davon sind suchtkrank (Alkohol/Medikamente), die restlichen 60 Prozent psychisch krank.

Das Besondere an dieser Klientengruppe stellt die Art der Betreuung und Beratung dar. Der überwiegende Teil der Klient*innen muss zu Hause aufgesucht werden, da sie meist nicht in der Lage sind, Termine außerhalb des Wohnraumes wahrzunehmen. Die Anzahl der Hausbesuche stieg 2019 um zirka fünf Prozent. Mehr als 24 Prozent der Betroffenen benötigen zehn Beratungen, über 13 Prozent sogar mehr als zehn Beratungen in einem Jahr. Somit steigt nicht nur die Kontakthäufigkeit bei dieser Klientengruppe, sondern auch die Kontaktlänge. Der überwiegende Teil der Klient*innen benötigt über eine Stunde Betreuung bei einem Termin.

Oft leben diese Menschen allein, haben einen niedrigen Bildungsstand, beziehen BU-/EU – Rente, Altersrente oder Arbeitslosenhilfe und haben keine Pflegestufe. Thematisch werden in den Beratungen Alkoholmissbrauch (22 Prozent), Angstzustände (zehn Prozent) aber auch Depressionen (etwa neun Prozent) besprochen. Aufgrund mangelnder Angebote zur Begleitung gerontopsychiatrischer Klient*innen wird vom Sozialpsychiatrischen Dienst vermehrt eine allgemeine Unterstützung zur Alltagsstrukturierung und bei Behördengängen gefordert. Somit rückt diese Aufgabe immer stärker in den Fokus des Sozialpsychiatrischen Dienstes.

DEZERNAT III

Fluglärmschutz, Flughafenbelange und Schallschutzberatung

Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten

Die Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld ist seit Anfang 2011 mittels Verwaltungsvereinbarung an den Landkreis übertragen. Im Jahr 2019 wurden 162 Beschwerden eingereicht, ausgewertet und beantwortet.

Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wird den Bürger*innen auf der Domain des Fluglärmschutzbeauftragten (www.fluglaermschutzbeauftragter-ber.de) zur Verfügung gestellt. Von dieser Möglichkeit machten 2019 beinahe 10.000 Besucher*innen Gebrauch, informierten sich oder wandten sich mit weitergehenden Fragen per E-Mail an das Büro. Über 150 Personen suchten das Büro des Fluglärmschutzbeauftragten auf und erbatene Auskünfte zur aktuellen oder zukünftigen Lärmsituation durch den Flughafen BER. Diese Bürger*innen möchten sich vor dem Erwerb oder Bau einer Immobilie umfassend informieren, sind aber ob der unzähligen und teils widersprüchlichen Informationen im Internet verunsichert. Die objektive Beratung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte wurde dankbar angenommen.

Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission, der Arbeitsgruppe Betriebsregelung der Staatskanzlei und im Rahmen des Dialogforums (Arbeitsgruppe 2 – Lärm) wurde weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden wieder Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteiligten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärm Betroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung gesucht und um Verständnis für die Anwohner*innen geworben.

Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten wiederum die Beratung von Bürger*innen und die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeld-Entwicklung. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt.

In der Fluglärmkommission, der Steuerungsgruppe des Dialogforums und in dessen Arbeitsausschuss wird der Landkreis durch die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld vertreten, im großen Dialogforum vertritt den Landkreis die Landrätin. Der Landkreis wird in der Arbeitsgruppe 1 durch die Beigeordnete Biesterfeld, in der Arbeitsgruppe 2 durch die Mitarbeiterin der Schallschutzberatung, Frau Brettschneider und in der Arbeitsgruppe 3 durch den Amtsleiter und amtierenden Leiter des Dezernats IV Siegmund Trebschuh vertreten.

Im Rahmen des Kommunalen Dialogforums beteiligte sich der Landkreis an der Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) für die Flughafenregion und an der durch das Forum in Auftrag gegebenen verkehrlichen Grundlagenuntersuchung.

Im Jahr 2019 begleitete die Beigeordnete auch die Personalfindung bezüglich eines neuen Vorsitzenden des Dialogforums und die Überarbeitung der Geschäftsordnung.

Schallschutzberatung

Die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Menschen wurden im Bürgerberatungszentrum in Schönefeld beraten. Mehr als 1.500 Mal wurde die Schallschutzberatung des Landkreises Teltow-Fläming tätig. Fortgesetzt wurde auch der Austausch mit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. In regelmäßigen Gesprächsrunden wurden Einzelfälle auf Wunsch der Bürger*innen besprochen und Lösungen herbeigeführt.

Hauptsächlich wandten sich die Ratsuchenden mit Fragen zur schalltechnischen Objektbeurteilung an das Beratungszentrum. Zudem gab es Fragen zum Verfahren des Schallschutzprogramms des Flughafens und dessen Umsetzung. Im zweiten Halbjahr 2019 wandten sich verstärkt solche Bürger*innen an das Beratungszentrum, die seit mehreren Jahren eine schalltechnische Objektbeurteilung vorliegen und den Schallschutz bisher nicht umgesetzt haben. Es wurden die vom Flughafen ausgegebenen Unterlagen erklärt, unterschiedlichste Probleme erörtert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Betroffene Bürger*innen aus dem Landkreis Teltow-Fläming hatten auch vermehrt Anfragen zur Preisgestaltung in den Leistungsverzeichnissen und zum Finden der optimalen Baufirma.

Es suchten auch Personen aus dem Nachbarlandkreis und dem Land Berlin das Zentrum auf und wurden beraten.

Die öffentlichen Gesundheitstage, die in Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming durchgeführt werden, wurden im Jahr 2019 fortgeführt und haben sich im Flughafenumfeld etabliert. Im September wurde in Schönefeld der 20. Gesundheitstag zusammen mit dem 100-jährigen Bestehen der VHS begangen.

Rechtsamt

Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises Teltow-Fläming gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam sind die Sachverhaltsermittlungen vorzunehmen und Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretende Rechtsanwält*innen zu erstellen.

Die Interessen des Landkreises werden in den jährlich stattfindenden Mitgliederversammlungen des Kommunalen Schadenausgleiches (KSA) wahrgenommen.

Darüber hinaus ist der Bereich Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsbereichen.

Im Berichtszeitraum ist die Anzahl neu gemeldeter Schadenfälle nach Jahren gleichbleibender bzw. rückläufiger Fallzahlen angestiegen. Von dieser Tendenz besonders betroffen sind die Sparten Allgemeine Haftpflicht, Schäden gegen Dritte, Gebäudeschäden und Schülersachschäden.

Bei den neu gemeldeten allgemeinen Haftpflichtschäden handelt es sich bei knapp 54% der Schadenfälle um Ersatzansprüche wegen Verdienstausfall infolge nicht rechtzeitig bereitgestellter KITA-Plätze. Die bisher abgeschlossen diesbezüglichen Schadenersatzforderungen wurden durch den KSA ausnahmslos abgelehnt.

Der Anstieg jener Fälle, in denen außergerichtlich durch den Landkreis Schadenersatz gegen Dritte geltend gemacht wird, begründet sich vor allem in der Zunahme von mutwilligen Sachbeschädigungen durch Schüler*innen in den jeweils besuchten Bildungseinrichtungen.

Für den Anstieg der Schadenfälle an Gebäuden des Landkreises reichte ein Gewitterwochenende im Juni. Sechs der insgesamt 13 Gebäudeschäden sind auf dieses Witterungsergebnis zurückzuführen.

Auch die Baustelle am Gymnasium Ludwigsfelde war durch dieses und noch weitere Gewitter schwer betroffen. Niederschlagswasser drang wiederholt in die Altbausubstanz ein und verursachte dort beträchtliche Schäden. Trotz vorhandener Bauleistungsversicherung ist dieses Risiko jedoch nicht versicherbar, die dennoch geltend gemachte Schadenersatzforderung wurde abgelehnt.

Die neu zu bearbeitenden Schadenfälle verteilten sich im Jahr 2019 wie folgt:

Tabelle 17: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle

Art der Schadenfälle	Anzahl 2019	Anzahl Vorjahr
Allgemeine Haftpflichtschäden	26	16
Schäden gegen Dritte	15	8
Dienstreisekasko	2	2
Elektronikschäden	3	0
Gebäudeschäden	13	8
Inventarschäden	5	4

Art der Schadenfälle	Anzahl 2019	Anzahl Vorjahr
Kaskoschäden	23	16
Kfz-Haftpflichtschäden	3	6
Schülersachschäden	3	4
Rechtsschutzschadenfälle	11	0
versicherungsrechtliche Stellungnahmen	19	7
<i>gesamt</i>	123	71

Wie bereits in den Vorjahren müssen wegen der zunehmenden Komplexität einzelner Schadenfälle die Schadenakten über einen längeren Zeitraum hinweg fortgeführt werden.

Im Jahr 2019 wurden drei neue Schadenersatzklagen und fünf Streitverkündungen gegen den Landkreis erhoben. Auch hier liegt der Schwerpunkt im KITA-Bereich.

Rechtsangelegenheiten

Im Bereich „Rechtsangelegenheiten“ wird eine Querschnittsaufgabe für die Verwaltung wahrgenommen. Das Rechtsamt ist Berater für Rechtsfragen „für und nach innen“. Es ist zuständig für die rechtliche Betreuung aller Ämter und sonstiger Organisationseinheiten des Landkreises, des Eigenbetriebes Rettungsdienst und für alle nachgeordneten Einrichtungen des Landkreises. Dazu gehören die rechtliche Beratung der Beschäftigten in rechtlich schwierigen Fragestellungen, die außergerichtliche Vertretung sowie die zentrale Prozessführung für den Landkreis vor den jeweils zuständigen Gerichtsbarkeiten.

Die Verfahren werden von den Jurist*innen des Rechtsamtes vor sehr unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten geführt, schwerpunktmäßig vor den Verwaltungs- und dem Sozialgerichten in erster und zweiter Instanz, aber auch vor den Arbeitsgerichten und Amtsgerichten, u. a. einer speziellen Kammer für Landwirtschaftssachen am Amtsgericht in Rathenow.

Die Zahl der Prozesseingänge hat im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 25 zugenommen. Das sind 14,2 Prozent mehr neue Verfahren als noch im Vorjahr. Die Zunahme der Klage-/Antragseingänge verteilt sich schwerpunktmäßig auf das Ordnungsamt (A 32) und dort auf die Ausländerbehörde, sowie auf das Jugendamt (A51). Bereits im Vorjahr war eine Zunahme von Verfahren festzustellen, die auf die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen in Kindertagesstätten und neuerdings auch im Hort ausgerichtet waren. Diese Entwicklung fand im Jahr 2019 seine Fortsetzung mit 10 weiteren Verfahren. Die Prozesse werden in der Regel im einstweiligen Verfahren durchgeführt.

Bezogen auf die Rechtsgebiete liegen zahlenmäßige Schwerpunkte unverändert im Bereich des Sozialrechts (A51), des öffentlichen Baurechts (A63) und des Straßenverkehrsrechts (A36).

Besonders hervorzuheben ist ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Potsdam und dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg aus dem Bereich des Veterinäramtes. Gegenstand war eine ordnungsrechtliche Verfügung, die die Schließung und Verbringung von zuletzt ca. 2900 Rindern einer Milchviehanlage wegen nicht artgerechter Haltung zum Gegenstand hatte. Das Verfahren konnte nach einem längeren einstweiligen Rechtsschutzverfahren mit einer Entscheidung zugunsten des Landkreises im August 2019 erfolgreich abgeschlossen werden.

Bemerkenswert ist auch die Klage einer amtsangehörigen Kommune gegen eine kommunalaufsichtliche Anordnung des Landkreises, Daten von Gewerbeanzeigen an die Industrie- und Handelskammer sowie an das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt zu übermitteln. Die hierzu bestehende Verpflichtung auf der Grundlage der Gewerbeordnung wurde von der Kommune bestritten. Die Klage wurde im Juni 2019 abgewiesen. Die Entscheidung wurde rechtskräftig.

Im Einzelnen verteilen sich die Zugänge bei den gerichtlichen Verfahren amtsbezogen wie folgt:

Tabelle 18: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren

Amt	Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren 2019	Anzahl Vorjahr
Hauptamt (A 10)	4	2
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal (A 11)	4	12
Kämmerei (A 20)	3	1
Ordnungsamt (A 32)	29	22
Straßenverkehrsamt (A 36)	20	17
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A 39)	8	9
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A 40)	2	1
Sozialamt (A 50)	52	51
Jugendamt (A 51)	36	26
Kommunalaufsicht (A 15)	3	2
Umweltamt (A 67)	3	2
Landwirtschaftsamt (A 83)	4	3
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)	26	24
Bereich der Landrätin	1	0
Rechtsamt (A 30)		
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 32	2	0
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 51	6	0
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 67	0	1
- Bestellung gesetzlicher Vertreter	1	1
<i>gesamt</i>	<i>201</i>	<i>176</i>

128 Verfahren wurden im Jahre 2019 auf verschiedenen Verfahrenswegen abgeschlossen. Darunter befinden sich rechtskräftige Urteile und Beschlüsse (in einstweiligen Verfahren), Anerkenntnisurteile, Vergleiche, Klagerücknahmen, Erledigungserklärungen. Streitige Entscheidungen wurden in 34 Fällen zu Lasten des Landkreises entschieden. Hierbei handelte es sich vorwiegend um die Verfahren auf Bereitstellung von Kita-Plätzen.

In behördlichen Disziplinarverfahren werden Jurist*innen des Rechtsamtes von der Landrätin in ihrer Zuständigkeit als Dienstvorgesetzte für die Beamt*innen des Landkreises sowie als Rechtsaufsichtsbehörde anstelle der Dienstvorgesetzten der hauptamtlichen Bürgermeister*innen, des Amtsdirektors, der Ersten Beigeordneten sowie der hauptamtlichen Verbandsvorsteher*innen regelmäßig als Ermittlungsführer*innen in behördlichen Disziplinarverfahren bestellt.

Im Jahre 2019 waren vier behördliche Disziplinarverfahren anhängig. Zwei Verfahren gegen hauptamtliche Bürgermeister*innen wurden im Jahre 2019 bestandskräftig abgeschlossen.

Die Anzahl der zur Beantwortung durch die Landrätin bearbeiteten Petitionen/Beschwerden aller Art ist im Jahr 2019 im Verhältnis zum Vorjahr mit 64 Vorgängen etwas zurückgegangen. In einigen Fällen mussten Beschwerden wegen überlanger Bearbeitungszeiten („Untätigkeitsbeschwerden“) aufgrund unzureichender Personalausstattung als berechtigte Begründung für die Beschwerde festgestellt werden. Dies wurde den jeweiligen Organisationseinheiten mit Verbesserungsvorschlägen mitgeteilt.

Die Beratungsanfragen aus den Ämtern und Organisationseinheiten in der Verwaltung nahmen leicht ab. Insgesamt verzeichnete das Rechtsamt 590 Anfragen, von denen derzeit noch 72 bearbeitet werden. Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Anzahl der Beratungsanfragen auch von der Anwesenheit der auf besondere Rechtsgebiete spezialisierten Juristinnen und Juristen abhängt. So ist die Anzahl der vergaberechtlichen Fragestellungen zurückgegangen, nachdem die darauf spezialisierte Kollegin zeitweise nicht anwesend war. Die Zahl der Beratungsanfragen verteilte sich wie folgt:

Tabelle 19: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen 2019	Anzahl Vorjahr
Hauptamt (A 10)	66	49
Amt für zentrale Steuerung, Organisation, Personal (A 11)	135	135
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	11	7
Rechnungsprüfungsamt	9	20
Kämmerei (A 20)	32	23
Ordnungsamt (A 32)	28	30
Straßenverkehrsamt (A 36)	33	20
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A 39)	42	19
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A 40)	24	30
Sozialamt (A 50)	26	64
Gesundheitsamt (A 53)	7	3
Jugendamt (A 51)	51	58
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)	4	5

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen 2019	Anzahl Vorjahr
Umweltamt (A 67)	5	13
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung (A 80)	4	19
Landwirtschaftsamt (A 83)	4	2
Büro der Landrätin	44	40
Kreistagsbüro	6	7
Beteiligungsmanagement (A 30)	21	30
Grundstücksverkehr (A 30)	10	24
Versicherungen (A 30)	17	6
Eigenbetrieb/Rettungsdienst	7	2
Dezernat III	4	5
<i>gesamt</i>	<i>590</i>	<i>611</i>

Das Rechtsamt versteht sich als interner Dienstleister für alle Beschäftigten und die leitenden Beschäftigten in der Kreisverwaltung. Es hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, über die Bandbreite aller Rechtsthemen einer Kommunalverwaltung zu informieren.

Im Jahr 2019 wurden 13 Newsletter im Intranet veröffentlicht. Die Newsletter beschäftigen sich u. a. mit Haftpflichtfragen rund um Wettereinwirkungen, um rechtliche Fragen rund um Homeoffice und mobile Arbeit, um Urlaubsrecht, um den Begriff der Allgemeinverfügung und um den Kostenfestsetzungsbeschluss.

Der Entscheidungsdatenbank wurde eine Reihe von neuen Entscheidungen hinzugefügt. Mit der Hilfe von kurzen Inhaltsangaben wird den Beschäftigten der Zugang zu den gerichtlichen Entscheidungen erleichtert. Das Rechtsamt ist mit dem IT-Service im Gespräch, um die Darstellung und die Lesbarkeit von Rechtsinformationen zu verbessern. Leider lassen die technischen Voraussetzungen der vorhandenen Intranetplattform eine ansprechendere Darstellung nur begrenzt zu. Hier wäre eine Modernisierung wünschenswert.

Die Juristinnen und Juristen kommen auf Wunsch in die Dienstbesprechungen des Hauses und erläutern rechtliche Fragestellungen. Dies gilt auch für die kommunalpolitischen Gremien und Arbeitsgruppen. Ein Handlungsleitfaden und ein Hinweisblatt zu Informationssuchen an die Kreisverwaltung wurden auf Initiative der Beigeordneten D III in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt erarbeitet und den Beschäftigten zur Verfügung gestellt.

Beteiligungsmanagement

Zu den ständigen Aufgaben des Beteiligungsmanagements zählen neben der Steuerung und Kontrolle der kreislichen Unternehmen die Beratung der Personen in finanziellen und gesellschaftsrechtlichen Fragen, die den Landkreis in den Organen der Unternehmen vertreten, sowie die Gewährleistung ihrer Qualifizierung und Weiterbildung. Die Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen werden vom Beteiligungsmanagement regelmäßig vor- und nachbereitet. Die für das Beteiligungsmanagement zuständige Mitarbeiterin nimmt in der Regel an den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen teil.

Eine Schwerpunktaufgabe bildete im Jahr 2019 erneut die Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft mbH (SWFG mbH). Sie nahm und nimmt weiterhin einen großen Umfang der Tätigkeit des Beteiligungsmanagements in Anspruch. Im Jahr 2019 erfolgten weitere Verkäufe des Immobilienbestandes. Aufgrund des steigenden Interesses an Grundstücken in Gewerbegebieten konnten Einnahmen durch die Verkäufe erzielt und die Liquidität der SWFG mbH weiterhin stabil gehalten werden. Die Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks wurde weiter vorangetrieben. Die SWFG mbH beauftragte Ende 2018 eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit dem ersten Teil der rechtlichen Beratung und Begleitung einer öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf der SWFG Immobilien in drei Stufen. Um das Interesse von Investoren am Biotechnologiepark Luckenwalde zu ermitteln, wurde in der ersten Stufe ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Die Abgabefrist endete am 2. Dezember 2019. Das Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens wird derzeit ausgewertet.

Vor dem Hintergrund innovativer Entwicklungen der Luftfahrt bekundeten unterschiedliche Akteure Interesse an der Errichtung eines Technologie- und Gründerzentrums auf dem Gelände des Flugplatzes Schönhagen. Zu diesem Zweck erfolgte die Vorstellung der Projektskizze zum TGZ Schönhagen im Ausschuss für Wirtschaft sowie im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung. Es wurde das Interesse der in der Berlin-Brandenburg Aerospace Alliance e. V. (BBAA) gebündelten Partner an einem Zentrum für emissionsarme Flugantriebe (ZEFA) vorgestellt und die geeigneten nächsten Schritte wurden erläutert.

Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter

Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO)

Nach der mit Wirkung zum 1. Juli 2018 erfolgten Änderung der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) sowie des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) ist im Jahr 2019 ein deutlicher Rückgang der Antragszahlen auf Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) zu verzeichnen. Nach der neuen Gesetzeslage ist die Genehmigung von Grundstücksgeschäften nur erforderlich, wenn im Grundbuch ein Anmeldevermerk eingetragen ist. Die Entscheidung, ob ein Antrag auf Erteilung der Grundstücksverkehrsgenehmigung (GVO) gestellt wird, liegt allerdings bei den Vertragsparteien bzw. den dazu bevollmächtigten Notariaten.

Mit 484 Grundstücken, die auf das Vorliegen vermögensrechtlicher Ansprüche geprüft wurden, und 191 erteilten Genehmigungen ist gegenüber 2018 ein massiver Rückgang festzustellen. Der Rückgang der Genehmigungserteilungen lässt sich auch aus der Höhe der Gebühreneinnahmen ablesen, die von circa 40.000 Euro im Jahr 2018 auf 9.500 Euro gesunken sind.

Negativatteste

Im Jahr 2019 wurden 89 Anträge auf Negativattestierung eingereicht, 115 Auskünfte wurden erteilt.

Bestellung gesetzlicher Vertreter

Zur Sicherung der rechtlichen Interessen von unbekanntem Grundstückseigentümer*innen und deren Rechtsnachfolger*innen werden im Bereich „Bestellung gesetzlicher Vertretungen“ Anträge auf deren Bestellung und Abberufung nach § 11b VermG sowie Art. 233 § 2 Abs. 1 EGBGB sowie alle damit zusammenhängenden Überwachungs- und Genehmigungsvorgänge bearbeitet. Derzeit befinden sich 603 Akten in Bearbeitung.

Im Jahre 2019 wurden 91 Entscheidungen (Ablehnungen, Abberufungen, Widerrufe, Bestellungen, Umbestellungen, Genehmigungen von Pachtverträgen und Kaufverträgen) getroffen. Einen wachsenden Arbeitsschwerpunkt stellen die Genehmigungen der Eintragung von Leitungsrechten in das Grundbuch dar. Hierzu ist ebenfalls die Eigentümersituation zu klären, gegebenenfalls sind gesetzliche Vertretungen zu bestellen, die Vergütung des Leitungsrechts ist zu prüfen und zu genehmigen.

Neben den Fallzahlen gibt es noch einen Aktenbestand von 1.414 Akten, die vor der endgültigen Archivierung auf Vollständigkeit geprüft werden müssen.

Einen wesentlichen und verantwortungsvollen Teil der Bestellung gesetzlicher Vertreter stellt die Überwachung der ordnungsgemäßen Verwaltung und Bewirtschaftung der Vermögenswerte dar. In diesem Zusammenhang trägt der Landkreis eine erhebliche finanzielle Verantwortung für die verwalteten und bewirtschafteten Vermögenswerte. Im Jahr 2019 wurden laufende Kontostände in Höhe von circa 1,7 Millionen Euro verwaltet.

Ordnungsamt

Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Aufgaben als Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete auch in diesem Jahr die Beratung und Unterstützung dieser Behörden zum Teil vor Ort und auch unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses.

Die Fachaufsicht führte 18 Vor-Ort-Termine bei den Kommunen durch; zum einen handelte es sich um Fachaufsichtskontrollen und zum anderen um Absprachen zu fallbezogenen Verfahren.

Zwölf Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden waren zu prüfen und wurden mit der Ordnungsamtsleitung ausgewertet; intensiviert wurde der fachliche Austausch zur Umsetzung in Einzelfällen.

Acht Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der kommunalen Ordnungsbehörden wurden bearbeitet.

In 268 Fällen wurden Stellungnahmen zu Planungs- und Bauvorhaben als Träger öffentlicher Belange gemäß Bau-, Planungs- und Naturschutzrecht erarbeitet, davon 217 nach dem Baugesetzbuch.

Im Sachgebiet werden auch die Glückwunschschriften für besondere Alters- und Ehejubiläen der Bürger*innen im Landkreis Teltow-Fläming für die Landrätin vorbereitet. Im Jahr 2019 waren es 673.

Im Bereich der Pflegepflichtverletzung wurden im Berichtsjahr 368 Bußgeldverfahren nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) eingeleitet und bearbeitet. Wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz des Landes Brandenburg (BbgPG) wurden im Jahr 2019 neun Verfahren geführt.

Auf Grundlage des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) wurden im Bereich der Fachaufsicht vier Anmeldungen von Prostituierten nach dem ProstSchG aufgenommen. Die elektronische Bearbeitung dieser Anmeldungen wurde vorbereitet.

Gräberangelegenheiten

Der Bund stellte Pauschalgeber in Höhe von 149.600 Euro für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber im Landkreis zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen ausgereicht.

Der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow wurde eine Zuweisung für die Sanierung der russischen Kriegsgräberstätte, die sich auf dem evangelischen Waldfriedhof im Ortsteil Blankenfelde befindet, gewährt. Das MIK Brandenburg stellte anteilig Mittel für diese Sanierungsmaßnahme in Höhe von 277.600 Euro zur Verfügung. Aus den beim Landkreis angesparten Mitteln der Pflege- und Instandsetzungspauschale des Bundes wurden Mittel in Höhe von 43.000 Euro zur Realisierung der Maßnahme bewilligt. Die Maßnahme soll im Jahr 2020 fertiggestellt werden.

Standesamtsaufsicht

Im Jahr 2019 wurde die Amtsführung der Standesämter in Jüterbog, Niedergörsdorf, Baruth/Mark und in Großbeeren vor Ort geprüft.

Es gingen 144 vorlagepflichtige Beurkundungsvorgänge der Standesämter zur Prüfung durch die Fachaufsicht ein.

Im Bereich der Standesamtsaufsicht wurde im Jahr 2019 eine Fortbildungsmaßnahme an der Akademie für Personenstandsrecht in Bad Salzschlirf besucht.

Untere Jagdbehörde

Im Landkreis sind aktuell 859 aktive Jagdscheininhaber*innen registriert. Darunter befinden sich zehn Personen mit Ausländerjahresjagdscheinen, fünf Jäger*innen mit einem Falknerjagdschein sowie vier Jugendjagdscheininhaber*innen unter 18 Jahren.

Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 272 Jagdbezirke, davon 177 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 75 Eigenjagdbezirke und 20 Verwaltungsjagdbezirke. Im Landkreis bzw. kreisübergreifend gibt es acht Hegegemeinschaften.

In den Hegegemeinschaften, welche aus freiwillig zusammengeschlossenen Jagdbezirken bestehen, können Wildarten großräumig bewirtschaftet werden. Mit den hier zur Anwendung kommenden Gruppen- und Mindestabschussplänen kann gezielt auf die Bestandsentwicklung der Wildarten eingewirkt werden.

Es wurden 284 Abschusspläne (inklusive Nachbeantragungen) bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt.

Mit dem Jagdberater und dem Jagdbeirat des Landkreises Teltow-Fläming sowie dem Kreisjagdverband besteht eine intensive Zusammenarbeit. Gleiches gilt für die 176 Jagdgenossenschaften, deren Aufsicht der unteren Jagdbehörde obliegt.

Mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL), der Obersten Jagdbehörde, den benachbarten unteren Jagdbehörden und dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wurde in Vorbereitung der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) eng zusammengearbeitet.

Im Vergleich mit der Strecke des Jagdjahres 2015/16 wurden 816 Stück Schwarzwild zusätzlich erlegt – als vorbeugende Maßnahme gegen die Verbreitung der afrikanischen Schweinepest. Dafür wurde 2019 erstmals eine Erlegungsprämie in Höhe von insgesamt 40.800 Euro gezahlt. Aufgrund von 69 eingegangenen Anträgen konnten die Prämien an 63 Jagdausübungsberechtigte ausgegeben werden.

An der Festveranstaltung zu „25 Jahre Landkreis Teltow-Fläming“ wurde gemeinsam mit dem Kreisjagdverband das „Lernort Natur“-Mobil betreut, welches bei Groß und Klein auf großes Interesse stieß.

Am 12. Dezember 2019 fand eine Informationsveranstaltung für die Hegegemeinschaften im Landkreis Teltow-Fläming statt, in welcher es um die Neuerungen der 2019 geänderten Verordnung zur Durchführung des Jagdgesetzes des Landes Brandenburg ging.

Untere Fischereibehörde

An Fischer*innen und Angler*innen wurden im vergangenen Jahr 226 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Gegenwärtig gibt es damit im Landkreis circa 6.500 aktive Angler*innen mit und ohne Fischereischein. Die Untere Fischereibehörde führte zwei Anglerprüfungen mit insgesamt 35 Prüflingen durch. Im Landkreis fanden zudem 45 Anglerprüfungen durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 495 zu Prüfenden statt. Im Jahr 2019 haben im Landkreis insgesamt 524 Personen die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 73 ehrenamtliche Fischereiaufseher*innen, von denen acht im Jahr 2019 neu berufen wurden. An der jährlichen Schulung nahmen 19 Fischereiaufseher*innen teil. Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Gewerbeangelegenheiten

Im Berichtsjahr wurde bei Sachentscheidungen der örtlichen Gewerbebehörden in 56 Fällen beratend und unterstützend mitgewirkt. Die Beratung der kommunalen Gewerbebehörden im Landkreis vor Ort wurde turnusmäßig weitergeführt.

2019 wurden drei Veranstaltungen als Ausstellungen gemäß § 69 i. V. m. § 65 GewO festgesetzt.

Nach der Landeschiffahrtsverordnung wurden eine Regatta, eine Lichterfahrt, eine Vereinsmeisterschaft und ein Triathlon genehmigt.

In einem gewerberechtlichen Verfahren wurde das Widerspruchsverfahren abgeschlossen.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Der Austausch mit den zuständigen Behörden zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Berlin wurde 2019 intensiviert.

Die Baustellenkontrollen wurden im Berichtsjahr im Kreisgebiet Teltow-Fläming weitergeführt, Ermittlungsverfahren wurden entsprechend eingeleitet bzw. von anderen Behörden weiter verfolgt, wobei vorrangig an das Hauptzollamt Potsdam und an die Steuerfahndung Cottbus abgegeben wurde.

Im November 2019 nahm die Kreisordnungsbehörde an der 29. Koordinierungsberatung der Arbeitsgruppe „Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in Berlin und Brandenburg“ in Berlin teil.

Schornsteinfegerangelegenheiten

Auch im Jahr 2019 wurde die Aufsicht über die 20 bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger (BBSF) hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHWG) kompetent ausgeübt.

Ausgehend von der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg über die Führung, Vorlage und Prüfung der Kehrbücher (Kehrbuchrichtlinie) wurden vier ausgewählte Kehrbüchern der BBSF überprüft.

Nach dem SchfHWG und unter Beachtung der Brandenburgischen Bezirksschornsteinfeger-Ausschreibungs- und Auswahlverordnung waren zwei Kehrbezirke, deren befristete Bestellung nach sieben Jahren endete, öffentlich auszuschreiben. Nach Abschluss der Prüfung zum Auswahlverfahren konnte den bisherigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern wieder der Zuschlag für die Verwaltung ihrer Kehrbezirke für weitere sieben Jahre erteilt werden. Eine weitere Ausschreibung war notwendig, da der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger mit Antrag um Aufhebung seiner Bestellung zum 31. Dezember 2019 gebeten hatte. Nach Abschluss des Auswahlverfahrens erfolgte auch hier eine befristete Bestellung als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger für sieben Jahre. Ausgehend von § 12 SchfHWG musste ein Widerrufsverfahren der Bestellung geführt werden, da bei einem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger die erforderliche persönliche Zuverlässigkeit für die Ausübung des Amtes geprüft werden musste. Die Bestellung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers wurde aufgehoben. Der somit unbesetzte Kehrbezirk wurde mit Anordnung der Verwaltung durch zwei bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger befristet bis zur neuen Bestellung vertreten. Es erfolgte auch hier eine Ausschreibung und nach Abschluss des Auswahlverfahrens konnte auch dieser Kehrbezirk befristet für sieben Jahre neu besetzt werden.

An den hier genannten vier Ausschreibungsverfahren haben sich insgesamt 16 Schornsteinfegermeister beteiligt.

Mit dem neuen SchfHWG kam es zu einer neuen Qualität in der Bearbeitung und Durchsetzung der Eigentümergepflichten. Der in diesem Verfahren zu erstellende Feuerstättenbescheid bildet hier die Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln in Form des Zweitbescheides und einer daraus folgenden Ersatzvornahme. Insgesamt wurden hier 80 Verwaltungsverfahren geführt.

Versicherungsbehörde

Die Versicherungsbehörde wurde 2019 wieder intensiv von Bürger*innen genutzt. Es wurden Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbwaisenrenten, Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften sowie Widersprüche, Klagen und Zeugenaussagen entgegengenommen und bearbeitet. Des Weiteren wurden Anträge zur medizinischen Rehabilitation sowie Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen und die Antragsteller*innen umfassend beraten.

Zudem wurde die Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow in der dortigen Gemeindeverwaltung (jeweils am letzten Donnerstag des Monats) wieder sehr gut angenommen.

Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Ausländerbehörde – Allgemeine Ausländerangelegenheiten

Ende 2019 waren 9.804 Ausländer*innen bei der Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming mit 121 verschiedenen Staatsangehörigkeiten registriert.

Darüber hinaus waren 460 Personen zum Jahresende in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg in Zossen, Ortsteil Wünsdorf gemeldet. 2019 lebten erstmalig mehr als 10.000 Ausländer*innen im Landkreis. Der Anteil ausländischer Personen im Landkreis stieg auf 6,2 Prozent (2018: 5,6; 2013: 2,5 Prozent).

Der stetige Zuwachs an EU-Ausländer*innen und Nicht-EU-Ausländer*innenn im Landkreis ist auch eine Auswirkung der hohen Nachfrage an Arbeitskräften in den unterschiedlichsten Branchen.

Zur Veranschaulichung einige statistische Zahlen:

Die größte Gruppe der Ausländer*innen sind mit 5.134 Personen EU-Ausländer*innen (52 Prozent). Der Anteil der Personen unter 16 Jahre liegt bei EU-Ausländer*innen bei 11 Prozent, hingegen bei den Nicht-EU-Ausländern bei 21 Prozent.

Ein Daueraufenthaltsrecht haben rund 1.000 Personen (10 Prozent) und sind bis auf das fehlende Wahlrecht und den ausländischen Pass den inländischen Personen rechtlich gleichgestellt. Sie erfüllen damit weitestgehend die Voraussetzungen für die Einbürgerung.

4.500 Personen (50 Prozent) sind weniger als vier Jahre im Bundesgebiet.

Die häufigsten Staatsangehörigkeiten sind Polen (2.782 Personen), Syrien (978 Personen), Rumänien (770 Personen) sowie Russische Föderation (537 Personen) und Afghanistan (441 Personen).

Aus 23 Ländern leben derzeit jeweils nur ein oder zwei Staatsangehörige im Landkreis, u. a. Belize, Costa Rica, Lesotho und Tadschikistan.

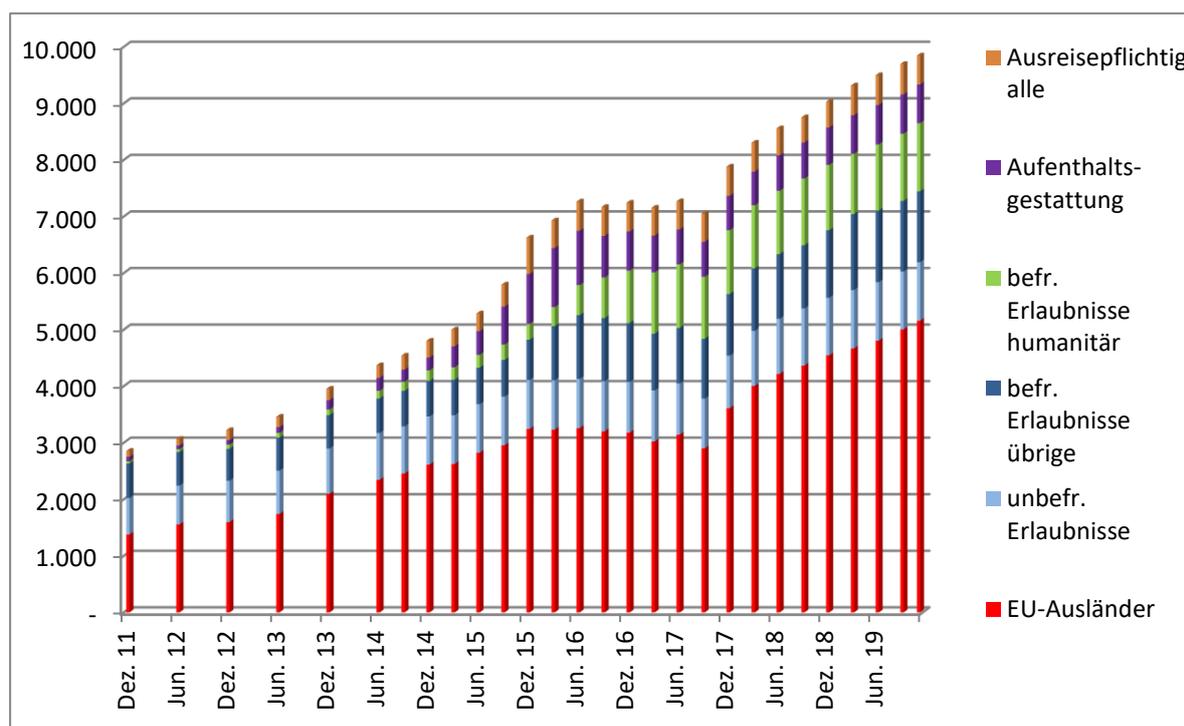


Abbildung 7: Ausländer*innen im Landkreis Teltow-Fläming von 2011 bis 2019 nach Aufenthaltsstatus

Eine Vielzahl der im Jahr 2016 erteilten Aufenthaltserlaubnisse für GfK-Flüchtlinge – Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GfK) zuerkannt – und die entsprechenden Reiseausweise für Flüchtlinge wurden im Jahr 2019 nach drei Jahren verlängert. Dies führte im Jahr 2019 zu einem erheblichen Anstieg der erteilten Aufenthaltstitel und der Reiseausweise.

Die zahlreichen ausländerrechtlichen Änderungen und die veränderten Rahmenbedingungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führten im Jahr 2019 zu wechselnden Arbeitsschwerpunkten in der Ausländerbehörde.

Tabelle 20: elektronische Aufenthaltstitel und Reiseausweise 2015 bis 2019

Ausweis	2015	2016	2017	2018	2019
elektronische Aufenthaltstitel	736	1.559	1.271	1.214	1.647
elektronische Reiseausweise	172	680	185	167	472

Die sprunghaften Zunahmen 2016 und 2019 sind in der sehr hohen Anzahl an anerkannten Flüchtlingen im Jahr 2016 begründet, welche gleichzeitig einen Reiseausweis für Flüchtlinge erhielten.

Ab Mitte 2016 wurde vom BAMF mehrheitlich der Status des subsidiären Schutzes anerkannt. Im Gegensatz zur dreijährigen Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge erhalten die übrigen anerkannten Schutzsuchenden eine Aufenthaltserlaubnis zuerst für ein Jahr, die dann für weitere zwei Jahre verlängert wird.

Die Einführung der Wohnsitzregelung des § 12a Aufenthaltsgesetz in den ersten drei Jahren nach der Anerkennung des Schutzstatus führte im Jahr 2019 zum Auslaufen der Regelung bei einer Vielzahl von Personen. Die erwartete umfassende Abwanderung der Schutzberechtigten blieb jedoch aus.

Ausländerbehörde – Asylangelegenheiten und Aufenthaltsbeendigung

Im Jahr 2019 wies die Erstaufnahme des Landes 189 Personen (2018: 207; 2017: 287; 2016: 438; 2015: 1.848) im laufenden Asylverfahren aus 19 verschiedenen Herkunftsländern zu. Die hier geborenen Kinder, für die die Eltern nach der Geburt einen Asylantrag gestellt haben, wurden nicht mit einberechnet. Per 31. Dezember 2019 waren 996 Asylbewerber*innen bzw. abgelehnte Asylbewerber*innen (2018: 941; 2017: 948; 2016: 1.050, 2015: 1.964) registriert.

Tabelle 21: Zuweisungen und registrierte Asylsuchende 2015 bis 2019, jeweils per 31.12.

Personenkreis	2015	2016	2017	2018	2019
zugewiesene Personen im laufenden Asylverfahren	1.848	438	287	207	189
registrierte Asylsuchende insgesamt	1.946	1.050	948	941	996
abgelehnte Asylsuchende ⁵	440	369	451	454	494
Personen im Duldungsstatus	257	342	355	291	314

⁵ Zu den abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern werden alle Personen gerechnet, die bei der Ausländerbehörde Teltow-Fläming gemeldet sind und deren letzte Asylentscheidung eine Ablehnung des Asylantrages ist. Unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus.

Namensänderungen

Im Jahr 2019 wurden 16 Anträge auf Namensänderung gestellt (2018: 10; 2017: 8), davon zehn Anträge auf Familiennamensänderung und sechs Anträge auf Vornamensänderung.

Staatsangehörigkeiten

Es wurden 126 Einbürgerungsberatungsgespräche geführt (2018: 102, 2017: 119, 2016: 90) und zusammen mit der ausländischen Person die individuellen Voraussetzungen geprüft und festgestellt, ob bzw. ab wann ein aussichtsreicher Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann.

Wie schon im Vorjahr wurde in 2019 eine Informationsveranstaltung zum Thema Einbürgerungen bei der Firma Rolls Royce mit dem Schwerpunkt Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) durchgeführt. Die Ausländerbehörde erhielt positive Rückmeldungen. Darüber hinaus wurden in den Jahren 2018 und 2019 alle britischen Staatsangehörigen im Landkreis (circa 170 Personen) angeschrieben. Sie wurden über die Auswirkungen des Brexits informiert. Auf Wunsch erfolgte ein persönliches Beratungsgespräch über die Voraussetzungen zur Einbürgerung.

Im Jahr 2019 stellten 82 Personen Anträge auf Einbürgerung (2018: 78, 2017: 54). Im Rahmen von acht Einbürgerungsfeiern erhielten 74 Personen mit 25 verschiedenen Staatsangehörigkeiten die deutsche Staatsbürgerschaft, darunter 23 britische Staatsangehörige.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Abwehrender Brandschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 506 Bränden (2018: 702 Einsätze) und 1.656 technischen Hilfeleistungen (2018: 1484 Einsätze) gerufen. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren 124 Gebäudebrände sowie 112 Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei 371 Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von 88 Gefahrenstellen durch Unwetter geleistet. Weiterhin kam es zu 468 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen.

Auf Grund des wiederholt extrem trockenen Sommers kam es während der Waldbrandsaison zu 104 Wald- und Flächenbränden, die größer als 10m² waren. Die Gesamtbrandfläche betrug rund 1.025 Hektar. Schwerpunkt bildeten hier die Monate Juni und Juli mit 60 Bränden und einer Fläche von rund 1.006 Hektar. Dabei waren allein bei den Bränden auf dem ehemaligen Übungsplatz Jüterbog/West und dem Brand bei Märtensmühle vom 3. Juni bis 12. Juni 2019 804,65 Hektar und vom 25. Juli bis 27. Juli 2019 circa 160 Hektar betroffen. Auf die Informationsvorlage [„Waldbrände und Großschadenslage 2019 – Grundsätzliche Maßnahmen“](#), Nr. 6-3934/19-III, sei verwiesen.

Vorbeugender und baulicher Brandschutz

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis aktuell 742 derartige Objekte erfasst. Aufgabe ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Im Jahr 2019 wurden im Landkreis 102 (2018: 72) Brandverhütungsschauen und Begehungen zur Erteilung der Betriebserlaubnis durchgeführt sowie 365 Stellungnahmen (2018: 187) im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben oder als Träger öffentlicher Belange erarbeitet. Weiterhin wurde die Brandschutzdienststelle bei vier Aufschaltungen von Brandmeldeanlagen, vier Inbetriebnahmen von Feuerwehrschränken sowie der Inbetriebnahme einer BOS Gebäudedefunkanlage tätig.

Zivil- und Katastrophenschutz

Im Berichtsjahr organisierte der Fachbereich Zivil- und Katastrophenschutz für die Mitglieder der Koordinierungsgruppe des Katastrophenschutzstabes des Landkreises fünf Ausbildungsveranstaltungen, in denen verschiedene Einsatzszenarien geprobt und insbesondere die Aufgaben des Rufbereitschaftsdienstes in der Anfangsphase der jeweiligen Szenarien bearbeitet wurden. Schwerpunkt der Ausbildung bildete die Integration des gesamten Systems in die Waldbrandübung des Landkreises auf dem ehemaligen TÜP Jüterbog-West Jüterbog am 29. und 30. März 2019. Hier wurden das Zusammenwirken zwischen der Führung vor Ort und der Koordinierungsgruppe sowie externen Fachberatern geprobt. Die Regionalleitstelle informierte den Rufbereitschaftsdienst im vergangenen Jahr zu 20 Einsätzen. Bei vier Einsätzen nahm die Koordinierungsgruppe ihre Arbeit auf. Hierbei handelte es sich um die Unterstützung bei der Suche nach Kindern im Rahmen der Explosion in einer Industriebrache in Luckenwalde sowie der drei großen Waldbrände auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Jüterbog im Juli 2019. Da die Flächen munitionsbelastet sind, musste sich der Einsatz der Feuerwehren auf die Verhinderung der weiteren unkontrollierten Ausbreitung des Feuers beschränken. Zwölf Ereignisse wurden an die zuständigen Ämter zur Bearbeitung weitergegeben.

Zur weiteren Verbesserung der Ausrüstung und damit der Einsatzbereitschaft konnte im Berichtsjahr in den Bestand des kreislichen Katastrophenschutzes für die Schnelleinsatzgruppe Verpflegung ein Geräte- sowie ein Mannschaftstransportwagen übernommen werden. Damit wurde die Erneuerung des Fahrzeugbestandes für diese Einheit abgeschlossen.

Der Bereich Katastrophenschutz nahm an drei Vor-Ort-Besichtigungen des Landesamtes für Umweltschutz in Betrieben teil, die den Regeln der Störfallverordnung (12. BImSchV) unterliegen.

Es wurden insgesamt 15 Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt bzw. fachlich unterstützt. Dies betraf sowohl die Kreisausbildung wie auch Übungen der Kommunen. Der Schwerpunkt in der Ausbildung lag bei der Weiterbildung der Mitglieder der Regieeinheit Notfallseelsorge-Krisenintervention und der Sondereinsatzgruppen Führung und Führungsunterstützung.

Kreisbrandmeister

Der Kreisbrandmeister und seine beiden Stellvertreter, Lothar Schwarz (FF Großbeeren) und Silvio Kahle (FF Trebbin), üben im Auftrag der Landrätin die Sonderaufsicht über die amtsfreien Gemeinden und das Amt Dahme/Mark als Träger des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung sowie über die im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Einheiten aus. Ferner kann ihnen durch die Gesamtführung die Einsatzleitung bei überörtlichen Brand- und Hilfeleistungseinsätzen sowie bei Großschadenslagen und Katastrophen übertragen werden, so geschehen bei dem Waldbrand im Bereich Frankenförde/Felgentreu. Im Jahr 2019 wurde die Sonderaufsicht im Wesentlichen wieder durch die fachliche Begleitung von Einsätzen sowie die Begleitung diverser Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen wahrgenommen.

Feuerwehrtechnisches Zentrum (FTZ)

Der Ausbau des FTZ zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde unter anderem durch folgende Maßnahmen fortgeführt:

Tabelle 22: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ

Maßnahme	Kosten in Euro
Erneuerung und Instandsetzungsarbeiten von baulichen Anlagen	79.818,50
Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Ausbildung	17.060,29
Erneuerung Katastrophenschutz Fahrzeuge	456.155,10

Im Rahmen der Kreisausbildung konnte dem Bedarf von insgesamt 847 Ausbildungsplätzen nur mit 632 tatsächlich zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen entsprochen werden. Dies sind 74,6 Prozent des bestehenden Bedarfes. Die Teilnehmer*innen wurden in 33 Lehrgängen in zwölf verschiedenen Fachrichtungen des feuerwehrtechnischen Dienstes sowie in speziellen Bereichen des Brand- und Katastrophenschutzes geschult. Die tatsächliche Auslastung betrug mit 507 Personen 80,2 Prozent.

Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 606 Kamerad*innen an 21 Wochenenden.

Für die Träger des Brandschutzes wurden im Jahr nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Tabelle 23: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ

Geräte/Ausrüstung	Anzahl
Pressluftatmer gereinigt und geprüft	2.711
Lungenautomaten gereinigt und geprüft	559
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft	3.710
Chemikalienschutzanzüge geprüft	71
Druckluftflaschen gefüllt	3.031
Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert	5.538
Tragkraftspritzen instandgesetzt	2

Brandschutzerziehung

Das Team Brandschutzerziehung war auch im Jahr 2019 wieder sehr aktiv. Im Landkreis wurden in 17 Kitas und fünf Grundschulen insgesamt circa 1.150 Kinder, Schüler*innen und Erzieher*innen über die Gefahren von Feuer und Rauch aufgeklärt sowie das richtige Verhalten in Notfällen geschult und trainiert. Das Team war des Weiteren auch wieder auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, wie z. B. Tagen der offenen Tür, vertreten. Natürlich wurden auch die Feuerwehren bei ihren Veranstaltungen vor Ort wieder aktiv unterstützt. Mittlerweile ist die Brandschutzerziehung in vielen Einrichtungen im Landkreis selbstverständlich geworden. Auch über die Kreisgrenzen hinaus genießt das Team großes Ansehen.

Das Team unterstützte aktiv mit Material und Personal die Schulungen von Kita- und Lehrpersonal sowie die Hausmeister im Umgang mit Handfeuerlöschern. Die eigene Weiterbildung hat dabei natürlich auch immer einen sehr hohen Stellenwert. So wurde im März 2019 ein Seminar zur Pädagogik in der Brandschutzerziehung im Feuerwehrtechnischen Zentrum durchgeführt. Hierbei wurden wieder zahlreiche Multiplikatoren, speziell aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit der Feuerwehren, ausgebildet.

Unterstützung Feuerwehrverband

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützte der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung folgender Höhepunkte:

- Jugendlager der Kreisjugendfeuerwehr Teltow-Fläming vom 25. bis 30. Juni 2019 in Sperenberg
- Krümelager der Kreisjugendfeuerwehr Teltow- Fläming vom 5. bis 7. April 2019 in Blankensee
- Pokallauf der Löschkrümel der Kreisjugendfeuerwehr Teltow-Fläming am 31. August 2019 in Glienick
- Völkerballturnier der Kreisjugendfeuerwehr Teltow-Fläming in Jüterbog am 9. November 2019
- kreisoffener Kindertag der Feuerwehr Nuthe-Urstromtal in Dobbrikow
- Kreismeisterschaften der Feuerwehren im Löschangriff nass sowie im Feuerwehrsport (Hakenleitersteigen und Hindernislauf im Feuerwehrtechnischen Zentrum am 26. Mai 2019 sowie der Löschangriff nass in Wünsdorf am 24. August 2019)
- Nachtpokal „Löschangriff nass“ in Gräfendorf am 21. September 2019

Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz

Im 2019 neu gebildeten Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz sind neben der Sekretärin und der Amtsleiterin 30 Personen tätig, davon acht im Sachgebiet Veterinärwesen, vierzehn im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung und acht im Sachgebiet Denkmalschutz. Seit Dezember 2019 bildet der Landkreis einen im Land Brandenburg bisher völlig neuen Beruf „Veterinärhygienekontrolleurin“ im mittleren Dienst aus.

Sachgebiet Veterinärwesen

Tierseuchen

Besondere Aufgaben aus der Tierseuchenbekämpfung:

Afrikanische Schweinepest (ASP):

Zur Vorsorge des Eintrages von ASP in die Nutztierbestände des Landkreises wurden 2019 alle großen Schweinehaltungen, die Schweinefreilandhaltungen und ein Teil der Auslaufhaltungen auf die Einhaltung der Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung hin überprüft. Darüber hinaus wurden vorbereitende Maßnahmen ergriffen, um bei einem Schweinepestausbruch vorbereitet zu sein.

In diesem Zusammenhang wurde bei elf Gesellschaftsjagden im Landkreis die Einhaltung der Jagdhygiene kontrolliert, Probenahme- und Informationsmaterial verteilt und Fragen der Jäger beantwortet.

Zur Beantwortung aller Fragen rund um die ASP wurden zahlreiche Pressemitteilungen und ständig aktueller Internetauftritt zusammen mit der Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Durch die Amtsleiterin wurden sowohl die Koordinierungsgruppe des Katastrophenschutzstabes, die Landwirte und die Bürgermeister über den jeweils aktuellen Sachstand informiert.

Zur Vorbereitung des Ernstfalls wurden im Landkreis 18 Stellen ermittelt, kontrolliert und verortet, die dann zur Lagerung von Konfiskaten (Wildschweinkadavern) genutzt werden können.

West-Nil-Fieber (WNF)

Im Frühjahr dieses Jahres war ein Verdachtsfall von WNF bei einem Pferd abzuklären, der sich letztendlich nicht bestätigte. Die Erkrankung WNF macht in Brandenburg seit 2018 Schlagzeilen mit mehreren Fällen in den Landkreisen Elbe-Elster und Spree-Neiße, aber auch in Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Die Krankheit wird durch ein Virus verursacht, das hauptsächlich durch Insekten auf Vögel und umgekehrt übertragen wird. Das Pferd und auch der Mensch können als Fremdwirt infiziert werden. Um die Pferde in der Region zu schützen, rät die Ständige Impfkommission Vet zur vorbeugenden Impfung besonders von im Freien gehaltenen Pferden.

Planmäßige Kontrollen Tierseuchen/tierische Nebenprodukte:

116 Kontrollen wurden in Nutztierhaltungen in Hinblick auf die Beseitigung tierischer Nebenprodukte durchgeführt. Aufgrund von Verstößen nach diesen Kontrollen wurden drei Bußgeldverfahren eingeleitet.

Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen

Die Anzahl der Exporte und der Attestierung von Zuchttieren für den innergemeinschaftlichen Handel war 2019 im Bereich der Rinder erstmal seit Jahren rückläufig. Dafür stieg die Anzahl der Schweine, die innergemeinschaftlich aus dem Landkreis gehandelt wurden an.

Tierschutz

Tabelle 24: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen

Vorgang	Anzahl
Bearbeitete Tierschutzanzeigen, gesamt	221
- Hunde/Katzen/Heimtiere/Sonstige	161
- Nutztierhaltungen	60
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	25
Verfügungen	22
- davon mit Widerspruchsverfahren	4
Tierhalteverbote, neu ausgesprochen	6
Fortgenommene, beschlagnahmte, ausgesetzte Tiere, gesamt:	56
- Katzen	7
- Hunde	25
- Pferde	0
- Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine	0
- Sonstige (Geflügel, Kaninchen, Exoten)	24
Kontrollen Nutztierhaltung	172

Im Jahr 2019 wurden Bußgelder in Höhe von 7.190 Euro verhängt, wobei einige Verfahren noch bei der Staatsanwaltschaft bzw. dem Amtsgericht anhängig sind.

Besondere Tierschutzfälle

Im Jahr 2018 wurde die Anordnung zur Auflösung einer Rinderhaltung mit ca. 2.500 Tieren auf Grund von erheblichen Tierschutzmängeln in der Haltung und Betreuung der Rinder erlassen. Der Antrag des Rinderhalters auf Aussetzen der sofortigen Vollziehung wurde durch Beschluss des VG Potsdam im Januar 2019 sowie durch OVG Beschluss vom August 2019 abgelehnt. Der Tierhalter löste die Rinderhaltung zum Ende des Jahres 2019 auf. Das Klageverfahren ist weiterhin offen.

Drei laufende Verfahren zu erteilten Tierhalteverboten aus dem Jahr 2016 sind weiterhin beim VG Potsdam anhängig und noch nicht entschieden.

Insgesamt hat der Aufwand für die Bearbeitung einzelner Tierschutzfälle nicht nur wegen absichtlicher Fehlinformationen an die Behörde und gleichzeitig erhöhten Rechercheaufwands zugenommen.

Besonders zeit- und arbeitsaufwändig gestaltete sich das Verfahren um eine zoologische Einrichtung im Landkreis, da durch einen Geschäftsführerwechsel und das Auslaufen der Zoogenehmigung die Untere Naturschutzbehörde ein neues Erlaubnisverfahren starten musste. Das Veterinäramt war wegen der Genehmigungspflicht der Zurschaustellung beteiligt. Hierfür wurden externe Sachverständige hinzugezogen. Eine große Anzahl von Tierschutzanzeigen begleitete das Verfahren.

Insgesamt mussten für amtlich fortgenommene oder verwahrte Tiere Kosten in Höhe von 10.190,60 Euro aufgebracht werden.

In mehreren Fällen waren Sicherungsmaßnahmen der Polizei notwendig.

Erneut musste festgestellt werden, dass Tierhaltungen von Personen mit psychischen Problemen bzw. Einschränkungen zunehmen. So ergaben sich im Rahmen von Tierschutzkontrollen Hinweise auf Alkoholabhängigkeit, Demenz und manifeste psychische Erkrankungen der Tierhalter*innen, die eine effiziente Durchführung der Kontrollen erschwerten.

Schwerpunkt Schweinebetriebe:

Schweinehaltungen stehen 2019 zunehmend kritisch im Fokus der Öffentlichkeit. Die Unternehmen haben mit dem Fachkräftemangel und den wirtschaftlichen Problemen (niedrige Schweinepreise und hohe Umbaukosten) zu kämpfen. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber den Betrieben, die umbauen möchten, aufgrund fehlender Gesetzesänderung keine Planungssicherheit gibt.

2019 schloss bereits ein größerer Betrieb. Bei weiteren Betrieben ist die Zukunft ungewiss.

In vielen Schweinebetrieben traten bei Tierschutzkontrollen vermehrt tierschutzrelevante Mängel auf, die in einigen Fällen (achtmal) aufwändige Verfügungen und diverse Nachkontrollen verlangten. Bei zwei Betrieben wurde ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Aufgrund von Mängeln bei einem EU-Audit zum Thema „Kupieren der Schwänze bei Schweinen“ wurde Deutschland aufgefordert, einen Aktionsplan zum schrittweisen Kupierverzicht bei Ferkeln einzuführen. Zu diesem Aktionsplan gab es 2019 diverse Infoveranstaltungen. Ab 1. Juli 2019 musste jeder Betrieb, der kupierte Schweine hält, dem Veterinäramt nachweisen, dass der Eingriff gegenwärtig noch aus Tierschutzgründen unerlässlich ist. Dies bedeutete, dass sich die eigentlichen Tierschutzkontrollen durch den erhöhten Aufwand bei der Vor- und Nachbereitung deutlich zeitintensiver gestalteten.

Tabelle 25: Tierschutzkontrollen zum Thema „Kupieren der Schwänze bei Schweinen“

Maßnahme	Anzahl
Anschreiben aller gewerblichen Schweinehaltungen zum „Aktionsplan zum schrittweisen Kupierverzicht“	31
Nach Auswertung der zurückgesandten Tierhaltererklärungen zur Teilnahme am Aktionsplan verpflichtete Betriebe	21
2019 kontrollierte „Aktionsplan“-Betriebe (Risikoanalyse, Erfassung von Schwanz- und Ohrverletzungen, Einleitung von geeigneten Optimierungsmaßnahmen)	12

Tierarzneimittelüberwachung

Von 44 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis Teltow-Fläming wurden 22 im Jahr 2019 kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Betrieben, die lebensmittelliefernde Tiere halten, fand bei 86 Beständen statt. Es wurde eine Tierheilpraktikerin kontrolliert. Im Bereich Tierarzneimittelüberwachung wurden zwei Bußgelder verhängt. Im Antibiotika-Monitoring befanden sich im Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2019 41 Bestände.

Futtermittelüberwachung

Im Jahr 2019 wurden im Landkreis in 216 landwirtschaftlichen Betrieben Futtermittelkontrollen durchgeführt sowie 25 Futtermittelproben zur Untersuchung eingeschickt. Bei einer Futtermittelprobe führte das Laborergebnis zur Beanstandung der Deklaration.

Über das Schnellwarnsystem mussten zur Gefahrenabwehr in acht Betrieben Futtermittel gesperrt werden, in einem Betrieb konnte das Verfütterungsverbot wieder aufgehoben werden.

Im Rahmen des Brandenburger Qualitätsmanagementsystems wurde 2019 der Fachbereich Futtermittel auditiert. Es gab keinerlei Beanstandungen oder Empfehlungen.

Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

Risikoorientierte Betriebskontrollen

Im Landkreis sind 2.021 Betriebe für die Herstellung oder den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika registriert. Beschäftigte der Lebensmittelüberwachung führten in diesen Betrieben im Jahr 2019 insgesamt 2.595 Betriebskontrollen durch. Darunter waren 2.018 Plankontrollen, 45 Ein- und Ausfuhrkontrollen und 532 außerplanmäßige Kontrollen. Unter den außerplanmäßigen Kontrollen waren 76 Nachkontrollen, 31 Beschwerdekontrollen und 116 Rückrufkontrollen.

Tabelle 26: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2018 und 2019

Betriebsart	gemeldete Betriebe		kontrollierte Betriebe		Zahl der Kontrollen		beanstandete Betriebe	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Erzeuger (Urproduktion) ⁶	388	386	33	31	37	40	5 (15,2 %)	0 (0,0%)
Hersteller und Abpacker ⁷	64	62	44	42	182	167	5 (11,4 %)	3 (7,1%)
Vertriebsunternehmer u. ä. ⁸	62	78	31	34	103	113	0 (0,0 %)	1 (2,9%)
Einzelhändler ⁹	474	472	325	317	640	722	23 (7,1 %)	32 (10,1%)
Dienstleistungsbetriebe ¹⁰	929	907	645	714	1170	1401	51 (7,9 %)	61 (8,5%)
Hersteller im Einzelhandel ¹¹	114	116	66	65	155	152	7 (10,6 %)	10 (15,4%)
<i>gesamt</i>	<i>2033</i>	<i>2021</i>	<i>1145</i>	<i>1203</i>	<i>2301</i>	<i>2595</i>	<i>90 (7,9 %)</i>	<i>107 (8,9%)</i>

Die Zahl der kontrollierten Betriebe und der Betriebskontrollen konnte 2019 im Vergleich zu 2018 um ca. 300 Kontrollen erhöht werden. Der Anteil der beanstandeten Betriebe lag 2019 mit 8,9 Prozent etwas höher als 2018 (7,9 Prozent), jedoch niedriger als 2017 (11,1 Prozent).

Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden 169 Schnellwarnmeldungen, 50 Verbraucherbeschwerden und 41 Meldungen zu Erkrankungshäufungen bearbeitet.

Handelsklassenkontrollen

Diese umfassen die Überprüfung der festgelegten Handelsklassen für frisches Obst und Gemüse sowie für Geflügel und Eier. Außerdem wird die Fischetikettierung (verpflichtende Angaben für Herkunft und Fangmethode) geprüft. Bei 90 Betriebskontrollen gab es nur in elf Fällen nichts zu beanstanden, in 79 Fällen waren Abweichungen zu verzeichnen. Hier wurden in der Regel Anordnungen erlassen und Verwarnungen (mit und ohne Verwarngeld) ausgesprochen.

Probenahme

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 635 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen gezogen, davon 553 Planproben und 42 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgspuren. Bis Januar 2020 wurden davon jedoch nur 493 Proben im Landeslabor Berlin Brandenburg abschließend befundet. Die folgende Auswertung bezieht sich ausschließlich auf die Proben, für die die entsprechenden Ergebnisse bis Januar vorlagen.

⁶ z. B. Tierhalter, Imker, Erzeuger von Getreide

⁷ z. B. Schlachtbetriebe, zugelassene Metzgereien, Hersteller von Kosmetika

⁸ z. B. Lebensmittellager, Großhändler

⁹ z. B. Supermärkte, Metzgerei- und Bäckereifilialen, Getränkemärkte

¹⁰ z. B. Gastronomie, Großküchen, Essenausgabestellen in Kitas und Schulen

¹¹ z. B. kleine Bäckereien und Metzger, Eisdielen mit eigener Herstellung, landwirtschaftliche Direktvermarkter

Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei 11,2 Prozent und damit niedriger als im Vorjahr (15,3 Prozent). Von den 51 beanstandeten Lebensmittelproben wurden 41 Proben (80,4 Prozent) wegen Verstößen gegen Kennzeichnungsvorschriften beanstandet, nur fünf Proben (9,8 Prozent) wurden als „nicht zum Verzehr geeignet“ beurteilt.

Bei einigen Warengruppen waren deutlich überdurchschnittliche Beanstandungsquoten zu verzeichnen:

Tabelle 27: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2019

Warengruppe	Probenzahl	Beanstandet (Stück)	Beanstandet (Prozent)
Diätetische Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel	5	4	80,0
Krusten-, Schalen-, Weichtiere	3	2	66,7
Konfitüren und ähnliches (Direktvermarktung)	4	2	50,0
Kosmetische Mittel	12	5	41,7
Wurstwaren	23	7	30,4

Bei folgenden Warengruppen gab es trotz relativ hoher Probenzahl keine Beanstandungen: Käse, Butter, Eier, Eiprodukte (14 Proben), Feinkostsalate, Mayonnaisen (18 Proben), Frischgemüse, Gemüseerzeugnisse, Pilze, Pilzerzeugnisse (35 Proben), Frischobst (21 Proben), Fruchtsäfte (elf Proben), Honig, Brotaufstriche (elf Proben), Fertiggerichte, Würzmittel (13 Proben).

Export/Import

Exportkontrollen wurden für 20 Sendungen Geflügelfleisch (gesamt ca. 340 Tonnen), für dreizehn Sendungen Schokoladenprodukte (gesamt ca. 80 Tonnen) und sechs Sendungen Milchpulver (gesamt ca. 400 Tonnen) durchgeführt. Außerdem wurden Exportzertifikate für fünf Sendungen Feinkostprodukte und sechs Sendungen Erfrischungsgetränke erstellt. Im Rahmen der Einfuhrkontrollen wurden neun Sendungen (gesamt ca. 4900 kg) Pistazien, Haselnüsse und Erdnussprodukte abgefertigt.

Durch Lebensmittel bedingte Erkrankungen

Im Juli erkrankten 22 Jugendliche von 43 Teilnehmern einer Ferienfreizeit im Landkreis Teltow-Fläming. Symptome waren hohes Fieber, Übelkeit und Erbrechen. Drei Erkrankte wurden stationär behandelt. Die Verdachtsdiagnose lautete zunächst "Sommergrippe". Im weiteren Verlauf wurde aus den Stuhlproben mehrerer Erkrankter der bakterielle Durchfallerreger *Salmonella Enteritidis* isoliert.

Die lebensmittelhygienische Überprüfung der Küche im Landkreis Teltow-Fläming verlief zunächst ohne Beanstandung. Allerdings wurde im Landeslabor Berlin Brandenburg in einer der neun entnommenen Proben der noch vorhandenen Lebensmittel (zubereiteter Reis) *Salmonella Enteritidis* nachgewiesen. Später durchgeführte *Salmonella*-Feintypisierungen der Humanisolate durch das RKI (Robert Koch Institut) und des Lebensmittelisolates aus dem Reis durch das BfR (Bundesinstitut für Risikobewertung) ergaben eine hohe Übereinstimmungsrate.

Somit stehen diese Isolate mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem epidemiologischen Zusammenhang. Der Reis war jedoch erst nach Auftreten der ersten Erkrankungen zubereitet worden, so dass dieser nicht die primäre Quelle der Infektionen sein konnte.

Da die Verpflegung der Jugendlichen in einer gewerblichen Küche in Berlin vorbereitet wurde, war auch die für diese Küche zuständige Lebensmittelüberwachung in Berlin unverzüglich in Kenntnis gesetzt worden. Hier wurden bei vier Mitarbeitern der Küche Salmonellen im Stuhl nachgewiesen. Außerdem gab es vier weitere erkrankte Personen, die beim Besuch von Berliner Wochenmärkten ein in dieser Küche hergestelltes Mittagessen verzehrt hatten. Wahrscheinliche Quelle der Infektionen waren die in der Berliner Küche frisch unter Verwendung von rohen Eiern produzierten Spätzle, die gleichzeitig bei der Ferienfreizeit in Teltow-Fläming, von den Besuchern der Berliner Wochenmärkte und den Mitarbeitern der Küche verzehrt wurden.

Anträge nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG)

Seit 2007 bietet das VIG allen die Möglichkeit, bei den zuständigen Behörden der Lebensmittelüberwachung auf Antrag Auskünfte über nicht zulässige Abweichungen vom Lebensmittelrecht zu erhalten. Davon wurde bis Ende 2018 nur spärlich Gebrauch gemacht. Im Januar 2019 riefen die Organisation „foodwatch“ und die Initiative „FragDenStaat“ die Online-Plattform „Topf Secret“ ins Leben. Verbraucher*innen wurden aufgerufen, über diese Plattform die Herausgabe der Hygiene-Kontrollberichte von Restaurants und anderen Betrieben der Lebensmittelwirtschaft zu beantragen und diese nach Erhalt auf der Plattform der Öffentlichkeit zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Die Folge war ein sprunghafter Anstieg der Anfragen.

Im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung gingen 2019 insgesamt 95 derartige Anträge ein. Davon wurden bis Ende des Jahres 82 Anträge abschließend beschieden. Die Bearbeitung ist aufwändig. Sofern der betroffenen Lebensmittelunternehmer nach Anhörung keine Einwände geltend macht, sind je Antrag mindestens zwei Stunden Arbeitszeit erforderlich, andernfalls auch deutlich mehr.

Da viele betroffene Lebensmittelunternehmen gegen die Herausgabe der Informationen Widerspruch und Klage eingereicht haben, gab es deutschlandweit eine Vielzahl von Gerichtsverfahren. Die Entscheidungen der Gerichte waren uneinheitlich: teilweise zu Gunsten der Unternehmen und damit gegen die Herausgabe der Daten, teilweise zu Gunsten der Antragsteller*innen und damit für die Herausgabe der Daten. Viele Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Im Landkreis Teltow-Fläming sind keine Gerichtsverfahren anhängig.

Fleischhygiene

Untersuchungszahlen

Im Jahr 2019 war für die Schlachtzahlen gegen den vorherigen Trend wieder eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Das Niveau der Jahre 2012/2013 wurde jedoch nicht erreicht.

Tabelle 28: Untersuchungen Fleischhygiene

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
gewerbliche Schlachtungen gesamt, darunter	86.510	79.836	75.530	77.621	74.484	69.348	65.714	78.671
- Schafe	73.380	68.372	62.697	65.759	63.425	60.598	57.077	69.424
- Schweine	10.212	8.460	8.468	7.587	6.834	7.218	7.407	7.955
- Rinder	2.655	2.780	3.968	3.994	3.915	1.249	970	975
Wild aus Wildbearbeitungs- betrieben	2.017	2.295	1.882	2.095	1.818	2.037	1.383	1.772
Trichinenuntersuchungen (von Jägern entnommenen Proben)	2.513	2.419	2.397	2.419	2.247	3.025	2.662	3.934
Hausschlachtungen	196	280	185	166	170	130	162	198

Trichinenuntersuchung

Im Rahmen der Qualitätssicherung im Trichinenlabor hat das Labor im Jahr 2019 erneut an dem durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) organisierten Ringversuch mit gutem Ergebnis teilgenommen. Kein Ergebnis lag außerhalb des Toleranzbereichs.

Seit Mai 2018 ist auf Antrag die gebührenfreie Untersuchung von Trichinenproben von erlegten Wildschweinen möglich. Grund dafür ist das besondere öffentliche Interesse an der Verringerung der Wildschweinbestände. Damit soll die Gefahr der Verschleppung der Afrikanischen Schweinepest in unsere Region vermindert werden. Von der Möglichkeit der gebührenfreien Untersuchung wurde zunehmend Gebrauch gemacht. Die Anträge wurden in allen Fällen genehmigt.

Tabelle 29: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass

Zeitraum	2. Halbjahr 2018	1. Halbjahr 2019	2. Halbjahr 2019
von Jägern entnommene Proben	1199	1166	2768
Anträge auf Gebührenerlass	869	947	2223
Anteil Anträge an Proben	72,5 %	81,2 %	80,3 %

Die Gesamtzahl der untersuchten Trichinenproben lag 2019 mit 3.934 deutlich höher als in den Vorjahren.

Tabelle 30: Untersuchte Trichinenproben 2016 bis 2019

Monat	Zahl untersuchter Trichinenproben gesamt				Zahl untersuchter Proben aus zugelassenen Betrieben				von Jägern entnommene Proben			
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Januar	312	418	359	297	98	137	118	85	214	281	241	212
Februar	109	151	254	189	43	48	54	25	66	103	200	164
März	232	243	266	203	43	53	63	42	189	190	203	161
April	256	252	344	275	53	59	55	46	203	193	289	229
Mai	217	372	429	274	68	139	108	69	149	233	321	205
Juni	209	305	268	261	49	107	59	66	160	198	209	195
Juli	200	257	211	337	43	72	53	54	157	185	158	283
August	166	299	207	323	61	81	71	105	105	218	136	218
September	311	339	211	636	128	92	35	129	183	247	176	507
Oktober	344	459	239	787	133	117	51	182	211	342	188	605
November	506	666	405	745	155	239	123	160	351	427	282	585
Dezember	448	514	324	667	189	106	65	97	259	408	259	570
gesamt	3.310	4.275	3.517	4.994	1.063	1.250	855	1.060	2.247	3.025	2.662	3.934

Töten im Herkunftsbetrieb

Seit 2010 gibt es die gesetzliche Möglichkeit, auf Antrag des Landwirts die Tötung einzelner Rinder im Haltungsbetrieb zu genehmigen, wenn diese ganzjährig im Freiland gehalten werden. Im Herkunftsbetrieb muss ein amtlicher Tierarzt/eine amtliche Tierärztin zur Lebendbeschau und zur Überwachung der Tötung vor Ort sein. Unverzüglich nach der Tötung muss der Tierkörper zur weiteren Behandlung in einen zugelassenen Schlachtbetrieb befördert werden. Dort führt der amtliche Tierarzt/die amtliche Tierärztin die Fleischuntersuchung durch. In den letzten Jahren gab es einen deutlichen Anstieg derartiger Anträge. Im Jahr 2019 genehmigte das Amt 27 Anträge. Diese betrafen insgesamt 44 Tiere.

Tabelle 31: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
erteilte Genehmigungen	8	3	6	17	24	15	31	27
Anzahl Tiere	11	3	7	21	24	18	44	44

Gebühren für die amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchung

Am 14. Februar 2018 fand vor dem Verwaltungsgericht Potsdam die mündliche Verhandlung zu den seit 2014 anhängigen Klageverfahren eines Schlachtbetriebes gegen die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung und die Auslagen für die nach Nationalem Rückstandskontrollplan entnommenen Proben statt. Es geht um Kosten der Jahre 2014 bis 2017 in einer Gesamthöhe von über 300.000 Euro. Das Gericht kam in seiner Entscheidung zu dem Urteil, dass die Gebührenbescheide des Landkreises im Wesentlichen rechtswidrig seien. Im Juli stellte der Landkreis einen Antrag auf Zulassung zur Berufung, da er eine andere Rechtsauffassung als das Verwaltungsgericht Potsdam vertritt und ihm anderslautende Entscheidungen anderer Verwaltungsgerichte bekannt sind. Eine Entscheidung seitens des Oberverwaltungsgerichts ist bis dato noch nicht getroffen worden.

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

Ziel des Denkmalschutzes ist die Erhaltung historischer Zeugnisse und ihre Verankerung im Bewusstsein der Bevölkerung. Die Hauptaufgaben der Denkmalschutzbehörde sind die Überwachung des Denkmalbestands, die Prüfung und Entscheidung über Anträge auf denkmalrechtliche Erlaubnis und ordnungsbehördliches Eingreifen, wenn Denkmale bedroht sind. Weitere Aufgaben sind die Prüfung eingereicherter Rechnungen auf steuerliche Abzugsfähigkeit und das Ausstellen der entsprechenden Bescheinigungen. Die Denkmalschutzbehörde prüft und votiert Anträge auf Förderung, führt in besonderen Fällen eigenständig archäologische Grabungen und Untersuchungen durch und betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Die folgende Grafik zeigt die Aufgaben der unteren Denkmalschutzbehörde und ihre jeweilige Arbeitsmenge. Auffallend ist dabei, dass die baubegleitenden Entscheidungen den größten Anteil haben. Mit der Erteilung der Baugenehmigung und der darin konzentrierten denkmalrechtlichen Erlaubnis ist diese Aufgabe nicht abgeschlossen. Vielmehr beginnt dann der wesentliche Teil der Arbeit: die Baubegleitung vor Ort mit zahlreichen Entscheidungen bis ins kleinste Detail. In einer Baugenehmigung sind nämlich viele Detailfragen oft nicht geregelt, wie z. B. die Material- oder Farbwahl von Wandflächen, Fenstern, Türen, Treppen, Fußböden, Dacheindeckungen oder die Gestaltung von Außenanlagen.

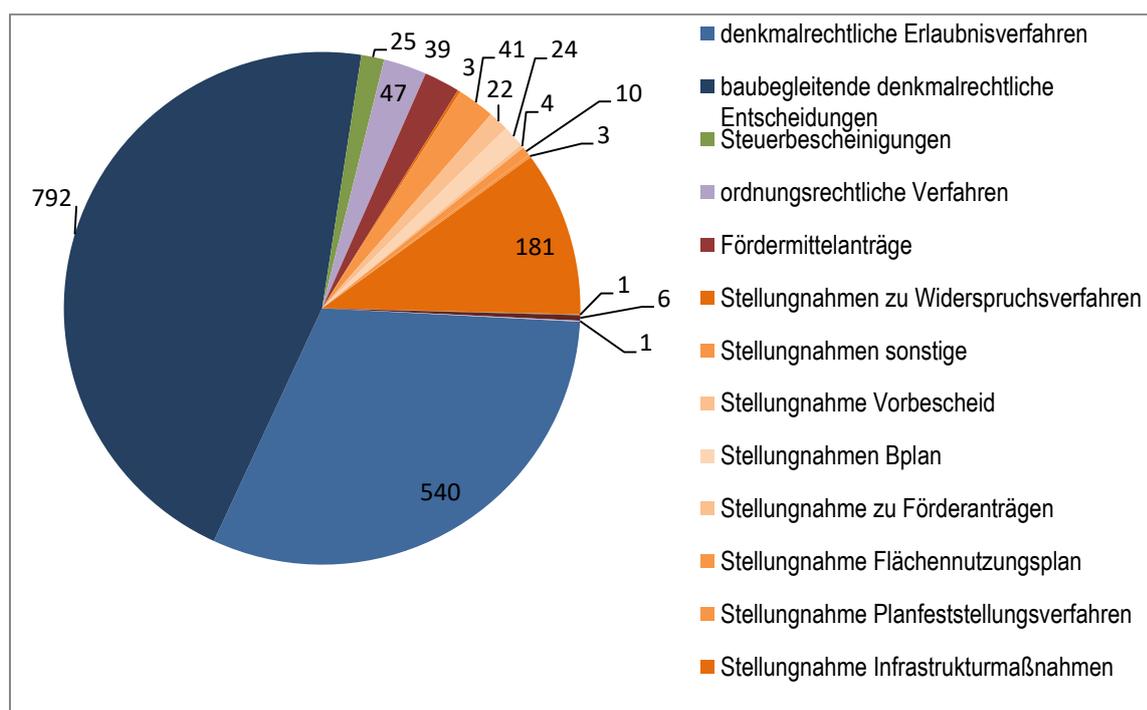


Abbildung 8: Verfahren der unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität

Wie die Jahre zuvor war 2019 vom anhaltenden Bauboom und den damit einhergehenden hohen Fallzahlen geprägt. Es wurden weitere denkmalgeschützte Großanlagen verkauft, für die es bislang kaum Perspektiven zu geben schien. Hier wären insbesondere die Fabrik Haag 12 in Luckenwalde, die Turmkaserne in Jüterbog II, die Dahlewitzer Gutsanlage, das Kasernengebäude Fuchsberge 37 in Jüterbog oder das Lazarett in Wünsdorf zu nennen. Auch mehrere denkmalgeschützte Wohnhäuser in Jüterbog und Luckenwalde wurden verkauft. Besonders erwähnenswert ist das kleine ehemalige Brauhaus in Kloster Zinna, das als Bestandteil der Klosteranlage noch mittelalterliche Substanz aufweist.

Das Schloss Wiepersdorf wurde an die neu gegründete Kulturstiftung Schloss Wiepersdorf übergeben.

Auffällig ist weiterhin der Verdichtungsdruck in den berlinnahen Gemeinden, der sich z. B. auf die Umgebung von Denkmälern (z. B. Bebauung bis an die Rieselfelder in Großbeeren) oder direkt auf die Denkmäler (Planung Gutshof Siethen, Gut Löwenbruch, Gutshof Dahlewitz, Bucker-Werke Rangsdorf, Bebauung gegenüber Schloss Genshagen) auswirkt.

Denkmalliste

Auch 2019 wurden nur wenige neue Objekte vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen. Der Personalschwund in der Fachbehörde macht sich seit Jahren hier deutlich bemerkbar. Da historische Zeugnisse auch dann geschützt sind, wenn sie nicht in die Liste eingetragen sind, entscheidet die Denkmalschutzbehörde des Landkreises, ob ein nicht verzeichnetes Objekt in Verfahren denkmalrechtlich berücksichtigt werden muss.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den folgenden Tabellen:

Tabelle 32: Eintragungen in die Denkmalliste 2019 Stand 17.12.2019

	Kommune	Anschrift	Objekt	eingetragen am
1	Ludwigsfelde	Ludwigsfelde, Neckarstraße 50	Einfriedungsmauer mit Wandbild und Pfortnerhäuschen	11.03.2019
2	Am Mellensee	Mellensee, Bahnhofsallee 13	Muster-Wohnhaus	11.03.2019
3	Luckenwalde	Luckenwalde, Zinnaer Straße 28a-32	Metallwerk Bartosik	01.04.2019
4	Am Mellensee	Groß Ziescht, Groß Zieschter Dorfstraße 2	Gehöft	17.04.2019
5	Luckenwalde	Luckenwalde, Jüterboger Straße 42/Zum Freibad	Saal der Gaststätte "Bürgerhof"	24.06.2019
6	Luckenwalde	Luckenwalde, Zinnaer Straße	Kirchturm der Kirche St. Jakobi	03.09.2019
7	Am Mellensee	Kummersdorf-Gut, Platz der Jugend 1	Feierabendhaus	22.11.2019
8	Jüterbog	Jüterbog, Fuchsberge 37	Kasernengebäude	29.11.2019

Tabelle 33: Nachbegründung einer Eintragung 2019 Stand 17.12.2019

	Kommune	Anschrift	Objekt	eingetragen am
1	Dahme/Mark	Görsdorf	Dorfkirche	21.10.2019

Insgesamt sind von den etwa 1.900 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2019 circa 92 Prozent über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer oder öffentlich bekanntgegeben worden.

Denkmalsanierungen

Erfreulicherweise wurden in Luckenwalde die beiden denkmalgeschützten Siedlungen „Am Anger“ und „Auf dem Sande“ in Luckenwalde als Sanierungsgebiete festgesetzt.

Im Jahr 2019 vorbereitete Vorhaben (Auswahl)

- Luckenwalde, Poststraße 25-26
- Luckenwalde, Sanierung des Rathauses
- Luckenwalde, Sanierung und Umgestaltung des „Ehrenhains“
- Ludwigsfelde, städtebauliche Verdichtung am Gutshaus Löwenbruch
- Ludwigsfelde, Gutshaus Siethen
- Trebbin, Kutscherhaus, Gruft und Scheune in Märkisch Wilmersdorf
- Zossen, Sanierung der ehem. Infanterieschießschule
- Zossen, Sanierung Scheune im Scheunenviertel

Im Jahr 2019 begonnene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Jüterbog, Sicherungsarbeiten an den ehemaligen so genannten Schlossbuden
- Luckenwalde, Poststraße 24
- Luckenwalde, Barrierefreier Umbau der Friedrich-Ebert-Grundschule in der Theaterstraße
- Trebbin, Sanierung Villa Puschkinstraße 1

Im Jahr 2019 weitergeführte Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Amt Dahme, Restaurierungsarbeiten der barocken Ausstattung in der der Dorfkirche Waltersdorf
- Großbeeren, Gutsarbeiterhäuser
- Jüterbog, Nikolaikirche, Sanierung des Dachraums und der Fassaden
- Jüterbog, Sanierung und Ausbau der B 102
- Jüterbog, Kloster Zinna, Klosterkirche, 7. Bauabschnitt
- Jüterbog, OT Markendorf, Sicherung Gutsanlage
- Ludwigsfelde, Gutshaus („Schloss“) Genshagen
- Nächst Neuendorf, Schützenhaus
- Zossen, Schloss

Im Jahr 2019 abgeschlossene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Amt Dahme, Schloss Wiepersdorf, Dach und Gartenparterre
- Luckenwalde, Stadtbad, 1. BA
- Luckenwalde, Boulevard
- Niedergörsdorf, Dorfkirche in Dennewitz
- Nuthe-Urstromtal, Dorfkirche Kemnitz, Turmsanierung
- Trebbin, Sanierung Katholische Kirche St. Joseph
- Zossen, Stadtpark
- Zossen, Sicherung Kalkschachtöfen 1. BA

Bodendenkmalpflege

Wie im Jahr zuvor blieben auch 2019 die Fallzahlen der Bodendenkmalpflege auf einem hohen Niveau. Meist fanden archäologische Untersuchungen bei der Errichtung von Einfamilienhäusern und der Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen statt. Außergewöhnliche Funde wurden der Presse bekannt gegeben.

In der Jüterboger Altstadt wurden die Ausgrabungen im Verlauf der B102 fortgesetzt. An mehreren Stellen wurden dabei wieder Reste gut erhaltener mittelalterlicher Bohlenwege freigelegt. Am Heilig-Geist-Platz zeigte sich, dass die Fundamente der ehemaligen Hospital-Kapelle weitgehend erhalten sind. Unmittelbar benachbart weisen Skelettfunde auf einen dazu gehörigen Friedhof hin. Die Stadt Jüterbog beabsichtigt, die Umrisse der ehemaligen Kapelle durch Bodenintarsien sichtbar zu machen.

Bei der Sanierung des Dorfteiches in Sernow wurden etliche Metallfunde entdeckt, die auf einen Opferplatz der Römischen Kaiserzeit (ca. 50 bis 400 n. Chr.) hinweisen. Zu den Metallfunden gehören Nadeln und Gewandspangen sowie Bronzeketten von Pferdezaumzeug. Diese Gegenstände wurden wahrscheinlich im Rahmen ritueller Handlungen am Uferstrand des Teiches niedergelegt. Solche Opferplätze sind in Europa äußerst selten. Mit dem neuen Fundplatz in Sernow wird die Landesgeschichte wesentlich bereichert.

Ordnungsverfahren

Zu Jahresbeginn wurde erstmals eine Stelle ausschließlich für ordnungsrechtliche Aufgaben der Denkmalschutzbehörde besetzt. Die Stelleninhaberin kontrolliert den ordnungsgemäßen Zustand denkmalgeschützter Objekte und ordnet gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz der Denkmale an. Sie nimmt insofern die Verfügungsberechtigten in die Pflicht und muss, wenn nötig, auch Ersatzvornahmen durchführen. Die Kosten werden dann von den Verfügungsberechtigten zurückgefordert. Die zusätzliche Stelle wurde dringend notwendig, da die Sachbearbeiterinnen der Baudenkmalpflege mit den Erlaubnisverfahren ausgelastet waren und somit kaum Zeit für die Durchführung der sehr komplexen Ordnungsverfahren fanden. Zugleich haben sich an zahlreichen Objekten die Schäden deutlich erweitert, sodass der Landkreis aufgefordert war, einzugreifen.

Im Jahr 2019 wurden 47 Ordnungsverfahren eingeleitet. In vier Verfahren sind die Eigentümer*innen den Forderungen der Behörde nachgekommen und haben die Mängel beseitigt. In drei Verfahren planen die Eigentümer*innen nicht nur zu sichern, sondern zu sanieren. In vier Fällen wurde ein Zwangsgeld gegen die Eigentümer*innen angeordnet.

Vier Fälle wurden an die Bußgeldstelle weitergegeben. An drei Objekten musste der Landkreis per Ersatzvornahme Sicherungsmaßnahmen durchführen. Eine davon wurde im selben Jahr abgeschlossen, die beiden anderen – sehr umfangreichen Maßnahmen – dauern noch an. Vor allem die Sicherungsmaßnahme des Landkreises an der ehemaligen Fabrik Haag 12 in Luckenwalde fand öffentliche Aufmerksamkeit.

Förderung

Im Jahr 2019 wurden wieder einige Maßnahmen im Denkmalschutz aus der MBS-Gewinnausschüttung und aus dem entsprechenden Produktkonto des Kreishaushalts gefördert. Während aus den MBS-Mitteln nur gemeinnützige Träger gefördert werden, können private Denkmaleigentümer Mittel aus dem Kreishaushalt beantragen. Denkmalbedingte Mehrkosten werden somit abgedeckt.

Von den elf eingegangenen MBS-Anträgen auf eine Gesamtfördersumme von 175.450 Euro wurden neun positiv beschieden. Die ausgereichte Summe belief sich auf 107.935 Euro. Das gesamte Investitionsvolumen der Maßnahmen belief sich auf knapp 1,7 Millionen Euro.

Aus den kreislichen Mitteln wurden von den 19 Förderanträgen 16 positiv beschieden. Bewilligt wurden insgesamt 50.000 Euro bei einem Investitionsvolumen von 939.360 Euro. Beantragt waren 405.930 Euro.

Vier archäologische Dokumentationen wurden mit insgesamt 2.000 Euro unterstützt.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Im 2019 jährte sich die Gründung des Bauhauses zum 100. Mal. Insofern fand die Stadt Luckenwalde mit mehreren vom Bauhausstil geprägten, teilweise überregional bekannten Bauwerken besondere Aufmerksamkeit.

Zu den Aufgaben der Denkmalschutzbehörde gehört es unter anderem, die Öffentlichkeit über die Arbeitsinhalte und Arbeitsweise der Behörde zu informieren. So fand im Januar 2019 der Archäologentag Teltow-Fläming auf Einladung der Gemeinde in Kemnitz bei Dahme statt. Insgesamt nahmen etwa 140 Bürger an der Veranstaltung teil.

Der Denkmalkalender und das „Denkmal des Monats“, ein regelmäßig von der Behörde an die Medien übermittelter Artikel über ein spezielles Denkmal in unserem Kreis, tragen weiterhin zum Kennenlernen der historischen Zeugnisse im Landkreis bei. Zahlreiche Pressemeldungen informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen bei Baumaßnahmen.

Der Tag des offenen Denkmals, der jährlich am 2. Septembersonntag stattfindet, wird regelmäßig von der Denkmalschutzbehörde begleitet.

Anlässlich des 25-jährigen Kreisjubiläums hat die Denkmalschutzbehörde ein Denkmal-Memory („Denk-fix“) herausgegeben, das an die Besucherinnen und Besucher des Tags der offenen Tür am 7. September verschenkt wurde.

Die Denkmalschutzbehörde im Landkreis Teltow-Fläming wird von ehrenamtlichen Helfer*innen unterstützt. Von den 36 ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege untersuchen und kartieren 31 in ihrer Freizeit bekannte archäologische Fundstellen und sammeln Oberflächenfunde auf. Fünf ehrenamtliche Baudenkmalpfleger*innen sind überwiegend in Kummersdorf aktiv.

Projektgruppe Kummersdorf

Unter hohem Einsatz der ehrenamtlichen Organisator*innen wurde im August die Ausstellung „Die Russische Armee“ anlässlich ihres 25-jährigen Abzugs gezeigt. Die Ausstellung zeigte zahlreiche historisch inzwischen hochbedeutende Gegenstände der ehemaligen russischen Armee, die diese bei ihrem Abzug zurückgelassen hatte. Das Projekt wurde von der MBS, der „Kulturland Brandenburg gGmbH“, dem Finanzministerium des Landes Brandenburg und dem Landkreis Teltow-Fläming gefördert.

Anlässlich des 50. Jahrestags der Mondlandung wurde gemeinsam mit dem Förderverein Museum Kummersdorf e. V., der DRK-Sozialarbeit, dem Landesjugendring, dem Lehrerkollegium und Schülerinnen und Schülern der Dabendorfer Gesamtschule ein Geschichtsprojekt mit abschließender Graffiti-Kunstaktion durchgeführt. Begleitet von der Sozialarbeiterin Mandy Weisheit und unter der Anleitung des Streetartists Daniel Ihrke schufen die Schülerinnen und Schüler ein Wandbild an der L 70 zwischen Schönefeld und Sperenberg, das den Zusammenhang zwischen dem ehemaligen Heeresversuchsplatz Kummersdorf und der Apollo-11-Mission aufzeigt.

Die interdisziplinäre Projektgruppe Kummersdorf trifft sich seit Beginn ihrer Gründung Ende 2008 auch weiterhin regelmäßig und setzt sich für die Erhaltung und Aufwertung des ehemaligen Heeresversuchsplatzes Kummersdorf ein.

Untere Bauaufsichtsbehörde

Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Die Beschäftigten im Bereich Baugenehmigungsverfahren waren auch 2019 einer hohen Belastung ausgesetzt. Anfragen allgemeiner Art und Nachfragen zu Genehmigungsverfahren per E-Mail oder telefonisch haben weiter zugenommen.

Antragsaufkommen

Tabelle 34 zeigt anhand des Antragsaufkommens an Bauanträgen (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Nachträge, Vorbescheide, Bauanzeige- und vereinfachte Genehmigungsverfahren) die Entwicklung der Bautätigkeit der vergangenen vier Jahre. Hier nicht berücksichtigt sind Verfahren zu Bescheinigungen nach WEG sowie Anträge auf Ausnahme, Befreiung oder Abweichung.

Tabelle 34: Antragsaufkommen Baugenehmigungsverfahren

Jahr	2016	2017	2018	2019
Antragsaufkommen	1.633	1.859	1.667	1.542

Wohnungsneubau

Tabelle 35 spiegelt nur Neubauten wider. Änderungen und Umbauten sind nicht dargestellt. Rückschlüsse auf die Zahl der Wohnungen können aus dieser Übersicht nicht gezogen werden. Die Zahlen beinhalten nur die Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser (darunter auch Geschosswohnungsbauten). Folglich ist die Zahl der Wohnungen höher. Auch liefert die Darstellung keine Informationen über die tatsächliche Entwicklung der Wohnungsmarktsituation, weil die Wiedernutzbarmachung leerstehender Wohngebäude, wie sie zum Beispiel in Luckenwalde in vielen Straßenzügen noch vorzufinden sind, häufig nicht mit genehmigungspflichtigen Umbaumaßnahmen verbunden ist. In den nördlichen Gemeinden des Landkreises in Randlage zur Bundeshauptstadt gibt es praktisch keinen Wohnungsleerstand. Dementsprechend gehen dort Zuzüge häufig mit dem Neubau von Wohnraum einher.

Tabelle 35: Entwicklung Wohnungsneubau

Jahr	2016	2017	2018	2019
Anträge Wohnungsneubau	547	717	747	661

Tabelle 36 zeigt die Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsneubau in den Gemeinden des Landkreises im Überblick. Dabei wird unterschieden zwischen dem nördlichen Teil von Teltow-Fläming (engerer Verflechtungsraum), der circa ein Drittel der Fläche des Landkreises bedeckt, und dem zwei Drittel der Kreisgebietsfläche beanspruchenden Süden (äußerer Entwicklungsraum).

Tabelle 36: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern)

Stadt/Gemeinde/Amt	2017	2018	2019	zu 2018
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	171	150	159	+6 %
Großbeeren	35	30	20	-33 %
Rangsdorf	47	64	76	+19 %
Trebbin	45	43	54	+25 %
Zossen	108	135	119	-12 %
Ludwigsfelde	160	160	65	-60 %
Summen	566	582	493	-15 %
Südkreis				
Baruth/Mark	9	20	24	+20 %
Dahme/Mark	4	5	7	+40 %
Am Mellensee	70	63	40	-37 %
Niedergörsdorf	4	5	10	+100 %
Nuthe-Urstromtal	19	15	21	-40 %
Jüterbog	15	28	24	-14 %
Luckenwalde	30	29	42	+44 %
Summen	151	165	168	+2 %
Summen gesamt	717	747	661	-11 %

75 Prozent des Wohnungsneubaus entfallen auf die Gemeinden des nördlichen Kreisgebiets, 25 Prozent auf den Süden. Es gab zwar einen Rückgang in Ludwigsfelde, Großbeeren und Zossen, aber auch deutlich erkennbaren Zuwachs in Trebbin und Rangsdorf.

Bautätigkeit in den Gemeinden

Tabelle 37 macht die in den Gemeinden unterschiedliche Entwicklung der Bautätigkeit insgesamt (alle baugenehmigungspflichtigen Vorhaben) der letzten Jahren deutlich.

Tabelle 37: Entwicklung des Antragsaufkommens 2017 bis 2019 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)

Stadt/Gemeinde/Amt	2017	2018	2019	zu 2018
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	354	322	296	-8 %
Großbeeren	84	71	57	-20 %
Rangsdorf	126	126	139	+10 %
Trebbin	114	123	126	-6%
Zossen	266	272	246	-10 %
Ludwigsfelde	317	283	178	-33 %
Summen	1.258	1.195	1042	-12 %
Südkreis				
Baruth/Mark	52	52	59	+13 %
Dahme/Mark	62	49	47	-4 %
Am Mellensee	146	108	77	-28 %
Niedergörsdorf	26	21	41	+95 %
Nuthe-Urstromtal	81	42	66	+57 %
Jüterbog	75	73	76	+4 %
Luckenwalde	159	127	134	+5 %
Summen	601	472	500	+6 %
Summen gesamt	1.859	1.667	1542	-7,5 %

Dabei hat traditionell – trotz Rückgangs – die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow den höchsten Anteil, gefolgt von Zossen und Ludwigsfelde. Ein starker Anstieg der Bautätigkeit im Jahr 2019 war in den Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Niedergörsdorf zu verzeichnen.

Gewerbebauten

Erwähnenswert ist das Vorhaben Gasturbinenanlage der Verdichterstation Radeland II, das im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu bearbeiten war. Die bauaufsichtliche Stellungnahme erfolgte im Januar 2019, die Genehmigung durch das Landesamt für Umwelt im Mai 2019. Baubeginn war bereits im Juni 2019. Das Vorhaben ist wichtige Station der von Russland kommenden, im Bau befindlichen Erdgasleitung und brachte dem Landkreis knapp 1,1 Millionen Euro an Gebühren ein.

Im Logistikpark Groß Machnow wurden fünf Hallen mit einer Investitionssumme von insgesamt 49,5 Millionen Euro und Gebühreneinnahmen von 1,3 Millionen Euro genehmigt. Hier sollen über 1.000 Arbeitsplätze entstehen.

Im Brandenburg Park in Genshagen wird mit der Logistikhalle G die bereits siebte Halle mit Büro- und Sozialbereichen errichtet, was zu Gebühreneinnahmen von circa 96.000 Euro führte. 53 Arbeitsplätze sollen dort entstehen.

In Baruth wird für knapp 2 Millionen Euro eine Schnittholzsortierung mit Verpackungseinrichtung errichtet. Weitere Baugenehmigungen für Betriebserweiterungen bereits ansässiger Firmen gab es in Dahlewitz, Ludwigsfelde und Großbeeren.

Durch die Genehmigungstätigkeit der Behörde konnten im Haushalt 2019 insgesamt Gebühreneinnahmen in Höhe von 4.804.076,93 Euro verbucht werden.

Öffentliche Bauvorhaben

Als bedeutende öffentliche Vorhaben sind zu nennen:

Tabelle 38 - Bedeutende öffentliche Vorhaben

Vorhaben	Ort	Bearbeitungszeit
Neubau Kita Rousseaupark	Ludwigsfelde	6 Wochen
Nutzungsänderung Citytreff in Kita	Ludwigsfelde	7 Wochen
Erweiterung Grundschule	Ludwigsfelde	3 Monate
Neubau DRK-Kita	Ludwigsfelde	4 Monate
Neubau Kita Fröbel	Ludwigsfelde	5 Monate
Nutzungsänderung Hort in Schule	Rangsdorf	6 Monate
Anbau an Grundschule	Rangsdorf	10 Monate
Feuerwehrgerätehaus	Trebbin	6 Monate
An- und Umbau Kita Sunshine	Luckenwalde	8 Monate
Erweiterung Kita	Hennickendorf	4 Monate
Nutzungsänderung Schulküche in Hort	Stülpe	7 Monate

Bauanträge für öffentliche Bauvorhaben wurden bevorzugt bearbeitet. Die trotzdem teilweise längeren Bearbeitungszeiten sind mitunter die Folge nicht fristgerecht eingereicherter Bauvorlagen. Ebenso war aber auch die Prüfung der bautechnischen Nachweise mit erheblichen Verzögerungen behaftet, weil diese durch externe Prüferingenieure erfolgt, die ihrerseits stark beansprucht sind.

Fazit

Insgesamt bleibt festzustellen, dass wir es im Norden des Kreises mit einem mittlerweile hohen Verdichtungsgrad der Bebauung zu tun haben und die beantragten Bauvorhaben häufig stärker an die Grenzen der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit stoßen. Auch die Ausnutzung der Grundstücke wird dort immer intensiver, was mit erheblichen Auswirkungen auf die Infrastruktur (Kitas, Schulen, Straßenverkehr) verbunden ist.

Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht

Gegenstand der Tätigkeit des Sachgebiets Rechtliche Bauaufsicht ist die Durchführung bauordnungsrechtlicher Verfahren, insbesondere wegen illegaler Bautätigkeit und Nutzungsänderungen baulicher Anlagen, die Durchsetzung der Beseitigung nicht genehmigungsfähiger Baulichkeiten und der Sicherung baulicher Anlagen, von denen Gefahren ausgehen, sowie Schornsteinfegersachen. Hinzu kommt die Bearbeitung sämtlicher Widersprüche gegen Entscheidungen der Unteren Bauaufsichtsbehörde und der Unteren Denkmalschutzbehörde ebenso wie die Durchführung von Bußgeldverfahren wegen baurechtlicher, baunebenrechtlicher und denkmalschutzrechtlicher Ordnungswidrigkeiten. Des Weiteren sind Gegenstand der Tätigkeit Verfahren zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, wenn die Gemeinden ihr gemeindliches Einvernehmen rechtswidrig versagt haben, die Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht in schwierigen Fällen sowie die Führung des Baulastenverzeichnisses. Außerdem befindet sich in dem Sachgebiet die Registratur, in der so gut wie alle Vorgänge der Unteren Bauaufsichtsbehörde zentral erfasst und u. a. die Akten angelegt, verwaltet und archiviert werden.

Ordnungsverfügungen

Im Jahr 2019 wurden 413 (2018: 378) bauordnungsrechtliche Verfahren neu eingeleitet. Zum größten Teil handelte es sich um Verfahren wegen Bauens bzw. Nutzungsänderungen ohne Baugenehmigung. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 220 (2018: 295) Verfahren abgeschlossen werden. Es wurden etwa 200 (2018: 216) Anhörungen geschrieben und unter anderem 24 Baueinstellungsverfügungen, 15 Nutzungsverbote, 10 Beseitigungsanordnungen sowie 10 sonstige Ordnungsverfügungen, z. B. zum Zweck der Sicherung baulicher Anlagen, erlassen. In 21 Fällen mussten Zwangsmittel (Zwangsgeld) zur Durchsetzung der bauaufsichtlichen Anordnungen festgesetzt werden. In einem Fall war zur Herstellung rechtmäßiger Zustände die Anordnung der Ersatzvornahme erforderlich. Im Durchschnitt nimmt jede Sachbearbeiterin etwa 210 laufende Verfahren mit in das neue Berichtsjahr. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Anstieg von etwa 30 Verfahren pro Mitarbeiterin.

Widerspruchsbearbeitung und Ersetzungsverfahren

Im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung waren im Berichtszeitraum 140 Eingänge zu verzeichnen. Abgeschlossen wurden 96 Verfahren, wobei in 23 Fällen den Widersprüchen stattgegeben bzw. teilweise stattgegeben wurde. 35 Widersprüche wurden zurückgewiesen und 38 Verfahren endeten durch Widerspruchsrücknahme bzw. haben sich auf andere Weise erledigt. Die meisten Widersprüche im Jahr 2019 richteten sich gegen die Ablehnung von Baugenehmigungen, gegen (negative) Vorbescheide, gegen bauaufsichtliche Ordnungsverfügungen sowie gegen Gebührenentscheidungen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Widersprüche um etwa 20 Prozent gestiegen.

Ein versagtes gemeindliches Einvernehmen war in 13 Fällen durch die Widerspruchsstelle zu überprüfen. Abgeschlossen werden konnten acht Verfahren. In nur einem Fall wurde das Einvernehmen durch die Gemeinde rechtmäßig versagt. In den anderen Fällen war das rechtswidrig versagte Einvernehmen durch die Untere Bauaufsichtsbehörde zu ersetzen bzw. wurde nach Anhörung in zwei Fällen durch die Gemeinde nachträglich erteilt.

Ordnungswidrigkeiten, Baulastenverzeichnis, Akteneinsichten

Im Jahr 2019 wurden 277 baurechtliche Vorgänge auf zu ahndende Ordnungswidrigkeiten hin geprüft. Es wurden 15 bauaufsichtliche Bußgeldverfahren neu eingeleitet. Die Verfahren, die im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten, führten zu vereinnahmten Bußgeldern von etwa 9.500 Euro. 40 Bußgeldverfahren sind noch nicht abschließend entschieden worden.

Daneben haben die Beschäftigten des Bußgeldbereiches 221 Baulastenanträge, 1.100 Baulastenauskünfte und 180 Anträge auf Akteneinsicht bearbeitet. Für diese Amtshandlungen wurden Gebühren von etwa 106.000 Euro eingenommen.

Registratur

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 5.179 Vorgänge in der Unteren Bauaufsichtsbehörde erfasst. Dazu zählen neben den überwiegenden Bauanträgen und bauordnungsrechtlichen Verfahren z. B. auch die Erteilung von Auskünften, Beratungen von Bauinteressenten, die Erarbeitung von Stellungnahmen, die Beantwortung von Beschwerden oder auch die Ortsbesichtigungen der Baukontrolleure. Im Durchschnitt waren damit 14,2 Vorgänge pro Tag in der Bauaufsicht zu registrieren. Im Vergleich zum Durchschnitt der letzten drei Jahre bedeutet das einen Anstieg der registrierten Vorgänge um etwa 15 Prozent.

Umweltamt

Amtsleiterbereich

Im Amtsleiterbereich werden Widersprüche und Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz bearbeitet. Der Amtsleitung ist auch die Klimaschutzkoordinierungsstelle zugeordnet.

Bestehende Verzögerungen in der Widerspruchsbearbeitung konnten nicht abgebaut werden. Aufgabenumverteilungen in Folge einer Stellenneubesetzung sollen künftig Entlastung schaffen. Die Bündelung von Stellungnahmen zu Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wurden an das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung übergeben. Zwei Azubis wurden im Rahmen ihrer Ausbildung im Umweltamt betreut.

Tabelle 39: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt

Aufgaben	2017 Anzahl	2018 Anzahl	2019 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	21	22	21
Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz	10	12	13

Die Schwerpunkte der Arbeit der Klimakoordinierungsstelle sind als gesonderter Klimaschutzbericht nach dem Bericht der unteren Umweltbehörden beigefügt.

Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Das Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit der Umweltstreife.

Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)

Die Tätigkeit der Unteren Wasserbehörde lag nahezu ausschließlich in der Gewährleistung reibungsloser Abläufe der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren, ausgedehnten Überwachungstätigkeiten und bei Beteiligungsverfahren (Kernaufgaben, siehe Tabelle 2).

Die Klärschlamm Entsorgung aller Abwasseraufgabenträger gestaltet sich nach den Änderungen der Düngeverordnung und der Klärschlammverordnung zunehmend problematisch. Die Reinigungsleistung der Kläranlagen wird dadurch gefährdet. Die landwirtschaftliche Verwertung bricht allmählich weg. Als Entsorgungsweg bleibt am Ende die Verbrennung / Mitverbrennung. Hier fehlen landes- und bundesweit die Kapazitäten. Zwischenlagerungen in erheblichem Umfang werden erforderlich.

Durch Überschreitung von Schadstoffgehalten im Klärschlamm und Wegbrechen der Verwertungswege gab es auf den Kläranlagen Jüterbog und Ludwigsfelde massive Probleme bei der Zwischenlagerung des Klärschlammes. Teils drastische Geruchsprobleme im Umfeld der Anlagen waren die Folge. Durch das umsichtige Verhalten der Betreiber konnten jedoch Störungen in den Reinigungsleistungen vermieden werden.

Tabelle 40: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2017 bis2019

Aufgabenfeld UWB	2017	2018	2019
Erteilung/Aufhebung von Erlaubnissen/ Anzeigen für Gewässerbenutzung (z. B. Abwassereinleitungen, Kleinkläranlagen etc.)	395	322	328
Genehmigung/Ablehnung von Anlagen in und an Gewässern (z. B. Brücken, Stege, Kabelverlegung)	18	24	23
Zulassung zum Befahren nicht schiffbarer Gewässer	0	0	0
Genehmigung/Ablehnung von Abwasseranlagen und Indirekteinleitungen	34	41	22
Überprüfung von Abwassereinleitungen (ggf. zzgl. Anzahl der Wartungsprotokolle KKA, hier: amtliche Überwachung)	323	354	631
Bearbeitung von Anzeigen zum Umgang von wassergefährdenden Stoffen (z. B. Tankstellen, Ölheizungen sowie ständige Überprüfungen etc.)	501	443	499
Meldungen über Austritt wassergefährdender Stoffe und Gewässerunreinigungen	5	2	4
Überwachung der Gewässerunterhaltung	278	260	253
Durchführung von Gewässer- und Deichschau	21	17	70
Anordnung von Schutzarbeiten bei Hochwasser (alternativ Angabe in Tagen)	4	0	0
Feststellung alter Rechte und Befugnisse	4	2	2
ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	166	174	169
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	1	0	1
Stellungnahmen/Einvernehmen (z. B. BImSch-Genehm., Baugenehmigungen etc.)	798	817	827
Anzeigen/Außerbetriebsetzen von Anlagen/Benutzungsanlagen	0	0	0
Ausnahmegenehmigungen zu Verboten an Hochwasserschutzanlagen und in Hochwasserschutzgebieten	1	2	0
Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen (LAR) und Grundwassermessstellen	0	0	0
Befreiung von der Abwasserbeseitigungspflicht (z. B. Kleinkläranlagen)	18	29	6
Bauabnahmen	36	39	36
Abwasserbeseitigungskonzepte	4	0	1
Anordnung zum Gemeingebrauch	1	0	0
Anordnung/Anzeige bei Erdaufschlüssen (z. B. Wärmepumpen)	161	217	326

Aufgabenfeld UWB	2017	2018	2019
Festsetzung von Wasserschutzgebieten, Verfahren in Trinkwasserschutz-zonen	27	12	9
Umweltinspektionen, CC-Kontrollen	18	21	12
<i>gesamt</i>	<i>2.811</i>	<i>2.776</i>	<i>3219</i>

Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Bisher wurden insgesamt bereits über 40 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus der Umwelt entfernt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls kontinuierlich fortgeführt. Bisher konnten insgesamt aus der Bodenluft circa sieben Tonnen CKW und aus dem Grundwasser über zehn Tonnen CKW entfernt werden.

Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurde intensiv in ihren Bestrebungen unterstützt, den Altlastenstandort „Teerpappenfabrik“ im Ortsteil Woltersdorf zu sanieren. Die Maßnahme ist nun abgeschlossen.

Gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung wird ein Grundwasserschaden mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) an der Deponie Schöneiche weiter erkundet. Zu klären ist, ob weitere Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich sind.

Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)

Angemeldete gewerbliche und gemeinnützige Abfallsammlungen des privaten Sektors werden überwacht. Es geht um die Erfassung der gesammelten Mengen, die Kontrolle der Wege der Verwertung bzw. Beseitigung und die Einhaltung von Fristen. Diese Überwachungen wurden kontinuierlich und umfassend fortgesetzt.

Weitere Schwerpunkte bilden die ständige Kontrolle der aktiven Rekultivierungsbaustellen von sogenannten „Bürgermeisterdeponien“. Besonderes Augenmerk galt 2019 der Baustelle Malterhausen. Klärungsbedürftig waren immer noch die Baustellenlogistik und der Bauablauf.

Weiteres verstärktes Augenmerk galt auch der Verfolgung und Beseitigung illegaler Abfallablagerungen im Kreisgebiet. Die Umweltstreife hat folgende illegal abgelagerte Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Verwertung oder Beseitigung zugeleitet:

Tabelle 41: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2017 bis 2019

Abfallart	2017	2018	2019
hausmüllähnliche Abfälle in kg	38.760	49.400	42.020
Kühlgeräte in Stück	28	21	27
Reifen in Stück	320	295	605
Batterien in Stück	0	0	0
Elektronische Geräte in Stück	26	51	25
Sonderabfälle in kg	420	1850	430

Sachgebiet untere Naturschutzbehörde (UNB)

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche, Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie die dazu gehörenden Verwaltungsverfahren.

Flächen- und Maßnahmepools im Flughafenumfeld

Die Begleitung von Vorhaben der BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH) im Rahmen des internationalen Flächen- und Maßnahmepools im Flughafenumfeld wurde nunmehr in laufenden Baugenehmigungsverfahren fortgesetzt (z. B. Tauentzien-Kaserne Blankenfelde). Das Projekt „Herstellung einer barrierefreien Wegeverbindung Rathaus bis zur Nussallee“ in Großbeeren wurde abgeschlossen.

Die UNB begleitete weiterhin das Projekt „Komplexe Kompensationsmaßnahmen Zülowniederung“ wurde nach seiner Umsetzung 2017. Der Schwerpunkt liegt in der zeitnahen Überprüfung der Entwicklungsziele der einzelnen Maßnahmen. Dazu erfolgt ein intensives Monitoring durch den Flughafen bzw. den Landschaftspflegeverein. Aufgrund der extremen Witterungsverhältnisse im Sommer (hohe Temperaturen, wenig Niederschläge) gestaltete sich die Begleitung der Pflanz- und Pflegemaßnahmen als zeitaufwändig und sehr anspruchsvoll. Insbesondere bei daraus resultierenden Anpassungen der Pflegemaßnahmen waren inhaltlich Bestätigungen der unteren Naturschutzbehörde im Rahmen der Erfolgskontrolle erforderlich.

Bei Flächen- und Maßnahmepools wurden mehrere Komplexmaßnahmen zur Anerkennung für vorgezogene Maßnahmen bei der Unteren Naturschutzbehörde eingereicht und bestätigt. Die Umsetzung dieser Poolmaßnahmen wird von der UNB fachlich begleitet. Der jeweilige Realisierungsstand kann sachgebietsintern im Kompensationskataster abgerufen werden. Soweit für Dritte noch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehen, werden diese in einem Angebotskatalog zusammengefasst und können somit effektiv vermittelt werden.

Schutzgebiete

Auch im vergangenen Jahr wurde im Bereich der Schutzgebiete weitergearbeitet. Das Ministerium schloss das Thema NATURA 2000 im Landkreis vorerst ab. Nachdem mit drei Erhaltungszielverordnungen die letzten Schutzgebiete des Landkreises aus der NATURA 2000 Kulisse mit ihren Erhaltungszielen gesichert wurden, liegt der Arbeitsschwerpunkt nun bei der Erstellung der noch ausstehenden Managementpläne. Wenngleich die Federführung dazu beim Naturschutzfonds Brandenburg liegt, wurde die UNB bei zahlreichen Ortsbegehungen und Fachabstimmungen eingebunden.

Artenschutz

Fledermaus

Auch im zurückliegenden Jahr baute die BBG ehemalige militärische Liegenschaften zurück. Es konnten weitere Objekte für den Fledermausschutz hergerichtet werden, so z. B. eine Halle im Neuen Lager. Die Objekte fließen in das landesweite Monitoring der Fledermausquartiere ein.

Biber

Die Expansion des streng geschützten Bibers im Landkreis und der damit verbundene hohe Aufwand an Konfliktmanagement halten nach wie vor an. Neue Biberaktivitäten wurden 2019 in Dornswalde (Speicher), Lüdersdorf (Amtgraben), Wildau-Wentdorf (Dahme), Gottsdorf (Pfefferfließ), Trebbin (Talgraben) und in Großbeeren (Lilograben) festgestellt. Die Reviere in Gottsdorf und Großbeeren standen aufgrund ihrer Siedlungsnähe unter besonderer Beobachtung.

Einzelmaßnahmen zur Konfliktentschärfung beinhalteten im gesamten Landkreis v. a. das Absenken bzw. die Entnahme von Biberdämmen (Gottsdorf), das Entfernen von Schnittholz und Schlamm an Durchlässen (Dobbrikow) und Wehren (Gottsdorf) sowie das Fällen von angefressenen Bäumen aus Verkehrssicherheitsgründen (Gottsdorf). Die Arbeiten wurden in der Regel von den zuständigen Wasser- und Bodenverbände ausgeführt. Alle Maßnahmen waren zuvor mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt, um eine artenschutzrechtskonforme Durchführung zu gewährleisten.

Storch

Im Frühjahr 2019 begleitete die UNB die Umsetzungsmaßnahmen zweier Storchhorste in den Ortschaften Jütchendorf und Trebbin. Es handelte sich in beiden Fällen um problematische Schornsteinbesiedlungen, für die bis zum Beginn der neuen Brutperiode geeignete Alternativen gefunden werden mussten. Die Untere Naturschutzbehörde legte in Abstimmung mit den Eigentümern die neuen Standorte fest, vermittelte den Kontakt zum regionalen Energieversorger (Maßnahmenumsetzer) und stellte die Nistunterlagen bereit.

Wolf

Trotz Inkrafttreten der Brandenburger Wolfsverordnung im Januar 2018, wonach die maßgebliche Zuständigkeit für den Wolf beim LfU gebündelt wurde, war die UNB immer wieder in Vorkommnisse involviert. So wurden Meldungen von Wolfstotfunden und Nutztierrißen an die UNB gemeldet, die dann an die zuständige Stelle nach Prüfung weiterzugeben waren. Es erfolgten Presseanfragen oder die UNB wurde auf Grund von Beiträgen in den Medien sowie aus anderen Gründen von Bürgern kontaktiert. Die UNB ist um sachliche Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Im Landkreis gab es 2019 insgesamt 18 gemeldete Fälle von Übergriffen auf Nutztiere, die dem Wolf zugeordnet werden konnten bzw. bei denen der Wolf als Verursacher nicht auszuschließen war. Davon waren insgesamt 35 Schafe, sechs Rinder, drei Ziegen und ein Pferd betroffen. Im Wolfsjahr 2018/2019 wurden im Landkreis drei Wolfsrudelterritorien erfasst (Luckenwalde, Dobbrikow und Sperenberg-Wünsdorf) und ein Territorium mit unklarem Status (Jüterbog).

Wildpark Johannismühle

Der Wildpark Johannismühle hat die Untere Naturschutzbehörde weiterhin stark beschäftigt. Pressewirksame, teils körperliche Auseinandersetzungen innerhalb des Personals, kurzfristiger Geschäftsführerwechsel, reihenweise Tierschutzanzeigen und Anderes führten zur Notwendigkeit häufiger Vor-Ort-Kontrollen. Es konnte kein Einvernehmen zwischen Verwaltung und Antragsteller über eine Verlängerung der Genehmigung zum Betrieb des Wildparks über November 2019 hinaus erzielt werden. Gegen den Bescheid der UNB vom Dezember 2018 wurde Widerspruch eingelegt und nach dessen Ablehnung vor dem Verwaltungsgericht geklagt.

Naturschutz

462 Naturdenkmale wurden von der UNB im vergangenen Jahr einmal auf Vitalität, Verkehrssicherheit und Standfestigkeit kontrolliert. Auf Grund der dabei festgestellten Mängel wurde eine gutachterliche Begehung von 32 Naturdenkmalen an 26 Standorten mit einem Fachbüro für notwendig angesehen. Insgesamt wurden an 44 Naturdenkmalen an 26 Standorten Pflegemaßnahmen in einem Gesamtwert von circa 27.000 Euro vorgenommen. 2019 mussten auf Grund akuter Bruchgefahr die Naturdenkmale „Ulme in Diedersdorf“ und „Linde in Heinersdorf“ gefällt werden.

Aus Anlass des 25. Geburtstages des Landkreises präsentierte die UNB vom 3. bis zum 12. September 2019 im Lichthof des Kreishauses Luckenwalde eine Fotoausstellung mit markanten Naturdenkmalen des Landkreises. Zur Ausstellung präsentiert wurde ein zwölftteiliges Faltblatt. Es enthielt die GPS-Koordinaten der darin vorgestellten Naturdenkmale. Mit den abgebildeten QR-Codes können interessierte Bürger weiterführende Informationen von der Internetseite und vom Geoportal des Landkreises abrufen. Diese Ausstellung wurde Kommunen und Interessierten als Wanderausstellung zur Verfügung gestellt.

Der Naturschutzbeirat des Landkreises tagte 2019 insgesamt fünf Mal. Es wurden 20 Beschlüsse gefasst. Es wurde kein Antrag abgelehnt. Die Schwerpunkte lagen bei den Ausnahmegenehmigungen/Befreiungen von den Verboten der Schutzgebietsverordnungen und dem Alleenschutz.

Tabelle 42: Aufgaben UNB – Anzahl Fälle 2016-2018

Aufgabenfeld UNB	Fälle 2017	Fälle 2018	Fälle 2019
Stellungnahmen zu Fachplanungen/Planungen	405	178	302
Zustimmungen/Genehmigungen/Ablehnungen bei Einzelvorhaben in geschützten Gebieten	108	108	134
Genehmigungen/Ablehnungen gemäß Baumschutzverordnung	483	706	464
Stellungnahmen bei Verfahren mit Konzentrationswirkung sonstige Stellungnahmen	1.329	1243	1.246
naturschutzrechtliche Genehmigungen gemäß § 17 Abs. 3 BNatSchG	202	246	173
sonstige naturschutzrechtliche Genehmigungen	702	704	692
Anordnung zur Wiederherstellung des früheren Zustandes	0	0	0
Erstellung/Fortschreibung/Beteiligung bei der Aufstellung von Landschaftsrahmenplänen	0	0	0
Kontrollen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes/sonstige Kontrollen und Prüfungen	444	348	321
ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	92	153	126
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	147	116	126
Unterschutzstellungsverfahren/Pflegepläne für Schutzgebiete	34	13	41

Aufgabenfeld UNB	Fälle 2017	Fälle 2018	Fälle 2019
Beteiligung an Förderprogrammen	54	47	50
Ausschreibungen/Vergabe an Dritte	6	4	6
<i>gesamt</i>	<i>4.006</i>	<i>3.866</i>	<i>3.681</i>

Sonstiges

Veranlasst durch den extrem trockenen Sommer und die damit zusammenhängenden Waldbrände im Bereich ehemaliger Truppenübungsplätze fanden intensive Beratungsrunden zu den **Waldbrandschutzkonzepten** „ehemaliger Truppenübungsplatz Jüterbog“ und „Flugplatz Sperenberg/Kummersdorf-Gut“ statt. Beide Areale sind Refugien für den Arten- und Biotopschutz und deshalb zum Großteil Naturschutz- und NATURA 2000-Gebiete. Hierbei war unter anderem zu klären, unter welchen Parametern die Aspekte der Waldbrandvorsorge mit denen der Naturschutzbelange vereinbar sind. 2019 wurden zahlreiche Waldbrandschutzmaßnahmen in diesen Gebieten genehmigt und umgesetzt.

In der UNB wird die Vorgangsverwaltungssoftware **Pro UMWELT** eingeführt. Bislang wurde in der Testumgebung an der Einrichtung und Ausgestaltung der Software gearbeitet (Registrierung, Verfahrensprüfung, Bearbeitungsbogen). Es schloss sich die Erarbeitung von Textbausteinen und Serienbriefen an. 2019 konnte die Fachschale Pro UMWELT mit ProBAUG leider aus personellen Gründen immer noch nicht verknüpft werden.

Klimaschutz-Koordinierungsstelle

Klimaschutz und Klimawandel sind in Teltow-Fläming bereits seit 2007 bedeutende Themen. In seinem Leitbild aus dem Jahr 2015 bekennt sich der Landkreis dazu, Klimaschutzmaßnahmen aktiv zu unterstützen. Die kontinuierliche Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben durch den Landkreis zur energetischen Gebäudesanierung u. a. trägt hierzu bei. Darüber hinaus wurde im Jahr 2019 besonderes Augenmerk auf die Planung und Fortsetzung der Aktivitäten gelegt, die der Kreistag Teltow-Fläming im Juni 2018 in Form der 3. Fortschreibung des Energiespar- und Klimaschutzprogramms beschloss. Hierin enthalten sind zahlreiche Maßnahmen zum Erreichen des Klimaschutzziels der Vereinten Nationen durch Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes wie auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Mit den diversen zielgruppenspezifischen Projekten werden Beschäftigte der Kreisverwaltung, Kommunalverwaltungen im Landkreis, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, Politik und andere erreicht.

Geprägt durch das zweite Hitzejahr in Folge mit bedeutenden Ernteaufällen, ausgedehnten Waldbränden usw. spiegelte sich das Thema Klimaschutz und Klimawandel im gesellschaftlichen und im politischen Raum in den regelmäßigen „Fridays-for-Future“-Demonstrationen wider, die erstmals im Januar 2019 vor dem Kreishaus stattfanden und über das ganze Jahr hin andauerten. Regelmäßig begrüßten Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung die Aktivist:innen, tauschten Informationen und Argumente aus.

Maßnahmeplan für zusätzliche Aktivitäten zur Begrenzung der Erderwärmung

Nicht zuletzt im Ergebnis solcher Gespräche und die Aufmerksamkeit im politischen Raum wurde die Verwaltung im September 2019 vom Kreistag damit beauftragt, einen Maßnahmenplan zu erarbeiten, der **zusätzliche Aktivitäten zur Begrenzung der Erderwärmung** zu denen aufzeigt, die der Kreis bereits durchführt. Die daraufhin binnen weniger Wochen erarbeitete und von der Landrätin vorgelegte Beschlussvorlage wurde im Herbst/Winter 2019 bereits in acht Ausschüssen des Kreistags beraten. Der federführende Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt wird den Beschlussvorschlag und die eingegangenen Vorschläge der Ausschüsse planmäßig im Januar 2020 votieren und dem Kreistag im Februar 2020 zur Beschlussfassung vorlegen.

Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz

Der Landkreis Teltow-Fläming wirkt als eine von 20 ausgewählten Kommunen in dem vom Bund zu 100 Prozent finanzierten „Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz“ mit. Der mit Kommunen aus der gesamten Bundesrepublik besetzte Arbeitskreis dient als Bindeglied zwischen Kommunen und Bund und tagte im Herbst im Luckenwalder Kreishaus. Der Landkreis trägt durchs eine Mitarbeit im Aktionsbündnis Klimaschutz der Bundesregierung regelmäßig die Belange der Kommunen bis in höchste Regierungsebenen.

Stadtradeln

Bereits zum zweiten Mal in Folge nahm der Landkreis Teltow-Fläming im September 2019 am internationalen Wettbewerb „STADTRADELN“ teil. Mit mehr als 850 Teilnehmer*innen verdoppelte sich die Zahl der Teilnehmenden annähernd im Vergleich zum Vorjahr.

111.230 zurückgelegte Gesamtkilometer sind ein neuer Streckenrekord für Teltow-Fläming. Bei Nutzung von Kraftfahrzeugen anstatt Fahrrädern für diese Strecke wären etwa 16 Tonnen klimaschädlichen Kohlendioxids emittiert worden. Insgesamt unterstützen auch insgesamt 17 Abgeordnete aus dem Kreistag, aus Gemeinde- und Stadtparlamenten durch ihre Teilnahme den internationalen Wettbewerb. Die Ehrungen erfolgten im Rahmen der Wirtschaftswoche des Landkreises Teltow-Fläming sowie in der Kreistagssitzung am 16. Dezember 2019.

Energie-Effizienzberatungen in Unternehmen

Auch 2019 wurden die 2017 – in Ostdeutschland erstmals in Teltow-Fläming – gestarteten Energie-Effizienzberatungen in Unternehmen fortgesetzt. Ganz im Zeichen der Thematik „Energieeffizienz und Elektromobilität in Hotels und Gaststätten“ folgten zwei Dutzend interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer im Oktober 2019 der Einladung der Klimaschutzkoordinierungsstelle zu einer Veranstaltung im Flair Hotel Reuner in Zossen. Sechs Vortragende zeigten die Notwendigkeit und aktuelle Möglichkeiten zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für E-Autos in der Branche sowie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Hotels und Gaststätten auf. Bei einem anschließenden „Energierundgang“ konnten sich die Interessierten vom Erfolg der im Hotel Reuner umgesetzten Maßnahmen persönlich überzeugen. Die Veranstaltung war Ergebnis einer erfolgreichen Netzwerkarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg, der Brandenburgischen Energie Technologie Initiative (ETI).

Verzicht auf Einweg-Verpackungen

Der 2018 vom Landkreis initiierte Verzicht der Abgabe von Einweg-Verpackungen aus Kunststoff für Speisen, Getränke und Imbissartikel in der Kantine des Kreishauses jährte sich im Sommer 2019. Durch den Einsatz von Mehrwegverpackungen bzw. biologisch abbaubaren Umschließungen und Teller/Becher auf Rohrzucker-/Bambus- und Papierbasis konnten seit der Beginn der Umstellung etwa 2.500 Kunststoff-Einwegbecher, 3.000 Kunststoff-Einwegteller, diverse Rollen Alu- und Frischhaltefolie eingespart werden. Die Kund*innen erwarben mehr als 100 Mehrwegbecher und nutzen sie: Schließlich gibt es beim Erwerb von Getränken in Mehrwegbechern/Tassen 10 Prozent Rabatt als Belohnung für nachhaltiges Handeln. Darüber werden die Lebensmittel – soweit möglich – unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien eingekauft

Wiederverwendung und Recycling in der Verwaltung

Auch bei der Beschaffung der Kreisverwaltung wurde erfolgreich mit der Umstellung auf 100-Prozent-Recycling-Papier begonnen. Mit Stichtag 31. Dezember 2019 liegt der Anteil des in den energieeffizienten Multifunktionsgeräten (Drucker/Kopierer/Scanner) verwendeten umweltfreundlichen Papiers bei mittlerweile mehr als 40 Prozent; Tendenz steigend. Verstärkte Anstrengungen fruchten auch bei den Themen Wiederverwendung und Recycling: So erfolgt die Rückgabe nicht mehr benötigter Aktenordner an zentraler Stelle und die erneute Ausgabe anstatt einer Neubeschaffung. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Rückführung von Altbatterien erfolgt auch die freiwillige Rückgabe/Rücknahme von alten Stiften, aus denen Kunststoffgranulat für neue gewonnen wird. Gleiches gilt für gebrauchte Tonerkartuschen.

PV-Anlagen auf kreiseigenen Immobilien

Die PV-Anlagen auf kreiseigenen Dächern und auf Grundstücken kreiseigener Beteiligungsgesellschaften (Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming GmbH, Flugplatz Schönhagen GmbH sowie Südbrandenburgischer Abfallzweckverband) umfassen nunmehr insgesamt eine installierte Leistung von etwa 2,5 MWp – der Leistung eines modernen Windrades. Der Stromertrag der auf dem Dach der vom Kreis betriebenen Rettungswache in Luckenwalde befindlichen PV-Dachanlage ist 2019 mit 37.268 kWh zu beziffern. Hiervon wurden 32.353 kWh in der Rettungswache selbst verbraucht, 4.915 kWh wurden in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die in 2019 erzeugte Strommenge entspricht einem Jahresverbrauch von 15 dreiköpfigen Durchschnittsfamilien (Mehrfamilienhaus) in Deutschland.

Energieeinsparung

Im Rahmen anstehender Sanierungsmaßnahmen an kreiseigenen Gebäuden erfolgt grundsätzlich auch die Prüfung und Durchführung energetischer Sanierungen und der kontinuierliche Austausch technischer Geräte gegen sparsamere Modelle (Beleuchtung, Heizungsanlagen, Kfz, PC, Monitore ...). Die nachhaltige Bewirtschaftung des Kreiswaldes trägt zusätzlich zur Senkung der Kohlendioxidemission im Landkreis bei. Näheres ist der anschließenden Tabelle „Ausgewählte Maßnahmen“ zu entnehmen.

Elektromobilität

Die Auslieferung der 2019 bestellten zwei Elektrofahrzeuge für den Fahrzeugpool der Verwaltung verschiebt sich auf Grund von Lieferschwierigkeiten des Herstellers in das erste Quartal 2020.

Die für 2019 angekündigte „Elektroladesäulen-Strategie“ wurde im April 2019 vorgelegt. Zehn der dreizehn kreisangehörigen Kommunen verifizierten im Vorfeld die vom Kreis erfassten Daten zwecks Erarbeitung einer entsprechenden Studie. Die Studie „Planerische Unterstützung beim Ausbau der Ladeinfrastruktur – Strategische Standortfindung für Ladesäulen im öffentlichen Raum“ ist das Ergebnis der Ausarbeitung des Regionalen Energiemanagements Brandenburg und wurde vom Landkreis kommunenscharf in Teltow-Fläming kommuniziert.

Schulprojekte

Das 2012 in Teltow-Fläming gestartete Programm „Energiesparmodelle in Schulen“ fand auch 2019 statt und wird gemäß dem kreiseigenen Energiespar- und Klimaschutzprogramm sowie weiterer Kreistagsbeschlüsse auch im kommenden Jahr fortgeführt. Dieses führt jährlich zur Einsparung von 300 Tonnen Kohlendioxid, mehr als 10 Prozent Energie und einer Kostendämpfung in Höhe von circa 100.000 Euro gegenüber dem Vergleichsjahr 2010. Das ursprüngliche Themenspektrum „Energiesparen“ wurde mittlerweile auf die Bereiche Abfallvermeidung, Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit (Stichwort „Faire Schule“) erweitert. So trägt das Schulprojekt als erstes seiner Art in Ostdeutschland nicht mehr nur zur dauerhaften Reduzierung des Energiebedarfs in den kreiseigenen Schulen bei, sondern schafft ein erweitertes Bewusstsein auch im Bereich Konsum, Herkunft der Waren etc. Bei Schulausflügen mit dem Ziel Kreishaus in 2019 wurden 15 Schülergruppen unter anderem auch durch Vorträge, Quizzes und Praxismaterialien (Solarkocher u. a.) für das Thema Klimaschutz sensibilisiert.

Sensibilisierung der Bevölkerung

Der Tag der offenen Tür im September 2020 wurde für die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz u. a. mit einem Informationsstand der Klimaschutzkoordinierungsstelle genutzt. Die Sensibilisierung und Unterstützung von Bürger*innen bezüglich der Themen Energiesparen, Klimaschutz sowie Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfolgt zudem unter anderem durch Auslage von Energiesparflyern, die der Landkreis kostenlos in sieben Sprachen herausgibt. Diese sind wie viele weitere Informationen auch auf der Webseite des Landkreises abrufbar. Ergänzt wird diese Maßnahme durch das mehrjährige vom Bund geförderte Projekt „Stromspar-Check“. Hier werden einkommensschwache Haushalte im Landkreis in Kooperation mit der GAG mbH (Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf) beraten. Zwei Wanderausstellungen im Kreishaus, die auch kreisangehörigen Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, sowie kostenlose Fördermittel-Online-Beratungen für Kommunen, Infos zu Klimaschutz im Internet, in der Presse und im Bücherbus ergänzen die Sensibilisierung und Unterstützung der Bürger*innen, Verwaltungen und Wirtschaft hinsichtlich Klimaschutzmaßnahmen. Gleiches gilt für bundesweiten Publikationen des Deutschen Instituts für Urbanistik, die Kooperation des Landkreises mit der Industrie- und Handelskammer, der Technischen Hochschule Wildau u. v. m. Auch Vorträge in Vereinen, bei Ausstellungseröffnungen etc. multiplizieren das Klimaschutz-Bewusstsein in Teltow-Fläming und über seine Grenzen hinaus.

So wird Teltow-Fläming die Ehre zuteil, als eine von elf bundesdeutschen Kommunen an dem internationalen Projekt „Kommunale Klimaschutzpartnerschaften“ teilnehmen zu können. Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu hundert Prozent geförderte Maßnahme läuft von 2019 bis 2021. Teltow-Fläming kooperiert mit der Stadt Katima Mulilo in Namibia. Ziel ist ein langfristiger informeller Austausch mit der Partnerkommune zu den Themen Bildungsarbeit (globales Lernen, nachhaltiges Handeln), Bürgerbeteiligung, Informations- und Expertenaustausch und Abfallmanagement/Stadtreinigung. In 2019 fanden ein erstes Netzwerktreffen in Deutschland und der Arbeitsbesuch einer dreiköpfigen Delegation aus Teltow-Fläming in Katima Mulilo statt. Für die Partnerkommunen unseres Landkreises, Landkreis Paderborn, Gniezno und Berlin Schöneberg/Tempelhof sowie für interessierte kreisangehörige Kommunen aus Teltow-Fläming besteht die Möglichkeit der Teilnahme am Projekt.

Ausblick: Erstmals steht der kommende Neujahrsempfang 2020 unter dem Motto „Teltow-Fläming sagt JA zum Klimaschutz“ – als Bekenntnis zur Fortsetzung der o. g. genannten und vieler neuer Maßnahmen, die der Bewahrung unseres Planeten und letztlich unseres Landkreises in der gewohnten Form dienen.

Tabelle 43: Übersicht ausgewählter klimawirksame Maßnahmen 2019

Maßnahme	Beschreibung
Fördermittel	Fördermittelakquise für Schulprojekt und energetischer Sanierung (KInVG), Teilnahme an zu 100 % geförderten Projekten des Bundes (Landkreis in Führung, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz, Sanierungen gemäß KInVG, Energieeffizienz im Einzelhandel ...)
Gas/Benzin-Hybrid-Kfz, E-Auto, Optimierung des Fuhrparks	Betrieb von einem der insgesamt 86 KFZ mit innovativer Hybridtechnik (Gas/Benzin)
Optimierung des Fuhrparks	Kontinuierlich, Austausch von 17 Dienst-Kraftfahrzeugen durch verbrauchsärmere Modelle
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäuden) energetische Gebäudesanierung/-optimierung, energetische Ressourcenschonung	Energiedaten werden durch die Schul-Hausmeister monatlich übermittelt und im Haus zentral zusammengefasst, bedarfsgerechte Nachsteuerung. Kreisstraßenmeisterei, Sanierung Dach inkl. Dämmung oberster Geschosdecke. Förderschule Ludwigsfelde, Austausch der Beleuchtung gegen eine LED Beleuchtung mit tageslicht- und präsenzabhängiger Steuerung in einem Flur und 6 Klassenzimmer Förderschule Luckenwalde, Austausch der Außenbeleuchtung gegen LED Leuchten Gymnasium Rangsdorf, Austausch der Beleuchtung gegen eine LED Beleuchtung mit tageslicht- und präsenzabhängiger Steuerung Volkshochschule Luckenwalde, Austausch der Beleuchtung gegen eine LED Beleuchtung mit tageslicht- und präsenzabhängiger Steuerung Erneuerung diverser Energieausweise Dämmung Verteilerarmaturen und Rohre in diversen Heizungsräumen Umbau diverser zentrale Warmwasserbereitungen zu dezentralen Warmwasserbereitungen mit Durchlauferhitzern aus Gründen der Trinkwasserhygiene
Nachhaltige Beschaffung	Beginn der Umstellung auf 100-%-Recycling-Papier (Umstellungsgrad: 40 %, Tendenz steigend). Verzicht auf Kunststoff-Einwegverpackungen in der Kantine und bei Veranstaltungen (ggf. Aufbrauchen alter Bestände). Beschaffung/Ersatz/Austausch von 296 der insgesamt 2310 PC/Laptops/Monitore durch aktuelle Modelle.

Maßnahme	Beschreibung
Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	Auswertung der Energiesteckbriefe der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WfBB) für den Landkreis
Mitarbeit/Mitgliedschaften in Foren und Gremien	anerkannte 100-EE-Region, Klima-Bündnis e. V., Cluster Energietechnik, Aktionsbündnis Klimaschutz 2020 der Bundesregierung, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz des difu
Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern und Beteiligungsgesellschaften	Installierte Leistung der PV-Anlagen auf Flächen des Kreises und der kreislichen Beteiligungsgesellschaften: VTF GmbH, Flugplatz Schönhagen GmbH, SBAZV, LK TF: In Summe: 2,5 MWp. Inbetriebnahme der PV-Dachanlage auf der kreiseigenen Rettungswache in Luckenwalde im Marz 2018: Erzeugte Strommenge. 37.268 kWh, Eigenverbrauch: 32.353 kWh.
Kohlendioxid-Bindung im Kreiswald	69080 fm in 2018 (= 57518 t Kohlendioxid-Bindung – konservativ betrachtet)
Workshops, Informationsveranstaltungen, Internet-, Presse-, Intranetbeiträge, Beratungen, Praktikantenbetreuung	Hausmeisterworkshop, Vorträge beim BMU und beim Rotary Club Kloster Zinna diverse Pressebeiträge (MAZ), Newsletter, sechzehn Intranet- und neun Internetbeiträge, Auslage Energiesparflyer (in 7 Sprachen) und Broschüren, Energierundgang Hotel- und Gaststättengewerbe, 2 Wanderausstellungen, Unterstützung der GAG: „Beratung einkommensschwache Haushalte“, 2 Schüler-Praktikanten im Klimaschutzbereich, 15 Schülerinnen
kostenloser Messgeräte-Verleih Klimakiste, Waldkiste, Firmenticket, Solarkocher	kontinuierlicher Verleih von Messgeräten an Beschäftigte, Praktikanten, Bildungsträger, Projekt Waldkiste, Angebot „Firmenticket“, Solarkocher an Schulen
Weiterführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen	Weiterführung des Projektes in allen 11 kreiseigenen Schulen (jährliche Einsparung: 300 t Kohlendioxids, >10 % Energie, ca. 100.000 Euro gegenüber dem Vergleichsjahr 2010)
Verleih-Geräte für Bibliotheken	Verstetigung des Verleihs von Energiemessgeräten in öffentlichen Bibliotheken
Krankheiten	Erfassung und Monitoring seltener bzw. bislang unbekannter Krankheiten
Netzwerkausbau	Vernetzung mit Klimaschutzmanagern in Brandenburg, Schulen, Verbraucherzentrale, Landkreise bundesweit, Teilnahme am internationalen Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ Katima Mulilo, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz des difu, Deutsches Institut für Urbanistik, fachlicher Austausch mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Klima-Bündnis e. V., DBU (Deutsche Stiftung Umwelt), TH Wildau u. a.

Maßnahme	Beschreibung
Projektentwicklung, Vorlagen, Ausschussarbeit	Vorbereitung/Fördermittelakquise für vier neue Projekte 2020 Erstellen/Überarbeiten von Beschlussvorlagen, Teilnahme an 12 Sitzungen kreiseigener Ausschüsse/des Kreistages ...

DEZERNAT IV

Straßenverkehrsamt

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden sowie dem Amt Dahme zur Entwicklung von serviceorientierten Leistungen im Bereich Fahrerlaubniswesen wurde 2019 fortgeführt.

Durch personelle und organisatorische Maßnahmen wurde auch in diesem Jahr erreicht, dass an regelmäßigen Servicetagen beide Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen (Zossen und Luckenwalde) geöffnet hatten. In der Führerscheinstelle kam es im Verlaufe des zweiten Halbjahres aufgrund gestiegener Antragszahlen und gleichzeitig eingeschränkter Verfügbarkeit von Fachpersonal zu einer erheblichen Verlängerung der Bearbeitungszeit von Anträgen auf Erteilung einer Fahrerlaubnis.

Amtsleiterbereich

Die Amtsleitung übernimmt unter anderem sachgebietsübergreifend die IT-Verfahrenskoordination, die Haushaltssachbearbeitung und die Bearbeitung von Widersprüchen und gegebenenfalls Klageverfahren.

Arbeitsschwerpunkt war die Sicherstellung der Leistungserbringung. Die Beantwortung von Fragen zur Aufgabenwahrnehmung des Amtes hat im Verlaufe des Jahres zugenommen.

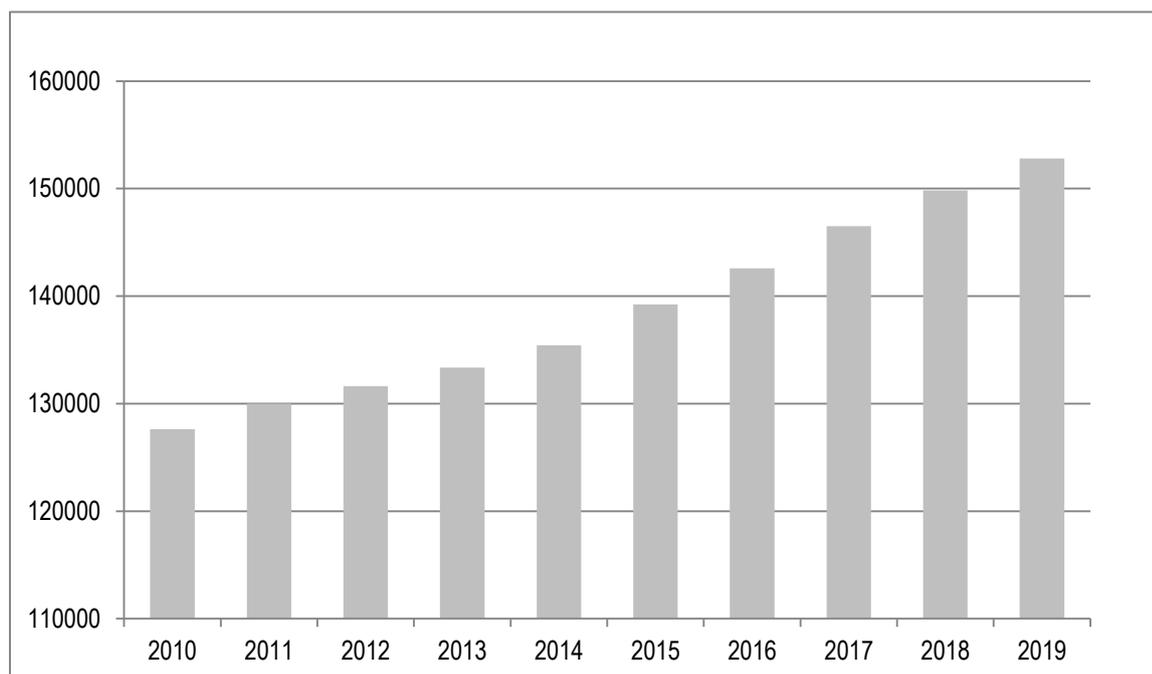
Auch in diesem Jahr haben Halter*innen eines Fahrzeuges, Antragsteller*innen/Inhaber*innen einer Fahrerlaubnis oder einer Fahrschule ihr Recht genutzt, gegen Ordnungsmaßnahmen zu widersprechen beziehungsweise danach auch durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Gegenüber dem Vorjahr (2018) hat sich die Anzahl der Widersprüche um rund 33 Prozent reduziert. Die Anzahl der Entscheidungen, bei denen nachfolgend auch ein Gericht urteilen sollte, ist um 80 Prozent gesunken.

Tabelle 44: Anzahl der Widersprüche und gerichtliche Verfahren

Verfahren	2017	2018	2019
Widersprüche/vorgerichtliche Verfahren	139	137	92
Zuarbeiten bei Gerichtsverfahren	66	81	16

Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung

Mit Stichtag 31. Dezember 2019 waren im Landkreis 152.801 Fahrzeuge (Vorjahr 149.838) gemeldet. Die Anzahl der registrierten Fahrzeuge und Anhänger stieg um 2.963 (Vorjahr 3.327) weiter an. Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich damit die Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge um 16,5 Prozent erhöht.

Abbildung 9: Anzahl der registrierten Fahrzeuge

Von den 102.235 gemeldeten Personenkraftwagen (Vorjahr 100.692) haben (nur) 184 Fahrzeuge (Vorjahr 107) einen reinen Elektroantrieb, das ist ein Anteil von 0,2 Prozent (Vorjahr 0,1 Prozent). Bei Lastkraftwagen haben von 11.396 gemeldeten Fahrzeugen (nur) 10 einen rein elektrischen Antrieb, das ist ein Anteil von 0,08 Prozent.

Die Möglichkeit, im Internet bestimmte Zulassungsanträge zu stellen, haben 32 Halter*innen für Abmeldungen (Außerbetriebsetzen) genutzt. Im Portal „i-Kfz“ auch einen Antrag auf Wiederinbetriebnahme eines Fahrzeuges stellen zu können wurde leider noch nicht genutzt. Im kommenden Jahr wird das Angebot auf weitere Antragsarten erweitert. Dazu haben im Oktober die technischen Vorbereitungen gemeinsam mit dem Land begonnen.

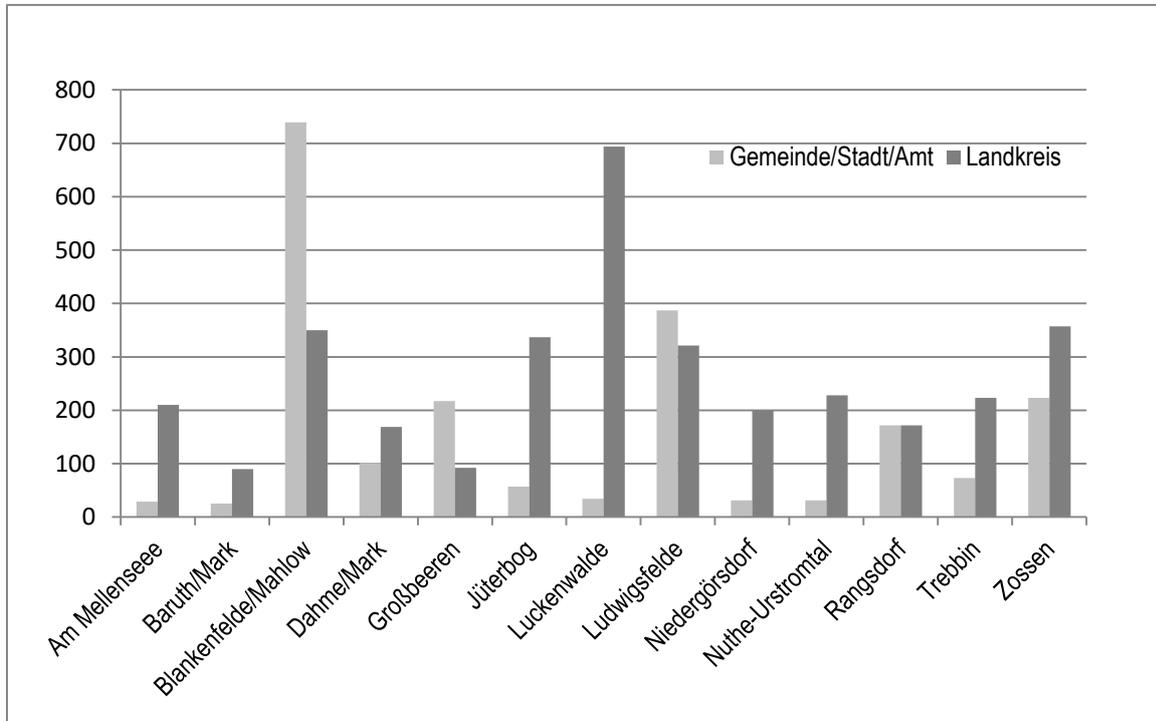
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen

Der vorgezogene Pflichtumtausch von Führerscheinen, die nicht dem aktuellen Muster der EU-Führerschein-Richtlinie entsprechen, ist als Regelungsschwerpunkt mit der 13. Änderungs-Verordnung zur Fahrerlaubnis-Verordnung am 19. März 2019 in Kraft getreten. Der Pflichtumtausch für Führerscheine, die vor dem 19. Januar 2013 ausgestellt wurden, sieht eine Umtauschpflicht ab dem Jahr 2021 vor. Schon jetzt stellen die Bürger*innen vermehrt Anträge auf Umtausch des alten in einen neuen Führerschein. Die Anzahl der Anträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent auf insgesamt 789 gestiegen.

Eine weitere Fallzahlensteigerung gab es im Bereich der Berufskraftfahrer, die seit spätestens September 2014 alle fünf Jahre einen Nachweis über die Teilnahme an Weiterbildungen nach der Berufskraftfahrer-Qualifikations-Verordnung erbringen müssen und im Führerschein eintragen lassen. Aufgrund des Ablaufes der Befristung wurden im Erhebungszeitraum 776 Anträge gestellt, im Vorjahr waren es nur 142 Anträge, sodass sich die Anzahl mehr als verfünffacht hat. Die Fahrerlaubnisklassen für Lkw und Bus haben oftmals ein gleichlautendes Befristungsdatum, sodass die Anzahl der Anträge auch hier von 838 auf 1.229 und somit um knapp 47 Prozent stieg.

Die Städte, Gemeinden und das Amt Dahme/Mark nahmen 2.119 Anträge (38,1 Prozent) von den 5.561 Anträgen auf Erteilung, Erweiterung, Verlängerung und Umschreibung einer Fahrerlaubnis entgegen.

Abbildung 10: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme



Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

2019 haben die Sachbearbeiter*innen des Sachgebietes Verkehrsordnungswidrigkeiten die Einhaltung des Geschwindigkeitslimits an 137 mobilen und sieben stationären Geschwindigkeitsmesspunkten überprüft. Gegenüber dem Vorjahr richtete das Sachgebiet fünf Kontrollpunkte neu ein. Eine Messstelle konnte es allerdings schließen. Das sind vier mobile Messpunkte mehr als im Vorjahr (133).

Neu eröffnet hat das Sachgebiet einen Standort zur Schul- und Spielwegsicherung in Luckenwalde, Brandenburger Straße, Höhe Schule. Auch in Dahlewitz, Bahnhofstraße, und in Baruth, Am Mühlenberg, führten die Beschäftigten des Sachgebiets Kontrollen durch. Dort ist die jeweilige Geschwindigkeit für Lkw auf 30 Kilometer pro Stunde herabgesetzt. In Baruth erfolgte die mobile Kontrolle an mehreren Punkten.

Der Standort in Mahlow, Teltower Straße, Höhe Freibad (in Richtung Teltow) wurde wegen geringer Verkehrsbelastung geschlossen, weil sich der Verkehr auf die Landesstraße 76 verlagerte.

Nach wie vor liegt der Fokus auf den Geschwindigkeitskontrollen, die den jüngsten Verkehrsteilnehmern den Weg zur Schule beziehungsweise den Spielweg oder den Weg zur Kita sicherer machen sollen.

Von den derzeit insgesamt 144 Geschwindigkeitsmesspunkten befinden sich 72 Prozent an Schul- und Spielwegen und 24 Prozent an Stellen mit besonderer Gefährdung (zum Beispiel wegen der Querung der Flaeming-Skate über Bundesstraßen, infolge von Baumunfällen oder hinsichtlich der Geschwindigkeitsreduzierung aufgrund von Lärm). Das Sachgebiet hat weitere vier Prozent der Kontrollstellen an Straßen vor Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern eingerichtet.

2019 gingen im Straßenverkehrsamt 22 Anträge (Vorjahr 40) mit der Bitte um Prüfung von Geschwindigkeitsmessstellen ein. Drei Anträgen mit fünf Messpunkten hat die Unfallkommission des Landkreises zugestimmt.

Wie auch im Vorjahr hat das Sachgebiet die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen auf der Bundesstraße 96, konkret am stationären Geschwindigkeitspunkt in Zossen, Straße der Jugend, festgestellt. Wegen des Seniorenheims gilt dort zwischen 6 und 22 Uhr eine auf Tempo 30 reduzierte Geschwindigkeit. Bezogen auf die Gesamtzahl aller geblitzten Fahrzeuge hielten sich an diesem Standort 42 Prozent der Fahrzeugführer*innen nicht an die gekennzeichnete Geschwindigkeit.

Der höchste Messwert wurde im Außendienst am stationären Standort Bundesstraße 96 in Dabendorf (in Richtung Groß Machnow) registriert. Trotz einer innerorts zulässigen Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde raste ein Verkehrsteilnehmer mit 141 Kilometern (ohne Toleranzabzug) pro Stunde durch den Messpunkt. Er muss nun mit einem dreimonatigen Verzicht auf den Führerschein, zwei Punkten in Flensburg und einem Bußgeld von 680 Euro rechnen.

Am 3. April 2019 beteiligte sich auch die Kreisverwaltung Teltow-Fläming im Rahmen der Aktionswoche des europäischen Netzwerkes der Polizei „Traffic Information System Police“ (TISPOL) am europaweiten „Speed Marathon“. Dafür hat das Sachgebiet in 15 Stunden an sieben Messpunkten die Einhaltung der Geschwindigkeit kontrolliert. Darunter waren Schulen in Rangsdorf, Blankenfelde und Mellensee sowie Kindereinrichtungen und Spielwege in Hennickendorf, Dabendorf, Luckenwalde und Zossen. In dieser Zeit nahm der Außendienst das Tempo von 2.704 Fahrzeugen in den Blick. 53 fuhren zu schnell. Das entspricht einem Anteil von 1,96 Prozent – im Vorjahr waren es noch 3,2 Prozent. Auf der B 96 in Zossen fuhr ein Fahrer mit 90 Stundenkilometern in Richtung Dabendorf durch die Ortschaft, die nur eine Geschwindigkeit von 50 Stundenkilometern zulässt. Nach Toleranzabzug verblieben noch 87 Kilometer pro Stunde – eine Überschreitung von 37 Stundenkilometern. Zur Zeit der Messung waren Kinder auf dem Weg zur Schule. Es war die höchste Überschreitung, die an diesem Tag vom Außendienst der Kreisverwaltung gemessen wurde, gefolgt von zwei Fahrern, die am Kindergarten in Dabendorf mit 53 Stundenkilometern (nach Toleranzabzug) zu schnell fuhren. Dort ist nur ein Tempo von 30 Kilometern pro Stunde zulässig. Berechnungen zur Untersuchung von Verkehrsunfällen beziehungsweise Verkehrsunfallfolgen zeigten, dass die Wahrscheinlichkeit, bei Pkw-Fußgänger-Kollisionen mit einer Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde schwere Verletzungen davonzutragen, bei über 80 Prozent liegt. Bei einer Geschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde liegt diese nur bei knapp über 40 Prozent.

2019 haben die Sachbearbeiter*innen 185 Führerscheine aus durch die Kreisverwaltung geführten Verfahren in amtliche Verwahrung genommen. Davon mussten 175 Personen den Führerschein einen Monat, neun Personen zwei Monate und eine Person drei Monate abgeben (185). Das sind 24 Fahrer*innen mehr als 2018 (161).

Da eine Stelle im Außendienst nicht besetzt war, wurde weniger kontrolliert als in den Vorjahren.

Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Die Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung im öffentlichen Verkehrsraum, die straßenverkehrsrechtlichen Veranstaltungserlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen sind gegenüber dem Vorjahr auf einem ähnlich hohen Niveau geblieben.

Räumliche Schwerpunkte der verkehrsrechtlichen Anordnung zur Sicherung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum sind der Norden des Landkreises und die Kreisstadt Luckenwalde.

Neue Wohn- und Gewerbegebiete sowie die Fertigstellung von Straßenbauprojekten machten vermehrt verkehrsrechtliche Anordnungen zur Regelung des Verkehrs erforderlich. Darüber hinaus hat das Sachgebiet durch die Veränderung der Verkehrsbelastung und Straßennutzung im vorhandenen Straßennetz vermehrt verkehrsrechtliche Maßnahmen umgesetzt.

Statistik

Tabelle 45: Zugelassene Fahrzeuge 2018, 2019

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019	Davon Elektro
Fahrzeugbestand gesamt, davon	149.838	152.801	213
- Kräder	10.479	10.845	15
- Pkw	100.692	102.235	184
- Lkw	11.008	11.396	10
- Zugmaschinen	3.619	3.661	2
- sonstige Kfz	830	868	2
- Kfz-Anhänger	23.043	23.625	0
- KOM	167	171	0

Tabelle 46: Fahrerlaubniswesen 2018, 2019

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Ersterteilung oder Erweiterung von Fahrerlaubnissen	2.146	2.166
Umschreibung einer Fahrerlaubnis, davon	332	277
- Dienstfahrerlaubnis	63	25
- EU/EWR-Fahrerlaubnis	61	68
- Drittstaat-Fahrerlaubnis	208	184
Anerkennung von ausländischen Fahrerlaubnissen, davon	1	0
- EU/EWR	0	0
- Drittstaat	1	0

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Umstellung auf neuen EU-Führerschein	608	789
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der Fahrerlaubnis, einschließlich Beratung	405	435
Versagung eines Antrages auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	24	13
Verzicht auf einen Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	988	863
Verzicht auf die Fahrerlaubnis und Rückgabe des Führerscheins	123	117
Rücknahme oder Widerruf einer Fahrerlaubnis	0	1
Internationaler Führerschein	559	582
Erteilung, Erweiterung oder Verlängerung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	169	210
Entziehung von Fahrerlaubnissen, Verhängung von isolierten Sperrfristen sowie Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung	158	140
- durch Gericht	95	85
- durch Fahrerlaubnisbehörde	63	55
Erfassung von vorläufigen Entziehungen von Fahrerlaubnissen	163	167
Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Abs. 5 StVG)	547	510
- Ermahnungen	466	420
- Verwarnungen	81	90
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	0	0
Maßnahmen im Rahmen der Fahrerlaubnis auf Probe (§ 2a StVG)	140	147
- Anordnung Aufbauseminar (ASF)	123	122
- Verwarnungen	17	25
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	0	0
Zwangsgeldfestsetzungen	28	26
Verlängerung Fahrerlaubnis (Lkw- und Busklassen)	838	1.229
Ausstellung Ersatzführerschein	2.889	3.282
- davon Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	142	776

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Anordnung und Auswertung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten	262	218
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren	1341	1290
- Anträge	697	691
- Erteilung Prüfungsbescheinigungen	644	599
Punktereducierung (§ 4 Abs. 7 StVG)	0	17
- Anträge	0	9
- gewährte Punktereducierung	0	8
Fahrerlaubnisklasse AM mit 15 Jahren	86	98
Auslösung Sach- und Personenfahndung	16	16
Kursanordnungen nach § 70 FeV	0	35
Ausstellung von vorläufigen Fahrberechtigungen	422	641
Erfassung von Fahrverboten	1.028	1.228
Ausfertigung von Karteikartenabschriften	434	366

Tabelle 47: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2018, 2019

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Digitale Kontrollgerätekarten: Fahrerkarten, Unternehmerkarten, Werkstattkarten	806	796
- Erteilung, Verlängerung, Ersatz	799	786
- Reklamation	7	10

Tabelle 48: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2018, 2019

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	33	35
Erteilung/Erweiterung Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	0	4
Verzicht auf Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis und Rückgabe der Urkunde	3	0
Widerruf einer Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	0	1
Anzahl der Fahrlehrer	179	190
- registrierte Fahrlehrer	108	112
- tätige Fahrlehrer	71	78
Erteilung/Erweiterung/Neuerteilung Fahrlehrererlaubnis	14	17
- Antrag (mit Prüfungszulassung)	9	9
- Erteilung	5	8
Umschreibung einer Fahrlehrererlaubnis (Bundeswehr) – ohne Prüfung	0	0
Verzicht auf die Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	1	1
Widerruf einer Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	0	0
Neuausstellung eines Fahrlehrerscheines (z. B. Ein- oder Austragung eines Beschäftigungsverhältnisses)	8	19
Bearbeitung von Punktemitteilungen gegen Fahrlehrer	2	5
Überwachung und Erfassung Fortbildung	34	33
Überwachung Ablauf Fahrerlaubnis	3	11
Anzahl der Seminarleiter	13	13
- für Aufbauseminare nach § 2a StVG	7	7
- für Teilmaßnahme der Fahreignungsseminare nach § 4a StVG	6	6
Erteilung einer Seminarerlaubnis	0	0
Verzicht auf eine Seminarerlaubnis und Rückgabe Seminarerlaubnis	2	0

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Anordnung und Auswertung von Fahrschulüberwachungen (Fahrschulen, Fahrlehrer, Seminare)	9	15
- Überwachung durch Dritte ohne Mängel	6	10
- Überwachung durch Dritte mit Mängeln	1	1
- eigenständige Überwachung ohne Mängel	2	4
- eigenständige Überwachung mit Mängeln	0	0
Überwachung von Fahrschulen als Ausbildungsstätten nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikation-Gesetz	0	142
- Prüfung der Anzeigen	0	110
- Prüfung der ausgestellten Bescheinigungen ohne Maß- nahmen	0	27
- Prüfung der ausgestellten Bescheinigungen mit Maß- nahmen	0	5
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ord- nungswidrigkeitenverfahren	0	1
- Fahrlehrer	0	1
- Fahrschulen	0	0
- Seminarleiter	0	0

Tabelle 49: Statistik gewerblicher Personenverkehr

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Unternehmen im Gelegenheitsverkehr	64	61
- Taxen	14	12
- Mietwagen	27	25
- Taxen und Mietwagen (zwei Konzessionen)	23	24
Mischkonzessionen	1	2
- Taxi und Mietwagen mit einem Fahrzeug	1	1
- Ausflugsfahrten und Ferientziel-Reisen	0	1
Erteilung/Verlängerung/Erweiterung von Konzessionen im Gelegenheitsverkehr	25	30
Mahnungs- und Widerrufsverfahren	2	1
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	276	273
- mit Konzessionen	208	210
- im freigestellten Personenverkehr	68	63
Fahrzeugtausch	16	28
Überprüfung im Rahmen der Aufsicht	500	511
- Fahrzeugabnahmen	30	44
- Betriebsprüfungen bei Konzessionsverlängerung	18	11
- Fahrzeug- und Fahrerkontrollen z. B. an Taxenstandplätzen	22	24
- Erfassung Hauptuntersuchung und Eichbelege	357	359
- Erfassung Hauptuntersuchung freigestellter Personenverkehr	68	63
- Überwachung freigestellter Personenverkehr	5	10
Beteiligung am Anhörungsverfahren für Konzessionen mit Kraftomnibussen	1	1
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	11	5
Ortskundeprüfungen	11	20

Tabelle 50: Fahrtenbuchauflagen

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Prüfung der Anträge auf Anordnung eines Fahrtenbuches	119	91
Anordnung eines Fahrtenbuches	58	55
Überwachung eines Fahrtenbuches	100	70
Androhung für den Wiederholungsfall	3	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	7	0

Tabelle 51: Ausnahmegenehmigungen 2018, 2019

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Anträge nach § 43 BOKraft	60	25
- erteilte Ausnahmen	58	23
Anträge nach § 74 FeV	11	13
- erteilte Ausnahmen	4	7

Tabelle 52: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2018, 2019

Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.659	3.377
- stationär	1.848	2.646
- mobil	351	126
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	460	605
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	25.939	23.038
- stationär	21.569	21.208
- mobil	3.993	1.518
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	377	312
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfahren	772	702
- stationär	497	534
- mobil	156	54
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	119	114
<i>gesamt</i>	<i>29.370</i>	<i>27.117</i>

Tabelle 53: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2018, 2019

Stadt/Gemeinde/Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeitsüberschreitungen	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Jahr	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Gemeinde Am Mellensee	11	11	45	11	187	42
Stadt Baruth/Mark	8	11	13	8	178	29
Gem. Blankenfelde-Mahlow	21	21	93	42	982	320
Gemeinde Großbeeren	3	3	14	4	173	23
Stadt Jüterbog	14	14	38	9 ¹²	199	59
Stadt Luckenwalde	14	15	59	19	262	204
Gemeinde Niederer Fläming	9	9	11	3	22	11
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	7	1	45	4
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	8	8	37	14	173	91
Gemeinde Rangsdorf	6	6	20	18	164	198
Stadt Trebbin	8	8	73	17	371	50
Stadt Zossen	19	19	114	56 ¹³	1.556	606
Amt Dahme/Mark	8	8	18	3	32	7
<i>gesamt</i>	<i>133</i>	<i>137</i>	<i>542</i>	<i>205</i>	<i>4.344</i>	<i>1.644</i>

¹² reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahmen¹³ reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahmen

Tabelle 54: Verkehrssicherheit und -lenkung

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
Stellungnahmen (allgemeine Planvorhaben, Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb und Jahresgenehmigungen)	401	362
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO (Anträge)	150	215
Ausnahmegenehmigungen § 46 StVO (Anträge)	675	727
Verkehrsrechtliche Anordnungen von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 StVO einschließlich Beteiligungen nach § 45 Abs. 2 StVO	2522	2646
Anträge auf Verkehrsregelung	434	355
- davon erteilte Anordnungen für Verkehrsregelungen gemäß § 45 StVO	326	205
Verkehrsschauen	8	19

Kataster- und Vermessungsamt

Das zentrale Thema in der Katasterbehörde war 2019 die Einführung des Bereitstellungsportals, das nach intensiver Diskussion, Information und Schulung zum Ende des Jahres in Betrieb genommen wurde. Mit dem Start des Regelbetriebes am 2. Dezember 2019 steht das Bereitstellungsportal nun allen Katasterbehörden und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren zur Vorbereitung der Unterlagen für eine Vermessung sowie zur Information und zum Datenaustausch zur Verfügung. Dreieinhalb Jahre nach Beginn der Arbeiten konnte das Projekt als ein Beitrag der Vermessungsverwaltung zur Umsetzung der Zukunftsstrategie "Digitales Brandenburg" nun erfolgreich und planmäßig abgeschlossen werden. Für die Katasterbehörde ergaben sich damit neu zu regelnde Abläufe der Antragserfassung und des Datenaustausches mit den Vermessungsstellen. Notwendig wurden auch personelle Umstrukturierungen. Insgesamt bewerten die Anwender*innen das Bereitstellungsportal sehr gut. Mit der Einführung des Portals gingen die Vorbereitungen für eine neue Vermessungsgebührenordnung einher, die im Oktober 2019 in Kraft trat.

Die Antragslage im Bereich der mündlichen und schriftlichen Auskünfte, der Weitergabe von digitalen Geobasisdaten und der Übernahme in das Liegenschaftskataster bewegt sich weiterhin aufgrund der starken Nachfrage nach Baugrundstücken auf einem hohen Niveau. Bei der Abgabe analoger Flurkartenauszüge ist kein Rückgang der Antragszahlen zu verzeichnen. Die Abgabe und Nutzung der Liegenschaftskarte in digitalen Datenformaten gewinnt durch die Open Data Angebote zunehmend an Bedeutung.

Um die Vorgaben des 2015 in Kraft getretenen Prioritätenerlasses III zu erfüllen, werden Abläufe und Geschäftsprozesse, auch in Kooperation mit den einreichenden Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, weiter überprüft und präzisiert.

Die Daten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) zur Landesgrenze Sachsen-Anhalt konnten, in sehr guter Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo), Standort Dessau-Rosslau, im Jahr 2019 abgestimmt werden.

Die Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters (QL) entsprechend dem Masterplan Geometrieverbesserungen der Liegenschaftskarte tragen erste Früchte. Verbesserte Koordinatenbestände konnten in die QL-Datenbank eingespielt werden. Weitere großräumige QL-Verfahren werden im QL-Masterplan für die Bearbeitung vorbereitet.

Der geforderte Bearbeitungsrythmus von Kartenblättern durch die Gebietstopographen wurde gewährleistet. Die Übergabe eines ausscheidenden Gebietstopographen an einen neuen Mitarbeiter und dessen Schulung und Einarbeitung verlief dank Mitwirkung der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) problemlos.

Gutachterausschuss

Die im Jahr 2019 ausgewerteten circa 2.400 Kaufverträge weisen auf einen stabilen Grundstücksmarkt hin. Insbesondere im Berliner Umland werden rasante Preisanstiege beim Kauf und Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken verzeichnet. Die zum 31. Dezember 2019 zu beschließenden Bodenrichtwerte werden wiederum (teilweise erhebliche) Anstiege der Bodenrichtwerte von Wohn- und Gewerbeflächen, in Spitzenlagen bis in den Bereich von 350 Euro pro Quadratmeter und höher, aufzeigen.

Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses bewältigte 2019 ein breites Aufgabenspektrum, welches unter anderem in den fundierten Analysen des Grundstücksmarktberichtes deutlich wird. Aktuelle Entwicklungen des Bodenmarktes konnten in einem Halbjahresbericht veröffentlicht werden, der bei den Grundstücksmarktteilnehmern auf großes Interesse stieß. Die Geschäftsstelle konnte ihre Kräfte in die notwendige umfängliche Kaufvertragsauswertung investieren, da die mündlichen und schriftlichen Auskunftstätigkeiten durch die durch Open Data neu geregelte und kostenfreie Erteilung von Bodenrichtauskünften und Abgabe von Grundstücksmarktberichten rückläufig waren.

Gute infrastrukturelle Anbindung erzeugt bis weit in das südliche Kreisgebiet verstärkte Nachfrage nach Grundstücken des individuellen Wohnungsbaus, nach bebauten Grundstücken und Eigentumswohnungen. Daraus resultieren wiederum beständige Bodenpreisanstiege.

Ausbildung

Im Jahr 2019 wurde wiederum in jedem Ausbildungsjahr ein Vermessungstechniker ausgebildet, wobei sich die Suche nach geeigneten Bewerber*innen schwierig gestaltete und mehrere Ausschreibungsverfahren notwendig waren. Um die künftigen Vermessungstechniker*innen optimal auf ihren Beruf vorzubereiten, werden sie verstärkt in die Themen Geoinformationssystem und Geodatenmanagement einbezogen. Im Amt werden Unterweisungsgemeinschaften angeboten, die von den Auszubildenden der Katasterbehörde und von fünf Auszubildenden der kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wahrgenommen werden.

Ab Oktober 2020 wird die Kreisverwaltung einen dualen Studienplatz in der Fachrichtung „Vermessung/Geoinformatik“ anbieten, das Ausschreibungsverfahren wurde erfolgreich initiiert.

Das Kataster- und Vermessungsamt gab beim Tag der offenen Tür, anlässlich des 25jährigen Bestehens der Kreisverwaltung, im September 2019 Einblick in sein vielfältiges Dienstleistungsangebot. Publikums- und medienwirksam wurde ein Kontrollpunkt für Navigationsgeräte vor der Kreisverwaltung eingeweiht. An der Umsetzung der Idee waren die Auszubildenden intensiv beteiligt.

Das Kataster- und Vermessungsamt kam beim Zukunftstag mit interessierten Jugendlichen ins Gespräch und präsentierte den Beruf des Vermessungstechnikers bei der Ausbildungsmesse Teltow-Fläming, die im Oktober 2019 stattfand.

Antragsstatistik

Im Kataster- und Vermessungsamt des Landkreises wurde zum Ende des Jahres 2019 der Nachweis von 214.059 (2018: 213.583) Flurstücken geführt. Die in den letzten Jahren stetig steigende Anzahl der Flurstücke im Liegenschaftskataster weist auf die aktuelle Grundstücksnachfrage aber auch auf die hohe Auslastung der Katasterbehörde hin.

Im Berichtszeitraum wurden über 1.900 analoge Flurkartenauszüge und Eigentüternachweise erarbeitet und verkauft.

An 140 Betreiber von graphischen Informationssystemen, das sind die Städte und Gemeinden des Landkreises, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger und andere, wurden 2019 umfangreiche digitale Datenbestände, rund eine Millionen flurstücksbezogene Datensätze in verschiedenen Datenformaten, herausgegeben.

Im Bereich Messungsvorbereitung gingen rund 800 Anträge von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren auf Unterlagenerteilung ein. Diese Zahl weist auf eine rege Bautätigkeit im Landkreis und auf eine gute Auftragslage der rund 160 Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg hin. Durch das Ende 2019 in Betrieb gestellte Bereitstellungsportal fällt diese Angabe künftig weg, die Vermessungsunterlagen werden ausschließlich und ohne die Mitarbeit der Katasterbehörde über ein Geoportal des Landes bereitgestellt.

Zwei Messtrupps des Kataster- und Vermessungsamtes waren im Außendienst im Einsatz. Ihre Arbeit bildete die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist für die nächsten zehn Jahre eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.

Insgesamt wurden 1.175 Vermessungsschriften von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren oder vom Kataster- und Vermessungsamt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht, in die Katasternachweise übernommen und Fortführungsunterlagen für die Eigentümer und Antragsteller erarbeitet.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität

Betreuung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Im Rahmen der klassischen Mittelstandsbetreuung werden Unternehmen sowie Personalleitungen über aktuelle Förderprogramme und Initiativen auf dem Gebiet der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Investitionsförderung und der Förderung energieeffizienter Projekte informiert.

Schwerpunkte der kleinen und mittelständischen Unternehmen liegen weiterhin bei der Arbeits- und Fachkräfteproblematik, der damit verbundenen schwierigen Nachwuchsgewinnung und Unternehmensnachfolge sowie zunehmend bei der Anwendung und Umsetzung im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Es gibt spezielle Förderprogramme zur beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten, um in das vorhandene Arbeitskräftepotenzial zu investieren. Zudem gibt es Fördermöglichkeiten zur Umsetzung der Technologietrends im Unternehmen. Diese gelten als wichtiges Instrument, um die Wirtschaft im Landkreis weiter zu stärken. Der Trend der Investitionen auf Grundlage der Richtlinie zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaft (GRW) hält an. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 311.744.587,41 Euro wurden zahlreiche unternehmerische Projekte vom Landkreis Teltow-Fläming begleitet und unterstützt. Investitionen im Mittelstand standen auch im Jahr 2019 wieder im Fokus. Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen investierten vor allem in die Erneuerung ihres Maschinenbestandes und in die Erweiterung ihrer Betriebsstätten, um sich zukunftssicher aufzustellen.

Gewerbegebiete

Mit Inbetriebnahme des Flughafens BER wird eine steigende Nachfrage nach Gewerbeflächen erwartet. Es ist notwendig, den Überblick über die bestehenden Flächenpotenziale zu verbessern. Daher hatte im Jahr 2019 die Firma agiplan aus Mülheim an der Ruhr gemeinsam mit der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung (GEFAK) von der Wirtschaftsförderung Brandenburg den Auftrag erhalten, ein Gewerbeflächenkonzept für den Willy-Brandt-Flughafen Berlin-Brandenburg zu erstellen. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit den Wirtschaftsförderungen der Landkreise Dahme-Spreewald, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming.

Das Ziel der Konzeption ist es, eine langfristige strategische Handlungs- und Planungsgrundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Flughafenregion zu erarbeiten und gleichzeitig zu einer Profilierung der Standorte beizutragen. Dazu werden die potenziellen Flächenbedarfe der neu ansiedelnden Unternehmen und der bestandserweiternden ansässigen Betriebe analysiert. Auf dieser Grundlage wird eine regional abgestimmte Strategie zum zukunftssicheren Flächenmanagement entwickelt.

Das Gewerbeflächenkonzept für den Willy-Brandt-Flughafen Berlin-Brandenburg soll Anfang 2020 von der Wirtschaftsförderung Brandenburg veröffentlicht werden.

Netzwerk Schule Wirtschaft

Das Netzwerk Schule Wirtschaft sowie die jährliche Berufsorientierungstournee wurden weitergeführt. Im Anschluss an das Format „Du in TF“ und mit Einführung der neuen Netzwerkkoordinatorin wurde zusätzlich eine Steuerungsgruppe der Netzwerkpartner Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft, Jugendberufsagentur, Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg gegründet. Durch die enge Zusammenarbeit und das abgestimmte Vorgehen mit diesen Institutionen sollen künftig Berufsorientierungsangebote und Veranstaltungen für alle Berufszweige im Netzwerk Schule Wirtschaft komprimiert und intensiviert werden, um somit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Im Jahr 2019 hatten circa 300 Jugendliche aus neun Oberschulen die Möglichkeit, sich in 20 Unternehmen des Landkreises zu Ausbildungsberufen, Anforderungen an die Berufe und Aufstiegschancen in den Unternehmen vor Ort zu informieren.

Zum dritten Mal wurde im Berichtszeitraum gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Potsdam und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg der „Tag der Logistik“ im Güterverkehrszentrum Großbeeren unter dem Motto „Wirtschaft trifft Schule“ initiiert. An dieser Veranstaltungsreihe nahmen circa 85 Schüler*innen teil, die sich über Berufe im Logistikbereich informierten. Die Chance, sich den Jugendlichen zu präsentieren, nutzten zwölf ansässige Unternehmen.

Zwei Netzwerktreffen wurden im Jahr 2019 angeboten. Sie dienen als Plattform dem Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und der Entwicklung von innovativen Ideen, Kooperationen und Handlungsstrategien.

Breitband

Im Jahr 2019 arbeitete der Fachbereich weiterhin mit Hochdruck an der Umsetzung des Bundesprogramms Breitband. Das Ziel aus den Vorjahren, nämlich die Versorgung von 94 Prozent der Haushalte im Landkreis Teltow-Fläming mit Bandbreiten von mindestens 30 Megabit pro Sekunde, wurde erfüllt. Grundlage dafür sind die Initiativen der vergangenen Jahre und die Eigenausbauerklärung zahlreicher Telekommunikationsunternehmen.

Die restlichen sechs Prozent der „unversorgten“ Haushalte sowie 84 Unternehmen werden mithilfe des Bundesprogramms mit Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde versorgt werden. Im Jahr 2019 wurde dazu ein europaweiter Teilnehmerwettbewerb, in dem der Landkreis Teltow-Fläming in die Bereiche Ost und West aufgeteilt wurde, durchgeführt. Die europäische Ausschreibung erfolgte und der Landkreis führte nach Auswertung der eingegangenen Gebote im Oktober 2019 die Bietergespräche durch. Im Dezember 2019 reichten die Telekommunikationsunternehmen für beide Lose die finalen Angebote ein. Nach Auswertung dieser Angebote sowie der Vorbereitung der Vergabeentscheidung, beabsichtigt der Landkreis im Jahr 2020 den finalen Fördermittelantrag beim Bund zu stellen.

Vermarktung der Flaeming-Skate

Für das Marketing der Flaeming-Skate wurden die Jahresbroschüre 2019 erarbeitet und der Servicebereich der Homepage www.flaeming-skate.de inhaltlich gefüllt und stetig aktualisiert. Aktuelle Meldungen werden auf der Internetseite eigenverantwortlich veröffentlicht. Das Erstellen von Inseraten sowie Preetexten für nationale und internationale Anfragen hat einen hohen Stellenwert in der täglichen Arbeit des Bereiches Tourismus.

Die Präsentation der Region auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin und auf den Vitalmessen zum Berliner Halbmarathon und Marathon waren auch 2019 für die externe Werbung wichtig.

Unterstützend stand das Team Tourismus dem Landwirtschaftsamt bei der Standbetreuung auf der Internationalen Grünen Woche zur Seite.

Im September konnte das Behinderten- und Skaterfest in Verbindung mit der Feier zu 25 Jahre Landkreis Teltow-Fläming mit einem Informationsstand der Flaeming-Skate bereichert werden. In Kooperation mit dem SV Flaeming-Skate e. V. wurde die Route der 100-km-Flaeming-Skate-Inlinetour so geplant, dass die Teilnehmer*innen an diesem Tag das Festgelände vor dem Kreishaus passierten.

Das Team nutze 2019 erneut die Möglichkeit, mit dem Projekt „Stadtradeln“ auf die Flaeming-Skate aufmerksam zu machen.

Auch 2019 gelang es, zahlreiche Gäste für die Region zu begeistern. Familien, Freunde, Kinder- und Jugendgruppen, Sportler, Trainer und Betreuer – sie alle belebten die Region mit ihren Übernachtungen, dem Besuch von Sehenswürdigkeiten und durch ihre Einkehr in die gastronomischen Einrichtungen vor Ort. Viele sind bereits Stammgäste, die die vorhandenen Möglichkeiten als einzigartig bewerten und besonders schätzen. Die Eigenmarke Flaeming-Skate gilt nach wie vor als eines der herausragenden Angebote im Freizeitsegment des brandenburgischen Tourismus. Sie leistete auch 2019 einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung und zur positiven Imagebildung des Landkreises Teltow-Fläming.

Touristische Netzwerke

Zu den weiteren Maßnahmen für die Vermarktung der touristischen Infrastruktur des Landkreises gehören unter anderem die

- Teilnahme an Beratungen der Radroutenverantwortlichen zum Beispiel der „Arbeitsgemeinschaft Berlin – Leipzig“
- sowie die Unterstützung touristischer Netzwerke und Stammtische im Landkreis. Dazu gehören „Touristischer Stammtisch Teltow-Fläming“ und „Runder Tisch Baruther Glashütte“.

Auch das durch den Bereich Tourismus neu initiierte Netzwerk Flaeming-Skate setzte seine Arbeit erfolgreich mit den Partnern und Leistungsträgern im Einzugsgebiet der Flaeming-Skate fort und traf sich an vier Terminen.

Skate-Arena Jüterbog

Nach wie vor erhielt das Projekt für die Erfüllung aller anstehenden Aufgaben der Saison Unterstützung durch den SV Flaeming-Skate e. V. Ohne den Haussportverein der Anlage, die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e. V. und die Eventpartner*innen wäre die Umsetzung der Veranstaltungen in Organisation und Durchführung aktuell nicht möglich.

Auch im Jahr 2019 startete der Veranstaltungskalender mit dem viertägigen Osterferien-Trainingscamp der Vereine sowie dem Tag der offenen Skate-Arena-Tore zur Saisonöffnung. Alle weiteren traditionellen Veranstaltungen wie das Flaeming-Rollevent, das 12-Stunden-Stepperbike-Rennen, die Nordisch-Aktiv-Tage, der Deutsche Geherpokal mit Teltow-Fläming-Cup der Läufer sowie die 100-km-Flaeming-Skate-Inlinetour hinterließen erneut viele positive Eindrücke bei Einheimischen und Gästen der Region. Einen ungebrochenen Erfolg in der Skate-Arena verzeichneten allerdings auch 2019 die Tage für Kinder und Jugendliche. So liefen der 8. Flaeming-Skate-Junior-Cup und der 14. Kids-Skate-Day sehr erfolgreich. Knapp 200 Starter*innen waren aus 16 Einrichtungen des Landkreises - davon 15 Schulen und einer Kita - in der Arena vertreten und lieferten sich spannende Wettkämpfe. Höhepunkt des Jahres war im Juli das langjährige Marketingprojekt Flaeming-Skate-Inline-Camp. Die dreizehnte Auflage lockte wiederholt knapp 40 Kinder zum einwöchigen Aufenthalt in die Skate-Arena nach Jüterbog. Die Kinder und Jugendlichen zwischen 8 und 16 Jahren lernten bei Sport, Spiel und dem gemeinsamen Rollen über die Flaeming-Skate die Region gut kennen und der Einsatz des ehrenamtliche Teams vor Ort ließ den Aufenthalt zu einem tollen Erlebnis werden.

Der Trainingsstandort Skate-Arena Jüterbog lockte fast 40 Vereine aus dem In- und Ausland zu einer aktiven Freizeitgestaltung in den Landkreis. Viele Sportler nutzen die Übernachtungsmöglichkeiten vor Ort oft mehrtägig. Die angebotenen Veranstaltungen tragen hierzu zusätzlich bei. Die Sportanlage selbst erlebte wochentags einen fast täglichen Trainingsbetrieb. Grund- und Einsteigerkurse sowie Trainingsprogramme der rollenden Sportarten für jedermann rundeten das Arenaprogramm im Sportjahr 2019 wieder ab.

Modernisierung Flaeming-Skate

Die Modernisierung der Flaeming-Skate wurde vom Hauptamt (Sachgebiet Infrastrukturmanagement) in Auftrag gegeben. Im April 2019 begannen die Arbeiten im ersten von vier Bauabschnitten. Trotz guter Planung und wiederholten Informationen über alle Kanäle des Marketings gestaltete sich dieses Vorhaben für die Gäste und Gewerbetreibenden schwierig. Oftmals fehlte das Verständnis und sowohl Bauunternehmen, Hauptamt als auch das Team im Bereich Tourismus hatten mit Beschimpfungen und Auseinandersetzungen zu kämpfen. Die Notwendigkeit der Modernisierung großflächiger Abschnitte der Flaeming-Skate steht dennoch außer Frage. Der bauliche Erhalt der Flaeming-Skate ist ein wichtiger Bestandteil des touristischen Erfolges des Landkreises.

Kommunaler Öffentlicher Personennahverkehr (kÖPNV)

Nach wie vor bildete der vom Kreistag beschlossene Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 die Grundlage für die weitere Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis. Dieser wird durch die ab 1. August 2016 abgeschlossenen „Öffentlichen Dienstleistungsaufträge“ mit den im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen entsprechend den Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 derzeit bis einschließlich 2026 abgesichert.

Da die Laufzeit des Nahverkehrsplans zum Jahresende 2018 auslief, wurde zunächst eine Evaluierung des Plans ausgeschrieben und beauftragt. Die Evaluierung erfolgte für die Laufzeit der Jahre 2019 und 2020 als Bestandsaufnahme, ob und inwieweit der vorliegende Nahverkehrsplan geeignet erscheint, den angestrebten Zweck der Umsetzung der Daseinsvorsorge auf dem Gebiet des kommunalen ÖPNV bis zu einer Neuarbeitung des Planes zu erfüllen. Im laufenden Jahr 2020 wird der Nahverkehrsplan für den Zeitraum 2021 bis 2025 zur Neuarbeitung ausgeschrieben.

Im Jahr 2019 wurden auf der Grundlage von im Jahr 2017 angepassten Vereinbarungen mit dem Landkreis Elbe-Elster, dem Landkreis Dahme-Spreewald und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark die landkreisübergreifenden Verkehre fortgesetzt und dazu notwendige Ausgleichszahlungen gesichert. Weiterhin wurden Zusatzverkehre in den Kommunen erweitert, angepasst und optimiert. Auf der Grundlage der im Jahr 2017 angepassten Verwaltungsverträge mit den Kommunen wurden die Zusatzverkehre und die Verkehre der Ortslinien fortgesetzt und die vertraglich festgesetzten Ausgleichszahlungen durch die Kommunen an den Landkreis getätigt.

Den Gesamtaufwendungen für den Öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 10.257.300 Euro standen Gesamterlöse von 5.361.400 Euro gegenüber. Sie setzen sich aus 4.770.000 Euro Landeszuweisungen und 591.800 Euro Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammen. Der Landkreis musste dementsprechend 4.895.900 Euro als Eigenmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr bereitstellen. Während die Erlöse gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich blieben, erhöhten sich die Aufwendungen um 2.509.000 Euro – eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung für den Kreishaushalt.

Zusammenarbeit mit dem VBB

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Mitarbeit der Landrätin im Aufsichtsrat und des Leiters des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH nahm der Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich auf die weitere positive Entwicklung des gesamten Öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet Einfluss. Der annähernde Halbstunden-Takt bis Ludwigsfelde auf der Trasse des RE 3/RE 4 wurde auch im Jahr 2019 beibehalten. Ebenso wurde durch den Erhalt des Stundentaktes und einen annähernden Halbstundentakt in den Hauptverkehrszeiten für Pendler*innen aus dem südlichen Bereich des Landkreises (zumindest ab/bis Jüterbog) weiterhin eine gute Anbindung an die Hauptstadtregion ermöglicht. Die Anschlussverknüpfungen zwischen den anbindenden Buslinien und den RE wurden weitestgehend angepasst und zum Teil verbessert.

Mit Fertigstellung des BER sind im Norden des Landkreises Teltow-Fläming neue Verkehrsströme zu erwarten. Der VBB gab dazu ein Gutachten in Auftrag. Der Landkreis Teltow-Fläming begleitete die Erarbeitung des Gutachtens intensiv. Die Ergebnisse dienen zunächst dazu, die vorhandenen Verkehre für die Anbindung des fertiggestellten Flughafens zu optimieren. In den Folgejahren sollen die Verkehre weiter angepasst und erweitert werden.

Zum siebenten Mal in Folge fand die 48-Stunden-Aktion des VBB im Landkreis Teltow-Fläming statt. Im Jahr 2019, wie bereits zur Erstveranstaltung, in der Region Nuthe-Nieplitz. Die bisherigen Akteure hatten sich auf einen jährlichen Wechsel der Veranstaltungen zwischen den Regionen Nuthe-Nieplitz und Baruth-Fläming-Urstromtal geeinigt. Diese Verfahrensweise hat sich sehr bewährt, da ein gleichbleibender Besucheransturm verzeichnet werden konnte. Dank der erneuten Unterstützung durch die Verkehrsbetriebe wurde diese Aktion wiederholt ein voller Erfolg für die touristische Vermarktung der Region in der Hauptstadt und dem Umland.

PlusBus

Die zwei seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2018 verkehrenden PlusBus-Linien im Landkreis Teltow-Fläming zwischen Ludwigsfelde und Zossen mit Anschluss an den PlusBus zwischen Ludwigsfelde und Potsdam haben sich etabliert. Ihre Nutzerzahlen steigen stetig. Die Linien sind eine weitere Verbesserung der stündlichen Querverbindung zur Landeshauptstadt. Sie sichern den Anschluss an den Regionalverkehr sowohl in den südlichen als auch in den nördlichen Teil des Landkreises.

Rufbus

Alternative Bedienformen – also alle öffentlichen Verkehrsmittel, die nicht dem klassischen Linienverkehr entsprechen und keine festen Fahrpläne haben – im Landkreis wurden verstetigt und erweitert. Dazu konnte ab April 2019 der „Kranich Express“ – ein Elektro-Kleinbus im Gebiet um Trebbin – seinen Betrieb aufnehmen. Das zunächst als Pilotprojekt gestartete Rufbusangebot wird im Jahr 2020 fortgesetzt.

Seit März 2019 nimmt die Notruf- und Serviceleitstelle der Firma Wach & Schutz Luckenwalde die telefonischen Buchungen entgegen und koordiniert die Fahrten. Dies betrifft die in Nuthe-Urstromtal, dem Niedereren Fläming und neu im Gebiet um Trebbin.

Die Freischaltung der Internetplattform der VTF mbH zur Online-Buchung von Rufbusfahrten führte zu einer Vereinheitlichung der Buchungsregeln und zur Verbesserung der Kommunikation in der Rufbuszentrale. Zugleich war dies die Vorstufe für die Einrichtung der Buchung von Fahrten am Wochenende für das gesamte Rufbusangebot. Seit Juni 2019 gibt es auch eine Rufbus-App. Sie erleichtert Vielnutzern die Buchung und macht die alternativen Bedienformen auch für jüngere Leute attraktiv.

Investitionen

2019 wurden Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur mit insgesamt 136.915,00 Euro aus der Investitionsrichtlinie des Nahverkehrsplans unterstützt. Für die Anschaffung von Software zur Disposition alternativer Bedienformen erfolgte eine Restzahlung an die VTF mbH. Gefördert wurden weiterhin Investitionen für Bushaltestellen mit Aufstellflächen in Blankenfelde, Luckenwalde, Kliestow und Dahme. Für Zagelsdorf gab es eine Restzahlung und für den grundhaften Ausbau der Goethestraße Am Bahnhof Rangsdorf wurde eine erste Teilzahlung zahlungswirksam. Bei der Vergabe der finanziellen Mittel lag das Augenmerk besonders auf der Herstellung von Barrierefreiheit, um den Anforderungen des Personenbeförderungsgesetzes bis zum Jahr 2022 langfristig gerecht zu werden. Leider lag der Anteil der Förderung erneut weit unter dem Planansatz, was der fehlenden Kofinanzierung seitens der Kommunen geschuldet ist.

Nahverkehrsbeirat

Der Nahverkehrsbeirat Teltow-Fläming tagte im Jahr 2019 nur einmal zu seiner Konstituierung. Die im Mai 2019 stattgefundenene Kommunalwahl und die daraus entstandene neue Profilierung des Kreistages im September 2019 machte teilweise auch eine Neubesetzung des Nahverkehrsbeirates erforderlich.

Im Beirat wirken weiterhin der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, der Sachgebietsleiter Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität sowie die Sachbearbeiterin für Öffentlichen Personennahverkehr aktiv mit.

Sachgebiet Kreisentwicklung

Zu den allgemeinen Aufgabenschwerpunkten des Sachgebietes Kreisentwicklung gehören:

- die planerische Beurteilung verschiedener Vorhaben und Planungen sowie die Bündelung fachlicher Stellungnahmen der Kreisverwaltung, insbesondere zu übergeordneten Entwicklungsplänen, zu Bauleit- und Verkehrsplanungen,
- die Erarbeitung eigener Konzepte zur kreislichen Entwicklung und zur Weiterentwicklung sowohl der Verkehrs- als auch der touristischen Infrastruktur,
- Planung, Bearbeitung, Betreuung und Abrechnung neuer Verkehrswege,
- die Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Bauleitplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch.

Folgende Vorhaben und Entwicklungen waren hieraus im Einzelnen von besonderer Bedeutung:

Infrastruktur

Vierstreifiger Ausbau der B 101 – Fortführung der Radwegeplanung L 795 Thyrow-Siethen

Der erste Teilabschnitt des vom Landkreis integrierten Radweges entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen ist im Zuge der Ortsumfahrung Thyrow bauseitig fertiggestellt. Für den zweiten Teilabschnitt des Radweges wurde die Erarbeitung der Planfeststellungsunterlagen beauftragt, welche im kommenden Jahr beantragt werden soll.

Einstufung von Straßen

Die Überprüfung der korrekten Einstufung aller Kreisstraßen entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Straßengesetzes wurde fortgesetzt. Da sich der Umstufungsprozess vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig gestaltet, konnte zum 1. Januar 2020 keine Umstufung zur Gemeindestraße durchgeführt werden. Im Jahr 2020 erfolgt die Fortführung des Konzeptes.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt blieb weiterhin die Auseinandersetzung mit dem Strategiepapier „Perspektiven für das Landesstraßennetz – Abstufungskonzept und Weiterentwicklung“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung. Dieses sieht für den Landkreis die Abstufung von 114 Kilometern Landesstraßen vor. Weitestgehend unklar ist dabei nach wie vor die Frage der finanziellen Rahmenbedingungen. Der diesbezüglich unveränderte Standpunkt des Landkreises und seine Forderungen wurden gegenüber dem Landtag, dem Landkreistag und einzelnen Fachausschüssen klar definiert und dargelegt. Eine Einzelbetrachtung für jede umzustufende Landesstraße ist danach unbedingt erforderlich; nach festgestellter Verkehrsbedeutung durch das Land ist an den zuständigen Straßenbausträger umzustufen. Einzelgespräche zwischen Landkreis, Kommunen und Ministerium sind im Jahr 2020 durchzuführen.

Stellungnahmen zu Planverfahren

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu 38 Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes, der Kommunen und weiterer Träger erarbeitet. Darunter befanden sich fünf Plangenehmigungs- bzw. Planfeststellungsverfahren, unter anderem auch wieder zum weiteren Ausbau der Dresdner Bahn beziehungsweise der Strecke Berlin–Dresden (zum Beispiel der Umbau des Bahnhofs Wünsdorf-Waldstadt).

Modernisierung der Flaeming-Skate

Im Zuge des Gesamtprojektes „Modernisierung der Flaeming-Skate“ wurde die Planung des barrierefreien Radweges am Wasserwerk Luckenwalde abgeschlossen. Mit dem Bau wurde im November begonnen. Das voraussichtliche Bauende ist Mai 2020.

Entwicklung des Radverkehrs

Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes im Landkreis ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:

- Im Bereich des geplanten Radweges an der K 7241 vom Ortsausgang Genshagen bis Ortseingang Großbeeren wurde der Abschluss von Bauerlaubnisverträgen mit den Grundstückseigentümern fortgesetzt.
- Zur Fortführung von Planung und Bau des touristischen Verbindungsweges zwischen Zesch am See und Egsdorf gab es weitere Gespräche zur gemeinsamen Umsetzung des Vorhabens mit dem Landkreis Dahme-Spreewald und den Grundstückseigentümern. Die Fortführung der Planung ist im Jahr 2020 vorgesehen.

Fortgesetzt wurde die Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg“ (AG FK Brandenburg). Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft als wichtige Schnittstelle zwischen Landes- und Kommunalpolitik kommt auch durch die steigende Zahl der Mitgliedskommunen zum Ausdruck. Es wurden fünf neue Mitglieder aufgenommen. Im Landkreis sind die Städte Luckenwalde, Ludwigfelde und Trebbin Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft.

Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der integrierten Weiterentwicklung des Radverkehrs wurde ausgebaut. Die Teilnahme des Landkreises an der bundesweiten Kampagne „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“ war eine weitere Maßnahme, um das Fahrradfahren im Landkreis attraktiver zu machen. Zugleich wurde gemeinsam mit den Städten Trebbin, Luckenwalde, Ludwigsfelde und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow erfolgreich ein Zeichen für den Klimaschutz gesetzt. Die Klimaschutzkoordinierungsstelle organisierte hierfür eine Reihe von Aktionen. Prämiert mit Pokalen wurden die beste Gemeinde und diverse Einzelwertungen. Die Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Kommunen wurde gestärkt. Für das Projekt ist eine Zuwendung beim Landesamt für Soziales und Versorgung in Höhe von 28,5 Prozent der Anmeldegebühren beantragt. Weitere Aktivitäten richteten sich auf die Fortführung des mit den Kommunen entwickelten überregionalen Radroutennetzes. Die Arbeit zur Umsetzung der gemeinsam ermittelten prioritären Radwegemaßnahmen wird fortgesetzt.

Bauleitplanung

Planungsrechtlich wurden insgesamt 66 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet. Zudem fungierte das Sachgebiet im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause. Neben dem anhaltenden gewerblichen Boom ist eine verstärkte Entwicklung von Wohnbauflächen, zunehmend über das Umland von Berlin hinausgehend, zu verzeichnen. Dem Siedlungsdruck aufgrund der steigenden Nachfrage nach infrastrukturell günstig gelegenen Wohnbauflächen folgen die Kommunen mit der Aufstellung beziehungsweise Fortführung von Bauleitplänen zur städtebaulichen Steuerung und Entwicklung.

Folgende Planungen belegen diese Entwicklungen beispielhaft:

- Bebauungsplan (BP) „Wohnsiedlung Machnower Chaussee“ der Stadt Zossen
- BP „Wohnen am Wasserfließ“ der Stadt Zossen
- BP „Birkehain“ der Stadt Zossen, Ortsteil Schöneiche
- BP „Wohnen am alten Sportplatz“ der Stadt Zossen
- BP 18-01 „Rehagener Bahnhofstraße“ der Gemeinde Am Mellensee, Ortsteil Rehagen
- BP „Wohngebiet Ackerstraße“ der Stadt Dahme/Mark

Gleichermaßen streben die Gemeinden eine weitere Verbesserung der Einzelhandelsangebote an. In den Städten Luckenwalde und Trebbin sollen zum Beispiel über entsprechend aufgestellte Bebauungspläne Erweiterungsmöglichkeiten für das Discountunternehmen Lidl geschaffen werden. Auch der Trend zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere der Sonnenenergie, hielt an. So will die Stadt Zossen hier über den BP „Solarpark am Koschewoiring“ planungsrechtliche Voraussetzungen schaffen, ebenso wie die Stadt Luckenwalde mit dem aufgestellten BP „Photovoltaik Kiesgrube Weinberge“.

Zu insgesamt 56 Auskunftersuchen hinsichtlich planungsrechtlicher Problemstellungen erfolgten fachliche Beratungen mit den Städten und Gemeinden sowie mit Planungsbüros, Bürger*innenn und Fachbehörden des Landkreises. Es konnten Handlungsempfehlungen gegeben und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Anfang Juni wurde das Sachgebiet mit den Aufgaben der zuvor im Umweltamt angesiedelten Koordinierungsstelle für Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) betraut. Seit dieser Zeit wurden 69 Aktivitäten betreut, die die Beteiligung der kreisinternen Behörden an den Vorgängen, den Austausch und die Ergänzung von Unterlagen, koordinierende und vermittelnde Funktionen zwischen der Landesbehörde und den hiesigen Fachämtern sowie die bereits schon früher wahrgenommene planungsrechtliche Begleitung der Vorhaben zum Inhalt haben. Zudem ergingen wiederum planungsrechtliche Positionierungen zu Anfragen der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung in Bezug auf Entwicklungsabsichten für WGT-Liegenschaften. Hierbei wurden zugleich die kreislichen Belange im Hause gebündelt.

Übergeordnete Raumentwicklungsplanung

Im Rahmen der Mitwirkung an der Regionalplanung ergaben sich inhaltliche Schwerpunkte unter anderem im Zusammenhang mit

- dem Aufstellungsbeschluss zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0,
- dem Verfahrensgang zur Überarbeitung der Richtlinie für Regionalpläne der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg,
- der Neukonstituierung der Regionalversammlung Havelland-Fläming für die Kommunalwahlperiode 2019 – 2024 und
- der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie für die Regionale Planungsgemeinschaft.

Es waren teils unter Einbeziehung weiterer Fachämter inhaltliche Vorbereitungen zu den Gremiensitzungen der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zu fertigen. Abstimmungen mit der Regionalen Planungsstelle und dem Landkreistag Brandenburg wurden vorgenommen und schließlich Informations- und Beteiligungsformate abgedeckt.

Das Verfahren zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin Brandenburg (LEP HR) ist abgeschlossen. Nach Bekanntmachung am 13. Mai im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 35 trat der Plan am 1. Juli in Kraft. Zur Beratung ausgewählter Schwerpunkte des LEP HR und seiner Umsetzung wurde ein Informationstermin mit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und den Kommunen des Landkreises abgestimmt und vorbereitet.

Die Festlegungen der übergeordneten Raumplanung, die aktuellen Sachstände ihrer Fortschreibung sowie die Entwicklungsgrundsätze aus dem Leitbild des Landkreises wurden in die verschiedenen Beteiligungsverfahren sowie in kreisliche Vorhaben eingebracht.

GIS

Das geografische Informationssystem (GIS) begleitete wiederum alle Aufgabenbereiche unterstützend. Folgende Projekte wurden bereitgestellt:

- aktualisierte OpenStreetMap-Karte als kostenfreie Kartengrundlage des Landkreises für die Veröffentlichung von Fachkarten und Planungen
- kartografische Darstellung der Pläne zur Abstufung von Landesstraßen, ergänzt durch aktualisierte Verkehrsstärkedaten an untersuchungsrelevanten Straßen im Landkreis
- Darstellung der Buslinien und Bushaltestellen der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming aus Rohdaten des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg
- interaktive Karte für das Internet zur Darstellung der Sanierungsabschnitte der Fläming-Skate im Rahmen des Gesamtprojektes „Modernisierung der Flaeming-Skate“
- Web-App-Anwendung zur Veranschaulichung der Themen Arbeitspendlerbeziehungen und Einwohnerentwicklung im Landkreis

Vor dem Hintergrund des Beschlusses zum integrierten Mobilitäts- und Verkehrskonzept (KT 5-3460/18-IV) wurde zur Erarbeitung der Kreisstrategie „Öffentliche Ladesäulen-Standorte für Elektrofahrzeuge“ der Bestand und der mit den Kommunen abzustimmende Bedarf im Landkreis digital erfasst und kartografisch dargestellt.

Parallel zu den Planungsverfahren der Bauleitplanung wurden die aktuellen Planungsstände der Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Städte und Gemeinden digitalisiert sowie zur weiteren Nutzung im GIS- und Geoportal bereitgestellt. Die ergänzende und fortlaufende Digitalisierung der Planungsgrundlagen der Bauleitplanung ermöglicht die digitale und zentrale Bereitstellung für alle Fachämter.

Um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen, wurde ein Vorgehen zur stufenweisen Anpassung der Bauleitplanung an das standardisierte Format zum Datenaustausch (X-Plan-Standard) erarbeitet. Ziel ist es, eine vereinheitlichte Datenbereitstellung und -bearbeitung zu gewährleisten.

Weitere GIS-Projekte wurden fortgeführt und gegebenenfalls erweitert:

- Access-Datenbanken der Bauleitplanung
- Datenbank mit den Flurstücken der Flaeming-Skate einschließlich interaktiver Kartendarstellung als Arbeitsgrundlage für die Widmung diverser Abschnitte
- Daten- und Kartengrundlagen zum Radwegkonzept des Landkreises
- Erfassung und Darstellung der Schulstandorte im Landkreis
- Veranschaulichung der Entwicklung der Verwaltungsstrukturen im Landkreis anhand historischer und aktueller Abbildungen

Höhere Verwaltungsbehörde

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde. Die mit dieser Aufgabe verbundene Prüf- und Beratungstätigkeit blieb dabei unverändert. Für zwei Bauleitpläne wurde ein Antrag auf Genehmigung gestellt. Davon konnte ein Plan genehmigt werden, der Antrag auf Genehmigung des anderen Planes wurde zurückgenommen. Beratungstätigkeiten zu bauleitplanerischen Fragen und Themen wurden mit dem Amt Dahme/Mark, den Städten Trebbin, Luckenwalde, Jüterbog, Zossen, Ludwigsfelde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal durchgeführt.

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik

Der Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Erfüllung der Zielvorgaben aus den Zuwendungsbescheiden der Arbeitsmarktförderprogramme.

Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften

Der Landkreis erhielt auch in der letzten Förderperiode (bis 2020) Zuwendungsbescheide für zwei Projekte zur Integration langzeitarbeitsloser Frauen und Männer.¹⁴ Dies ist das Ergebnis eines schlüssigen Konzepts wie auch der bisherigen erfolgreichen Arbeit.

¹⁴ Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg zur Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften in Brandenburg in der Förderperiode 2014 bis 2020

Die Zuwendung aus dem Europäischen Sozialfonds für die beiden bewilligten Projekte beträgt 867.904,07 Euro, die über drei Jahresscheiben verteilt sind. Beginn der Maßnahmen war der 1.2.2018. Ziel der Förderung (bis 31.7.2020) ist die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden sowie die Verbesserung ihrer sozialen Situation. Zusatzziel ist die Stärkung und Festigung des Zusammenlebens in den teilnehmenden Familien, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Kinder. Als messbare Größe der erfolgreichen Arbeit sollen nach Ablauf des Projektes mindestens 25 Prozent der teilnehmenden langzeitarbeitslosen Bürger*innen in Arbeit oder Bildung vermittelt sein.

Je Projekt arbeiten zwei Integrationsbegleiterinnen, deren Personalkosten zu 100 Prozent gefördert werden. Insgesamt wurden für die beiden laufenden Projekte bis zum Ende 2019 Fördermittel in Höhe von 563.443,96 Euro ausgezahlt. Jede Integrationsbegleiterin hat in der Gesamtlaufzeit mindestens 50 Teilnehmende zu betreuen. Im Projekt I wurden bis zum 31. Dezember 2019 insgesamt 97 Teilnehmende, davon 65 Frauen betreut und beraten. Mindestens 25 Prozent der Teilnehmenden sollen beim endgültigen Austritt aus der Maßnahme in Erwerbstätigkeit oder in Bildung übergehen.

Per 31. Dezember 2019 konnten im Projekt I bereits 20 Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und vier Teilnehmende in Bildung vermittelt werden. Im Projekt II wurden bis zum 31. Dezember 2019 insgesamt 100 Langzeitarbeitslose, davon 59 Frauen, betreut und beraten. Davon konnten bisher 23 Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden, drei in Bildung und ein Teilnehmender in Selbständigkeit.

Alle Aktivitäten der Integrationsbegleiterinnen erfolgten unter Berücksichtigung der ESF-Querschnittsziele (Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung). Es konnten eine Vielzahl von qualitativen Ergebnissen (zum Beispiel Verbesserung der sozialen Situation, des Wohnens, der Teilhabe, der Gesundheit, Finanzen, des Zusammenlebens in der Familie) durch gezielte Strategien erzielt werden. Hiermit ist ein wertvoller Beitrag zur Vermeidung von Armutsfolgen und Kinderarmut geleistet worden.

Lotsendienst Teltow-Fläming (LD TF)

Der Landkreis erhielt auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF-Förderperiode) den Zuwendungsbescheid für die Durchführung des Lotsendienstes Teltow-Fläming in der Zeit vom 1.1.2018 bis 31.12.2021. Auch in dieser Förderperiode ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg Zuwendungsgeber. Die Personalkosten der Lotsin und die Sachkosten werden zu 100 Prozent gefördert. Die Zuwendung aus Europäischen Sozialfonds/Landesmitteln beträgt 746.210 Euro, die über vier Jahresscheiben verteilt sind.

Der Lotsendienst Teltow-Fläming bietet kostenlose Beratungs- und Qualifizierungsleistungen für Gründungsinteressierte an, die Hilfe bei der Strukturierung, Planung und Umsetzung ihrer Gründungsideen benötigen. Für die gesamte Projektlaufzeit sind als Zielindikatoren insgesamt 32 Development Center und 172 qualifizierende Beratungen geplant. Insgesamt sollen mindestens 103 Existenzgründungen oder Unternehmensübernahmen erfolgen. Ziel ist es, eine Gründungsquote von mindestens 60 Prozent zu erreichen.

Seit Juni 2018 haben insgesamt 112 Interessierte den Lotsendienst aufgesucht. 83 Personen haben nach dem Erstgespräch an einem der 13 durchgeführten Development Center teilgenommen. 87 Gründungsinteressierte wurden in das Projekt aufgenommen und haben eine qualifizierende Beratung erhalten. 67 Teilnehmende haben das Projekt zum 31. Dezember 2019 beendet; 50 Gründungen sind bisher vollzogen worden.

Um die Qualität der Gründungsberatung im Landkreis Teltow-Fläming zu erhöhen und noch mehr Gründungsinteressierte vor Ort beraten und begleiten zu können, besteht eine enge Kooperation zwischen dem Lotsendienst TF, dem Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten und der Gründungswerkstatt „enterprise“. Ziel ist nach wie vor, den gleichzeitigen Zugang zu den zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten im Landkreis TF für alle Gründungswilligen – unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Lebensphase, besonderen Lernbedürfnissen oder körperlichen Verfassung – zu vereinfachen und zu bündeln.

Vor 13 Jahren wurde der Lotsendienst im Landkreis TF initiiert und somit ein flächendeckendes Unterstützungsmodell für alle Gründungsinteressierten vor Ort aufgebaut. Seit sechs Jahren ist der Lotsendienst in eigener Trägerschaft. Durch die Bündelung von Kompetenzen und das Nutzen von Synergien konnte das Projekt eine nachhaltige Verbesserung des Gründungsklimas in der Region erreichen.

Erweiterung der regionalen Koordinierungsstelle „Integration geflüchteter Menschen“

Auf der Grundlage der Fördergrundsätze „Bündnis für Brandenburg – Zur Bewirtschaftung Regionalbudget für Landkreise und kreisfreie Städte“ fördert die Staatskanzlei Projekte und Maßnahmen mit dem Ziel, Offenheit, Akzeptanz und Hilfsbereitschaft der brandenburgischen Bevölkerung zu erhalten, alle gesellschaftlichen Akteure in ihrem Engagement zu unterstützen und den solidarischen Zusammenhalt zu stärken. Die im Jahr 2018 errichtete Koordinierungsstelle „Integration und Arbeit“, mit deren Umsetzung die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH beauftragt wurde, sollte auch im Jahr 2019 weitergeführt werden. Der Arbeitsschwerpunkt lag im Jahr 2019 auf der Zusammenarbeit der Akteure am Übergang Schule–Beruf geflüchteter Jugendlicher, um diese für die duale Ausbildung zu begeistern. Die beteiligten Akteure sollen für die besondere Situation von Geflüchteten sensibilisiert und das gegenseitige kulturelle Verständnis gefördert werden. Es fanden Informationsveranstaltungen zu den Bildungsgängen statt. Für die Willkommensklassen der Oberstufenzentren wurde eine Handreichung entwickelt mit Ansprechpartnern und angebotenen Aktivitäten rund um die Berufsorientierung. Der Profipass wurde in den Klassen vorgestellt und zur Nutzung eingeführt. Dieses Projekt wurde mit einer Summe von 25.000 Euro gefördert.

Landwirtschaftsamt

Sachgebiet Agrarförderung

Auch das Jahr 2019 war von extremen Witterungsbedingungen, insbesondere Trockenheit, gekennzeichnet. Im Bereich Agrarförderung wurden zur Unterstützung der Unternehmen erneut Ausnahmeregelungen im Rahmen der Beihilfefähigkeit zur Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen angeboten, deren Umsetzung dann auch zu kontrollieren war.

Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete

Insgesamt 301 landwirtschaftliche Betriebe haben einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Basis für die Gewährung der Zuwendungen stellen die nachfolgend angemeldeten Flächen dar:

Tabelle 55: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen

Art der Fläche	Größe
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	92.292 ha
Ackerland	73.619 ha
Dauerkulturen	390 ha
Grünland	17.730 ha
Grünland - Etablierte Lokale Praktiken (ELP)	431 ha

Für die 283 gestellten Anträge auf Direktzahlungen konnten Zuwendungen in einer Höhe von circa 23,6 Millionen Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union bewilligt werden. Darin sind auch finanzielle Mittel für die Gewährung der Basis-, Greening- und Umverteilungsprämien enthalten, ebenso die Prämien für Junglandwirte und Neueinsteiger.

Mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik „Benachteiligtes Gebiet“. Von 238 gestellten Anträgen für dieses Förderprogramm konnten 209 bewilligt und Fördermittel in Höhe von circa 1,6 Millionen Euro ausgezahlt werden.

Förderung der Junglandwirte

Im Antragsjahr 2019 haben 30 Antragsteller einen Antrag auf Junglandwirteprämie gestellt. Davon haben zwei Antragsteller die Voraussetzungen als Junglandwirt nicht erfüllt und eine entsprechende Ablehnung erhalten. Insgesamt wurde eine Junglandwirteprämie in Höhe von 53.593,56 Euro ausgezahlt.

Kulturlandschaftsprogramm

Im Jahr 2019 wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) 124 Anträge bearbeitet und entschieden. Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Förderprogrammes erfolgten auf einer Gesamtfläche von 15.816 Hektar. Dies entspricht 17,19 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung erhielten die Antragsteller insgesamt einen Ausgleich von circa 2,6 Millionen Euro. Zum Ende des Jahres 2019 wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes für das kommende Jahr insgesamt 88 Neu-, Erweiterungs-, Verlängerungs- und Änderungsanträge gestellt. Insgesamt haben 64 landwirtschaftliche Unternehmen mit einer Fläche von 11.935 Hektar diese Möglichkeit genutzt. Neu aufgelegt wurde eine Richtlinie zur Förderung einer standortangepassten Bewirtschaftung auf Ackerflächen durch die Etablierung von Blüh- und Ackerrandstreifen, die von 22 Unternehmen in Anspruch genommen wurde.

CC-Kontrollen

Die Vorschriften der Cross Compliance (CC) verknüpfen die Prämienzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe mit der Einhaltung von Umweltstandards im weiteren Sinne. Die Einhaltung der Standards stellt eine Voraussetzung für den Erhalt der Prämienzahlungen dar. Im Jahr 2019 fanden insgesamt 42 CC-Kontrollen in 16 landwirtschaftlichen Betrieben statt. Dabei kam es zu 14 Feststellungen von Verstößen, die mit CC-Sanktionen geahndet werden mussten. In sechs Fällen handelte es sich dabei um Wiederholungsverstöße. Wegen Vorsatzes und einer besonderen Schwere von Verstößen wurden erstmalig im Landkreis Teltow-Fläming beantragte EU-Fördermittel vollständig abgelehnt.

Feldblockpflege

Der Feldblock umfasst eine oder mehrere landwirtschaftlich genutzte Parzellen beziehungsweise Schläge und ist ein Teil des landwirtschaftlichen Flächenkatasters (LFK) im Rahmen des Systems zur Flächenidentifizierung. Bei der kontinuierlichen Pflege der Daten wurden insgesamt 3.244 Referenzpflegeaufträge (RPA) mit notwendigen Feldblockkorrekturen abgearbeitet. Des Weiteren konnten 1.278 Referenzpflegeaufträge nach Bildschirmsichtung abgewiesen werden. Nach der Antragstellung zum Agrarförderantrag im Mai galt es, 227 Hinweispunkte zu bearbeiten. Teilweise waren dafür Vor-Ort-Kontrollen nötig. Insgesamt wurden 99 Feldblöcke und Landschaftselemente zur Grenzfeststellung besichtigt beziehungsweise vermessen.

Abtretungen/Pfändungen

Im Jahr 2019 waren im Landwirtschaftsamt insgesamt 82 Zahlungsansprüche von Dritten zu bearbeiten. Diese setzen sich aus 52 Abtretungen und 28 Pfändungen zusammen. Der Großteil der Abtretungsanzeigen hat eine mehrjährige Gültigkeit und gilt fortlaufend für jedes Antragsjahr neu. Pfändungen hingegen gelten häufig nur für das aktuelle Antragsjahr. Aus diesem Grund gehen mehr neue Pfändungen als Abtretungen ein. Die Anzahl an Pfändungen steigt im Vergleich zu den Vorjahren stetig an. Insgesamt beläuft sich die Forderungshöhe auf circa 8,6 Millionen Euro.

Sachgebiet Agrarstruktur

Investive Förderung

Auch im Jahr 2019 nutzten 14 landwirtschaftliche Unternehmen des Landkreises die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Die gestellten 23 Anträge umfassen zusammen ein Investitionsvolumen von circa 5,3 Millionen Euro; die geplanten Gesamtaufwendungen belaufen sich auf rund 965 Tausend Euro.

Kommunalwald

Der Landkreis besitzt circa 390 Hektar Kommunalwald; der überwiegende Teil liegt im Bereich Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Er dient im Wesentlichen als Naherholungsgebiet für die urbane Bevölkerung der umliegenden Gemeinden, wird aber auch zu umweltpädagogischen Bildungszwecken von Berliner Schulklassen genutzt. Im Jahr 2019 wurden durch den Verkauf von Holz und die Erteilung von Gestattungen 11.858 Euro sowie 3.553 Euro Jagdpacht eingenommen.

Landwirtschaftliche Flächen

Von den 270 Hektar Acker- und Grünlandflächen im Besitz des Landkreises sind circa 223 Hektar an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet. Die jährlichen Pachteinahmen hieraus betragen 20.620 Euro.

Ehemalige Bodenreformflächen

Der Landkreis wurde gemäß Artikel 233 Paragraph 2 Absatz 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zum gesetzlichen Vertreter ehemaliger Bodenreformeingetümler*innen bestellt. Damit hat er derzeit die Rechts- und Vermögensinteressen von 69 Eigentümer*innen zu vertreten beziehungsweise deren Rechtsnachfolge wahrzunehmen. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen der Aufenthalt der Eigentümer*innen beziehungsweise deren Erb*innen unbekannt ist. Die betroffenen Flächen sind an 20 landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet, der Landkreis verwaltet die jährlichen Pachteinahmen.

Bodenschutz

Der wesentliche Aufgabenschwerpunkt im landwirtschaftlichen Bodenschutz liegt in der Überwachung der Einhaltung des Düngerechtes. Grundlagen sind die umfangreich novellierte Düngeverordnung, die im Jahr 2018 in Kraft getretenen Stoffstrombilanzverordnung und die seit dem Jahr 2019 geltende Brandenburgische Düngeverordnung.

Die Wahrnehmung der entsprechenden Vollzugs- und Kontrollaufgaben beinhaltete 2019 insgesamt 13 Kontrollen im Rahmen des Fachrechts Düngung und der Agrarförderung, basierend auf eingegangenen Anzeigen, anlassbezogen oder gemäß zufälliger Stichprobenauswahl. Festgestellte Verstöße zogen Sanktionen durch Kürzung der Agrarförderung oder Bußgeldfestsetzungen nach sich. Laut Düngeverordnung besteht die Möglichkeit, Anträge auf Verschiebung oder Ausbringung innerhalb des gesetzlich festgelegten Ausbringverbotszeitraumes für Düngemittel zu stellen. Für vier Anträge wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Weitere Aufgabenschwerpunkte sind die düngerechtliche Prüfung und Bewertung der ordnungsgemäßen Verwertung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern. Diese Prüfung ist unter anderem Bestandteil bei Beteiligungen an Verfahren Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel bei Anträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO). In Verbindung mit der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) erfolgt auch die düngerechtliche Prüfung für die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost. Für insgesamt elf Vorgänge wurde (auf rund 145 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche) die Verwertung von Klärschlamm angezeigt. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren zeichnet sich bei der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost ein abnehmender Trend ab.

Flurbereinigungsverfahren

Flurbereinigungsverfahren werden vom Landkreis als ein wichtiges Instrument zur Gestaltung des ländlichen Raumes gesehen. Die Förderung der Flurneuordnung ist Bestandteil einer gebündelten Förderung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Diese soll zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur sowie einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beitragen, um den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig und mit größtem Effekt zu entwickeln.

An den seit 1993 geführten großräumigen Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind circa 4.147 Eigentümer mit einer Gesamtfläche von circa 21.187 Hektar beteiligt. Das entspricht circa 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Landkreis. Für 955 Teilnehmer mit einer Gesamtfläche von 3.035 Hektar konnten die Verfahren inzwischen abgeschlossen werden.

Der Gesamtinvestitionsumfang in den Flurbereinigungsverfahren resultiert aus der Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen (landwirtschaftlicher Wegebau und Nebenanlagen, Herstellung meliorationstechnischer Anlagen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und andere), Vermessungsnebenkosten und Mitgliedsbeiträgen des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg. Der vorläufige Gesamtinvestitionsumfang der angeordneten Verfahren beträgt circa 10,687 Millionen Euro. Davon werden circa 7,764 Millionen Euro als Fördermittel in Anspruch genommen und circa 2,840 Millionen Euro als Eigenmittel durch die Mitglieder der Teilnehmergeinschaften aufgebracht.

Grundstücksverkehr und Landpacht

2109 wurden 334 Verträge bearbeitet. Dabei handelte es sich um 208 Kaufverträge, vier Schenkungsverträge, 86 Übertragungs- und Überlassungsverträge, 33 Erbauseinandersetzungsverträge und drei Tauschverträge.

Von den vorliegenden Kaufverträgen haben in 85 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen insgesamt 628,91 Hektar für 4,48 Millionen Euro erworben. Der Kaufpreis für den Quadratmeter Ackerland belief sich dabei auf 0,85 Euro, bei Grünland auf 0,50 Euro. In 123 Kaufverträgen haben sonstige Erwerber 1.118,69 Hektar für 99 Millionen Euro erworben. Dabei lag der Kaufpreis für Ackerland bei 1,66 Euro pro Hektar, der für Grünland bei 1,62 Euro pro Hektar.

Verkauf von BVVG-Flächen (Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH) per 31.12.2019: Nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) wurden 8.790,79 Hektar und außerhalb des EALG 8.893,47 Hektar verkauft. In diesem Jahr wurden nach dem EALG 3,45 Hektar und außerhalb 31,80 Hektar veräußert. Es wurde ein Vorkaufsrecht mit einer Fläche von 5,55 Hektar ausgeübt. Der Landwirtschaft wurden Flächen von 36,05 Hektar für Industrie- und Gewerbeansiedlung, Bau einer Trafostation, Bau eines Umspannwerkes, für den Wohnungsbau, Flächen im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen oder Gewerbegebiet und für Sport- und Freizeitflächen (Golfplatz), für Radwege, für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entzogen. Im Zeitraum von 1990 bis 2019 wurden der Landwirtschaft 2.993,28 Hektar entzogen.

Im Landwirtschaftsamt liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 11.650 angezeigte Pachtverträge von landwirtschaftlichen Unternehmen mit einer Fläche von ca. 79.000 Hektar vor. Der von den Pächtern zu zahlende Pachtpreis liegt bei einem Durchschnitt von 121,93 Euro pro Hektar.

Messeauftritt „Internationale Grüne Woche“

Zur Internationalen Grünen Woche präsentierte sich der Landkreis zum elften Male am eigenen Marktstand in der Brandenburg-Halle 21a. Dank der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Direktvermarktern und den sonstigen Akteuren aus den jeweiligen Regionen konnte den Gästen ein interessantes und vielseitiges Programm geboten werden. Die Präsentation Teltow-Flämings mit seinen Partnern aus den Städten Zossen, Luckenwalde, Jüterbog, Trebbin, Baruth/Mark, den Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee, dem Amt Dahme/Mark, den Direktvermarktern sowie Vereinsmitgliedern haben den Bekanntheitsgrad des Landkreises und der weiteren Akteure erhöht. Es gab viele Kontakte zu den Endverbrauchern. Durch die Kontaktpflege mit anderen Teilnehmern an der Internationalen Grünen Woche sowie den Ausbau der Netzwerke entstanden letztlich auch neue Produkte. Alle Unternehmen nutzten ihren Messeauftritt für Produktwerbung und Marketing. Auch bei der Neukundengewinnung gab es Erfolge. Die erhöhte Nachfrage nach regionalen Produkten kam auch den Ausstellern am Stand des Landkreises zugute.

Kreiserntefest

2019 wurde das 17. Kreiserntefest im Ortsteil Paplitz der Stadt Baruth/Mark gefeiert. Dazu konnten der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg Jörg Vogelsänger sowie weitere Politikerinnen und Politiker begrüßt werden. Der Festumzug mit historischer und moderner Technik, begleitet von hunderten Akteuren, das umfangreiche Programm auf zwei Bühnen und die zahlreichen Angebote rund um die Landwirtschaft begeisterten tausende Besucher. Auch eine Delegation aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno nahm teil. Einige Mitarbeiter des Amtes waren in die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung des Erntefestes eingebunden. Das Landwirtschaftsamt präsentierte sich am Gemeinschaftsstand zusammen mit der Stadt Baruth/Mark.

Lokale Aktionsgruppe (LAG) „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V.

Die Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. Im Jahr wurden im Rahmen der Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie 6,2 Millionen Euro Fördermittel für 32 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 11,1 Millionen Euro vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung bewilligt. Mit der Umsetzung dieser Projekte wird die Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis gefördert.

Stärkung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Ausbau regionaler Vermarktungsstrukturen

Hier wurden die Anstrengungen im Jahr 2019 deutlich verstärkt. So wurde die im Jahr 2013 letztmalig gedruckte Karte „Land Traum“ Teltow Fläming konzeptionell überarbeitet und in einer kleinen Auflage neu veröffentlicht. Dabei konnten mehr Teilnehmer gewonnen werden als beim letzten Mal und die Nachfrage nach der Karte überstieg die Erwartungen deutlich. Aufgrund dessen ist eine deutlich höhere Auflage mit noch mehr Anbietern im Januar 2020 geplant. In Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband Fläming ist weiterhin bereits eine digitale Darstellung der Angebote in Umsetzung.

Als wichtiger Baustein zur besseren Vernetzung der Akteure wurde durch das Landwirtschaftsamt im Rahmen der Wirtschaftswoche ein „Tag der Ernährungswirtschaft“ ausgerichtet. Dabei wurden an ausgewählten Beispielen Erfolgsstrategien aufgezeigt und der Öffentlichkeit ein praxisnaher Zugang zu dem Thema eröffnet.

Landwirtschaftsschule

Die sich ständig verändernden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen sowie auch klimatische Extreme fordern derzeit neue Anpassungstaktiken von den Landwirten. Egal wie man inhaltlich zu vielen der Themen stehen mag, um eine Änderung der Strategien sowohl auf dem Acker als auch im Stall wird die Landwirtschaft nicht herumkommen.

Die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming – Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich – versteht sich als Dienstleister in den Bereichen Bildung und Beratung zur Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Fachkräftesicherung der landwirtschaftlichen Unternehmen und unterstützt mit Bildungsangeboten, sich auf die neuen Rahmenbedingungen vorzubereiten bzw. einzustellen.

Das am 11.12.2019 durchgeführte Seminar „Alternative Wege in eine zukunftsfähige Landwirtschaft“ ist der Auftakt für weitere Seminare, die den Landwirten Anregungen und Möglichkeiten zur Bewirtschaftung ihrer Unternehmen aufzeigen sollen.

Die im Rahmen der Winterschulung durchgeführte Fachveranstaltung zum „Düngerecht und Cross Compliance-Nitrat“ am 28.02.2019 war ein wichtiger Beitrag zur sicheren Umsetzung der Anforderung an das novellierte Düngerecht. Die Schulung vermittelte den Betrieben die wesentlichen Herangehensweisen zur Erstellung einer kontrollfähigen Dokumentation und informierte über bisher festgestellte Probleme in den Betrieben.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Landwirtschaftsschule bleibt weiterhin die Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister. 2019 konnten fünf Landwirtschaftsmeister*innen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Gleichfalls haben acht Teilnehmer*innen den Vorbereitungslehrgang auf die Meisterprüfung Landwirt 2019 begonnen.

Zum festen Inhalt des Bildungsangebotes der Landwirtschaftsschule zählen unter anderem folgende Lehrgänge:

- Sachkundenachweis für die Anwendung und Abgabe von Pflanzenschutzmitteln
- Sicherer Umgang mit der Motorsäge
- Elektronischer Agrarförderantrag
- Winterschulung der Landwirte

Insgesamt führte die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming 35 Bildungsmaßnahmen mit 716 Teilnehmern durch.

Statistik

2019 wurden von 31 Betrieben Ernte- und Betriebsberichtserstattungen über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen 2019 insgesamt 36 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 48 Proben (7 Rapsproben und 41 Getreideproben) sowie 30 zusätzliche Proben ein, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden. Außerdem wurden 18 Erkennungsnachweise zur Kartoffelernte eingereicht.

2018 lag der Durchschnittsertrag der Getreideernte bei 36,0 Dezitonnen pro Hektar; im Vergleich dazu ist der Ertrag 2019 um 6,4 Dezitonnen pro Hektar auf 42,4 Dezitonnen pro Hektar angestiegen. Gemessen am langjährigen Durchschnitt, der bei 49,5 Dezitonnen pro Hektar liegt, liegt der Ertrag der gesamten Getreideernte um 7,1 Dezitonnen pro Hektar unter dem Durchschnitt.

Beim Winterraps stieg der Ertrag im Vergleich zu 2018 ebenfalls an: von 22,3 Dezitonnen pro Hektar (2018) auf 25,2 Dezitonnen pro Hektar.

Der Ertrag bei den Kartoffeln liegt bei 385 Dezitonnen pro Hektar und der von Silomais bei 242 Dezitonnen pro Hektar. Dies sind im Vergleich mit den Durchschnittserträgen der Vorjahre auch hier schlechtere Ertragswerte. Durch das extrem trockene Jahr 2018, zum Zeitpunkt der Aussaat, sind im gesamten Landkreis Ernteauffälle zu verzeichnen.

Betriebsregister

Zurzeit sind 410 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Tabelle 56: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2017 bis 2019

Aufgaben	2017	2018	2019
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	278	282	301
- davon Antragsteller über das Internet	278	282	301
Abtretungen	57	61	54
Pfändungen	18	19	28
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	97	93	95
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	126	124	124
Pachtverträge	11.728	11.723	11.650

Aufgaben	2017	2018	2019
Grundstücksverkehr	342	325	334
Bearbeitung Klärschlammanträge	22	19	11
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	16	16	55
Teilnehmer/-innen an Kursen der Landwirtschaftsschule	549	726	716
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	9	8	23
Vor-Ort-Kontrollen	97	120	100

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Foto Neubau Rettungswache Ludwigsfelde	48
Abbildung 2: Vergabe Bauleistungen und freiberufliche Leistungen	49
Abbildung 3: Schulfinanzen	64
Abbildung 4: Roll-Up Banner "UV-Schutz von Anfang an"	95
Abbildung 5: Logo: Wir sind Partner im UV-Schutz.....	95
Abbildung 6: Gebisszustand der 5-Jährigen im Landkreis Teltow-Fläming im Schuljahr 2018/19 in Prozent	103
Abbildung 7: Ausländer*innen im Landkreis Teltow-Fläming von 2011 bis 2019 nach Aufenthaltsstatus.....	118
Abbildung 8: Verfahren der unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität.....	134
Abbildung 9: Anzahl der registrierten Fahrzeuge	162
Abbildung 10: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme	163

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestands.....	15
Tabelle 2: Einstellungen 2019	16
Tabelle 3: Ausscheiden von Beschäftigten	16
Tabelle 4: Praktika in der Kreisverwaltung.....	19
Tabelle 5: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"	30
Tabelle 6: MBS-Ausschüttungsmittel	34
Tabelle 7: Vollstreckung, privatrechtliche Forderungen	57
Tabelle 8: Vollstreckung, öffentlich-rechtliche Forderungen.....	57
Tabelle 9: Amts für Bildung und Kultur , Investitionen.....	65
Tabelle 10 Fallzahlen Ausbildungsförderung	84
Tabelle 11: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Fallzahlen im Übergangwohnheimen.....	85
Tabelle 12: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten.....	85
Tabelle 13 Auswertung Beratungsthemen	89
Tabelle 14: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG	97
Tabelle 15: Anzahl der gemeldeten Tuberkulosen im Landkreis TF (2015 bis 2019)	99
Tabelle 16: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes	101
Tabelle 17: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle	107
Tabelle 18: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren.....	109
Tabelle 19: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen.....	110
Tabelle 20: elektronische Aufenthaltstitel und Reiseausweise 2015 bis 2019.....	119
Tabelle 21: Zuweisungen und registrierte Asylsuchende 2015 bis 2019, jeweils per 31.12.	119
Tabelle 22: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ.....	122
Tabelle 23: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ.....	122
Tabelle 24: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen	125
Tabelle 25: Tierschutzkontrollen zum Thema „Kupieren der Schwänze bei Schweinen“	126
Tabelle 26: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2018 und 2019.....	128
Tabelle 27: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2019	129
Tabelle 28: Untersuchungen Fleischhygiene	131
Tabelle 29: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass	131
Tabelle 30: Untersuchte Trichinenproben 2016 bis 2019.....	132
Tabelle 31: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb.....	132
Tabelle 32: Eintragungen in die Denkmalliste 2019 Stand 17.12.2019	135
Tabelle 33: Nachbegründung einer Eintragung 2019 Stand 17.12.2019.....	135
Tabelle 34: Antragsaufkommen Baugenehmigungsverfahren.....	140
Tabelle 35: Entwicklung Wohnungsneubau	140

Tabelle 36: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern)	141
Tabelle 37: Entwicklung des Antragsaufkommens 2017 bis 2019 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)	142
Tabelle 38 - Bedeutende öffentliche Vorhaben	143
Tabelle 39: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt	146
Tabelle 40: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2017 bis 2019.....	147
Tabelle 41: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2017 bis 2019.....	148
Tabelle 42: Aufgaben UNB – Anzahl Fälle 2016-2018.....	151
Tabelle 43: Übersicht ausgewählter klimawirksame Maßnahmen 2019.....	158
Tabelle 44: Anzahl der Widersprüche und gerichtliche Verfahren.....	161
Tabelle 45: Zugelassene Fahrzeuge 2018, 2019.....	165
Tabelle 46: Fahrerlaubniswesen 2018, 2019	165
Tabelle 47: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2018, 2019.....	167
Tabelle 48: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2018, 2019.....	168
Tabelle 49: Statistik gewerblicher Personenverkehr	170
Tabelle 50: Fahrtenbuchauflagen	171
Tabelle 51: Ausnahmegenehmigungen 2018, 2019.....	171
Tabelle 52: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2018, 2019	171
Tabelle 53: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2018, 2019	172
Tabelle 54: Verkehrssicherheit und -lenkung.....	173
Tabelle 55: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen	189
Tabelle 56: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2017 bis 2019	195